OGPP

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa

Werner T. Bauer

Wien, Juli 2018
Aktualisierte und überarbeitete Fassung

Aufgeblasen, abgehoben
regieren sie uns von oben!
Sie gieren nur nach Macht und Geld,
der kleine Mann für sie nicht zählt!
Irmhild Karner, Mürzzuschlag

Einleitung **3**

Teil 1 – Eine Annäherung **5**

Populismus – Lechts oder Rinks?
Definition und Abgrenzung des Phänomens Populismus 5

Alte Rechte, „Neue Rechte“, ewige Rechte
Wo beginnt der Rechtsextremismus – und wo der Neofaschismus? 8

Der charismatische Führer und seine Bewegung
Strukturelle Gemeinsamkeiten – und Unterschiede 11

„Der traut sich was“
Populistische Tabubrüche als Methode 13

Neue Feinde – und der „ewige Jude“
Populistische Feindbilder und ihre Rezeption 14

Rechter Antikapitalismus und Globalisierungskritik
Alles nur Taktik? 17

Jung, männlich und ungebildet?
Wer sind die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien? 21

Eine unheilige Allianz
Rechtspopulismus und Boulevard 24

Late Adopters
Nationale Faktoren begünstigen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien 25

Sonderfall Osteuropa?
Ist der osteuropäische Populismus mit dem westeuropäischen vergleichbar? 29

„Zu Tode gewählt“
Vom Scheitern der Rechtspopulisten 32

Populismus als symbolische Politik
Warum der Populismus auch die etablierten Parteien infiziert hat 33

SOS-Demokratie
Ein nicht allzu optimistischer Ausblick 35

Teil 2 – Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Überblick **38**

Anhang

Europawahl 2014 145

Literatur 147

Einleitung

In den späten 1970er-Jahren zeichneten sich in den westeuropäischen Parteiensystemen erstmals Krisenerscheinungen der Repräsentation ab. Davon profitierten zunächst einmal die neuen Protestbewegungen am linken Rand, später zunehmend auch solche am rechten.[1]

Die Vermutung liegt nahe, dass die Globalisierung das Entstehen rechtspopulistischer Strömungen befördert hat. Die neoliberale Individualisierungs- und Flexibilisierungswut führt zur Auflösung der alten Bindungen (nach Klassen und sozialen Gruppen) und die immer mehr „auf sich selbst zurückgeworfenen" Menschen suchen nach Ersatzidentitäten. Durch die ökonomischen Folgen der Globalisierung wurde die Bevölkerung in Globalisierungsgewinner und -verlierer mit jeweils typischen Interessenslagen gespalten. Darüber hinaus bewirkte die Internationalisierung vieler Entscheidungsprozesse eine immer stärkere Entfremdung zwischen den politischen Parteien (und Institutionen) und weiten Teilen der Wählerschaft. Die Vertreter der neuen Bewegungen am rechten Rand sehen es deshalb als ihre Hauptaufgabe, die so entstandene *Lücke zu füllen und die Interessen der politisch entfremdeten Globalisierungsverlierer politisch zu artikulieren*.[2]

Heute fühlen sich auch weite Teile der Mittelschichten von sozialem Abstieg bedroht. Politisch bedeutet das, dass die Anzahl unzufriedener und ungebundener Personen, die entweder zur Wahlenthaltung oder zum Protestwahlverhalten tendieren, stetig zunimmt. Profitiert von dieser Entwicklung haben v.a. die rechten Populisten, wie auch generell festzustellen ist, dass der neoliberale Umbau Europas zu einem eindeutigen Rechtsruck geführt hat, auch bei den Parteien der politischen Mitte.

Populistische Parteien, meint Frank Decker, *sind ein Produkt gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Solche Krisen treten auf in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels und führen zu einer wachsenden Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer.*[3] Weil die Populisten scheinbar für die wachsende Zahl der Verlierer Partei ergreifen und deren Ängste und Sorgen artikulieren, verzeichnen rechtspopulistische Parteien in Europa seit dem Jahr 2000 nicht nur beachtliche Wahlerfolge, sondern waren – und sind z.T. noch immer oder bereits wieder – als Partner konservativer Parteien auch an mehreren Regierungen beteiligt, u.a. in Dänemark, in den Niederlanden, in Österreich, in Italien und der Schweiz. *The rise of the populist radical right*, schreibt Anthony Painter in der Zusammenfassung seiner Populismus-Studie, *is one of the most significant features of western democracies in the last quarter of a century*.[4]

---

[1] Frölich-Steffen 2006:147.
[2] Nauenburg 2005:4.
[3] Decker 2004:231.
[4] Painter 2013:7.

Rechtsextreme Wahlerfolge signalisieren aber auch Repräsentations- und Integrationsdefizite bei den etablierten Parteien. Durch die Auflösung der traditionellen, oft über Generationen gültigen Parteienbindungen sind viele Wähler für etwaige Newcomer relativ leicht erreichbar. *Wenn Unzufriedenheit keinen Adressaten im Parteiensystem findet, schafft sie sich (…) eine eigene Repräsentanz. Auffällig ist, dass rechtsextreme Parteien gerade auch dort gedeihen, wo sich alle oder einzelne Volksparteien in einer tiefen Krise befinden oder durch Klientelismus und Skandale heftig erschüttert werden.*[5]

Obwohl viele populistische Bewegungen und ihre Führer in den letzten Jahren „entzaubert" wurden, erhalten rechtspopulistische Parteien bei regionalen und nationalen Wahlgängen nach wie vor um die 20% der Stimmen oder sogar mehr – zuviel jedenfalls, um das Phänomen als Lappalie abzutun.[6] Und nach der „Flüchtlingskrise" des Jahres 2015, der knappen Brexit-Entscheidung im Sommer 2016 und dem Sieg Donald Trumps bei den US-Wahlen im Herbst desselben Jahres verspüren die rechten Populisten in fast allen europäischen Staaten wieder deutlichen Aufwind.

Der Erfolg der Rechtspopulisten – von AfD bis Donald Trump – drückt weit mehr als nur die ohnmächtige Wut der Menschen über wirtschaftliche Prekarisierung, Entinduistrialisierung und ihre Angst vor „Überfremdung" aus. Er legt den Blick frei auf eine sehr viel tiefer gehende kulturelle Spaltung innerhalb unserer demokratischen Industriegesellschaften, auf die Kluft zwischen zwei konträren Weltbildern: dem liberalen, pluralistischen und toleranten auf der einen Seite, und dem rückwärtsgewandten und konservativen auf der anderen. Der Erfolg der Rechtspopulisten ist viel mehr als nur sozialer Protest, es ist der Wunsch nach einer kulturellen Gegenrevolution.

Im ersten Teil dieser Arbeit wollen wir die zahlreichen Thesen zum Thema (Rechts-) Populismus zusammenfassen und kritisch hinterfragen.[7] Der zweite Teil enthält eine Übersicht über die wichtigsten rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in Europa. Da sich gerade diese Szene durch eine besonders starke Volatilität auszeichnet, ist eine regelmäßige Aktualisierung vorgesehen.

Wien, im Juli 2018

[5] Stöss 2006:556.
[6] Jungwirth 2002:13.
[7] Siehe dazu auch Bauer 2010, Langenbacher 2011.

Teil 1 – Eine Annäherung

Populismus – Lechts oder Rinks?

Definition und Abgrenzung des Phänomens Populismus

Der Begriff des „Populismus“ geht auf eine US-amerikanische Farmerbewegung zurück, die Ende des 19. Jahrhunderts gegen die Vorherrschaft des Großkapitals aufbegehrte und für den Ausbau der plebiszitären Demokratie, eine Politik billiger Kredite und die Errichtung landwirtschaftlicher Verwertungsgenossenschaften eintrat. 1892 wurde die *Populist Party*, die auch unter dem Namen *People's Party* bekannt war, gegründet; besonderen Anklang fand die Bewegung bei den Farmern im mittleren Westen der USA. Ausgehend vom Aufstieg der *People's Party* in den USA entwickelte der amerikanische Soziologe Lawrence Goodwyn Ende der 1970er Jahre seine Theorie vom „populistischen Moment.“ Goodwyn postuliert, dass der (Rechts)populismus eine „Kernströmung“ sei, es allerdings eines bestimmten historischen Augenblicks bedürfe, damit diese aktiviert werde. Ein solcher „populistischer Moment“ sei dann gegeben, wenn das Tempo der Modernisierung der Gesellschaft zu rasant sei und die Menschen diesem Transformationsprozess nicht mehr folgen könnten.[8]

„Populistisch“ waren auch die russischen *Narodniki* („Volkstümler“, „Volksfreunde“), Vertreter einer sozialrevolutionären Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die sich sowohl gegen den nach Russland vordringenden Industriekapitalismus, als auch gegen den Zarismus wandten und das Heil des russischen Volkes in einem agrarischen Sozialismus sahen.

Im frühen 20. Jahrhundert entstanden in Ostmitteleuropa populistische Bauernbewegungen, die vielfach enge personelle und ideologische Bezugspunkte zum aufkommenden Faschismus aufwiesen; einige dieser Bewegungen spielten auch bei der Wiederentstehung der Mehrparteiensysteme nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus eine nicht unbedeutende Rolle.

In den 1930er-Jahren kamen in Lateinamerika verschiedene „urban-populistische“ Bewegungen an die Macht, deren Führer – populistische Diktatoren wie Getúlio Dornelles Vargas (1883–1954), der „Vater der Armen“ in Brasilien, oder Juan Domingo Perón Sosa (1895–1974) in Argentinien – das politische Potential der massiven Landflucht erkannten und für sich zu nutzen verstanden. Der ökonomische Populismus lateinamerikanischer Prägung profilierte sich v.a. durch seine Forderung nach einer staatsprotektionistischen Umverteilungspolitik zugunsten der unteren und mittleren Einkommensschichten.

[8] Goodwyn 1978.

In Westeuropa wurde der Begriff des „Populismus“ erst in den 1980er-Jahren zu einer fixen politischen Kategorie, wobei er hier, im Gegensatz zu den USA, tendenziell stets negativ konnotiert ist. Die Frage ist nun, ob es zwischen dem US-amerikanischen Populismus des 19. Jahrhunderts, dem osteuropäischen Agrarpopulismus der Zwischenkriegszeit, dem Populismus lateinamerikanischer Tradition und den gegenwärtig in Europa grassierenden Populismen einen gemeinsamen Nenner und sogar so etwas wie eine „populistische Ideologie“ gibt.

In der Politikwissenschaft gehen die Meinungen dazu stark auseinander. Da „Populismus“ mittlerweile auch zu einem beliebten Kampfbegriff geworden ist, ist es nicht einfach, ihn einer wissenschaftlichen Analyse zuzuführen. Aufgrund seines vielschichtigen und diffusen Charakters wird der Begriff selbst in der Politikwissenschaft oft unscharf verwendet und bleibt als analytische Kategorie und als eigenständiger Forschungsgegenstand umstritten.[9]

Einige Autoren tendieren dazu, im Populismus in erster Linie ein Stilmittel und die Gemeinsamkeiten zwischen populistischen Parteien eher im formalen als im inhaltlichen Bereich zu sehen, dem Populismus also den Charakter einer Ideologie im klassischen Sinn abzusprechen. Martin Reisigl etwa meint: *Aufgrund seines heterogenen, synkretistischen und theoretisch inkohärenten Charakters kann Populismus angemessener als politischer Stil und – präziser noch – als politisches „Syndrom“ charakterisiert werden,*[10] und auch Florian Hartleb betont, dass sich viel Ballast in der Populismusdiskussion abwerfen ließe, *wenn dem Begriff keine politische Ideologie bzw. Programmatik unterlegt wird, er vielmehr zur Kennzeichnung einer bestimmten Politik-, Interaktions- und Kommunikationsform, das heißt eines bestimmten Politikstils, dient.*[11] Hans Georg Zilian schlägt deshalb vor, *den Ausdruck „populistisch“ nur mehr als Schimpfwort zu gebrauchen.*[12]

Demgegenüber betont Frank Decker, *dass die Form, indem sie auf bestimmte inhaltliche Auffassungen zurückverweist, selbst ideologische Qualität* annehmen könne,[13] der Populismus demzufolge eine „Ideologie ohne Weltanschauung“ sei, die *eine recht starre ideologische Form mit sehr variablen Inhalten* aktiviere.[14]

Noch schwieriger ist die Verortung der verschiedenen Populismen auf der traditionellen Links-Rechts-Skala. *Der Begriff „Populismus“*, meint etwa auch Anton Pelinka, *bezieht sich auf einen Anspruch und auf eine Methode – und nicht auf einen bestimmten, traditionellen Kriterien wie „rechts“ und „links“ zuzuordnenden Inhalt.*[15] Ist Populismus also doch in erster Linie ein Stil, eine politische Agitationstechnik, die sich an ganz unterschiedliche Ideologien

[9] Rensmann 2006:61; siehe auch Goodwin 2011:12ff.
[10] Reisigl 2005:55.
[11] Reinfeld 2000:3.
[12] Zilian 2002:71.
[13] Decker 2006:11.
[14] Hartleb 2005:13.
[15] Pelinka 2005:89.

anbinden lässt? Klar ist jedenfalls, dass der Populismus sich mit seinem Wunsch nach radikalen, kompromisslosen Lösungen außerhalb der alteingesessenen politischen Mitte befindet.[16] Und bei näherer Betrachtung lässt sich sehr wohl so etwas wie ein gemeinsamer ideologischer Kern entdecken.

Konstitutives, vielleicht sogar wichtigstes Merkmal des Populismus ist die Identitätspolitik. Im Zentrum der populistischen Ideologie steht „das Volk", das als homogene, weitgehend nicht fragmentierte Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren besetzt („der kleine Mann", „die Fleißigen und Tüchtigen", „die schweigende Mehrheit") und von der „machtgierigen", „abgehobenen", „korrupten" Elite, dem Establishment, der „politischen Klasse" abgegrenzt wird. Die volle Wucht der populistischen Verachtung trifft dabei v.a. „die Intellektuellen". Politik, so verkünden die Populisten, müsse wieder ein Ausdruck des „wahren Volkswillens" sein.

Die populistische Ideologie basiert zunächst also auf der vertikalen Dichotomie Volk – Elite („wir da unten, ihr da oben"). Parallel und zusätzlich zu dieser vertikalen Abgrenzung von „denen da oben" erfolgt auf horizontaler Ebene die Abgrenzung von „den Anderen", „den Fremden". Spätestens hier, durch seine negatorische, fremden- und pluralismusfeindliche – nicht selten auch rassistische! – Identitätsbildung steht der Populismus „rechts" – im Gegensatz zur universalistischen Ideologie und dem sozialen Gleichheitsverständnis der traditionellen Linken.[17]

Seit einiger Zeit lässt sich allerdings nicht nur in Osteuropa, sondern auch in Spanien oder im krisengeschüttelten Griechenland eine Renaissance des Linkspopulismus beobachten, dessen Vertreter ebenfalls identitätspolitisch mit scharfen Abgrenzungen gegen „feindliche" Gruppen und Institutionen (EU, USA, internationales Großkapital etc.) agieren. Dabei zeigt sich, dass es einen direkten (negativen) Zusammenhang zwischen der Stärke und dem Vorhandensein von Rechts- bzw. Linkspopulisten gibt, da beide Ideologien um ein vergleichbares Wählerreservoir (Stichwort „Modernisierungsverlierer") konkurrieren. Für die Linkspopulisten stellt sich dabei allerdings das Problem, dass ihre Wählerschaft in kulturellen Fragen sehr viel weiter rechts steht, als die Partei, für die Rechtspopulisten hingegen bedeutet die zunehmende „Proletarisierung" ihrer Wählerschaft einen sukzessiven Abschied vom Neoliberalismus in Wirtschaftsfragen.[18] Deutlich zu beobachten war dies zuletzt am rasanten Aufstieg der immer stärker nach rechts rückenden AfD – auch auf Kosten der *Linken*! – in den ostdeutschen Bundesländern.

[16] Nauenburg 2005:6.
[17] Pelinka 2005:92, Rensmann 2006:65.
[18] Decker 2006:23.

Alte Rechte, „Neue Rechte“, ewige Rechte

Wo beginnt der Rechtsextremismus – und wo der Neofaschismus?

Die meisten populistischen Parteien in Europa zählen heute zum Typus des kulturellen Rechtspopulismus (exklusorischer Identitäts- oder Nationalpopulismus), wobei die Übergänge zur gemäßigten Rechten, aber auch zum Rechtsextremismus nicht selten verschwimmen. Wo verläuft also die Grenze zwischen Rechtspopulismus und neuem Rechtsextremismus?[19]

Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von einer rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsangebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter „Rechtsextremismus“ verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Soweit der Politikwissenschaftler und Rechtsextremismusexperte Hans-Gerd Jaschke.[20]

Einige der von Jaschke aufgeführten Elemente lassen sich durchaus in vielen rechtspopulistischen Bewegungen nachweisen. Autoritarismus und Führerkult, Nationalismus – der heute v.a. die nationale Identität gegen die europäische Integration und die ökonomische Globalisierung betont – und Fremdenfeindlichkeit – bis hin zum Rassismus und Antisemitismus, neuerdings gerne als Antiislamismus getarnt –, Antiamerikanismus (unter der Chiffre „Ostküste“ mit deutlich antisemitischer Konnotation) und Kapitalismuskritik – wobei hier nicht die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als solche in Frage gestellt, sondern nur ein gewisser staatlicher Protektionismus in Hinblick auf Mittelständler, Landwirte etc. gefordert wird –, Freund-Feind-Denken und Ausgrenzung, Relativierung des Nationalsozialismus und Geschichtsrevisionismus finden sich in weiten Teilen des rechten und rechtspopulistischen Lagers. Die strukturellen und ideologischen Überschneidungen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sind zahlreich, weshalb manche Kommentatoren den Rechtspopulismus auch als „Rechtsextremismus light“ qualifizieren. Allerdings ist das Weltbild der Rechtspopulisten meist weniger geschlossen, bleibt ihre

[19] „Rechtsextremismus“ wird seit 1974 von den deutschen Verfassungsschutzbehörden durchgängig statt des früher geläufigen „Rechtsradikalismus“ verwendet, um zu betonen, dass es sich dabei um verfassungsfeindliche, gegen den Grundbestand der freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung agierende Gruppierungen handelt.
[20] Jaschke 2001:30.

Ideologie flexibler und anpassungsfähiger, als jene der Rechtsextremisten, die ihre Anhänger nicht nur verführen, sondern auch bekehren wollen. Obwohl es in vielen rechtspopulistischen Parteien eine ständige Neigung und einen fließenden Übergang zum Rechtsextremismus gibt, bleiben die meisten Rechtspopulisten deshalb innerhalb – wenn auch oft am äußersten Rande – des demokratischen Spektrums. Einige der neuen Rechtspopulisten besitzen keinerlei historische oder ideologische Verbindungen zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit; sie sind deklarierte Anhänger eines „Minimalstaates", offen fremdenfeindlich, lehnen aber Rassismus und Antisemitismus ebenso ab, wie eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Gruppierungen wie dem (früheren) *Front National* oder dem *Vlaams Belang*. Explizit neofaschistische Gruppierungen sind heute weitgehend marginalisiert und politisch meist bedeutungslos.

Das Verhältnis von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus muss deshalb von Fall zu Fall untersucht werden. Rechtspopulismus kann extremistische und systemfeindliche, aber auch nichtextremistische und eindeutig demokratische Züge annehmen. Die *Liste Pim Fortuyn* etwa war (rechts)populistisch, aber nicht extremistisch. Der belgische *Vlaams Belang* und der französische *Front*, jetzt *Rassemblement National,* hingegen sind populistisch, rechtsextremistisch und systemfeindlich. Vielen rechtsextremistischen Formationen wiederum fehlen zentrale Merkmale und Strukturen des Populismus. Am Beispiel der deutschen NPD, die sich etwa im sächsischen Landtagswahlkampf 2004 den Sozialpopulismus in Form des Protests gegen die Arbeitsmarktreformen (Agenda 2010, Hartz I bis IV) erfolgreich zunutze gemacht hat, zeigt sich jedoch, dass auch rechtsextremistische Parteien gerne zu populistischen Strategien greifen.[21]

Wenn Claus Leggewie dem Rechtspopulismus eine *fatale Nähe zum faschistischen Gedankengut* [22] unterstellt und den westeuropäischen Rechtspopulismus als Faschismus im neuen Gewande sieht, so mag dies in einigen Fällen durchaus berechtigt sein – generell sollten die modernen Rechtspopulisten jedoch nicht mit den Faschismen der Zwischenkriegszeit in einen Topf geworfen werden. Wie bereits Uwe Backes feststellte, fehle es ihnen in der Regel an Militanz – und die meisten von ihnen strebten keine radikale Umwälzung der Werteordnung und keine revolutionären Veränderungen der Gesellschaft an.[23]

Michael Minkenberg unterscheidet vier Richtungen des Rechtsextremismus – eine autoritär-faschistische Rechte (z.B. DVU), eine traditionelle rassistische Rechte (z.B. NPD), eine neorassistische Rechte (z.B. *Front National, Republikaner*), die anstelle des nationalistischen Überlegenheitsanspruchs die Position des ethnischen und kulturellen Partikularismus setzt,

[21] Hartleb 2005:28; siehe auch Decker 2006.
[22] Leggewie 1992:66.
[23] Backes 1991:14.

und gerne vom „Grundrecht auf Verschiedenheit“ und von der Unvereinbarkeit von Kulturen und Ethnien spricht, und eine religiös-fundamentalistische Rechte.[24]

Richard Stöss wiederum entwirft drei Typen rechtsextremer Parteien:
1. Einen gemäßigt nationalistischen und fremdenfeindlichen, aber eher systemkonformen, der mit konservativen und liberalen Parteien kooperiert, aber nicht mit solchen von Typ 2 und 3. Typ 1 findet sich nach Stöss bei den skandinavischen „Fortschrittsparteien“ und der schweizerischen SVP, bei der italienischen *Alleanza Nazionale* (2009 aufgegangen in Berlusconis *Il Popolo della Libertà*), und bei der österreichischen FPÖ.
2. Einen nationalistischen, rassistischen und eher systemkritischen Parteityp, der sich z.T. nur verbal von den Parteien des Typs 3 abgrenzt. Dazu zählt Stöss den französischen *Front National* (seit Juni 2018: *Rassemblement National*), den belgischen *Vlaams Belang*, die italienische *Lega Nord* und die deutsche DVU (2011 aufgegangen in *NPD – die Volksunion*).
3. Einen neofaschistischen, rassistischen und systemfeindlichen Parteityp. Hierzu gehören der frühere italienische MSI, die spanische *Fuerza Nueva* (später *Frente Nacional*) und die NPD. Diese kleine und militante Szene, die sich offen zu den Traditionen des Faschismus und des Nationalsozialismus bekennt, wird von männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominiert.[25]

Breite Rezeption findet in der rechten Szene das „Gedankengut“ der sogenannten „Neuen Rechten“, ein Begriff, mit dem v.a. die neueren, erfolgreichen Rechtsaußenparteien, aber auch die jüngeren intellektuellen Rechten bezeichnet werden. Vielfach greifen sie Ideen der Weimarer „Konservativen Revolution“[26] der Zwischenkriegszeit auf, wenden sich gegen die Ideale der Aufklärung, gegen Liberalismus, Pluralismus und Demokratie, suchen nach „ursprünglichen Werten“ und Ordnungsprinzipien und verstehen sich als elitäre Avantgarde, die in Form von Tagungen, Diskussionsforen und Zeitschriftenprojekten agiert und ihre Basis an Hochschulen (Burschenschaften) oder in Zeitungsredaktionen (wie *Junge Freiheit)* besitzt. Vor allem in Frankreich versuchte die *Nouvelle Droite* seit den 1970er-Jahren – also zeitlich parallel und durchaus als Reaktion auf die „Neue Linke“ (grüne und ökologische Bewegungen) –, eine geschlossene und „moderne“ rechte Theorie zu entwickeln und die (links)liberale Deutungshoheit in Fragen der Wertorientierung zu konterkarieren. Ihr Modell der „organischen Demokratie“ und ihre Ablehnung universalistischer Prinzipien – die universal gültigen Menschenrechte etwa werden als moderne Ideologie des geistigen Kolonialismus diffamiert – widersprechen eindeutig dem liberaldemokratischen Denken.

[24] Minkenberg 1998:257f.
[25] Stöss 2006:527.
[26] Der Begriff „Konservative Revolution“ wurde 1950 von Armin Mohler für eine Gruppe ideologischer Strömungen eingeführt, die sich im Kontext der Weimarer Republik entwickelten und die dezidiert antiliberale, antidemokratische und antiegalitäre Züge trugen. Siehe dazu: Sontheimer, Kurt (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik; Pfahl-Traughber, Armin (1998): Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat.

Der charismatische Führer und seine Bewegung

Strukturelle Gemeinsamkeiten – und Unterschiede

Die Bandbreite innerhalb des rechtspopulistischen Spektrums reicht von eindeutig extremistischen, „altrechten“ Parteien wie dem früheren französischen *Front National* (seit 2018: *Rassemblement National*), der ungarischen *Jobbik* oder der deutschen NPD über regional-separatistische *(Vlaams Belang, Lega Nord)* und „gemäßigt“ rechtspopulistische Parteien (schweizerische SVP, österreichische FPÖ, Dänische Volkspartei und skandinavische Fortschrittsparteien) bis zu ultrakatholischen (Liga Polnischer Familien), postfaschistischen (frühere italienische *Alleanza Nazionale),* post-modernen und radikal-libertären *(Fortuyn)* bis hin zum gemäßigteren „Unternehmerpopulismus“ à la Berlusconi. Die meisten Unterschiede und Besonderheiten sind national bedingt und im jeweiligen historischen Kontext zu sehen; dennoch weisen alle rechtspopulistischen Bewegungen einige charakteristische gemeinsame Merkmale auf, die sie zu einer – wenn auch häufig zerstrittenen – „politischen Parteienfamilie“ machen.[27]

Hauptmerkmale populistischer Parteien sind ihr aus der Anti-Parteien- und Anti-Establishment-Gesinnung resultierender „Bewegungscharakter“[28] und die herausgehobene Position eines charismatischen und autoritären „Führers“, welcher meist der Gründer der Bewegung und in der Regel ein Renegat einer etablierten Partei ist. Beides, die totale Fixierung auf den Führer – *Der Rechtspopulismus steht und fällt mit dem Guru*[29] – und die fehlenden Parteistrukturen, erweisen sich nicht nur in Phasen der Krise als äußerst fragil.

Der starken Personalisierung steht eine ebenso starke Tendenz zum klassenübergreifenden Kollektivismus gegenüber. Die Populisten postulieren einen gemeinsamen Volkswillen und ein weitgehend homogenes Volk (die Wir-Gruppe), was wiederum einen radikalen Antagonismus zu „den „Anderen“ impliziert. Diese kulturell homogene Gesellschaft überlagert alle Klassen- und übrigen Gegensätze und erhebt Sekundärtugenden („Anständigkeit“, „Fleiß“) zur ideologischen Grundlage für soziale Differenzierung. Nachdem „Demokratie“ aber ein System zur friedlichen gesellschaftlichen Konfliktaustragung darstellt, ist die Utopie einer weitgehend konfliktfreien, kulturell und ethnisch homogenen Gesellschaft per se antidemokratisch.[30]

Kern eines jeden Populismus ist ein generalisierter Repräsentationsanspruch.[31] Der Führer geriert sich gerne als Anwalt der unterdrückten Interessen einer behaupteten „schweigenden Mehrheit“. Er appelliert dabei an tatsächlich vorhandene Gefühle der Verdrossenheit, der

[27] Jungwirth 2002:13.
[28] Rechtspopulisten geben sich gerne als „Anti-Parteien“, meiden das Wort „Partei“ und bezeichnen sich selbst als „Allianz“, „Aktion“, „Bündnis“, „Front“, „Liga“, „Offensive“ oder einfach als „Bewegung“.
[29] Jungwirth 2002:13.
[30] Rosenberger 2005:45f.
[31] Reisigl 2005:57.

Enttäuschung oder Angst und bietet seinen Wählern das Versprechen, ihre Sorgen und Nöte zu artikulieren, ihre tatsächlichen Interessen gegenüber der „abgehobenen“ Elite der Herrschenden („die da oben“) zu vertreten und die Verkrustungen des politischen Tagesgeschäftes aufzubrechen. Dabei gelten die sozialen Unterschiede innerhalb des als einheitlich postulierten Volkes als aufgehoben, ebenso übrigens wie die Distanz zwischen dem Führer, der als Sprachrohr und Anwalt des Volkes agiert und seine Stellung dadurch legitimiert, und ebendiesem Volk, den „kleinen Leuten“, den „Fleißigen und Tüchtigen“. Die Aufhebung der Distanz zeigt sich auch, wie wir im folgenden noch sehen werden, in der betont volkstümlichen und kämpferischen Sprache des charismatischen Führers, der geschickt die verborgenen und latenten Stimmungen als „des Volkes Meinung“ aufgreift und tabufrei artikuliert. Der Tenor seiner Aussagen ist häufig klassenübergreifend, antielitär, vielfach auch antiintellektuell, antimodern und antiurban, das transportierte Gesellschaftsbild zumeist grob vereinfacht und undifferenziert, mit strikten Freund-Feind-Unterscheidungen, (neo)konservativen und antiwohlfahrtsstaatlichen Utopien und einer nur vordergründig basisdemokratischen Haltung – denn mit der Forderung nach verstärkter Nutzung plebiszitärer Beteiligungsformen verfolgen die Populisten in erster Linie den Zweck, das Volk gegen die herrschende Elite zu mobilisieren. Auch wenn die Rechtspopulisten sich gerne als basisdemokratische „Bewegungen“ (Anti-Parteien-Parteien) geben – die innerparteiliche Demokratie ist meist wenig ausgeprägt und eher „akklamatorisch“.

Obwohl die politischen Themen der Rechtspopulisten durchwegs nationalspezifischer Natur sind, gibt es eine Reihe ständig wiederkehrender Muster: Ganz oben auf der Agenda der Rechtspopulisten steht die Verteidigung bzw. Rückeroberung von Lebens- und Wohlstandsniveaus der „Einheimischen“ gegen die von außen (Migranten, Asylanten) kommenden Bedrohungen und die Bewahrung der ethnisch-kulturellen Identität. Die Rechtspopulisten betonen die Vorrechte der Einheimischen, fordern Rahmenbedingungen, die Ungleichheiten begünstigen und negieren dabei das demokratische und verfassungsgemäß verankerte Prinzip individueller und sozialer Gleichheit, d.h. sie propagieren grundlegende Veränderungen des von ihnen angeprangerten „Systems“, was sie tendenziell antidemokratisch macht – auch wenn sie die demokratische Ordnung insgesamt nicht in Frage stellen.[32]

[32] Jaschke 2001:32f.

„Der traut sich was“

Populistische Tabubrüche als Methode

Der gezielte Tabubruch stellt das wichtigste rhetorische Stilmittel der Populisten dar,[33] weil er die eigene Außenseiterrolle betont und zugleich zeigt: „der traut sich was“. Die „politische Korrektheit“ ist deshalb ihr erklärter Feind. Indem sich der populistische Führer „kein Blatt vor den Mund nimmt“, erweist er sich als wahrer „Mann des Volkes“, der sich auszusprechen traut, was „die schweigende Mehrheit“ bloß denkt (oder fühlt). Besonders bedenklich dabei ist, dass die von den Rechtspopulisten verübten Tabubrüche häufig im Bereich der Grund- und Menschenrechte angesiedelt sind und dass ihr Modell einer homogenen und „wahren Demokratie“ deutlich antipluralistische und damit auch antidemokratische Züge trägt.[34]

Der Stil der Populisten ist griffig-parolenhaft *(Leibeigene der Gen-Industrie, Polit-Nomenklatura)*, demagogisch, simplifizierend *(keine Gnade für die Täter)*, provokativ, maßlos übertreibend und emotionalisierend *(zu Tode gespart, Globalisierungsdiktatur)*. Scheinbar einfache und radikale Lösungen (statt „faulen Kompromissen“) treten an die Stelle einer Analyse der gesellschaftlichen Komplexität. Besonders perfide ist dabei die Selbststilisierung zum Opfer, Verfolgten und Ausgegrenzten. Die wirklichen Opfer werden derweil als „linke" Übertreibungen diffamiert. Großer Beliebtheit erfreuen sich auch eingängige „Common-Sense-Argumente“: Was im Kleinen gilt, kann im Großen nicht falsch sein!

Wichtig bei dieser Inszenierung ist das Spiel mit den Ängsten *(Das Abendland ist in Gefahr, die galoppierende Ausländerkriminalität)*, ist die häufige Verwendung von Gewaltmetaphern *(Schlachtfeld, Globalisierungsmafia, Hexenjagd)* und der gezielte Einsatz biologistischer Vergleiche *(Melkkühe, Sündenböcke, Ungeziefer)*, sind Feindbilder und Verschwörungstheorien. Der Populismus lebt vom – häufig selbst inszenierten – „Skandal“ und von der permanenten „Krise“. Wie klein diese real auch sein mag, durch Schwarzmalerei – und mit Unterstützung der auflagegeilen Boulevardmedien – lässt sie sich mit Sicherheit erheblich vergrößern.[35]

In einer Analyse von FPÖ-Presseaussendungen zeigte sich etwa, dass sich die Rechtspopulisten mit Vorliebe jener Themen annehmen, die von der populistischen Boulevardpresse vorgegeben werden. Eklatante Widersprüche – also Österreich-Chauvinismus versus Bekenntnis zum kulturellen Deutschtum, traditionelle Distanz der Deutschnationalen gegenüber der katholischen Kirche versus Betonung der christlich-abendländischen Kultur, Selbstbestimmungsrecht für die „deutschen“ Südtiroler, nicht aber für die albanischen Kosovaren – werden in einer geschichts- und ideologielosen Gesellschaft offenbar wider-

[33] Siehe dazu auch Grossalber 2012 und Woschitz 2011.

[34] Rosenberger 2005:46.

[35] Siehe Decker 2004, Falkenberg 1997, Jaschke 2001, Nauenburg 2005.

spruchslos hingenommen. Jedes mediale „Aufreger“-Thema wird von den Rechtspopulisten dankbar aufgegriffen und in die sattsam bekannte Themen- und Argumentationspalette eingeordnet.

Ein beliebtes Stilmittel der Populisten sind auch Paraphrasierungen, mit denen an die Aussagen bekannter Politiker oder an historische Ereignisse erinnert und angeknüpft werden soll. Hier ein paar Beispiele: Strache lud alle SPÖ-Wähler ein, *ein Stück des Weges mit uns zu gehen* – in Anlehnung an einen berühmten Wahlslogan Bruno Kreiskys aus den 1970er-Jahren. *Wir glauben an diese FPÖ, wir glauben an Österreich* – in Anlehnung an die Weihnachtsbotschaft des österreichischen Bundeskanzlers Leopold Figl aus dem Jahr 1945. Oder aber, in Anlehnung an Bundeskanzler Kurt Schuschniggs letzte Worte vor Hitlers Einmarsch in Österreich: *Mit den Worten „Gott schütze Österreich!“ schloss Strache seine Rede für unsere Heimat.* Oder, noch besser: *Patrioten aller Länder, vereinigt Euch*.

Neue Feinde – und der „ewige Jude“

Populistische Feindbilder und ihre Rezeption

Der Rechtspopulismus lebt von Feindbildern. Sie legitimieren seine dauerhaft erregte Empörung und sie schaffen ein festes Band zwischen dem charismatischen Führer und „dem Volk“. Hauptfeind aller Rechtspopulisten ist das Establishment, die „politische Mafia“ *(Vlaams Belang),* die „Viererbande“ *(Le Pen),* die „nomenclatura“ *(Bossi),* die „Altparteien“ *(Haider).* Ihnen wirft der Populismus Machtbesessenheit, Cliquenwirtschaft sowie die Komplizenschaft mit jenen Kräften vor, die den Interessen des Volkes entgegen handeln; sie haben die Gesellschaft und den Staat usurpiert, einen Staat, der von korrupten Zentralisten regiert wird und der zum „Selbstbedienungsladen“ (wahlweise auch zur „Hängematte“) für „Sozialschmarotzer“ verkommen ist, und den der Führer nun im Namen des Volkes zurückverlangt.[36]

Ein weiterer Lieblingsfeind der Rechtspopulisten ist die Europäische Union und hier v.a. die Eurobürokratie. Zwar lehnen die meisten Rechtspopulisten – im Unterschied zu rechtsextremen Positionen – den europäischen Einigungsprozess „nicht grundsätzlich“ ab. Gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein“ kritisieren sie in erster Linie das „Wie“ und nicht das „Ob“, und bedienen die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, welches auf Kosten der eigenen nationalen Identität von „Brüsseler Bürokraten“ und ihrer „Regulierungswut“ regiert wird, denen es, noch stärker als den einheimischen Eliten, an Bürgernähe und demokratischer Legitimation fehle. Dabei bieten tatsächlich vorhandene Missstände in Einzelfällen einen willkommenen Anknüpfungspunkt für eine völlig überzogene Kritik. Besonders verbreitet ist diese Haltung in den Ländern der sogenannten „Nettozahler“.

[36] Hartleb 2005:12.

Eine Variante dieses Abwehrkampfes bildet die Gegnerschaft regionalistischer Bewegungen wie der *Lega Nord* oder des *Vlaams Belang* zur jeweiligen nationalen Politik, wobei auch hier wieder wirtschaftliche Faktoren im Vordergrund stehen, weshalb solche Bewegungen vornehmlich in wohlhabenden Landesteilen entstehen („Nettozahler" gegen „Subventionsempfänger"). Ein gutes Beispiel dafür ist Norditalien, wo es zwar keinerlei urwüchsige regionale Identität gab, wo es der *Lega Nord* aber gelang, in Abgrenzung zunächst zu den „Süditalienern", später auch zu den „Migranten", eine fiktive „padanische Identität" herzustellen.

Neben der Parteien(staats)verdrossenheit spielt das Thema „Immigration" beim Erfolg der Rechtspopulisten die wahrscheinlich wichtigste Rolle. *Die Ablehnung der ethnischen Pluralisierung, die insbesondere an der Einwanderung festgemacht wird, ist der klassische Dreh- und Angelpunkt rechtsextremer Propaganda, ja ihr Begründungszusammenhang schlechthin*, meint Albert Scharenberg.[37] Seit den 1980er-Jahren, als viele westeuropäische Staaten sich mit einem Ansturm von Flüchtlingen und Asylwerbern konfrontiert sahen, kam es zu einer europaweiten Zuspitzung des „Ausländerthemas" und zu einem signifikanten Anstieg der Fremdenfeindlichkeit, wobei mit der Zeit die Grenzen zwischen dringend benötigten Arbeitsmigranten und ihren Familienangehörigen, zwischen Asylwerbern und „Illegalen", zwischen „Wirtschaftsflüchtlingen" und politisch Verfolgten immer mehr erodierten.[38] Verschärfend kam hinzu, dass, obwohl viele europäische Staaten traditionelle Einwanderungsgesellschaften sind, der Großteil der neuen Zuwanderer aus nicht-europäischen Kulturkreisen stammt und ihre kulturell-religiöse Anders- und Fremdartigkeit die ansässige Mehrheitsbevölkerung vor eine hohe Toleranzforderung stellt. Rechtspopulisten nutzen diese Stimmung und die mit der Zuwanderung zweifellos auftretenden – mehrheitlich allerdings sozialen und nicht kulturellen! – Probleme, um daraus mit dem Slogan „Das Boot ist voll" politisches Kapital zu schlagen. Dreh- und Angelpunkte fremdenfeindlicher Ausfälle waren und sind die angeblich ausufernde Ausländerkriminalität, das Ausnützen des Sozialstaates und die steigende (Inländer-)Arbeitslosigkeit. Albert Scharenberg spricht in diesem Zusammenhang sehr zutreffend von einer „Ethnisierung des Sozialen".[39]

Hinter alledem aber lauert das Schreckgespenst der „multikulturellen Gesellschaft", die Gefährdung der eigenen Identität, der Albtraum der „Fremdheit im eigenen Land" – und zuletzt die Horrorvision von der schleichenden „Islamisierung Europas". Die öffentliche Präsenz des Islam und seiner Anhänger – die sich etwa in der Errichtung von Moscheen mit Minaretten (!) oder im Tragen traditioneller Bekleidung manifestiert – ist den Rechtspopulisten ein besonderes Gräuel, wobei neuerdings das oftmals nur diffuse Fremdheits-

[37] Scharenberg 2006:76.
[38] Decker 2004:214ff.
[39] Scharenberg 2006:77.

gefühl und gewisse, in Teilen der Bevölkerung vorhandene, kulturell begründete Ressentiments und Vorurteile sehr geschickt benützt werden, um auf die „Rückständigkeit des Islam“ und seine Unterdrückung der Frauen zu verweisen, ganz so, als ob die Förderung von Frauenanliegen zu den Hauptaspekten der rechtspopulistischen Politik zählte.[40]

Neuerdings wird, im Gegensatz zum offen rassistischen Rechtsextremismus, dem Feindbild Multikulturalismus sehr geschickt das Konzept des „Ethnopluralismus“ entgegengesetzt – also „Österreich den Österreichern“, „die Türkei den Türken“ etc. Der als Ethnodifferentialismus maskierte „neue Rassismus“ zielt nicht mehr auf die unterschiedliche Wertigkeit der Rassen ab, sondern auf die Notwendigkeit, ihre Verschiedenheit (und räumliche Distanz!) zu respektieren und v.a. zu erhalten.

Rechtspopulistische Parteien können allerdings auch unabhängig von der real existierenden Einwanderungspolitik des jeweiligen Landes reüssieren: *So haben zwar einige Länder mit starken rechtspopulistischen Parteien einen relativ hohen Ausländeranteil, wie Belgien, Österreich und die Schweiz, andere, wie Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen und Portugal, hingegen nicht. [...] Es könnte nun noch vermutet werden, dass in Ländern mit großen Wahlerfolgen der Rechtspopulisten und niedrigem Ausländeranteil die mit der Einwanderung verbundenen Probleme besonders gravierend sind. Dies scheint aber auch nicht zuzutreffen: Für Frankreich mit den nun schon seit Jahrzehnten bestehenden Integrationsproblemen in den Ghettos der Vorstädte mag das zwar gelten, aber nicht für Dänemark und Norwegen*.[41]

Die rechtspopulistischen Parteien als reine Anti-Migrationsparteien aufzufassen, geht [daher] *insofern fehl, als die Ressentiments im Prinzip auf beliebige Minderheiten angewandt werden können, solange eben diffuse Vorbehalte in der Bevölkerung vorhanden sind (…) Die Ressentiments sind austauschbar, doch die Funktion ihrer Ansprache, die Abgrenzung gegenüber Minderheiten und die damit verbundene Bestärkung der eigenen Identität, ist universell*.[42] Tatsächlich gibt es keinen zwangsläufigen und messbaren Zusammenhang zwischen Xenophobie und der tatsächlichen Anwesenheit von Ausländern, d.h., in Analogie zum bekannten Phänomen des „Antisemitismus ohne Juden“, existiert das Phänomen des „Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ohne Ausländer“.[43] Die schweizerische SVP etwa erreicht ihre besten Ergebnisse in überwiegend ländlichen Kantonen, die norwegische „Fortschrittspartei“ in Kleinstädten ohne ausländische Bevölkerung und die FPÖ in Wiener Bezirken, die überwiegend noch von „echten Österreichern“ bewohnt werden.

[40] Betz 1996:367f.
[41] Angenendt 2003:11.
[42] Spier 2006:51.
[43] Scharenberg 2006:105.

Wie im Rechtsextremismus verbinden sich auch im Rechtspopulismus fremdenfeindliche Einstellungen mit antisemitischen, wie zahlreiche Beispiele aus ganz Europa belegen können. Freilich äußerst sich der „neue Antisemitismus“ selten so unverblümt und primitiv wie bei der bulgarischen *Ataka* oder der griechischen LAOS; meist reicht der beiläufige Verweis auf die „jüdische Herkunft“ öffentlicher Personen, die süffisante Nennung „typisch jüdischer Namen“ oder der verklausulierte Hinweis auf „die (amerikanische) Ostküste“. Zu den vielseitigen Facetten des Antisemitismus gehören aber auch bestimmte Kritiken am Staat Israel und seiner Politik gegenüber den Palästinensern oder Hinweise auf materielle Vorteile, die Holocaust-Opfer aus ihrer Opferrolle ziehen (z.B. in Zusammenhang mit Restitutionen).

Feindbilder – ob alte oder neue – bilden den Humus, auf dem der Rechtspopulismus prächtig gedeihen kann. Die Sündenbockfunktion ist dabei weder den Juden, noch den Ausländern vorbehalten; es kann alle Arten von Minderheiten ebenso treffen wie „Intellektuelle“ oder „entartete Künstler“, Frauenrechtlerinnen ebenso wie missliebige Politiker. Ihnen allen wird die Verantwortung für gesellschaftliche oder ökonomische Missstände zugeschoben, sie werden der Kriminalität oder der Korruption bezichtigt – und indem reale oder eingebildete Ängste und Ärger auf sie abgelenkt werden können und an die Stelle rationaler Analysen zur Erklärung der negativen Folgen des sozialen Wandels einfache Schuldzuweisungen oder Verschwörungstheorien treten, erfüllen sie eine Entlastungsfunktion.

Rechter Antikapitalismus und Globalisierungskritik

Alles nur Taktik?

Wenn von politischen Beobachtern, besonders in den letzten Jahren und bedingt durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, eine stärkere Hinwendung rechter und rechtspopulistischer Parteien zu „Antikapitalismus“ und „Globalisierungskritik“ moniert wird, so muss festgehalten werden, dass es sich dabei keineswegs um einen „Strategiewechsel“ oder gar um eine neue Strategie handelt. Die rechten Parteien spielen nur eine Karte aus, die sie schon immer im Talon hatten.

Bereits der frühe Nationalsozialismus, der sich seit den 1880er-Jahren im deutschen Kaiserreich und in Österreich-Ungarn entwickelte und der in Österreich bereits 1918 eine Partei namens *Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei* hervorbrachte, verfolgte neben einem radikalen Antisemitismus auch eine strikte antikapitalistische Linie. Besonders die sudetendeutschen und österreichischen Nationalsozialisten sahen sich selbst als Angehörige einer Arbeiterpartei und betonten stets den „sozialistischen Charakter“ ihrer Bewegung.

Dieser antimarxistische und „völkische Sozialismus“ existierte anfangs auch in der deutschen NSDAP, deren „linker“ Flügel sogar die Übertragung der Produktionsmittel an die Pro-

duzierenden forderte und sich klar vom „reaktionären preußischen Junkertum“ distanzierte. Während Hitler auf dem Münchener Parteikongress im Januar 1923 bereits ein klares Bekenntnis zum Privateigentum und zur Unternehmerpersönlichkeit ablegte, präsentierten sich weite Teile der NSDAP noch als Klassenpartei der „schaffenden Arbeit“.

Auch der junge Josef Goebbels verstand sich als Sozialist. Gemeinsam mit dem 1934 ermordeten Gregor Strasser und dessen Bruder Otto baute Goebbels einen „linken“, sozialrevolutionären Parteiflügel auf, der v.a. im „Kampf um Berlin“ die NSDAP als klassenkämpferische Partei der Hand- und Kopfarbeiter positionierte und ein durchaus eigenständiges ideologisches Profil gegenüber dem süddeutschen Parteiflügel um Adolf Hitler entwickelte.

Diese „NS-Linke“ drängte auf die Schaffung nationalsozialistischer Gewerkschaften, forderte die weitgehende Sozialisierung wichtiger Betriebe und setzte sich für eine quasi-sozialistische Organisation der Landwirtschaft und eine kollektivistische Wirtschaftsordnung ein. Für den Aufstieg der NSDAP war die soziale Frage jedenfalls ganz entscheidend.

Diese „nationalrevolutionären“ Thesen üben bis heute einen erheblichen Einfluss auf das Gedankengut der rechtsextremen Szene in Österreich und in Deutschland aus. So gesehen ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch die NPD gerne auf Themen wie „Anti-imperialismus“, „Globalisierung“ und „Hartz IV“ setzt und dabei mit linkspopulistischen Reflexen kokettiert. Der globalisierte Kapitalismus wird als d e r Hauptfeind der freien Völker bezeichnet, der weltweit nur noch „multikulturellen Einheitsbrei“ hinterlasse und zur Entfremdung der Menschen von ihrer angestammten Kultur, zu Entwurzelung, kultureller Dekadenz und Depression führe.

Mit den regelmäßigen Wahlerfolgen der Rechtspopulisten, v.a. aber angesichts der von vielen Menschen empfundenen negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung ist die in Skandinavien entstandene neoliberale Spielart des europäischen Rechtspopulismus zugunsten einer kulturalistischen u n d sozialpopulistischen Ausrichtung heute jedenfalls nahezu verschwunden.

Die zunehmende „Proletarisierung“ der Wählerschaft ist ein Markenzeichen des neuen Rechtspopulismus und geht Hand in Hand mit einem immer pointierteren Sozial-protektionismus. Der Aufstieg des europäischen Rechtspopulismus – das belegen auch sämtliche Wahlanalysen – geht zum überwiegenden Teil auf Kosten der traditionellen Linksparteien.[44]

Dieser Prozess läßt sich auch bei bereits länger bestehenden Parteien wie der österreichischen FPÖ oder der *Schweizerischen Volkspartei* beobachten, die traditionell in

[44] Pelinka 2005:94.

einer rechtskonservativen, kleinbürgerlich-bäuerlichen Wählerschaft verankert waren, ebenso gut aber beim belgischen *Vlaams Belang* und in Skandinavien, wo die „Fortschrittsparteien“ vom Vertrauensverlust vieler Bürger in die Sozialdemokratie profitieren konnten.

Der Rechtspopulismus ist mittlerweile in den großen Städten zu Hause und hat dort die traditionell linken Stammwählergruppen erreicht, wo rechtsextremes Wahlverhalten auch eine Form des sozialen Protests darstellt. Die aus dem Ruder gelaufenen Lebenszusammenhänge vieler Menschen – prekäre Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit, hohe Ausländeranteile im Arbeits- und Wohnumfeld, Drogensucht und Kriminalität, oder der Zerfall der suburbanen Infrastrukturen – wirken geradezu als Schubkräfte des neuen Rechtsextremismus.[45]

Die österreichische FPÖ etwa ist innerhalb von nur zwei Jahrzehnten von einer „bürgerlichen" Honoratiorenpartei mit nationalsozialistischer Vergangenheit zu einer proletarischen Mittelpartei mutiert. Bei allen Wahlgängen ist die FPÖ regelmäßig die mit Abstand stärkste Partei bei Arbeitern und Lehrlingen, und ein guter Teil ihrer Protesthaltung ist durchaus als „linkspopulistisch“ zu qualifizieren. Die FPÖ mobilisiert das „Proletariat“ der „kleinen und tüchtigen Leute“ gegen „die da oben“, sie mobilisiert die Österreicher gegen „die Fremden“ und den „Asylmissbrauch“, und die Christen gegen die „schleichende Islamisierung“ Europas. Sie artikuliert – in dieser Form und Konsequenz als einzige Partei des Landes! – die Opposition gegen die Europäische Währungsunion und die Brüsseler Bürokratie, gegen die Osterweiterung und gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei.

Neoliberale Programmelemente, konservativer Autoritarismus und „linker“ Sozialpopulismus verbinden sich so zu einem bunten ideologischen Eklektizismus, der alle relevanten Milieus und politischen Lager mit einbezieht und dessen programmatische Beliebigkeit weder für die Wählerschaft noch für die Funktionäre dieser neuen „Volksparteien" ein Problem darstellt. Marktradikal, wenn es gegen die etablierte Politik geht, linkspopulistisch beim Thema Sozialabbau, dann wieder umweltbesorgt oder als Anwalt der Familien.

Auch der norwegischen „Fortschrittspartei“ gelingt der schwierige Spagat zwischen nationalistischer Fremdenfeindlichkeit, Wertkonservativismus und neoliberaler Politik scheinbar mühelos – wenn es z.B. um die Begrenzung der Zuwanderung oder um die Ausweisung krimineller Ausländer geht, aber auch beim Bekenntnis zur christlich-abendländischen Tradition, beim Nein zu Homoehe und Abtreibung, oder wenn sie für die Privatisierung staatlicher Unternehmen, des Bildungssystems oder für eine Vereinfachung des Steuersystems eintritt. Gleichzeitig punktet sie mit dem linkspopulistischen Versprechen, die

[45] Jaschke 2001:103.

umfangreichen Erdöleinnahmen, die in einen „Zukunftsfonds“ fließen, verstärkt „umzuverteilen“ und im „sozialen Bereich“ zu investieren.

Ähnliches gilt auch für den französischen *Front National (Rassemblement National)*. Predigte man noch in den 1980er- Jahren einen wirtschaftlichen Neoliberalismus, so erfolgte mit dem Strukturwandel der Wählerschaft eine Hinwendung zum Linkspopulismus. Neoliberale Prinzipien gelten heute nur noch insoweit, als sie den „Interessen der Volksgemeinschaft“ nützen. So verbinden sich Wohlfahrtschauvinismus, Protektionismus und freier Markt, um sowohl für enttäuschte Arbeiter als auch für besorgte Kleinbürger wählbar zu sein.

Das hier beschriebene Phänomen läßt sich in nahezu allen europäischen Demokratien beobachten. Von der langsamen, aber steten Erosion der traditionellen Blockparteien der linken und rechten Mitte profitieren die von vornherein auf eine „volatile“ Wählerschaft eingestellten Rechtspopulisten. Deren Führungsfiguren, die selbst ernannten Volkstribune, maßen sich an, die wahren Bedürfnisse der „kleinen Leute“ zu kennen und besser zu vertreten, als die etablierte „Politikkaste“. „Das Volk als Ganzes gegen den bürokratischen Parteienstaat“, so lautet ihre Parole.

Der häufig geäußerten Meinung, dass es sich beim Sozialpopulismus der Rechten um ein rein wahltaktisches Manöver handelt, um ein, wie Christoph Butterwegge es formuliert hat, *zeitweiliges Schwanken im Hinblick darauf, wie bestimmte Wählerschichten am besten erreicht werden* [46] können, muss deshalb an dieser Stelle energisch widersprochen werden.

Der Sozialpopulismus der Rechten ist vielmehr genuin in den meisten dieser Bewegungen angelegt. Selbst in jenen rechtspopulistischen Parteien, die als radikale Neoliberale gestartet sind, hat in den letzten Jahren ein grundlegender Wandel stattgefunden, der nicht nur die Wählerschaft dieser Parteien, sondern auch ihre Funktionärsebene grundlegend verändert hat. Es steht zu befürchten, dass die Rechtspopulisten mit ihrem ideologischen Gemischtwarenhandel weiterhin erfolgreich sein werden, zumal die etablierten Volksparteien noch immer nicht realisiert zu haben scheinen, dass die europäischen Staaten auf eine existenzbedrohende Krise des politischen Systems „repräsentative Parteiendemokratie“ zusteuern.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen, aber auch infolge der „neuen Unübersichtlichkeit“, wie Jürgen Habermas es so trefflich benannt hat, der kollektiven Unsicherheiten und Ängste, der Ökonomisierung sämtlicher Lebensbereiche, der zunehmenden Prekarisierung des Lebens immer größerer Bevölkerungsgruppen, werden wir wohl auch in den nächsten Jahren mit einer Fülle von rechtsextremen und rechtspopulistischen Politikansätzen rechnen müssen – mit allen damit verbundenen Auf- und Abwärtsbewegungen, Krisen und Skandalen.

[46] Butterwegge 2006:25.

Jung, männlich und ungebildet?

Wer sind die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien?

Rechtspopulistische Parteien sind v.a. auch Protestparteien („discontent parties"), was sich besonders deutlich daran zeigt, dass sie bei „weniger wichtigen Wahlen" (wie z.B. den Wahlen zum EU-Parlament) besonders große Erfolge erzielen können, da diese Wahlgänge eine niederschwellige Form und Möglichkeit darstellen, Protest und Unzufriedenheit zu artikulieren. Doch wogegen richtet sich dieser Protest, der mittlerweile auch bei nationalen und regionalen Wahlgängen immer stärker spürbar wird und die traditionellen Lagerparteien langsam, aber sicher erodieren lässt?

Zunächst einmal zeigt sich, dass rechtspopulistische Herausforderer überall dort erfolgreich sind, wo seit langem Systeme von Konkordanzdemokratien (mit großen Koalitionen und starken inhaltlichen Annäherungen der traditionellen Volksparteien bis hin zu Allparteien-Koalitionen und ausgeprägten korporatistischen Elementen) vorherrschen, also in Österreich („ewige Große Koalition"), der Schweiz („Zauberformel"), Belgien („Säulenmodell"), Frankreich („Cohabitation"), Italien (jahrzehntelange Vorherrschaft der korrupten *Democrazia Cristiana* und ihrer Verbündeten) oder den Niederlanden („Poldermodell").[47] Gerade diese bis zur Erstarrung stabilen Konkordanzsysteme trugen den gesellschaftspolitischen Veränderungen – wie z.B. der durch die fortschreitende Individualisierung und den ökonomischen Wandel bedingten Auflösung der traditionellen Lebensformen und Bindungen, auf denen das Funktionieren der Industriegesellschaft beruhte (Familie, Klasse, Milieu, Geschlechterrolle, Nation, Religion) – zu wenig Rechnung. Von diesem „dealignment" der Wählerschaft profitieren nun die Rechtspopulisten.

Während die Globalisierung den Nationalstaat und seine politischen Akteure zusehends und für alle erkennbar entmachtete und die Parteien- und Politikverdrossenheit zunahm, flüchteten sich viele Menschen, die sich von diesen Entwicklungen überfordert fühlen, in antiliberale Ressentiments und nationalistische „Wir-Gefühle".[48] Gleichzeitig blieben die neuen populistischen Herausforderer, die sich selbst als die wahren Hüter der Interessen des Volkes stilisierten, vom politischen Establishment, das als williger Vollstrecker der ungeliebten Globalisierung – und damit auch der Zerstörung der eigenen Gesellschaft und Kultur! – dargestellt wurde, lange Zeit ausgegrenzt.

Besonderen Anklang fanden die Botschaften der Rechtspopulisten deshalb bei jenen Personen, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung negativ betroffen sind. *In den Reihen dieser „Modernisierungsverlierer" finden sich politische*

[47] Siehe auch Mišković 2010.
[48] Decker 2004:206f.

Unzufriedenheit, Statusängste, materielle Not sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit.[49] Diese überaus heterogene Gruppe von Menschen, der es an Organisationsfähigkeit mangelt, um ihre Anliegen auch tatsächlich politisch vertreten zu können, bilden das Wählerreservoir für die rechtspopulistischen Parteien – v.a. jüngere männliche Industriearbeiter mit geringer Qualifikation, die durch internationale Konkurrenz permanent von Arbeitslosigkeit bedroht sind, aber auch die Vertreter des traditionellen kleinen Mittelstandes (Ladenbesitzer, Handwerker, Angestellte etc.), die sich ebenfalls in ihrer Existenz gefährdet sehen.

Allerdings ist der Anteil von Wählern rechtspopulistischer Parteien nicht nur bei den tatsächlichen Verlierern der aktuellen Modernisierungsprozesse, sondern auch bei jenen Gruppen und Personen, die v.a. von „subjektiver Deprivation" betroffen sind, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen und in einem latenten Zustand der Enttäuschung und Unzufriedenheit mit den eigenen Lebensverhältnissen verharren, überdurchschnittlich hoch. Deutlich niedrigere Anteile weisen die Rechtspopulisten dagegen bei öffentlich Bediensteten auf.

Rechtsextreme und Rechtspopulisten profitieren also nicht nur von den sogenannten Modernisierungsverlierern, sondern auch vom Wohlstandschauvinismus[50] der bedrohten Mittelschichten, von den „verunsicherten Materialisten" und den „wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten", die einen bedeutenden Teil ihrer Wähler stellen, auch wenn ihre Misere weniger eine tatsächliche, sondern eine v.a. subjektiv empfundene, von Verlust- und Abstiegsängsten begleitete ist.[51] In Norwegen und Dänemark z.B. setzt sich die Wählerschaft der Rechtspopulisten etwa zu gleichen Teilen aus von der Sozialdemokratie und dem Wohlfahrtsstaat enttäuschten Arbeitern und Kleinunternehmern zusammen.

Überhaupt stellt der „Wohlfahrtschauvinismus" eine der Haupteigenschaften des rechten Populismus dar – auch wenn er zumeist jeder rationalen Grundlage entbehrt. Denn abgesehen von branchenspezifischen Ausnahmefällen kann der gestiegene Ausländeranteil weder für den Verlust von Arbeitsplätzen noch für die Finanzkrise des Wohlfahrtsstaates verantwortlich gemacht werden. Doch gerade die Vorwürfe einer missbräuchlichen Inanspruchnahme des Wohlfahrtsstaates entfalten die größte propagandistische Wirksamkeit, selbst wenn wir es hier eher mit einem kulturellen (und sozialen), als mit einem ökonomischen Problem zu tun haben.

Im politischen Alltagsgeschäft der Rechtspopulisten führt dies nicht selten zu Konflikten zwischen neoliberalen und sozialpopulistischen Positionen. Der im Kern individualistische

[49] Spier 2006:50.
[50] Unter „Wohlstandschauvinismus" versteht man eine Haltung, die darauf zielt, den eigenen Wohlstand zu bewahren und ihn vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch Dritte (z.B. „Ausländer") zu schützen. Wohlstandschauvinistische Einstellungen sind besonders in Staaten vorzufinden, in denen ein ursprünglich hohes soziales Versorgungsniveau infolge der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen unter Druck gerät.
[51] Decker 2004:198ff; Jungwirth 2002:20f.

Populismus, der sich gerne gegen staatliche Bevormundung und „Zwangssolidarität“ wendet, fordert gleichzeitig, dass der Staat „die kleinen Leute“ gegen die Übergriffe der organisierten Interessen schützen soll. Im extremsten Fall verbindet sich hierbei wirtschaftlicher Neoliberalismus mit „selektivem Protektionismus“ (für Kleinunternehmer, Bauern etc.). Am erfolgreichsten sind deshalb jene Populisten, denen es gelingt, sich einerseits als Anwälte der „Modernisierungsverlierer“ und als Agenten eines überfälligen Modernisierungskurses zu präsentieren.[52]

Rechtspopulismus (und Rechtsextremismus) haben mittlerweile selbst die traditionell linken Stammwählergruppen erreicht, wo rechtsextremistisches Wahlverhalten als sozialer Protest verstanden wird, der auf die hässliche Seite des Individualisierungsprozesses und auf die soziale, psychologische und ideologische Heimatlosigkeit breiter Bevölkerungsgruppen verweist. Eine besonders besorgniserregende „neue Qualität des Rechtsextremismus“ besteht v.a. in der sichtbaren Verjüngung seiner Wählerschichten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass bei der Wählerschaft rechtspopulistischer (und rechtsextremer) Parteien zwei Gruppen im Vordergrund stehen: die kleinbürgerlichen Mittelschichten einerseits und die nicht länger von den traditionellen Linksparteien repräsentierten unteren sozialen Schichten, und hier v.a. der jüngere männliche Teil.[53] Und auch da, wo es sich um bereits länger bestehende Parteien handelt (z.B. FPÖ, SVP), lässt sich ein signifikanter Wandel in der Wählerschaft konstatieren – von überwiegend (kleinbürgerlichen) Mittelschichten zu den unteren sozialen Schichten.

Nicht nur die FPÖ, auch der *Front National (Rassemblement National)* und die *Lega Nord* haben sich zu Beginn an eine eher konservative und traditionalistische Wählerschaft – z.T. auch an eine mit einer extrem rechten Weltanschauung – gewandt. Mit der Zeit haben auch diese noch relativ jungen Parteien begonnen, sich verstärkt auf eine urbane, aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu stammende sozialdemokratische (und kommunistische) Wählerschaft zu konzentrieren. Dieser Prozess lässt sich ebenso gut beim belgischen *Vlaams Belang* und auch in Skandinavien beobachten, wo die sogenannten „Fortschrittsparteien“ aus dem Vertrauensverlust vieler Bürger in die Sozialdemokratie elektorales Kapital schlagen konnten.[54]

Einer der Erklärungsversuche dieses europaweiten Phänomens geht davon aus, dass der „Autoritarismus der Unterschichten“ früher von sozialistischen und kommunistischen Parteien aufgefangen, durch den parteiinternen Paternalismus moderiert und mit egalitaristischen und solidarischen Werten verknüpft wurde. Heute jedoch sind gerade die Institutionen und Werte der Arbeiterklasse (wie z.B. die internationale Solidarität) durch die Individualisierung und die

[52] Betz 1996:372.
[53] Scharenberg 2006:104; Betz 1994:97ff.
[54] Falkenberg 1997.

soziale Fragmentierung der Gesellschaft einem besonders starken Erosionsprozess unterworfen. Sozialwissenschaftler sprechen deshalb auch von einem „Extremismus der Mitte“, wenn bislang gemäßigte Wählergruppen „ausbrechen" und ihre Stimmen jenen Protestparteien geben, die auf die Komplexität der Probleme mit einfachen Schuldzuweisungen reagieren. Den Wählern der Rechtspopulisten stehen jene gesellschaftlichen Gruppen gegenüber, die von der Modernisierung profitieren konnten und aus einer vergleichsweise sicheren sozioökonomischen Lage heraus die Folgen dieser Entwicklung kritisieren. *Es ist der Neoliberalismus mit seinem Bekenntnis zur ungehemmten „Freizügigkeit“ der Arbeitskraft (und aller anderen Produktionsfaktoren), der einen noch nie da gewesenen Druck auf die sich ausformende Unterklasse ausübt […] Es ist offensichtlich unbillig, von den ungebildeten, angsterfüllten, zutiefst gekränkten Mitgliedern der Unterklasse jene Toleranz und Weltoffenheit einzufordern, auf die sich die Eliten so viel zugute halten*.[55]

Eine unheilige Allianz

Rechtspopulismus und Boulevard

Ein ganz wesentlicher Punkt in der Betrachtung des Rechtspopulismus ist sein Verhältnis zu den Medien.[56] Die modernen Massenmedien sind das Lebenselixier der Populisten, die selbst bei negativer Berichterstattung von der Schlagzeile und dem Coverfoto profitieren. In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine durchaus besondere und symbiotische. Der Populist liefert die Skandale und die Medien machen ihn im Gegenzug bekannt, die Medien reduzieren die Unübersichtlichkeit politischer und gesellschaftlicher Vorgänge und der Populist bietet einfache Lösungen für komplexe Probleme an.[57]

Erleichtert wird dieses Wechselspiel durch die Tatsache, dass auch die Medien einem tiefgreifenden Strukturwandel unterliegen und besonders offen für die nach Aufmerksamkeit heischenden populistischen Inszenierungen sind. Die immer größere Bedeutung der Bildmedien (und der auf Infotainment basierenden „Yellow Press“) korrespondiert mit dem gerade bei Populisten vorherrschenden Trend zur Personalisierung und (Selbst-) Inszenierung.[58] Thomas Meyer geht deshalb mit den Medien hart ins Gericht: *Als eine häufig ausschlaggebende Gelegenheitsstruktur für die Entfachung und Nährung populistischer Stimmungen in der Gesellschaft und den Erfolg populistischer Strategien repräsentativer politischer Akteure erweist sich jedoch zunehmend auch die durch die Logik der Massenmedien forcierte politische Kommunikationskultur der modernen Medien-*

[55] Zilian 2002:70.
[56] Siehe dazu Kleinlercher 2010.
[57] Nauenburg 2005:6.
[58] Frölich-Steffen / Rensmann 2005:19.

demokratien.[59] Die professionelle Selbstmediatisierung der Politik nach den Regeln theatraler Inszenierungslogik (Event-Politik, Image-Politik und symbolische Scheinpolitik) wird damit zu einer der Hauptaktivitäten des politischen Systems und seiner Akteure. Gleichzeitig – und folgerichtig! – wird die Darstellung der Politik in den Medien trivialisiert und den Regeln der Unterhaltung unterworfen. Damit verschwindet das, was Politik in demokratischen Systemen ausmacht, die Debatten und Diskussionen, die Abwägungen und Kompromisse, die Erarbeitung von Programmen und ihre Umsetzung, aus dem öffentlichen Bild der Politik. Dass dabei nicht nur den populistischen Akteuren in die Hände gearbeitet wird, sondern dass durch die ständige mediale Skandalisierung und Negativdarstellung der Einrichtungen und Akteure der repräsentativen Demokratie das politische Desinteresse, ja die dramatisch wachsende Politikverdrossenheit und -abstinenz verstärkt wird, könnte sich schon in naher Zukunft zu einem demokratiepolitischen Problem erster Ordnung auswachsen.[60]

Late Adopters

Nationale Faktoren begünstigen den Erfolg rechtspopulistischer Parteien

Aufgrund der Erfolge rechtspopulistischer, z.T. auch rechtsextremistischer Parteien bildet der Rechtsextremismus in Westeuropa heute keine Randerscheinung mehr.[61] Allerdings *sorgen unterschiedliche institutionelle und situative Bedingungen in den einzelnen Ländern dafür, dass deren Erfolgsbilanzen zum Teil erheblich auseinander klaffen*.[62] Albert Scharenberg meint: *Entscheidend für die jeweilig konkrete Gestalt der Rechtsparteien sind dabei die nationalen und ideologischen Traditionen sowie die politischen Gelegenheitsstrukturen*.[63] Lässt sich daraus schließen, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus viel eher nationale, als gesamteuropäische Phänomene sind, und dass sie ihre Mobilisierungskraft v.a. aus regionalen und nationalen Situationen schöpfen, die zeit- und kontextgebunden sind?

Die ganz unterschiedlichen Erfolgsbilanzen rechtspopulistischer Parteien in Europa zeigen, dass das nationale politische Umfeld und die spezifischen Ausgangskonstellationen in den verschiedenen Ländern tatsächlich von größter Bedeutung sind; gleichzeitig lässt sich ein paralleles Erstarken dieser Bewegungen konstatieren, das auf ganz ähnliche soziokulturelle, politische und ökonomische Transformationsprozesse zurückzuführen ist.[64] Sieht man von einigen Ländern an der Peripherie Europas ab (Irland, Spanien), so sind Rechtspopulisten heute nahezu flächendeckend präsent und auf regionaler, vielfach auch auf nationaler Ebene prominent vertreten.

---

[59] Meyer 2006:82.
[60] Rosenberger 2005:42.
[61] Stöss 2006:521.
[62] Decker 2004:249.
[63] Scharenberg 2006:104.
[64] Frölich-Steffen / Rensmann 2005:11ff.

Ein Länderüberblick zeigt, dass rechtsextreme Parteien in Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Norwegen, Österreich und der Schweiz, zuletzt aber auch in Deutschland und in Großbritannien zu häufigen Erfolgen kommen, in Griechenland, den Niederlanden und in Schweden zu gelegentlichen, wogegen zählbare Erfolge in Irland, Luxemburg, Spanien und – mit Einschränkungen – auch in Portugal bis dato ausgeblieben sind. Wodurch lassen sich solche Unterschiede erklären?

Zunächst einmal scheint unbestritten, dass rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung rechte Wahlerfolge begünstigen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass dies nicht der einzige (oder wichtigste) Indikator ist. Das Eurobarometer etwa weist höchste Intoleranz-Anteile in Griechenland, Belgien, Dänemark, Frankreich und Deutschland auf, während in Spanien, Luxemburg, Finnland, Portugal und Schweden relativ wenig Intoleranz festzustellen ist. *Das Beispiel Italiens zeigt, dass es möglich ist, in einem Land mehrere rechtspopulistische Parteien zu haben, ohne dass populistischer Rassismus ein wichtiges Element der Gesellschaft wäre*.[65] Etwas aufschlussreicher ist da schon die Frage nach der „Ablehnung der multikulturellen Gesellschaft", wo (wiederum) Griechenland vor Belgien, Deutschland, Österreich und Italien sowie Finnland liegt.

Selbst innerhalb der skandinavischen Staaten, die historisch so vieles verbindet, (Wohlfahrtsstaat, Säkularisierung, starke Sozialdemokratie), zeigen sich erstaunliche Unterschiede. Während Rechtspopulisten in Dänemark und Norwegen schon in den frühen 1970er-Jahren – also lange vor dem europaweiten Aufkommen der neuen Rechten – erste Erfolge feierten, blieb die Nachfrage nach rechtsextremen Parteien in Finnland nach den Faschismus- und Kriegserfahrungen lange Zeit gering. Schweden wiederum ist – im Gegensatz zu Dänemark und Norwegen – durch eine frühe Industrialisierung, eine starke Arbeiterschaft und eine bipolare Blockstruktur gekennzeichnet, in der die Konservativen eine deutliche Alternative zu den Sozialdemokraten darstellen. Nur einmal, 1991, ist es der *Ny Demokrati* hier gelungen, mit 6,7% der Stimmen und 25 Mandaten ins Parlament einzuziehen. Nach dem Machtwechsel war die Partei im Grunde überflüssig geworden: 1994 stürzte sie auf 1,2% ab, 1998 verschwand sie mit 0,2% in der Bedeutungslosigkeit. Erst 2010 schaffte mit den „Schwedendemokraten" wieder eine rechte Partei den Einzug in den Reichstag.

Während in Schweden der gewerkschaftliche Organisationsgrad größer ist, als in jedem anderen europäischen Land, und auch das Klassenbewusstsein stärker ausgeprägt ist, weshalb in der Bewertung der als wichtig erachteten politischen Themen soziokulturelle Fragen eine untergeordnete Bedeutung spielen und das Einwanderungsthema nicht politisch besetzt wurde – obwohl Untersuchungen zeigen, dass Schweden ebenso viele fremden-

[65] Decker 2004:107.

feindliche Wähler aufweist, wie andere westeuropäische Länder! –, verhalf in Dänemark, das einen relativ geringeren Ausländeranteil aufweist, das Thema Migration der rechtspopulistischen „Dänischen Volkspartei“ zum Durchbruch. 2001 betrug der Anteil der Arbeiter unter den Wählern der „Dänischen Volkspartei“ 56% (1998: 49%), verglichen mit 43% bei den Sozialdemokraten, ein eindeutiges Indiz für die schwindende Bedeutung der ökonomischen Konfliktlinien zugunsten der soziokulturellen (Einwanderung, innere Sicherheit, europäische Integration), in denen viele traditionelle Linkswähler nicht mehr mit der Linie „ihrer“ Partei übereinstimmen, was nur solange kaum eine Rolle spielt, als sie sich mit deren wirtschaftlichen Positionen identifizieren können.[66] Das dänische Beispiel zeigt darüber hinaus deutlich, dass eine allzu große inhaltliche Annäherung zwischen den etablierten Parteien in ökonomischen Fragen auf dem Kampffeld der Kultur Raum für Rechtspopulisten schafft, dass aber auch die Bereitschaft der Etablierten, mit den Populisten zusammenzuarbeiten, diesen erhöhte Aufmerksamkeit und Legitimität verschaffen kann.

Und Großbritannien? Hier existiert eine kleine, aber überaus militante rechtsradikale Szene. Bereits 1945 propagierte Oswald Mosley, der Gründer des *Union Movement*, eine europaweite Zusammenarbeit rechtsextremer Organisationen. 1962 entstand in Großbritannien die erste bekennend neonazistische Organisation, das *National Socialist Movement* (NSM), und 1967 die neofaschistische *British National Front* (NF). Auf dem Humus einer starken Hooligan- und Skinheadszene entstand Anfang der 1990er-Jahre die rassistische *Blood and Honour*-Bewegung, die auch die Anti-Euro-Kampagne der rechtsradikalen *British National Party* (BNP) unterstützte. Allerdings konnten – einerseits wegen der offensichtlichen Indifferenz der Briten gegenüber extremistischer Politik,[67] aber auch wegen des britischen Mehrheitswahlrechts – weder die NF noch die BNP nennenswerte Erfolge bei Wahlen erzielen. Die Tatsache, dass es neben diesen neonazistischen Splittergruppen kein britisches Pendant zur FPÖ, zum *Front National (Rassemblement National)* oder auch nur zu den deutschen *Republikanern* gibt, erklärt sich auch daraus, dass gewisse nationalistische und xenophobe Haltungen (v.a. auch die EU-Skepsis) durchaus von manchen konservativen Politikern abgedeckt werden. In den späten 1970er-Jahren etwa stand die *National Front* kurz davor, die Liberalen als „dritte Kraft“ zu überholen. Mit Beginn der neoliberalen Thatcher-Ära war dieser kurze Höhenflug allerdings vorbei. Die Versuche der BNP, sich mit Unterstützung des französischen *Front National* zu einer Partei eines „modernistischen Nationalismus“ zu wandeln, blieben ebenfalls wenig erfolgreich. Für Roger Griffin, der konzidiert, dass es in Großbritannien natürlich Rassismus gebe, dieser aber oft nicht als solcher erkannt werde, weil der maskierte britische Chauvinismus *genau durch die Mitte der Gesellschaft* verlaufe, ist klar, dass *das wichtigste parteipolitische Ventil für populistischen*

[66] Siehe Rydgren 2006.
[67] Siehe Griffin 2002.

Rassismus (…) die Konservative Partei ist. Er spricht deshalb von *zentristischem Populismus* oder auch vom *Extremismus der Mitte*. Großbritannien beweise jedenfalls, dass es keines Haider, Bossi oder Le Pen bedürfe, um ein Klima zu erzeugen, in dem populistischer Rassismus gedeihen könne.[68] Um so bitterer die Tatsache, dass den Erfolg dieser populistischen Anti-EU-Agitation zuletzt die radikalliberale und rechtspopulistische UKIP einfahren konnte, deren Hauptziel der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union war.

Ähnliches ließe sich auch über die spanische „Volkspartei“ *(Partido Popular)* sagen, die in einem Land mit langer faschistischer Tradition, das für rechte Wahlerfolge durchaus prädestiniert schiene, offensichtlich ein ausreichendes Ventil darstellt und eine dezidiert rechtspopulistische Partei überflüssig macht.

In Deutschland wiederum stellt der rechte Populismus ein relativ spätes Phänomen dar, das zudem lange Zeit auf sporadische (und oft einmalige) Erfolge bei Kommunal- und Länderwahlen beschränkt blieb. Die größte Sensation lieferte hier die „Schill-Partei“, die im September 2001 bei der Hamburger Bürgerschaftswahl aus dem Stand heraus 19,4% erreichte und in der Folge innerhalb kürzester Zeit in der „Bürgerblock“-Koalition mit CDU und FDP (und mit Ronald Schill als Innensenator) dramatisch scheiterte. Den einzigen Erfolg auf Bundesebene erreichten die *Republikaner* 1989 bei den Europawahlen (7,1%). Dass auch Deutschland gegen Rechtspopulismus nicht immun ist, beweist allerdings der kometenhafte Aufstieg der AfD.

Besonders im Osten, wo durch das Tempo des Systemwechsels ganze Bevölkerungsschichten in einen Zustand der Anomie gefallen sind, ist das Potential für rechtspopulistische Bewegungen besonders groß.[69] Dem standen lange Zeit einige unüberwindlich scheinende Hindernisse entgegen. Zum einen agiert der rechte Populismus in Deutschland in einem durch die nationalsozialistische Vergangenheit schwer belasteten Umfeld, weshalb selbst die meisten Boulevardmedien gewisse Berührungsängste entwickeln. Außerdem fehlte es der stark zersplitterten rechten Opposition an einer charismatischen Führerfigur, die – ähnlich wie Jörg Haider in Österreich – zur Enttabuisierung gewisser – z.B. fremdenfeindlicher – Positionen hätte beitragen können. Darüber hinaus bieten im stark föderalistischen deutschen System gerade die „weniger wichtigen“ Landtagswahlen den Wählern ein geeignetes Ventil, um ihrem Unmut Luft machen zu können. Nicht zufällig hatten populistische ad-hoc- und Protestparteien, aber selbst die rechts-extremistischen DVU und NPD v.a. auf Länderebene, etwa in Sachsen, in Sachsen-Anhalt oder in Stadtstaaten wie Hamburg und Bremen überraschende Erfolge. Den meist dezentral entstandenen Bewegungen fiel, wie auch das Beispiel Schill gezeigt hat, der Aufbau einer bundesweiten

[68] Griffin 2002.
[69] Decker / Hartleb 2006.

Organisation schwer, und die nationale Fünfprozentklausel stellt eine erhebliche und nur schwer überwindbare Hürde dar. Und zu guter Letzt stand im deutschen Osten mit der *Linken* eine genuin ostdeutsche links-populistische Protestalternative bereit. Mit der AfD ist es nun erstmals einer rechtspopulistischen Partei gelungen, sowohl bundesweit als auch bei Landtagswahlen in den „alten“ und in den „neuen“ Bundesländern z.T. beachtliche Erfolge zu erzielen. Dies ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass rechter Populismus in Deutschland – ähnlich wie in Großbritannien – durch die *Bild*-Zeitung und manche Politiker der etablierten Parteien durchaus Mainstream ist und die von den Rechtspopulisten so gerne thematisierten Probleme (Parteienherrschaft, Wohlfahrtsstaat, Migration, Sicherheit) bei den etablierten Parteien stets gut aufgehoben waren und auch weiterhin sind. Der gegenwärtige Erfolg neuer Bewegungen wie der AfD (oder auch PEGIDA) ist in erster Linie wohl der „Flüchtlingskrise“ geschuldet, und es bleibt abzuwarten, ob sich diese Bewegungen stabilisieren und weiter entwickeln oder mit der Rückkehr zu „normalen Verhältnissen“ – falls eine solche denn in absehbarer Zeit eintreten sollte! – wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden werden.

Sonderfall Osteuropa?

Ist der osteuropäische Populismus mit dem westeuropäischen vergleichbar?

Der osteuropäische Populismus stellt – auch historisch gesehen – ein eigenständiges Phänomen dar.[70] Durch die insgesamt geringere Industrialisierung wurde in Osteuropa bereits in der Zwischenkriegszeit ein starker agrarischer Populismus begünstigt. Und während der kommunistischen Herrschaft wurden bereits vorhandene autoritäre, staatszentralistische und nationalistische Tendenzen noch verstärkt. Einwanderung gab es – im Gegensatz zu Westeuropa seit den 1960er-Jahren – so gut wie keine.

Nach der Wende waren bei der Entstehung der neuen osteuropäischen Parteiensysteme drei Wege denkbar:

1.) Die Anknüpfung an vorsozialistische Parteiensysteme. Mit Ausnahme von Tschechien (und z.T. auch Ungarn) waren solche Strukturen allerdings kaum vorhanden, außerdem hatte der „reale Sozialismus“ die Sozialstruktur so tiefgreifend verändert, dass v.a. die rechtsextremen Bauernparteien der Zwischenkriegszeit in ihrer sozialen Basis entscheidend geschwächt waren.

2.) Die Anknüpfung an die sogenannten „Blockparteien“ – ein insgesamt wenig attraktiver Weg.

3.) Die Schaffung eines neuen Parteiensystems. Durch diese am häufigsten gewählte Option entstanden – rund um „charismatische Persönlichkeiten“ – zahlreiche Rand- und Kleingruppen oftmals dubioser Ausrichtung, wobei der Nationalismus vielfach die

[70] Siehe Larch 2011, Havlík / Pinková 2012, Hartleb 2013.

verbindende ideologische Kraft darstellte, die das Vakuum der untergegangenen kommunistischen Ideologie auszufüllen half.[71]

In der Slowakei etwa regierte der Populist Vladimír Mečiar jahrelang mit europa- und ungarnfeindlichen Slogans und machte nebenbei die rechtsextreme SNS als Koalitionspartner hoffähig. Auch die Nationale Bewegung Simeon II. des bulgarischen Thronfolgers Simeon Sakskoburggotski, der das Land von 2001 bis 2005 regierte, verkörperte eine Mischung aus historischer Nostalgie, nationalen Ressentiments und Populismus. In Tschechien zogen die rechtsextremen Republikaner (SPR-RSC) von Miroslav Sladek 1992 mit 6% und 14 Mandaten ins Parlament ein und erreichten 1996 sogar 8%. In Polen, wo Rechtsextreme nach 1989 zunächst keine Rolle spielten, war der 1991 gegründete Radiosender *Radio Maryja* von großer Bedeutung für die euroskeptischen Mobilisierungen. Sein Gründer Tadeusz Rydzyk war einer der Hauptvertreter des (rechten) polnischen Populismus, bei dem neben dem Nationalismus v.a. der ultrakatholische Extremismus eine wichtige Rolle spielt. Zwischen gemäßigter und extremer Rechter, zwischen der manchmal als links-populistisch bezeichneten *Samoobrona* und der katholisch-nationalistischen Liga polnischer Familien gibt es – neben persönlichen und ideologischen Rivalitäten – zahlreiche Gemeinsamkeiten und persönliche Verflechtungen. Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind – nicht nur in Polen, wo die rechtspopulistische PiS seit ihrem Wahlsieg 2015 den radikalen Umbau des gesamten Staates forciert – fließend. In Ungarn z.B. zeigten sich in der ersten Regierung Viktor Orbán (1998–2002) die Übergänge von der „bürgerlichen“ Rechten zum rechten Extremismus am deutlichsten in der neofaschistischen, großungarischen, antisemitischen und antiziganischen MIEP verkörpert. Ihren Platz hat mittlerweile die rechtsradikale *Jobbik* eingenommen – und auch Orbán selbst ist seit seiner Rückkehr an die Regierung deutlich nach rechts gerückt. In Rumänien und Bulgarien befinden sich die Rechtspopulisten ebenfalls schon seit einigen Jahren im Aufwind. Einzig in den baltischen Ländern gibt es noch kaum relevante rechtsextreme oder rechtspopulistische Akteure und Parteien.

Noch stärker als im Westen ist das Rechts-Links-Schema für die osteuropäische Politik nur bedingt anwendbar. Einerseits kam es nach der Wende häufig zu Kooperationen zwischen Postkommunisten und Ultranationalisten, andererseits begünstigte die Vagheit des neuen Parteiensystems den Aufstieg populistischer Politiker. Der neue osteuropäische Populismus, der im Zuge der dramatischen sozioökonomischen Transformationsprozesse entstand, verbindet paradoxerweise nationalistische und rechtsautoritär-antielitäre Einstellungen mit einer „links“ orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik, die nicht selten mit einer Nostalgie der kommunistischen Sozialordnung einhergeht. Er drückt eine grundsätzliche Enttäuschung über die unerfüllten Versprechen des demokratischen Systems und ein Misstrauen gegen

[71] von Beyme 1996.

die neue Eliten aus, die sich – insbesondere im Bereich der Wirtschaft – vielfach aus Vertretern der alten kommunistischen Nomenklatura zusammensetzen. Im Gegensatz zu vielen ihrer westlichen „Kollegen“ sind die osteuropäischen Populisten nicht staatsfeindlich, sondern setzen im Gegenteil auf den Staat als soziale Verteilungsagentur und „Firewall“ gegen den „wirtschaftlichen Ausverkauf“ des Landes. Euroskepsis und Europafeindschaft bilden deshalb – ähnlich wie im Westen – ein wichtiges Motiv des rechten Populismus in Osteuropa, von dem vielfach auch die Regierungsparteien betroffen sind.[72] Sehr deutlich zeigte sich dies in der extrem niedrigen Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen des Jahres 2004 (26% gegenüber 47% im Westen; Slowakei 17%, Polen 21%, Tschechien und Slowenien 28%) – ein negativer Trend, der sich in den meisten osteuropäischen Staaten 2009 und 2014 fortsetzte.

Natürlich gibt es auch noch andere Gemeinsamkeiten zwischen west- und osteuropäischem Rechtspopulismus. Alle osteuropäischen populistischen Parteien sind „Männerparteien“ mit charismatischen Führern und ausgesprochen konservativ bis reaktionär in ihrem Frauen- und Familienbild. Gerne polemisieren sie gegen das politische Establishment und die „Fremden“, die hier allerdings nicht als Migranten, sondern vorwiegend als autochthone ethnische Minderheiten auftreten und beim Aufbau von Feindbildern eine wichtige Rolle spielen.[73] Anders als in Westeuropa herrscht in weiten Teilen Osteuropas immer noch ein ethnischer Flickenteppich, und in vielen Fällen heizen nationale Traumata den Nationalismus in den „Heimatländern“ noch weiter an, wie z.B. bei den Ungarn in der Slowakei und in Rumänien oder bei den Russen im Baltikum. Der osteuropäische Nationalismus ist tatsächlich noch ein „völkischer“, während er in Westeuropa, wo es v.a. die „abendländische Kultur“ zu verteidigen gilt, schon weitgehend „europäisiert“ wurde.

Der osteuropäische Populismus steht heute im Zentrum und nicht an der Peripherie des Parteiensystems. Seine elektorale Basis findet er bei den „Verlierern der zweiten Modernisierung“, die sowohl Vertreter der alten Nomenklatura, große Teile der Arbeiterschaft, Teile der neuen Kleinunternehmer, aber auch viele Frauen und mittlere Angestellte umfasst. Und: In Osteuropa ist das Bedrohungspotential keineswegs nur „gefühlt“, sondern sehr real.[74] Dies und die antipolitische und antiliberale Grundstimmung sowie der Mangel an Übung in Demokratie bieten dem osteuropäischen Nationalpopulismus beste Entwicklungsmöglichkeiten.

[72] Kostrzebski 2005.
[73] Bachmann 2006.
[74] von Beyme 1996.

„Zu Tode gewählt“

Vom Scheitern der Rechtspopulisten

Rechtspopulistische Parteien sind ihrem Wesen nach negatorisch und oppositionell. Fundamentalopposition, Selbstisolation und Ausgrenzung bilden eine solide Basis für ihre langfristig gesicherte Existenz. *Der wirksamste Mechanismus, eine populistische Partei und vor allem deren Führungsfigur zu entzaubern, besteht darin, sie in die Pflicht zu nehmen*.[75] Denn, was den Rechtspopulisten im politischen Alltag ihres permanenten Wahlkampfes nützt, ist gleichzeitig ihre größte Schwäche. Ihre auf wenige „charismatische“ Persönlichkeiten zugeschnittene Struktur und ihr Bewegungscharakter erweisen sich rasch als überaus anfällig und fragil. Wie leicht kann dann das persönliche Charisma des autoritären Führers verblassen, und auch die agitatorischen Stilmittel lassen sich nicht beliebig steigern.[76]

Da die Populisten dazu neigen, ständig völlig überzogene und unrealistische Versprechungen abzugeben und scheinbar einfache, radikale Lösungen zu propagieren, trifft sie – einmal an der Regierung beteiligt – das Missverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit des Regierens umso härter. Durch ihre Einbindung in das System bekommen die Populisten rasch ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Gerade in der Regierungsarbeit erweisen sich ihre mangelhaften Organisationsstrukturen und ihr wenig rationales Agenda-Setting als großer Nachteil. Auf Regierungsebene angelangt, müssen die bisherigen „Anti-System-Parteien“ sich plötzlich ganz neu positionieren, weil sie über Nacht selbst ein Teil von denen „da oben“ geworden sind. Da, wo die Populisten in die Verantwortung genommen werden, müssen sie sich nolens volens bis zu einem gewissen Grad den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie unterwerfen, müssen auch unpopuläre Maßnahmen mitverantworten und werden dadurch ihres plebiszitären Appeals beraubt. Meist geraten die rechtspopulistischen Führerparteien auch in schwere personalpolitische Turbulenzen, agieren in der Folge dilettantisch und chaotisch. Beides führt erfahrungsgemäß bald zu Konflikten mit den – in der Regel konservativen – Koalitionspartnern, aber auch zu internen Richtungskämpfen und trägt zur raschen Entzauberung der Populisten bei.[77] *Demzufolge sind die Chancen auf eine Regierungsbeteiligung jener Parteien über eine Legislaturperiode hinaus zunächst im Durchschnitt eher als gering einzuschätzen*.[78]

Die Frage, ob rechtspopulistische Parteien an der Regierung zum Scheitern verurteilt sind, kann nach den vielfältigen Erfahrungen der letzten Jahre tendenziell mit „Ja“ beantwortet

---

[75] Decker / Hartleb 2005:117; siehe dazu auch Matthew Goodwin 2011:23ff. http://www.chathamhouse.org.

[76] Decker 2006:18.
[77] Pallaver / Gärtner 2006:115ff.
[78] Frölich-Steffen / Rensmann 2005:28.

werden. Allerdings – auch wenn die meisten Rechtspopulisten scheitern und die Früchte ihrer Arbeit andere ernten: Die Regierungsbeteiligung einer rechtspopulistischen Partei führt regelmäßig und unweigerlich zu einer Rechtsverschiebung des politischen Spektrums sowohl beim Agenda-Setting als auch beim eigentlichen Policy-Making.[79] Das heißt, der einmal angerichtete Schaden ist nicht so einfach reparabel.

Erfolgreich können die rechten Populisten auf Dauer nur dann sein, wenn es ihnen gelingt, Regierung und Opposition gleichzeitig zu sein, „Bewegung" zu bleiben und politische Partei zu werden. Stark föderale Systeme, wie das Schweizer, aber auch das österreichische, ermöglichen es den Populisten, die Taktik unterschiedlicher Politiken auf den verschiedenen politischen Ebenen zu benützen. Beim Lavieren zwischen Regierungs- und Oppositionspolitik bleibt den Populisten oft nur die Verlagerung des politischen Kampfes auf „Nebenschauplätze", z.B. auf solche der „Kultur" oder der „Werte". In der Schweiz kommt noch hinzu, dass die stark entwickelten Instrumente der direkten Demokratie von den Rechtspopulisten regelmäßig dazu missbraucht werden, um außerparlamentarische Oppositionspolitik gegen die eigene Politik auf Bundesebene zu betreiben.

Auch die Tatsache, dass in Skandinavien häufig Minderheitsregierungen um die Unterstützung kleinerer Parteien buhlen, lässt die dortigen Rechtspopulisten einerseits weiter in ihrer Oppositionsrolle, erlaubt es ihnen aber anderseits, sich als „gemäßigte" und „konstruktive" Kräfte zu etablieren. In Dänemark und Norwegen nehmen die Rechtspopulisten mittlerweile eine feste Position im Parteiensystem ein: Seit den Parlamentswahlen 2001, bei denen die Partei fast 15% der Stimmen für sich verbuchen konnte, unterstützte die norwegische „Fortschrittspartei" eine konservative Minderheitsregierung; seit 2013 ist sie mit der konservativen *Høyre* in einer Regierungskoalition. Und die „Dänische Volkspartei" (DF) konnte als wichtigste Unterstützerin einer konservativen Minderheitsregierung ein Jahrzehnt lang großen Einfluss auf die dänische Politik ausüben.

Populismus als symbolische Politik

Warum der Populismus auch die etablierten Parteien infiziert hat

Auch wenn die Rechtspopulisten durch Einbindung in Macht und Verantwortung regelmäßig und rasch entzaubert werden, was bleibt, ist das vergiftete gesellschaftliche Klima, sind die Tabubrüche, die von neuen Akteuren immer noch weiter ausgedehnt werden können.[80] In einigen europäischen Staaten wurden die Rechtspopulisten darüber hinaus als Koalitionspartner von „gemäßigten Rechtsparteien" mittlerweile soweit „salonfähig", dass ihre politischen Inhalte und ihr „Stil" auch in den Mainstream Eingang gefunden haben.[81] *Der wohl größte Erfolg der Rechtsextremisten und -populisten ist es, mit ihrer Agitation gegen*

[79] Decker / Hartleb 2005:116.
[80] Rosenberger 2005:46f.
[81] Decker 2004:271ff.

Einwanderung wohlstandschauvinistischen und einwanderungsfeindlichen Positionen eine größere gesellschaftliche Legitimität verschafft zu haben und die nationalstaatlichen Regierungen in der Frage der Migrationspolitik, zugespitzt formuliert, „vor sich her zu treiben." [82] Die politische Effektivität der Rechtspopulisten misst sich in erster Linie also nicht daran, was sie selbst tatsächlich umzusetzen imstande sind, sondern daran, wie weit sie den politischen Diskurs in gesellschaftspolitisch sensiblen Fragen mitbestimmen können. Ihr indirekter Einfluss und ihr Agenda-Setting bleiben ihre größten Erfolge.

Populistische Mobilisierungen bei etablierten konservativen, liberalen, aber auch sozialdemokratischen Parteien gehören längst zur Tagesordnung – Cas Mudde spricht deshalb auch von *populistischem Zeitgeist*.[83] Populismus wird dadurch zum Alltagsphänomen und zum politischen Systemmerkmal – und rechtspopulistische Deutungen reichen mittlerweile bis weit ins Spektrum der etablierten Parteien und Verbände hinein.[84] Es lohnt sich einfach, *in Populismus zu machen*.[85] Mittlerweile ist der Rechtspopulismus nicht bloß ein politisches, sondern ein weit über die Sphäre des Politischen hinausgehendes soziokulturelles Phänomen. Wer genau hinhört und -sieht, der merkt, dass unsere gesamte Alltagskultur, die Massenmedien, die Werbung, selbst die Unterhaltungsindustrie bereits rechtspopulistisch durchseucht sind.

Es verwundert deshalb auch nicht, dass der Einfluss der Rechtspopulisten im Bereich der „kulturellen Themen" wirksamer und sichtbarer ist, als in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, weil es hier noch relativ große Handlungsspielräume gibt – die in der Sozial- und Wirtschaftspolitik fehlen – und sich diese Art von Symbolpolitik leicht zur Profilierung eignet. Darüber hinaus sind Wertfragen *im Unterschied zu Verteilungsfragen kaum kompromissfähig, vertragen sich also schlecht mit dem auf Ausgleich angelegten demokratischen Prinzip*.[86] Damit gelang es den rechten Populisten, die Politik (z.B. in der Zuwanderungsfrage) selbst dort mitzubestimmen, wo die etablierten Parteien sich einig waren, sie von der Macht fernzuhalten, etwa in Belgien oder in Österreich bis zum Jahr 2000.

Die entscheidende Frage ist, inwieweit rechtspopulistische Parteien – besonders solche, die an einer Regierung beteiligt sind –, die von ihnen als „abgehoben" und „volksfern" kritisierte repräsentative Demokratie zugunsten von mehr „direkter Demokratie" umzubauen imstande sind, und inwieweit ein solcher Umbau autoritäre Elemente enthält, die eine Gefahr für die liberale Demokratie darstellen könnten.

Die neuen Parteien sind sozusagen die Trendsetter einer „plebiszitären Transformation" des politischen Prozesses. Die etablierten Parteien stehen nun vor der Wahl, auf die inhaltlichen

[82] Scharenberg 2006:105.
[83] Mudde 2004:545.
[84] Jaschke 2001:37.
[85] Decker 2004:277.
[86] Decker 2004:247.

Unterschiede in den Programmen zu verweisen (und damit die Wähler zu langweilen bzw. zu überfordern) oder eine weitere gezielte Depolitisierung der Wählerschaft herbeizuführen und auf symbolische Politik auszuweichen. Es steht zu befürchten, dass sie im Kontext der modernen Mediengesellschaft den zweiten Weg einschlagen werden.[87]

Möglicherweise aber kommt im Gefolge der nicht enden wollenden Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftskrise alles noch viel schlimmer. In einigen Staaten sind die etablierten Parteiensysteme der Nachkriegszeit gerade dabei, sich selbst zu desavouieren und zu demontieren. Möglicherweise zeigt uns ein Blick auf Italien, wohin es in Zukunft gehen wird. Italien, wo das Nachkriegssystem bereits in den 1990er-Jahren implodiert ist, und wo in das Vakuum, das die *Democrazia Cristiana* und ihre moralisch verrotteten Alliierten hinterlassen hatten, Berlusconi mit seinem Unternehmer- und Casanova-Populismus und die *Lega Nord* mit ihrem wohlstandschauvinistischen Separatismus gestoßen sind. Jetzt zerbröckelt auch dieses System und es bricht – und das vielleicht nicht nur in Italien! – eine neue Ära an, die der populistischen Politclowns.

SOS-Demokratie

Ein nicht allzu optimistischer Ausblick

Während frühere Populismen räumlich und zeitlich eingrenzbar waren, hat die Bewegung im Zeichen der Globalisierung eine „neue Qualität“ erhalten – auch in Hinblick auf die künftige Entwicklung der Demokratie. Ist der Erfolg der Rechtspopulisten also tatsächlich eine der *Schattenseiten der Globalisierung*,[88] eine „normale Begleiterscheinung“ des europäischen Einigungsprozesses, in dessen Folge die Undurchschaubarkeit des Regierens und die Entfremdung der Bürger von der politischen Klasse noch einmal verschärft wurde, da politische Verantwortlichkeiten nicht mehr klar lokalisierbar sind?

Wenn die großen Parteien nur noch ihre Klientel versorgen und wegen ihrer Verflechtung mit dem Staatsapparat jegliche grundlegenden Reformen der Institutionen verhindern und das System der politischen Vertretung blockieren, braucht man sich nicht zu wundern, wenn der einzige Ausdruck des Widerspruchs von den Gegnern der verfassungsmäßigen Ordnung kommt, meint Jean-Yves Camus mit leichter Resignation – und: *Diese Situation verweist zuvörderst die Linke auf ihre Unzulänglichkeiten und ihr Versagen und die konservative Rechte auf ihre Verblendung und Feigheit*.[89]

Der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg der Rechtspopulisten wurde schon oft von der besorgten Frage begleitet, ob sie eine ernsthafte Bedrohung für die liberale repräsentative Demokratie darstellen, da sie deren Funktionsmechanismen in Frage stellten, oder ob sie als

[87] Decker 2006:24ff.
[88] Wilhelm Heitmeyer, zit. nach Spier 2006:48.
[89] Camus 2002:54f.

hässliches, aber notwendiges Korrektiv nicht sogar zur Stabilisierung des demokratischen Systems beitrügen.[90] Jedenfalls, so Hans-Georg Betz bereits 1994, bestehe kein Grund zur Annahme, dass die radikalen Rechtspopulisten in absehbarer Zukunft von der politischen Bühne verschwinden würden.[91] Das Potential für rechten Radikalismus existiere in allen Industriegesellschaften und sollte, nach Scheuch und Klingemann, als *eine normale Pathologie* moderner Industriegesellschaften angesehen werden.[92] Außerdem stelle der Rechtspopulismus derzeit die hauptsächliche Protestform in unseren Konsensgesellschaften dar.

Grundsätzlich, so Frank Decker, brauchten Demokratien – und *wo Demokratie ist, ist immer auch Populismus* – den Populismus nicht fürchten. Indem der Populismus dem Protest eine Stimme leihe, sorge er gleichzeitig auch dafür, dass dieser Protest innerhalb des Systems bleibe und zwinge die etablierten Kräfte, sich jener Probleme anzunehmen, die offensichtlich lange Zeit vernachlässigt wurden. Allerdings höhle die „plebiszitäre Transformation" des Systems der parlamentarischen Demokratie dieses mit der Zeit aus; klassische Vermittlungsinstitutionen, wie politische Parteien und Parlamente, drohten dadurch immer mehr an Bedeutung zu verlieren. Von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus sei es nur noch ein kleiner Schritt.[93]

Tatsächlich besteht die Gefahr, dass der rechte Populismus zum einzigen Gegengewicht gegen *den produktivistischen Veitstanz der globalisierten und deregulierten Wirtschaft* wird.[94] *Die populistischen Herausforderer können Legitimitäts- und Repräsentationskrisen des herrschenden Systems bloßlegen und dessen Wandel über die Veränderung des Parteiengefüges anstoßen bzw. begleiten. Sie sind dabei weniger Auslöser als Nutznießer der Krisen*.[95] Auch wenn die Rechtspopulisten im Regieren weitgehend erfolglos bleiben, stellen sie als Agenda-Setter (im identitätspolitischen Bereich) und Antreiber durchaus eine Bedrohung für die liberalen Demokratien dar. Selbst nach dem Niedergang solcher Parteien, *die populistische und demokratieentleerende Politikmodi programmatisch auf die politische Bühne, in die Parlamente und schließlich in die Regierung getragen haben*,[96] liegt ihr Schatten weiterhin schwer auf den liberalen Demokratien, wie sie sich seit den 1970er-Jahren in Europa entwickeln konnten. Der – wenn auch nur vorübergehende – Erfolg von rechtspopulistischen Bewegungen bedeutet einen Bruch, weil sie einige der zentralen Werte ablehnen, die das Fundament der repräsentativen Demokratie ausmachen, nämlich Pluralismus und Universalismus, den Vorrang der Rechte des Individuums, die Gleichheit

[90] Mény / Surel 2002.
[91] Betz 1994:189.
[92] Scheuch / Klingemann 1967.
[93] Decker 2004:271ff.
[94] Zilian 2002:70.
[95] Frölich-Steffen 2006:161.
[96] Rosenberger 2005:47.

der Menschen als Grundlage des Rechtsstaates und die Delegierung der Volkssouveränität durch das Mittel des allgemeinen Wahlrechts.

Welche Strategien sollen die etablierten Parteien in Zukunft anwenden? Was ist von der strikten Abgrenzung und Verweigerung der Zusammenarbeit *(cordon sanitaire)* bei gleichzeitiger Annäherung an die Substanz der Forderungen zu halten? Und wie nachhaltig wirkt die Entzauberung der Populisten durch Beteiligung? Antworten auf diese Fragen stehen noch aus, auch wenn sich bereits jetzt zeigt, dass beide Vorgangsweisen die Politik grundlegend verändert haben.

Teil 2 – Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien im Überblick

Alternative Demokratische Reformpartei (ADR) - Luxemburg 43
Alleanza Nazionale (AN) - Italien 44
Alternative für Deutschland (AfD) - Deutschland 46
Ataka - Bulgarien 50
Azione Sociale (AS) - Italien 52
British National Front (NF) - Großbritannien 53
British National Party (BNP) - Großbritannien 54
Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) - Portugal 55
Chrysi Avgi - Portugal 57
Dansk Folkeparti (DF) - Dänemark 59
Démocratie Nationale (DN) - Belgien 60
Deutsche Volksunion (DVU) - Deutschland 62
Fidesz – Magyar Polgári Szövetség (Fidesz-MPSZ) - Ungarn 64
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) - Österreich 66
Fremskridtspartiet (FRP) - Dänemark 75
Fremskrittspartiet (FrP) - Norwegen 76
GERB - Bulgarien 78
Jobbik Magyarországért Mozgalom - Ungarn 79
Kukiz'15 - Polen 81
Laikós Orthódoxos Synagermós (LAOS) - Griechenland 82
Lega Nord (LN) - Italien 83
Liga Polskich Rodzin (LPR) - Polen 88
Lijst Pim Fortuyn (LPF) - Niederlande 89
Magyar Igazság és Élet Pártja (MIÉP) - Ungarm 92
Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT) - Italien 93
Movimento Sociale Italiano (MSI) - Italien 94
Narodowe Odrodzenie Polski (NOP) - Polen 96
Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!"– Lettland 97
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) - Deutschland 98
Noua Dreaptă (ND) - Rumänien 102
Ny Demokrati (NyD) - Schweden 103
Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) - Deutschland 104
Partido Nacional Renovador (PNR) - Portugal 106
Partidul România Mare (PRM) - Rumänien 107

Partij voor de Vrijheid (PVV) - Niederlande 108
Perussuomalaiset (PS) - Finnland 110
Prawo i Sprawiedliwość (PiS) - Polen 112
pro-„Bürgerbewegungen“ - Deutschland 114
Rassemblement National (RN) - Frankreich 117
Die Republikaner (REP) - Deutschland 124
Ruch Narodowy (RN) - Polen 128
Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej - Polen 129
Schweizerische Volkspartei (SVP) - Schweiz 130
Slovenska nacionalna stranka (SNS) - Slowenien 135
Slovenská národná strana (SNS) - Slowakei 136
Sverigedemokraterna (SD) - Schweden 138
United Kingdom Independence Party (UKIP) - Großbritannien 139
Vlaams Belang (VB) - Belgien 141

Übersicht nach Ländern:

Land	Parteien
Belgien	Démocratie Nationale Vlaams Belang
Bulgarien	Ataka Bulgarien ohne Zensur[97] GERB
Dänemark	Dansk Folkeparti Fremskridtspartiet
Deutschland	Alternative für Deutschland Deutsche Volksunion Nationaldemokratische Partei Deutschlands Partei Rechtsstaatlicher Offensive pro-„Bürgerbewegungen“ Die Republikaner
Estland	Eesti Iseseisvuspartei [98]
Finnland	Perussuomalaiset
Frankreich	Rassemblement National
Griechenland	ANEL[99] Chrysi Avgi Laikós Orthódoxos Synagermós
Großbritannien	British National Front British National Party United Kingdom Independence Party
Irland	–
Italien	Alleanza Nazionale Azione Sociale Lega Nord Movimento Sociale Fiamma Tricolore Movimento Sociale Italiano
Lettland	Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!“– „Tēvzemei un Brīvībai/LNNK“
Litauen	Tvarka ir Teisingumas (Liberalai Demokratai)[100]

[97] Bulgarien ohne Zensur (България без цензура, ББЦ) wurde im Januar 2014 von dem ehemaligen Fernsehmoderator Nikolaj Barekow gegründet und nach dessen gleichnamiger Fernsehsendung benannt. Bei der Europawahl 2014 trat die neue Partei in einem Bündnis mit der „pan-bulgarischen“ nationalistischen IMRO an und erreichte 10,7% der Stimmen und zwei der 17 bulgarischen Mandate. Im Europaparlament schloss sich der Neoabgeordnete Barekow der *Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten* (*Dansk Folkeparti*, AfD, PiS etc.) an. Bulgarien ohne Zensur wendet sich in erster Linie gegen den Einfluss der türkischen Minderheit im Land und gegen die Volksgruppe der Roma.

[98] Die 1993 gegründete und seit 1999 als Estnische Unabhängigkeitspartei (*Eesti Iseseisvuspartei* – EIP) firmierende rechtsradikale Splittergruppe blieb bei allen bisherigen Wahlen erfolglos (Parlamentswahlen 2007: 0,2%, 2011: 0,4%).

[99] *Anexartiti Ellines* (Ανεξάρτητοι Έλληνες, ΑΝΕΛ, Unabhängige Griechen, ANEL) wurde 2012 von Panos Kammenos, einem ehemaligen Mitglied der *Nea Dimokratia*, gemeinsam mit mehreren anderen konservativen Abtrünnigen gegründet. Die Partei, die gerne an antideutsche Ressentiments appelliert und von einer „internationalen Verschwörung“ gegen Griechenland spricht, wendet sich v.a. gegen die von den „Geberländern“ der Eurozone geforderte Austeritätspolitik und proklamiert ein „nationales Erwachen“. ANEL zog erstmals 2012 mit 33 Abgeordneten ins griechische Parlament ein. Bei der Wahl am 25. Januar 2015 erreichte sie zwar nur noch 13 Sitze, einigte sich jedoch mit Alexis Tsipras auf eine Koalition mit dem linken SYRIZA. Auch nach der Neuwahl im September 2015 blieb ANEL Koalitionspartner des SYRIZA und bildet mit diesem die jetzige Regierung.

[100] *Tvarka ir Teisingumas (Liberalai Demokratai)* (Ordnung und Gerechtigkeit (Liberaldemokraten)) wurde 2002 als *Liberalų demokratų partija* (Liberaldemokratische Partei) gegründet und 2006 umbenannt. Die Partei ist wertkonservativ bis rechtsliberal und diente in erster Linie der Durchsetzung der politischen Ambitionen ihres

Luxemburg	Alternative Demokratische Reformpartei
Niederlande	Lijst Pim Fortuyn Partij voor de Vrijheid
Norwegen	Fremskrittspartiet
Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs
Polen	Kukiz'15 Liga Polskich Rodzin Narodowe Odrodzenie Polski Prawo i Sprawiedliwość Ruch Narodowy Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej
Portugal	Centro Democrático e Social – Partido Popular Partido Nacional Renovador
Rumänien	Noua Dreaptă Partidul România Mare
Schweden	Ny Demokrati Sverigedemokraterna
Schweiz	Schweizerische Volkspartei
Slowenien	Slovenska nacionalna stranka
Slowakei	Slovenská národná strana
Spanien[101]	–
Tschechien	Dělnická strana[102] Národní strana [103] Úsvit přímé demokracie[104]

populistischen Vorsitzenden Rolandas Paksas, zweimaliger Ministerpräsident und kurzzeitiger Präsident des Landes. Bei den Parlamentswahlen 2004 erreichte TT (zusammen mit der Partei Für ein gerechtes Litauen) 11 % der Stimmen, bei den Parlamentswahlen 2008 wurde sie mit knapp 13% drittstärkste Kraft. 2012 verlor TT fast die Hälfte ihrer Stimmen, wurde aber Teil der von den Sozialdemokraten geführten Regierungskoalition. Vorsitzender der TT ist seit Herbst 2016 der Jurist Remigijus Žemaitaitis.

[101] Spanien verfügt über keine rechtspopulistische oder rechtsextreme Partei von Bedeutung – offenbar kann die spanische Volkspartei *(Partido Popular,* PP), die 1989 aus der 1976 von einem früheren Franco-Minister gegründeten rechtskonservativen *Alianza Popular* (Volksallianz) hervorgegangen ist, das vorhandene Wählerpotential weitgehend ausschöpfen. Die nach Eigendefinition „sozialpatriotische" *Democracia Nacional* (Parlamentswahl 2008: 0,05%), die 2002 als Plattform mehrerer kleiner rechter Organisationen gegründete *Frente Español*, die seit 1999 bestehende *La Falange*, die sich auf die Ideen des spanischen Faschistenführers José Antonio Primo de Rivera beruft, aber auch *España 2000*, das sich dezidiert am französischen FN und an der FPÖ orientiert, blieben bis dato bedeutungslose und überaus volatile Splitterparteien.

[102] Die im Jahr 2003 von Tomáš Vandas gegründete *Dělnická strana* (DS, Arbeiterpartei) wurde im Januar 2010 vom Obersten Verwaltungsgericht in Brno verboten. DS war wiederholt durch rassistische Äußerungen und Übergriffe gegen Roma aufgefallen. Entscheidend für das Urteil war jedoch, dass DS eng mit der neonazistischen und gerichtlich verbotenen Gruppierung *Národní odpor* (Nationaler Widerstand) zusammenarbeitete. Die Gruppe um Vandas setzt ihre politische Arbeit mittlerweile unter dem neuen Namen *Dělnická strana sociální spravedlnosti* (Arbeiterpartei für soziale Gerechtigkeit) fort. 2010 erreichte sie bei den tschechischen Parlamentswahlen 1,1%, 2013 0,8%.

[103] Die tschechische Nationalpartei *(Národní strana)* wurde 2002 gegründet und erreichte bei der Parlamentswahl 2006 nur 0,17% der Stimmen. Die von Petra Edelmannová geführte rechtsextreme Gruppe erregte mit ihrer Forderung nach einer „Endlösung der Zigeunerfrage in den böhmischen Ländern" und mit ihrer Gründung einer paramilitärischen „Nationalen Garde", die u.a. „weiße" Schüler vor angeblichen Übergriffen von Roma-Jugendlichen schützen soll, einiges Aufsehen. Nach Angriffen von Anhängern der Nationalpartei auf eine Homosexuellen-Parade in Brno im Sommer 2008 drohte der tschechische Innenminister mit der Einleitung eines Verbotsverfahrens.

[104] *Úsvit přímé demokracie* (Morgendämmerung der direkten Demokratie) wurde 2013 vom Unternehmer tschechisch-japanischer Abstammung Tomio Okamura gegründet und erreichte bei der Parlamentswahl im Oktober 2013 6,9 % der Stimmen und 14 der 200 Sitze im Abgeordnetenhaus. Bei den Europawahlen 2014 verfehlte die Partei mit nur 3,1 % der Stimmen den Einzug ins Europäische Parlament. Im Wahlkampf fiel die Partei v.a. mit EU-skeptischen und Roma-feindlichen Aussagen auf. 2015 traten mehrere „gemäßigte" Abgeordnete, darunter auch der Parteigründer Okamura selbst, nach internen Streitigkeiten um den Kurs der Partei, aus. Okamura gründete bald darauf eine neue Partei mit dem Namen *Svoboda a přímá demokracie – SPD*

Ungarn	Fidesz – Magyar Polgári Szövetség Jobbik Magyarországért Mozgalom Magyar Igazság és Élet Pártja

(Freiheit und direkte Demokratie – SPD). *Úsvit přímé demokracie* änderte ihren Namen in *Úsvit - Národní Koalice* (Morgendämmerung – Nationale Koalition).

Alternative Demokratische Reformpartei (ADR)

Die *Alternative Demokratische Reformpartei* (lux. *Alternativ Demokratesch Reformpartei*, frz. *Parti de réforme alternatif et démocratique*) wurde am 12. Mai 1987 als *Aktionskomitee 5/6 Pension für jeden* (lux. *Aktiounskomitee 5/6 Pensioun fir jiddfereen*, frz. *Comité d'action 5/6 de retraite pour tous*) gegründet.

Die Partei änderte seither mehrmals ihren Namen; 1989 benannte sie sich in *Aktionskomitee 5/6* (lux. *Aktiounskomitee 5/6*, frz. *Comité d'action 5/6*) und 1993 in *Aktionskomitee für Demokratie und Rentengerechtigkeit* (lux. *Aktiounskomitee fir Demokratie a Rente-gerechtegkeet*, frz. *Comité d'action pour la démocratie et les pensions*) um. Ihren jetzigen Namen trägt sie seit April 2006.

Die ADR ging aus einer typischen „Single-issue-Bewegung" hervor, die mit einer einzigen Forderung – der Vereinheitlichung des Rentensystems durch Gleichstellung der Pensionen im öffentlichen und im privaten Sektor – erstmals bei den luxemburgischen Parlaments-wahlen am 18. Juni 1989 antrat, 7,1% der Stimmen erreichte und mit vier Abgeordneten ins luxemburgische Parlament einzog. Der ADR gelang es in der Folge, zahlreiche von der Krise im Kohle- und Stahlbereich verunsicherte Wähler der *Luxemburger Sozialistischen Arbeiterpartei* (LSAP) anzusprechen. Bei den Gemeinderatswahlen 1993 schaffte die ADR den Einzug in sieben Gemeinderäte und bei den Parlamentswahlen 1994 konnte sie 9% der Stimmen und einen weiteren Sitz gewinnen. Ihr bestes Wahlergebnis erreichte die ADR bei den Parlamentswahlen 1999 mit 11,3% der Stimmen und sieben Abgeordneten. Bei den Gemeinderatswahlen gelang ihr 1999 der Einzug in zehn Gemeinderäte.

Bei den Parlamentswahlen 2004 erzielte die ADR 9,9% und verlor zwei Sitze. Auch bei den Gemeinderatswahlen 2005 musste sie deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen und war fortan in nur noch fünf Gemeinderäten vertreten. Nach dem Parteiaustritt eines Parlamentsabgeordneten im April 2006 verlor die ADR überdies ihren Fraktionsstatus und bildete seitdem nur noch eine parlamentarische Gruppe. Bei den Parlamentswahlen am 2009 erreichte die ADR 8,1% und verlor einen weiteren Sitz, wodurch die Bildung einer eigenen Fraktion scheiterte. Seit den Gemeinderatswahlen 2011 (und 2017) ist die ADR nur noch in sechs Gemeinderäten vertreten.

Beim Nationalkongress im März 2012 wählte die ADR mit FERNAND KARTHEISER (*1959) als Nachfolger von ROBERT MEHLEN (*1949), der das Amt seit 1991 ausgeübt hatte, einen neuen

Nationalpräsidenten. Durch die Wahl des betont konservativen, vehement antiislamisch auftretenden Kartheiser kam es innerparteilich zu erheblichen Turbulenzen, da manche Parteimitglieder einen Rechtsruck ihrer Partei befürchteten. Nach mehreren Rück- und Parteiaustritten legte Kartheiser sein Amt wieder nieder. Neuer Parteivorsitzender wurde 2013 JEAN SCHOOS (*1960).

Die ADR tritt für eine Eindämmung der Zuwanderung und gegen einen EU-Beitritt der Türkei ein. Auf europäischer Ebene fordert sie die Anerkennung des Luxemburgischen als Sprache der Europäischen Union. Im Verhältnis zu rechtspopulistischen Bewegungen in anderen europäischen Staaten nimmt sich ihr Programm allerdings geradezu gemäßigt-liberal aus.

Auf europäischer Ebene war die ADR mit der nationalkonservativen *Allianz für ein Europa der Nationen* verbunden. Bei den Europawahlen 2009 erreichte sie 7,4% und kein Mandat. Im luxemburgischen Parlament ist die ADR nach den Wahlen vom 20. Oktober 2013 mit nur noch drei Abgeordneten (6,6%, – 1,5%) vertreten.

Internet:
Offizielle Website: http://www.adr.lu/ (Luxemburgisch mit deutschsprachigen Unterseiten)
Grundsatzprogramm:http://www.adr.lu/wp-content/uploads/2012/10/grondsatzprogramm.pdf (Deutsch)

Alleanza Nazionale (AN)

Die *Alleanza Nazionale* ging Anfang 1995 aus dem ursprünglich neofaschistischen *Movimento Sociale Italiano* (MSI) hervor. Ihr Gründer GIANFRANCO FINI (*1952) war Parteiführer des MSI und brachte seine Partei, nach der erstmaligen Regierungsbeteiligung 1994 (Regierung Berlusconi I., 1994/95), im sogenannten „Umschwung von Fiuggi" *(Svolta di Fiuggi)* auf einen gemäßigt rechtskonservativen Kurs. Diese Neuausrichtung als „moderne“ und ideologisch unbelastete Partei sollte in der Namensänderung in *Alleanza Nazionale* ihren äußeren Ausdruck finden. Die AN profitierte nach dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems davon, dass v.a. im Zentrum ein gewaltiges Wählerpotenzial frei geworden war und richtete ihre Propaganda gezielt auf ehemalige Wähler der *Democrazia Cristiana* (DC) aus.

Die Umwandlung des neofaschistischen MSI zur rechtskonservativen AN führte zu einigen Abspaltungen am rechten Rand der Partei. Nach dem Gründungskongress in Fiuggi gründete Pino Rauti die *Fiamma Tricolore*, die sich weiter zum faschistischen Erbe Mussolinis bekannte. Auch Alessandra Mussolini, eine Enkelin des Diktators, verließ die

Partei nach Finis offizieller Abkehr vom Faschismus und gründete die *Azione Sociale*. Francesco Storace, dem früheren Gesundheitsminister, war Finis Kurs ebenfalls zu gemäßigt. Im Jahr 2007 gründete er die wenig erfolgreiche Bewegung *La Destra*.

Die AN war in der zweiten Regierung Berlusconi (2001–2006) der für die Stabilität des Rechtsbündnisses wichtigste Koalitionspartner der *Forza Italia* im Parteienbündnis *Casa delle Libertà,* und Fini fungierte als stellvertretender Ministerpräsident und von 2004 bis 2006 als Außenminister Italiens. Die Tatsache, dass sich die AN in der Koalition als der ruhende Pol der Regierung präsentierte, trug stark zu ihrer Etablierung als „staatstragende Partei“ bei.

Die AN setzte sich insbesondere für die Werte der Familie, die Bewahrung der „italienischen Identität" und den Kampf gegen Kriminalität, für soziale Marktwirtschaft (mit starker Betonung des sozialen Aspekts) und gegen illegale Einwanderung ein. Ein weiterer wichtiger Punkt war das vehemente Eintreten für die Bewahrung des italienischen Zentralstaates, was zu regelmäßigen Konfrontationen mit der verbündeten *Lega Nord* und deren föderalistischen bis separatistischen Bestrebungen führte, und für ein präsidentielles Regierungssystem. Im Parteiprogramm von 1998 bekannte sich die AN zur Demokratie und wandte sich dezidiert gegen Rassismus und Antisemitismus. Wirtschaftlich trat die AN – entgegen der neoliberalen *Forza* – für einen etatistischen Kapitalismus ein.

Bei den italienischen Parlamentswahlen des Jahres 1996 erhielt die AN 15,7%, im Jahr 2006 waren es 12,3% der Stimmen. Die AN wurde damit drittstärkste Partei des Landes. Ihre Hochburgen befanden sich v.a. im Süden des Landes (und in einigen Grenzregionen, wie Südtirol), große Teile ihrer Wählerschaft – darunter viele Angehörige sozial marginalisierter Schichten – waren treue Stammwähler. Protestwähler spielten ebenfalls eine große Rolle, dafür war der Anteil der „Klientelwähler“ relativ gering. Der typische AN-Wähler war jung, männlich, städtisch, im Süden lebend und wenig gebildet – wobei sich dieses Muster im Laufe der Zeit durch den Zulauf vieler ehemaliger DC-Wähler etwas wandelte.

Anders als Berlusconi, für den theoretisch auch Koalitionen „in der Mitte“ in Frage kamen, war die (gemäßigt) rechte AN weiterhin auf die Konsolidierung der bipolaren Struktur des italienischen Parteisystems angewiesen.

Anfang 2008 begann die AN einen Fusionsprozess mit der *Forza Italia*; bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im April 2008 trat sie nur noch als integraler Teil des rechten Parteibündnisses *Popolo della Libertà* an, das einen deutlichen Sieg erringen konnte. Fini wurde am 30. April 2008 zum Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer gewählt. Am 22. März 2009 beschloss die AN ihre Selbstauflösung und Integration in Berlusconis konservatives Bündnis *Popolo della Libertà* („Volk der Freiheit“). Im Sommer 2010 eskalierte allerdings der seit langem schwelende persönliche Streit zwischen

Berlusconi und Fini, dessen Anhänger in der Folge eine eigene Parlamentsfraktion mit dem Namen *Futuro e Libertà per l'Italia* (FLI, „Zukunft und Freiheit für Italien") gründeten.

Bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 trat FLI als Teil des Bündnisses des früheren EU-Kommissars und parteilosen Ministerpräsidenten von 2011 bis 2013 Mario Monti an, verfehlte aber den Einzug in die Abgeordnetenkammer klar.

Internet:
Offizielle Website: http://www.alleanzanazionale.it/ (Italienisch)

Ausgewählte Literatur:
Feldbauer, Gerhard (2001): Von Mussolini bis Fini – Die extreme Rechte in Italien, Berlin.
Höhne, Roland (2008): *Der Sieg der Demokratie. Die Transformation der neofaschistischen italienischen Sozialbewegung MSI in die rechtsnationale Alleanza Nazionale.* In: Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 19. Jg., Baden-Baden, 89–114.

Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland wurde am 6. Februar 2013 gegründet. Ihr 2013 beschlossenes Wahlprogramm konzentrierte sich v.a. auf die Finanzprobleme der Eurozone. Nach Auffassung der AfD sei der Euro gescheitert; er belaste künftige Generationen und gefährde nicht nur die europäische Integration, sondern – wegen der Verarmung der Länder mit nicht wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften – sogar den Völkerfrieden.

2013 scheiterte die AfD bei der Bundestagswahl und der hessischen Landtagswahl mit 4,7% bzw. 4,1% noch relativ knapp an der Fünfprozenthürde.

Bei der Europawahl 2014 errang die AfD sieben Prozent (und ebensoviele Mandate); nach der Wahl wurde die AfD mit 29 zu 26 Stimmen in die konservative und EU-kritische *Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer* (EKR) im Europaparlament aufgenommen. Bundeskanzlerin Merkel hatte vergeblich versucht, die Aufnahme zu verhindern, um die AfD politisch nicht weiter aufzuwerten.

Im selben Jahr zog die AfD in die Landesparlamente von Sachsen (9,7%), Brandenburg (12,2%), Thüringen (10,6%), 2015 auch in die Stadtparlamente von Hamburg (6,1%) und Bremen (5,5%) ein.

Der Parteivorsitz wurde bis Juli 2015 von einem Dreiergremium ausgeübt: BERND LUCKE (*1962), Professor für Makroökonomie an der Universität Hamburg; FRAUKE PETRY (*1975), Chemikerin und Managerin; KONRAD ADAM (*1942), Altphilologe und Autor.

Nach einem monatelangen innerparteilichen Machtkampf wurden schließlich Frauke Petry und der Wirtschaftswissenschaftler JÖRG MEUTHEN (*1961) als gleichberechtigte Parteivorsitzende gewählt. Aus dem bereits zuvor auf Initiative von Bernd Lucke und als Reaktion auf die innerparteilichen Flügelkämpfe gegründeten Verein „Weckruf 2015“ entstand daraufhin die konkurrierende Partei Allianz für Fortschritt und Aufbruch, die sich von den „extremistischen Positionen“ von Teilen der AfD distanzierte und für eine moderatere rechtskonservative Politik eintrat.

Bedingt durch den seit dem Spätsommer 2015 anhaltenden massenweisen Zuzug von Flüchtlingen (und anderen Migranten) und den damit einhergehenden organisatorischen, aber auch kulturellen und sozialen Problemen und der z.T. in gewaltbereite Ablehnung umschlagenden Stimmung in manchen Teilen der deutschen Bevölkerung konnte die AfD bei den Landtagswahlen des Jahres 2016 massiv zulegen. Fielen die Ergebnisse in Rheinland-Pfalz (12,6%), Berlin (14,2%) und Baden-Württemberg (15,1%) noch relativ „bescheiden“ aus, so konnte sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 20,8% die CDU und in Sachsen-Anhalt mit 24,3% die *Linke* jeweils von Platz zwei verdrängen.

2017 folgten weitere Erfolge – und ein neuerlicher Rechtsruck: Bei der Landtagswahl im Saarland erreichte die AfD 6,2% der Stimmen und zog mit drei Abgeordneten in den Landtag ein; in Schleswig-Holstein erhielt die AfD 5,9%, in NRW 7,4 % und in Niedersachsen 6,2%. Die AfD ist damit, mit Ausnahme von Bayern und Hessen, wo im Herbst 2018 gewählt wird, in sämtlichen Landtagen vertreten.

Auf dem Kölner Bundesparteitag im April 2017 erklärte Frauke Petry ihren Verzicht auf eine Spitzenkandidatur zur Bundestagswahl im Herbst. Als Spitzenkandidaten wurden das frühere CDU-Miglied ALEXANDER GAULAND (*1941) und die Unternehmensberaterin ALICE WEIDEL (*1979) gewählt. Die Delegierten lehnten es außerdem ab, sich mit Petrys „Zukunftsantrag“ zu befassen, der die Partei auf einen „realpolitischen Kurs“ mit dem mittelfristigen Ziel des Mitregierens festlegen wollte. Bei der Bundestagswahl erhielt die AfD 12,6% der Stimmen, 94 Sitze und wurde damit drittstärkste Kraft. Nach dem Eintritt der SPD in eine Große Koalition mit CDU und CSU ist die AfD somit die mit Abstand stärkste Oppositionspartei im deutschen Bundestag. Am Tag nach der Wahl erklärte Petry, die ein Mandat als Direktkandidatin erhalten hatte, übrigens ihren Austritt aus der Partei.

Die AfD wurde zu Beginn in erster Linie als „Anti-Euro-Partei“ gesehen, obwohl sie nicht gegen die Europäische Union als solche war. Sie lehnte eine „Transferunion“ und einen „zentralisierten Europastaat“ ab und verlangte, dass die Rechtsetzungskompetenz wieder verstärkt zu den nationalen Parlamenten zurückverlagert werden solle. Ihre politischen Positionen oszillierten zwischen (wirtschafts)liberal und nationalkonservativ. Dies gilt auch für gesellschaftspolitisch sensible Fragen wie z.B. Homoehe oder Asyl.

War die politische Bewertung der AfD ánfangs noch etwas diffus – Bernd Lucke bezeichnete die AfD gerne als „Partei neuen Typs“, die „weder links noch rechts“ sei –, so wurde bereits Luckes Ablösung von vielen politischen Beobachtern als Sieg des nationalkonservativen über den wirtschaftsliberalen Parteiflügel und als eindeitiger Rechtsruck eingestuft. Im politischen Spektrum wird die AfD mittlerweile als eindeutig rechts von den Unionsparteien stehend und als rechtspopulistisch, manchmal sogar als rechtsextrem bezeichnet.

Dies gilt besonders für ihre (islamkritischen und fremdenfeindlichen) Positionen in der Zuwanderungs- und Asylfrage, aber auch für die immer wieder erhobenen Forderungen nach „mehr direkter Demokratie“ und einer stärkeren Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen durch Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild sowie für ihre Ablehnung der „etablierten Parteien“.

Im Frühjahr 2015 initiierten mehrere vorwiegend aus Ostdeutschland stammende Mitglieder die „Erfurter Resolution“, in der sie eine dezidiert konservativere Ausrichtung der Partei forderten. Die AfD sei „als Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)“ sowie als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ zu verstehen.

Wahlanalysen zufolge wurde die AfD bei der Bundestagswahl 2017 deutlich öfter von Männern als von Frauen, häufiger in den „neuen Bundesländern“ und zu einem überwiegenden Teil von Arbeitern sowie ehemaligen Anhängern der *Linken* gewählt. In diesem Sinn vertritt die AfD das für rechtspopulistische Bewegungen typische Spektrum von frustrierten „Modernisierungsverlierern“ auf der einen und verängstigten „Wohlstands-chauvinisten“ auf der anderen Seite. Auffallend ist allerdings der immer noch sehr hohe Anteil von Anhängern, die eher der „oberen Mittelschicht“ zuzurechnen sind.

Laut Anton Pelinka steht die AfD gemeinsam mit der britischen UKIP und der ungarischen *Fidesz* in einer „Grauzone“ zwischen rechtspopulistisch und rechtsextrem. Gefahr drohe der AfD, so Frank Decker, v.a. von innen, denn am Umgang mit unerwünschten rechtsextremen Unterstützern seien bisher alle rechtspopulistischen oder rechtskonservativen Kräfte in Deutschland letztendlich gescheitert. Untersuchungen zeigten, dass viele AfD-Sympatisanten ausländerfeindliche, nationalistische und sogar antisemitische Ansichten vertraten, dass also die Übergänge zum Rechtsextremismus fließend seien. In der kurzen Zeit ihres Bestehens als Partei führte diese Nähe zum „rechten Rand“ bereits zu einer ganzen Reihe von Parteiausschlüssen, Austritten und sogar zur Spaltung ganzer Landesorganisationen.

Nach Alexander Häusler war die AfD in ihrer Anfangsphase unter die Rubrik „rechtsliberaler Rechtspopulismus“ (ähnlich wie SVP und Schill-Partei) einzuordnen, unter der neuen

Führung sei sie (wie FPÖ oder *Republikaner*) eher der Familie der „rechtspopulistischen Parteien mit extrem rechten Bezügen“ zugehörig.[105]

Die AfD steht auch der seit Oktober 2014 existierenden islamfeindlichen PEGIDA-Bewegung nahe. Mehrere einflusreiche AfD-Mitglieder unterstützen und beraten verschiedene PEGIDA-Ableger, auch Auftritte bei PEGIDA-Demonstrationen und Treffen mit PEGIDA-Aktivisten gehören zum Alltag – trotz eines gegenteiligen Bundesvorstandsbeschlusses im Mai 2016. Zur österreichischen FPÖ besteht seit Anfang 2016 ebenfalls ein enges Verhältnis.

Die AfD hat mittlerweile Landesverbände in allen deutschen Bundesländern sowie Bezirks-, Kreis- und Stadtverbände.

Internet:
Offizielle Website: https://www.alternativefuer.de/

Ausgewählte Literatur:
Bebnowski, David (2015): Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden.
Decker, Frank (2015): *Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*. In: Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobsen, Kjetil (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Baden-Baden, 75–90.
Decker, Frank (2015): *Zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2013: Überwindung der koalitionspolitischen Segmentierung*. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 151–154.
Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobsen, Kjetil (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden.
Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
Häusler, Alexander (2015): *Zerfall oder Etablierung? Die Alternative für Deutschland (AfD) als Partei des Rechtspopulismus.* In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63, 741–758.
Häusler, Alexander (2016): *Die AfD – eine rechtspopulistische „Bewegungspartei“?* In: Häusler, Alexander; Virchow, Fabian: Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments – Eine Flugschrift, Hamburg.
Häusler, Alexander; Roeser, Rainer (2015): Die rechten ‚Mut'-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg.
Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster.
Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (2015): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden.
Lewandowsky, Marcel (2015): *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte*. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 /1, 119–134.
Pelinka, Anton (2015): *Extremisten gegen Europa: Die Europäische Union als „Defining Other“*, EurActiv.de, http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/extremisten-gegen-europa-die-europaeische-union-als-defining-other-315256
Schmidt, Volker (2013): Aufstand der Pfennigfuchser. Das vorprogrammierte Scheitern der „Alternative für Deutschland“, Frankfurt am Main.

[105] Häusler 2016:44.

Ataka

Die Partei *Ataka* („Attacke") wurde im Mai 2005, kurz vor den bulgarischen Parlamentswahlen, vom Ultranationalisten und Antisemiten VOLEN SIDEROV (*1956) gegründet. Siderov startete seine Laufbahn Anfang der 1990er-Jahre als Chefredakteur von *Demokratsija*, dem Organ der antikommunistischen Union Demokratischer Kräfte. Später sympathisierte er mit dem aus dem spanischen Exil zurückgekehrten Ex-Zaren Simeon Sakskoburggotski. Siderov verfasste u.a. Bücher über die „globale Verschwörung der Juden", so z.B. das 2002 erschienene Buch „Bumerang des Bösen". Bekannt wurde er aber durch seine Auftritte im Kabelfernsehsender SKAT mit der täglichen Sendung *Ataka*, in der er gegen Roma, Türken, Juden, „korrupte Politiker", ausländische Investoren oder Homosexuelle hetzte. Die Partei *Ataka* ging direkt aus der gleichnamigen Fernsehsendung hervor.

Im Juni 2005 gelang der Partei mit 8,9% der Einzug ins bulgarische Parlament (21 von 240 Sitzen). Aufgrund diverser Strafverfahren und Zwistigkeiten in den eigenen Reihen schrumpfte die Fraktion der Ultrarechten jedoch bald auf 13 Mitglieder.

Bei der Präsidentenwahl im Jahr 2006 schaffte es Siderov mit 21,5% sogar in die Stichwahl gegen Amtsinhaber Georgi Parvanov, der im zweiten Wahlgang allerdings mehr als 75% der Stimmen auf sich vereinen konnte.

Ein gutes Ergebnis erzielte *Ataka* auch bei den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2007. 14,2% der Wähler votierten für die Nationalisten und bescherten ihr drei von insgesamt 18 bulgarischen Abgeordneten im Europäischen Parlament. *Ataka* gehörte auf europäischer Parlamentsebene der im November 2007 aufgelösten rechtsextremen Fraktion *Identität, Tradition und Souveränität* (ITS) an.

Bei den Kommunalwahlen 2007 konnte sich *Ataka* auf Platz vier etablieren. Im Wahlkampf trat sogar Jean-Marie Le Pen, Vorsitzender des rechtsextremen französischen *Front National*, als Gastredner auf.

Bei den Europawahlen 2009 musste *Ataka* Einbußen hinnehmen und kam nur noch auf 12%. Bei den Parlamentswahlen im selben Jahr erhielt *Ataka* 9,3% der Stimmen und wiederum 21 Abgeordnete. Die „bedingungslose Unterstützung" der rechtskonservativen GERB-Regierung führte allerdings zum Austritt einer Reihe von *Ataka*-Politikern und zur Gründung der nationalkonservativen Nationalen Front für die Rettung Bulgariens. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 2013 erreichte *Ataka* 7,4% und schaffte damit als eine von nur noch vier Parteien den Einzug ins bulgarische Parlament. Hier unterstützte *Ataka* – entgegen

ihrer früheren Linie! – die von der Sozialistischen Partei und der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) getragene Regierung des parteilosen Plamen Orescharski (2013/14).

Die Europawahl 2014 endete für *Ataka* mit nur 3% überaus enttäuschend. Auch bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2014 erreichte *Ataka* nur 4,5% und stellt nunmehr 11 Abgeordnete.

Ataka fordert u.a. ein „national einheitliches Bulgarien", den Austritt des Landes aus der NATO, eine Neuverhandlung des EU-Beitrittsvertrages sowie den Abbruch der Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank.

Die rassistischen Hetzparolen der *Ataka* richten sich v.a. gegen „Zigeuner“, Juden und Türken. Kurz nach der Parlamentswahl 2005 veröffentlichte *Ataka* auf ihrer Homepage eine Liste mit 1.500 Namen bekannter bulgarischer Juden unter der Überschrift: „Die Juden sind eine von der Pest verseuchte, gefährliche Rasse…“

Im Europaparlament polemisierte der *Ataka*-Abgeordnete Dimitar Stojanow – damals noch als Beobachter im EU-Parlament! – gegen die ungarische EU-Abgeordnete Livia Jaroka, die als erste Romni ins Europaparlament gewählt worden war. *Ataka*-Chef Siderov bezeichnete die Roma einmal als „Gruppe mit Privilegien", die die „Angewohnheit hat, andere zu berauben und mit dem Geraubten zu leben". Im Wahlkampf hetzte *Ataka* mit Losungen wie „Arbeitslager für verurteilte Zigeuner“.

Mit der Parole „Gebt Bulgarien zurück an die Bulgaren“ profilierte sich *Ataka* gezielt gegen die türkische Minderheit und die ihr nahestehende Partei Bewegung für Rechte und Freiheiten, die in der Vergangenheit mehrmals an Regierungen beteiligt war. *Ataka* forderte ein Verbot türkischsprachiger Fernsehprogramme und die Erhebung des orthodoxen Glaubens zur Staatsreligion.

Dem EU-Beitritt Bulgariens steht Siderov negativ gegenüber: So bezeichnete er die mit Brüssel vereinbarte vorzeitige Schließung veralteter Reaktoren im Atomkraftwerk Kosloduj in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur APA als „nationalen Verrat".

Zur Illustration ihrer ultranationalistischen Ausrichtung hängt im Sofioter *Ataka*-Büro eine Karte des „ethnischen Bulgarien", zu dem auch ganz Mazedonien, das türkische Edirne, ein Teil Nordgriechenlands, Südserbien mit der Großstadt Niš und das gesamte rumänische Donaudelta gehören.

Die xenophoben Botschaften der Partei werden von ihren erfolgreichen Medien unter die Menschen gebracht. Lange Zeit war der Kabelsender SKAT mit Sitz in der Schwarzmeer-stadt Burgas das mediale Sprachrohr der Partei. Seine populistische Rhetorik und die häufige Aufdeckung von Skandalen ließ den Sender als unabhängiges Medium erscheinen, der den von der Politik Enttäuschten eine Stimme verlieh. Seit dem Zerwürfnis zwischen

Siderov und dem SKAT-Gründer Simeonow verbreitete die Partei ihre nationalistische Propaganda über den 2011 gegründeten Fernsehsender *alfa* und die Tageszeitung *Ataka*, die Siderovs Schwiegervater gehört. *Ataka* besaß eine Auflage von etwa 16.000 Stück und lag damit auf dem fünften Platz in der Rangliste der landesweit erscheinenden Zeitungen. Chefredakteurin war Volen Siderovs Frau Kapka Siderova. Herausgegeben wurde die Zeitung von der *Bumerang*-Verlagsgesellschaft, in der auch Volen Siderovs Bücher erscheinen und die zu 90% Kapka Siderova gehört. Nach innerfamiliären Streitigkeiten gründeten Siderova und ihr Sohn Dimitar Stojanow im Frühjahr 2012 ihre eigene National-demokratische Partei.

Internet:
Offizielle Website: http://www.ataka.bg/ (Bulgarisch); http://www.ataka.bg/en/ (Englisch)
alfa: http://www.ataka.tv/ (Bulgarisch)
Zeitung Ataka: http://www.vestnikataka.bg/ (Bulgarisch)

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.
Meznik, Michael (2011): *Extremismus in Bulgarien.* In: Jesse, Eckhard; Thieme, Tom (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, 51–64.
Todorov, Antoniy (2013): The Extreme Right Wing in Bulgaria, Berlin.
Vigenin, Kristian (2011): *Die radikale Rechte in Bulgarien: ATAKA – Aufstieg, Fall und Nachspiel*. In: Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg?. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, FES Berlin, 209–215.

Azione Sociale (AS)

Die *Azione Soziale* wurde Ende 2003 von der Enkelin Benito Mussolinis, der früheren Schauspielerin ALESSANDRA MUSSOLINI (*1962), als *Libertà di Azione* gegründet und 2005, anlässlich der Regionalwahlen in Italien, umbenannt. Die Gründung erfolgte nach dem Bruch Mussolinis und ihrer Anhänger mit dem Führer der *Alleanza Nazionale*, Gianfranco Fini, der als stellvertretender Ministerpräsident des Landes anlässlich eines Israelbesuchs den Faschismus als „das absolut Böse des 20. Jahrhunderts” bezeichnet hatte.

Die *Azione Sociale* schrieb die Verteidigung der Familie und den Schutz des ungeborenen Lebens ebenso auf ihre Fahnen wie die soziale Absicherung der älteren Menschen und die Bewahrung der christlichen Werte. Sie wandte sich gegen die Erweiterung der EU um Länder, die „die Traditionen der europäischen Völker nicht besitzen” und gegen die Pläne eines Ausländerwahlrechts in Italien.

Bei den Parlamentswahlen 2006 befand sich die AS mit zwei weiteren rechten Splittergruppen, der *Forza Nuova* und der *Fronte Sociale Nazionale*, auf einer gemeinsamen Liste namens *Alternativa Sociale* und in einem Bündnis mit der rechten *Casa delle Libertà* von Silvio Berlusconi. Während die Liste bei den Europawahlen 2004 noch 1,2% der Stimmen erhielt – was Mussolini immerhin einen Sitz im Europaparlament bescherte – waren die Resultate zwei Jahre später enttäuschend: Die *Alternativa Sociale* erzielte 0,7% für die Abgeordnetenkammer und 0,6% für den Senat und erhielt keinen Abgeordneten mehr. Bei den vorgezogenen Neuwahlen im April 2008 trat die AS wieder im rechten Parteienbündnis *Il Popolo della Libertà* an. 2009 ging die AS schließlich in Berlusconis neuer Partei *Il Popolo della Libertà* auf.

British National Front (NF)

Die *National Front* (NF) wurde 1967 unter dem Vorsitz von A.K. Chesterton gegründet. Nachdem ihm 1970 das Vertrauen entzogen wurde, übernahm der ehemalige Konservative John O'Brien den Vorsitz, bis auch er von JOHN TYNDALL (1927–2005) aus der Partei gedrängt wurde.

In den 1970er-Jahren erzielte die Partei besonders bei Kommunalwahlen überraschend gute Ergebnisse. 1974 enthüllte eine TV-Dokumentation die neonazistischen Umtriebe des Parteiführers Tyndall, der beim darauffolgenden Parteitag den Vorsitz an den Populisten John Kingsley Read abgeben musste. Bald darauf kehrte Tyndall jedoch an die Spitze der NF zurück und Read gründete die kurzlebige *National Party*.

Mit dem Aufstieg der Konservativen unter Margaret Thatcher wurde der NF der Boden entzogen. In der Folge kam es zu mehreren Abspaltungen; schließlich wurde auch Tyndall aus der Partei ausgeschlossen und durch Andrew Brons ersetzt. Tyndall gründete die *British National Party* (BNP), die die *National Front* als dominante Partei am äußersten rechten Rand verdrängte. 1995 versuchte die damalige Parteiführung einen Neustart unter dem Namen *National Democrats*; dieser Schritt führte zu einer weiteren Aufspaltung der Bewegung. Gegenwärtig existiert die NF nur noch als rechtsextreme Splitterpartei; seit 2013 wird sie mit kurzen Unterbrechungen von KEVIN BRYAN geführt.

Die Wählerschaft der NF bestand v.a. aus Arbeitern und kleinen Selbstständigen, die die angebliche Bedrohung durch ausländische Arbeitskräfte fürchteten; darüber hinaus zog die Partei zeitweise auch enttäuschte Anhänger der Konservativen an.

Wichtigstes Ziel der NF war es, Einwanderung und Multikulturalismus zu bekämpfen. Die NF unterstützte die Ulster-Loyalisten in Nordirland, trat für die Zwangsausweisung von Immigranten aus dem Commonwealth ein und propagierte eine deutliche Anti-Europa-Politik. Von ihren Gegnern wurde die NF als „neofaschistische Organisation“ bezeichnet.

Internet:
Offizielle Website: http://www.natfront.com/ (Englisch)

British National Party (BNP)

Die BNP wurde 1982 von JOHN TYNDALL (1927–2005) als Abspaltung der *National Front* gegründet. 1993 wurde in Millwall im Osten Londons erstmals ein BNP-Politiker in den Gemeinderat gewählt. 2001 erreichte die BNP bei den Kommunalwahlen in der nordenglischen Stadt Burnley drei Sitze; 2003 gelang es der BNP, Sitze in mehreren nordenglischen Gemeinden sowie in der Umgebung Londons zu erlangen. Bei den Kommunalwahlen 2006 konnte die BNP ihre Sitze auf 33 steigern. Im Londoner Stadtteil Barking & Dagenham wurde sie sogar zur zweitstärksten Partei.

Schwerpunkt des Parteiprogramms der eindeutig rechtsextremen BNP ist die Forderung nach Rückführung aller farbigen Immigranten in ihre Heimatländer. Bei den Europawahlen 2004 setzte die BNP v.a. auf Anti-Europa-Werbekampagnen; allerdings war sie damit bei weitem nicht so erfolgreich, wie die radikalliberale *United Kingdom Independence Party* (UKIP), die 16,8% der Wählerstimmen erzielte und 12 Sitze im Europäischen Parlament erhielt. Fünf Jahre später, 2009, lag die UKIP fast unverändert bei 16,1%, wogegen der rechtsextremen BNP mit 6% der Stimmen erstmals bei einer landesweiten Wahl ein Mandatsgewinn gelang – ein Ergebnis, das von vielen politischen Beobachtern als „überaus Besorgnis erregend“ bezeichnet wurde. Auf europäischer Ebene ist die BNP Mitglied der Allianz der europäischen nationalen Bewegungen, einer Vereinigung rechtsextremer Parteien, der auch die ungarische *Jobbik* und die neofaschistische *Fiamma Tricolore* angehören. Nach der Europawahl 2014, bei der die BNP nur noch 1,1% der Stimmen erreichte, während die EU-feindliche und einwanderungskritische UKIP zur stimmenstärksten Partei avancierte, versank die BNP in der Bedeutungslosigkeit.

Internet:
Offizielle Website: http://www.bnp.org.uk/ (Englisch)

Ausgewählte Literatur:
Copsey, Nigel (2004): Contemporary British Fascism: The British National Party and its Quest for Legitimacy, New York.

Sykes, Alan (2005): The Radical Right in Britain: From Social Imperialism to the British National Party, New York.

Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP)

Das Demokratische und Soziale Zentrum – Volkspartei, meist kurz Portugiesische Volkspartei (PP) genannt, wurde unter dem Namen Sozialdemokratisches Zentrum *(Centro Democrático Social* – CDS) am 19. Juli 1974, kurz nach der Nelkenrevolution, gegründet und rasch zu einem Sammelbecken für jene Teile der portugiesischen Bevölkerung, die mit den sozialistischen Strömungen nach der Demokratisierung des Landes nicht einverstanden waren.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung erreichte die Partei 1975 16 Mandate und stimmte als einzige gegen die neue Verfassung, die ihr „zu sozialistisch" war. Bei den ersten freien Parlamentswahlen 1976 erlangte der CDS 42 Mandate und ging zunächst in Opposition. Nachdem die Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei unter Mário Soares gescheitert war, trat der CDS 1978 in eine von Soares geführte Koalition ein und stellte in dieser Regierung drei Minister. Allerdings scheiterte diese Regierung wegen großer Auffassungsunterschiede bereits nach kurzer Zeit.

Für die Wahlen von 1979 bildete der CDS ein Demokratische Allianz *(Aliança Democrática,* AD) genanntes Parteienbündnis mit den übrigen konservativen Parteien des Landes, den rechten Sozialdemokraten (PSD) und den Monarchisten. Nach dem Wahlsieg der AD war der CDS in der konservativen Regierung Sá Carneiro mit fünf Ministern und zehn Staatssekretären vertreten. 1980 kamen Sá Carneiro und der CDS-Verteidigungsminister Adelino Amaro da Costa bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Dem neuen Ministerpräsidenten Francisco Pinto Balsemão gelang es nicht, das rechte Parteienbündnis zusammenzuhalten. Nachdem der CDS die Allianz verlassen hatte, verlor die Regierung ihre Mehrheit und musste zurücktreten.

Der CDS war weder an der nachfolgenden Großen-Koalitionsregierung aus Sozialisten und Sozialdemokraten (1983–1985) noch an den darauffolgenden Regierungen (Sozialdemokraten bis 1995, Sozialisten bis 2002) beteiligt und verlor bei den folgenden Parlamentswahlen kontinuierlich. 1992 übernahm mit MANUEL MONTEIRO (*1962) der ehemalige Vorsitzende ihrer Jugendorganisation den Parteivorsitz und begann einen ausgesprochen EU-kritischen Kurs. Ein Jahr später fügte die Partei ihrem Namen den Ausdruck „Volkspartei" hinzu. Aufgrund ihres antieuropäischen Kurses wurde die Partei 1994

für längere Zeit sogar aus der *Europäischen Volkspartei* (EVP) ausgeschlossen. 1997 übernahm Paulo Portas erstmals den Parteivorsitz.

Nachdem die Sozialdemokraten 2002 zwar die Wahlen gewonnen, die absolute Mehrheit jedoch verfehlt hatten, kam es zu einer erneuten Koalition mit dem CDS-PP unter José Manuel Durão Barroso, der allerdings 2004 auf den Posten des Präsidenten der Europäischen Kommission wechselte. Sein umstrittener Nachfolger Pedro Santana Lopes musste bereits nach kurzer Regierungszeit zurücktreten. Nach vier Jahren sozialistischer Alleinregierung konnte die CDS-PP bei den Parlamentswahlen im September 2009 ein überraschend gutes Ergebnis erzielen und wurde drittstärkste Partei. Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen 2011 trat die CDS-PP in eine Koalition mit dem Wahlsieger, den rechten Sozialdemokraten, ein.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 trat die CDS-PP in einer gemeinsamen Liste mit den Sozialdemokraten an. Das rechte Wahlbündnis verlor stark und scheiterte letztendlich mit dem Versuch einer neuerlichen Regierungsbildung; die CDS-PP ist derzeit mit 18 Abgeordneten im portugiesischen Parlament vertreten. Langjähriger Parteivorsitzender des CDS-PP war der frühere Journalist PAULO PORTAS (*1962), bereits Vorsitzender zwischen 1998 und 2005 sowie Verteidigungsminister zwischen 2002 und 2005, der sich im Frühjahr 2007 gegen den damaligen Vorsitzenden José Ribeiro e Castro mit deutlicher Mehrheit durchsetzen konnte. Seine Nachfolgerin ist die Juristin ASSUNÇÃO CRISTAS (*1974).

Die Partei vertritt, ganz im Gegensatz zu ihrem Namen, ausgesprochen konservative bis rechtskonservative Positionen. Sie tritt für eine restriktive Zuwanderungspolitik ein und steht der katholischen Kirche nahe. Der jetzige Parteivorsitzende gilt als geschickter Demagoge, der sich gerne als „rechter Arm Portugals" bezeichnen lässt, im Wahlkampf vor unkontrollierter Zuwanderung warnte und Jugendliche aus ethnischen Minderheiten für den Anstieg der Kriminalität verantwortlich machte. In seiner Amtszeit als Verteidigungsminister verhinderte Portas mithilfe von Kriegsschiffen die Einfahrt der niederländischen Abtreibungshilfeorganisation *Women on Waves* in portugiesische Gewässer.

Ergebnisse bei Parlamentswahlen (in Klammer: Abgeordnete):

1975: 7,6% (16)
1976: 16.0% (42)
1979 und 1980 als Teil der Demokratischen Allianz (AD): 43 bzw. 46 Mandate
1983: 12,5% (30)
1985: 9,9% (22)
1987: 4,4% (4)
1991: 4,4% (5)
1995: 9,1% (15)
1999: 8,4% (15)
2002: 8,8% (14)
2005: 7,3% (12)
2009: 10,5% (21)
2011: 11,7% (24)

2015 gemeinsam mit der PPD / PSD: 18 Mandate

Internet:
Offizielle Website: http://www.cds.pt/ (Portugiesisch)

Chrysi Avgi

Chrysi Avgi („Goldene Morgenröte“) ist eine seit 1993 registrierte griechische Partei mit eindeutig neonazistischem Profil. Der Name geht auf eine zu Beginn der 1980er-Jahre erschienene Zeitschrift gleichen Namens zurück. Das offizielle Parteizeichen, ein schwarzer Mäander auf rotem Grund, erinnert an germanische Runen und weckt nicht zufällig Assoziationen mit der nationalsozialistischen Hakenkreuzfahne.

Anführer von *Chrysi Avgi*, das sich in erster Linie als „Bewegung“ versteht, ist NIKOLAOS MICHALOLIAKOS (*1957), ein mehrfach vorbestrafter Rechtsextremist mit guten Verbindungen zur früheren Militärjunta.

Die politischen Positionen von *Chrysi Avgi* umfassen eine Reihe von territorialen Ansprüchen an die Nachbarstaaten Griechenlands. Ein weiteres zentrales Motiv ist eine radikal einwandererfeindliche Politik, die sich v.a. gegen die größte Zuwanderergruppe, die Albaner, richtet.

Chrysi Avgi bezieht sich stark auf die orthodoxe Religion, auch wenn viele ihrer Anhänger sich stärker an der nationalsozialistischen „Black Metal-Szene“ orientieren.

Die Anhänger der *Chrysi Avgi* scheuen auch vor gewalttätigen Ausschreitungen nicht zurück, so etwa anlässlich von Fußballspielen, in deren Folge bereits mehrere gegnerische Fans schwer verletzt und sogar getötet wurden. Im Mai 2011 kam es in einem von Migranten geprägten Athener Stadtteil zu fremdenfeindlichen Krawallen. Seither haben die gewaltsamen Übergriffe von der Partei nahestehenden Schlägertrupps auf Ausländer, politische Gegner oder kritische JournalistInnen dramatisch zugenommen.

Chrysi Avgi pflegt innerhalb der rechtsextremen Netzwerke gute Beziehungen zur NPD und zum französischen *Renouveau français*. Ein besonders enges Verhältnis besteht zu den serbischen Ultranationalisten um die Serbische Radikale Partei. Beider Ziel ist es, ein Großgriechisches Reich und ein Großserbisches Reich zu errichten – auf Kosten Mazedoniens, Albaniens und der Türkei.

Bei den griechischen Parlamentswahlen 2009 erzielte *Chrysi Avgi* nur 0,3%. Doch bereits bei den Kommunalwahlen im November 2010 schaffte die Partei in Athen 5,3% der Stimmen; in den Problemvierteln mit hohem Migrantenanteil kam sie sogar auf 20% und mehr, und ist seither im Athener Stadtrat vertreten. Bei der griechischen Parlamentswahl am 6. Mai 2012, die ganz im Zeichen der Finanzkrise stand, zog die Partei mit knapp 7% und 21 Abgeordneten erstmals ins Parlament ein. Bei der nur kurz danach stattfindenden Neuwahl am 17. Juni 2012 verlor die Partei nur geringfügig und erzielte 6,9% der Stimmen und 18 Sitze.

Die konsequente Ablehnung der Kreditverträge und der von der EU „diktierten" Sparmaßnahmen machte *Chrysi Avgi* besonders für junge Wähler attraktiv. Außerdem profitierte die Partei vom Zickzackkurs der rechtspopulistischen LAOS, die bei der Wahl 2009 noch auf 5,6% gekommen war und sich Ende 2011 zum Missfallen vieler ihrer Anhänger an der nationalen Einheitsregierung von Lucas Papademos beteiligt hatte.

Im September 2013 wurde der linke Aktivist und Musiker Pavlos Fyssas von einem *Chrysi-Avgi*-Mitglied erstochen. Es kam daraufhin zu landesweiten Protesten und ersten behördlichen Maßnahmen gegen *Chrysi Avgi*. Am 28. September wurden der Parteivorsitzende Nikolaos Michaloliakos und weitere führende Mitglieder der Partei – insgesamt 20 Personen – wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen. Ein Teil von ihnen, u.a. auch Michaloliakos, befanden sich bis 2015 in Haft. Der Prozess gegen Michaloliakos musste seither mehrmals vertagt werden. Die Partei selbst erhält nach einer Gesetzesänderung mittlerweile keine staatliche Förderung mehr.

Im Januar 2014 stellten Aktivisten der Partei die neugegründete *Ethniki Avgi* (Nationale Morgendämmerung) vor, die aktiv werden soll, falls *Chrysi Avgi* tatsächlich als „kriminelle Vereinigung" verboten werden sollte.

Bei der Europawahl 2014 erreichte *Chrysi Avgi* 9,4% und wurde damit drittstärkste Kraft. Bei den griechischen Parlamentswahlen im Januar 2015 erzielte die Partei 6,3 % der Stimmen (17 Abgeordnete); bei der vorgezogenen Neuwahl im September desselben Jahres konnte sie noch einen Sitz hinzugewinnen und bleibt damit hinter SYRIZA und *Nea Dimokratia* drittstärkste Partei.

Internet:
Offizielle Website: http://www.xryshaygh.com/ (Griechisch mit engl. Unterseiten)

Ausgewählte Literatur:
Psarras, Dimitris (2013): Neonazistische Mobilmachung im Zeichen der Krise – Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland.
http://www.bayern.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Neonazistische_Mobilmachung.pdf

Dansk Folkeparti (DF)

Die *Dansk Folkeparti* (Dänische Volkspartei) spaltete sich 1995 unter PIA MERETE KJÆRSGAARD (*1947) aufgrund inhaltlicher Differenzen, auch in Bezug auf das Verhältnis zu ihrem Gründer Mogens Glistrup, von dessen Fortschrittspartei (FRP) ab. 1998 trat die neue Partei erstmals bei Parlamentswahlen an und erreichte 7,4% und 13 Mandate (FRP nur noch 2,4%); 2001 wurde sie mit 12% und 22 Mandaten drittstärkste Fraktion und spielt seitdem eine Schlüsselrolle im dänischen Parlament. 2005 konnte sie ihr Ergebnis auf 13,3% und 24 Mandate (von 179) steigern; 2007 gewann sie noch ein weiteres Mandat hinzu.

Die *Dansk Folkeparti* übernahm (und verstärkte) die kritische Haltung gegenüber Ausländern und der EU, gab sich jedoch ein deutlich sozialeres Profil und unterscheidet sich auch dadurch von der ultraliberalen Fortschrittspartei. Im Gegensatz zu deren Fundamentalopposition war es von vorneherein das erklärte Ziel der DF, *to get as many of its political goals as possible implemented in reality*.[106]

Fundament der Politik der DF ist und bleibt die scharfe Polemik gegen die Zuwanderer, zuletzt v.a. gegen die Muslime. Sie tritt für strenge Ausländergesetze ein und hat damit die Meinungsführerschaft im Land übernommen und die anderen Parteien zur Übernahme rechtspopulistischer Positionen gezwungen; unter ihrem Einfluss wurde die Ausländergesetzgebung in Dänemark in den letzten Jahren merkbar verschärft. So etwa forderte die DF ein „Heimführungsministerium“, und tatsächlich entstand in der Regierung des *Venstre*-Chefs Anders Fogh Rasmussen ein „Ministerium für Flüchtlinge, Einwanderer und Integration“. Die Auseinandersetzungen infolge des „Karikaturenstreits“ haben die *Dansk Folkeparti* in der Wählergunst sogar noch gestärkt.

Zu den weiteren Schwerpunkten der Partei zählen die Förderung der Senioren, der Tierschutz, der Ausbau des Gesundheitswesens und die Forderung nach einer schärferen Sicherheitspolitik. Neben der populistischen Kritik am politischen Establishment gehören die Polemiken gegen die EU-Integration und regelmäßige xenophobe – z.T. sogar rassistische – Aussagen zu den Hauptmerkmalen der Dänischen Volkspartei, die den Anteil ehemaliger Linkswähler unter ihrer Wählerschaft von Wahl zu Wahl steigern konnte.

Von 2001 bis 2011 tolerierte die Dänische Volkspartei, die immer wieder in Verbindung mit rechtsextremen Positionen und Personen gebracht wird – auch wenn die offizielle Parteilinie

[106] Klein 2013:108

auf einer scharfen Abgrenzung vom Rechtsextremismus beharrt – die rechtsliberalen Minderheitsregierungen im dänischen Parlament.

Bei den Europawahlen 2009 schnitt die Dänische Volkspartei mit 14,8% trotz oder gerade wegen ihres umstrittenen Spitzenkandidaten Morten Messerschmidt, der seinen Wahlkampf stark auf Islamfeindliche Inhalte gestützt hatte, überraschend gut ab.

Bei der Folketingswahl 2011 erreichte die Partei 12,3% und verlor 3 Sitze. Im September 2012 übergab Pia Kjærsgaard den Parteivorsitz an KRISTIAN THULESEN DAHL (*1969).

Bei der Europawahl 2014 wurde die „Dänische Volkspartei" erstmals – und mit großem Abstand! – stärkste Partei des Landes (26,6%), ein Erfolg, an den die Partei auch bei der Folketingswahl im Juni 2015 anschließen konnte. Mit 21,1% wurde die DF stärkste Partei des „bürgerlichen" Lagers und stützt seither eine Minderheitsregierung der rechtsliberalen *Venstre*, die auf nur 19,5% der Stimmen kam.

Internet:
Offizielle Website: http://www.danskfolkeparti.dk/ (Dänisch)

Ausgewählte Literatur:
Bjorklund, Tor; Andersen; Jorgen Goul (2002): *Anti-Immigration Parties in Denmark and Norway: The Progress Parties and the Danish People's Party.* In: Schain, Martin; Zolberg, Aristide; Hossay, Patrick (Hrsg.), Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe, New York, 107–136.
Klein, Andreas M. (2013): *The End of Solidarity? On the Development of Right-wing Populist Parties in Denmark and Sweden.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 105–131.
Wirries, Clemens (2015): *Populismus und Pragmatismus. Genese und Etablierung der Dänischen Volkspartei*. In: Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobsen, Kjetil (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden, 129–146.

Démocratie Nationale (DN)

Der vormalige belgische *Front National* wurde 1985 als Zusammenschluss mehrerer kleiner rechter Parteien im wallonischen Teil Belgiens gegründet und Ende 2011 in *Démocratie Nationale* (DN) umbenannt. Die Partei sieht sich als Verfechterin der Autonomierechte der französischsprachigen Belgier, tritt jedoch dezidiert für die Einheit des Landes ein. Allerdings finden sich in ihren Reihen auch Separatisten, die eine Unabhängigkeit Walloniens (oder einen Anschluss an Frankreich) propagieren.

Die *Démocratie Nationale* ist wegen fehlender Finanzmittel, schlechter Organisation und ständiger interner Konflikte und Abspaltungen bei weitem nicht so erfolgreich wie der

flämische *Vlaams Belang*. Bei den Regionalwahlen zum Wallonischen Parlament im Jahr 2004 erhielt der damalige *Front Nationa*l 8,1% der Stimmen (4 Abgeordnete von insgesamt 75), im Brüsseler Parlament waren es ebenfalls 4 Sitze (von insgesamt 89). Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2004 erhielt die Partei 7,4% (kein Mandat), 2009 nur noch 1,3%. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2010 erreichte der *Front National* nur noch 0,5% und verlor seinen einzigen Parlamentssitz.

Trotz der ausgeprägten Betonung der Sprachidentität schließt die *Démocratie Nationale* im zweisprachigen Wahlkreis Brüssel-Halle-Vilvoorde, dem einzigen unter den elf Wahlkreisen, der sich über das Gebiet zweier Regionen (Brüssel und Flämische Region) erstreckt, Wahlbündnisse mit dem *Vlaams Belang* nicht aus.

Die *Démocratie Nationale* propagiert einerseits einen „linken" Wirtschaftspopulismus für die „kleinen Leute" (Handwerker, Kleinunternehmer und Selbständige), fordert Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung (z.B. auch eine hohe Besteuerung von Spekulationsgewinnen) und vertritt bei den Themen Umwelt und Landwirtschaft „grüne Standpunkte", entspricht in ihren sonstigen programmatischen Zielen aber ganz dem Bild rechtspopulistischer Parteien. So etwa tritt die *Démocratie Nationale* gegen die „positive Diskriminierung" der Migranten in der belgischen Politik auf, fordert „Null-Toleranz" in der Sicherheitspolitik, eine strenge Drogenpolitik, wendet sich gegen das Recht auf Abtreibung und für die stärkere Förderung der Familien, ist antigewerkschaftlich und verlangt ein Initiativrecht für Volksabstimmungen. Die *Démocratie Nationale* ist eine vehemente Gegnerin der (nicht-europäischen) Immigration und des EU-Beitritts der Türkei. So wie bei vielen rechtspopulistischen Parteien Westeuropas spielt auch hier der Antiislamismus mittlerweile eine herausragende Rolle.

Ergebnisse bei Parlamentswahlen (in Klammer: Abgeordnete):

1991:	1,1%	(1)
1995:	2,3%	(2)
1999:	1,5%	(1)
2003:	2,0%	(1)
2007:	2,0%	(1)
2010:	0,5%	–

Internet:
Offizielle Website: http://www.dnat.be/ (Französisch)

Vorsitzender der DVU war seit ihrer Gründung (als Verein) im Jahr 1971 der Zeitungsverleger GERHARD FREY (1933–2013), der seit 1959 auch die *National-Zeitung* (1951 unter dem Titel *Deutsche Soldaten-Zeitung* gegründet) herausgab; das Blatt befand sich seit 1960 zur Gänze in seinem Besitz und war so etwas wie das inoffizielle Presseorgan der Partei (Auflage 2004 nach Schätzung des Verfassungsschutzes: wöchentlich 40.000).

Die DVU war ursprünglich als Auffangbecken für enttäuschte NPD-Mitglieder gedacht und genoss auch die Unterstützung von Teilen der CDU/CSU. Ihre Kritik galt v.a. der Ostpolitik Willi Brandts. Nachdem sich Frey auch von der konservativen Regierung Kohl enttäuscht sah, entschloss er sich, die DVU in eine Partei umzuwandeln. Die Gründung erfolgte am 5. März 1987 und war mit einem Kooperationsabkommen mit der NPD verbunden, das eine direkte Konkurrenz bei Wahlgängen verhindern sollte. Bereits im Gründungsjahr konnte die DVU in das Landesparlament von Bremen einziehen. Bei der Europawahl von 1989 erzielte sie allerdings trotz eines finanziell aufwändigen Wahlkampfes nur 1,6%. 1991 zog die DVU mit 6,2% und 6 Abgeordneten, darunter zwei NPD-Mitgliedern, wiederum in die Bürgerschaft von Bremen ein. Anfang 1992 wurde die DVU bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein mit 6,3% drittstärkste Partei – allerdings zerfiel die Landtagsfraktion nach nur einem Jahr. Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl von 1993 erzielte die DVU 2,8% der Stimmen. Gleichzeitig zerfiel ihre Allianz mit der NPD. Eine Zusammenarbeit mit den *Republikanern* blieb ebenfalls nur von kurzer Dauer. Bei den Landtagswahlen von 1995 und 1996 in Bremen und Schleswig-Holstein verfehlte die DVU den Wiedereinzug. 1997 scheiterte sie bei der Hamburger Bürgerschaftswahl mit 4,98% nur knapp an der Fünfprozenthürde. 1998 erhielt die DVU nach einem materialintensiven Wahlkampf in Sachsen-Anhalt sensationelle 12,9% der Stimmen und 16 Abgeordnete – das bislang beste Ergebnis einer rechtsextremen Partei auf Landesebene; bei der Bundestagswahl im selben Jahr kam sie aber nicht über 1,2% hinaus. 1999 erzielte sie bei der Landtagswahl in Brandenburg 5,3% der Stimmen und zog mit fünf Abgeordneten in den dortigen Landtag ein. In Thüringen scheiterte sie eine Woche später jedoch mit 3,1% an der Fünfprozenthürde.

Im Jahr 2000 kam es, nachdem ein Umsturzversuch gegen den Bundesvorsitzenden Frey gescheitert war, zu internen Abspaltungen und zur Gründung der kurzlebigen *Freiheitlichen Deutschen Volkspartei* (nach dem Vorbild der FPÖ Jörg Haiders) durch neun ehemalige Abgeordnete der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Bei der sachsen-anhaltischen Landtagswahl und bei der Bundestagswahl 2002 trat die DVU nicht an. 2004 kam es zu einer neuerlichen Zusammenarbeit mit der NPD auf Landesebene. Es wurde vereinbart, dass die DVU nur in Brandenburg und die NPD nur in Sachsen antreten sollte. In Brandenburg konnte die DVU daraufhin ihren Stimmenanteil auf 6,1% steigern und erhielt 6 Mandate. 2006 scheiterte die DVU in Sachsen-Anhalt an der Fünfprozenthürde, 2009 flog sie, nach dem gleichzeitigen Antreten der NPD, mit nur 1,3% aus dem brandenburgischen Landtag.

2009 zog sich Gerhard Frey aus dem politischen Geschäft zurück; neuer Bundesvorsitzender wurde MATTHIAS FAUST (*1971), der kurz darauf den geplanten Zusammenschluss von DVU und NPD verkündete. Am 1. Januar 2011 fusionierte die DVU mit der NPD, nachdem rund 87,5% der Mitglieder der Vereinigung zugestimmt und die Parteivorsitzenden einen „Fusionsvertrag“ unterzeichnet hatten. Die neue Partei trägt den Namen *NPD – Die Volksunion*. Die Rechtskraft dieser Fusion war lange Zeit gerichtlich umstritten, nachdem mehrere DVU-Landesverbände dagegen geklagt hatten. Im Mai 2012 wurden diese Klagen zurückgezogen. Ein Teil der verbliebenen DVU-Funktionäre rief zur Unterstützung der „Pro-Bewegungen“ auf, eine Gruppe um den militanten Neonazi Christian Worch gründete eine Nachfolgepartei namens *Die Rechte*.

Die DVU verfügte über keine großen Organisationsstrukturen und auch keine Jugend- oder anderweitigen Unterorganisationen. Ihre mitgliederstärksten Landesverbände waren Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Hessen. Die Partei wurde von ihrem Vorsitzenden Gerhard Frey zentralistisch und autoritär geleitet und wesentlich finanziert.

Anders als die NPD führte die DVU keinen „Kampf um die Straße“. Ihre Veranstaltungen hielt sie meist in geschlossenen Räumen ab. Im Gegensatz zur „jungen“ NPD bestand ihre Wählerschaft großteils aus Vertretern der mittleren und älteren Jahrgänge, die mit Themen wie Zuwanderung oder Hartz IV angesprochen wurden. Deutlich wurde dies auch daran, dass „Ansehen und Ehre“ der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs häufig wiederkehrende Themen in der *National-Zeitung* waren.

Die DVU besaß kein kongruentes ideologisches Konzept. Vielmehr wurden aktuelle Tagesthemen aufgegriffen und dazu benutzt, Angriffe gegen bestehende Feindbilder, wie etwa die „unverschämten Polen“, die „erpresserischen Juden“ oder die „kriminellen Ausländer“ zu richten. Einen Agitationsschwerpunkt der letzten Jahre bildeten nationalistisch und rassistisch geprägte Kampagnen gegen Asylbewerber und Minderheiten. In der Ausländerpolitik forderte die DVU eine „Begrenzung des Ausländeranteils“, einen Stopp des „zunehmenden Ausländerzustroms“, eine „Beschleunigung der Asylverfahren“ und die „Ausweisung von kriminellen Ausländern“.

Im Verhältnis zur nationalsozialistischen Geschichte leugnete die DVU die von deutscher Seite begangenen Verbrechen zwar nicht, verglich sie allerdings stets mit anderen historischen Ereignissen und versuchte damit sie zu relativieren und die demokratische Entwicklung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg als „Totalumerziehung“ zu verunglimpfen, die das deutsche Volk in „ewiger Schuld“ und „systematischer Entrechtung“ halten solle.

Die DVU wurde vom deutschen Verfassungsschutz als „rechtsextrem“ eingestuft. Das Parteiprogramm der DVU war allerdings bewusst moderat gehalten und enthielt ein explizites Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Internet:
National-Zeitung: http://www.national-zeitung.de/

Ausgewählte Literatur:
Holtmann, Everhard (2001): Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen.
Linke, Annette (1994): Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen.

Fidesz – Magyar Polgári Szövetség (Fidesz-MPSZ)

Fidesz – Ungarischer Bürgerbund wurde am 30. März 1988 unter dem Namen Bund Junger Demokraten (***Fi**atal **De**mokraták **Sz**övetsége*, daraus *Fidesz*) von einer Gruppe vorwiegend junger Intellektueller als liberale Protestbewegung gegründet. Fidesz-Aktivisten nahmen an antikommunistischen Demonstrationen teil und trugen damit zum Fall des kommunistischen Regimes bei.

1993 verließen zahlreiche Mitglieder die Partei und traten dem mittlerweile aufgelösten liberalen Bund Freier Demokraten (*Szabad Demokraták Szövetsége* – SZDSZ) bei. 1996 benannte sich die Partei in Fidesz – Ungarische Bürgerliche Partei um und näherte sich stärker wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Positionen an.

Nach den Wahlen von 1998 bildete der Parteivorsitzende (und Mitbegründer) VIKTOR ORBÁN (*1963), der seine politische Karriere als Vorsitzender der Jugendorganisation der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (Kommunistischer Jugendbund) begonnen hatte, eine rechtsliberale Koalitionsregierung mit dem Ungarischen Demokratischen Forum *(Magyar Demokrata Fórum,* MDF) und der Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und

des Bürgertums *(Független Kisgazdapárt,* FKGP). Nach vier Jahren wurde die Regierung 2002 abgewählt.

Im Frühjahr 2003 nahm Fidesz den heutigen Namen Fidesz-MPSZ an. Bei den Parlamentswahlen 2006 bildete Fidesz eine Allianz mit der Christlich-Demokratischen Volkspartei *(Keresztény demokrata Néppárt,* KDNP), musste sich jedoch neuerlich dem sozialistisch-liberalen Bündnis von MSZP und SZDSZ geschlagen geben.

Die z.T. gewaltsamen Proteste gegen die Regierung Gyurcsány wurden von Fidesz nur halbherzig kritisiert.

Bei der Parlamentswahl 2010 erzielte Fidesz im ersten Durchgang 53% der Stimmen; nach dem zweiten Wahlgang erreichte sie sogar eine Zweidrittelmehrheit. Viktor Orbán wurde neuerlich zum Ministerpräsidenten gewählt. Nach vier Jahren betont EU-kritischer und z.T. populistischer Politik konnte Fidesz den Wahlerfolg im Frühjahr 2014 nahezu wiederholen; die Zweidrittelmehrheit ging bei einer Nachwahl 2015 allerdings verloren. 2018 fiel der Sieg Viktor Orbáns, der mit einer prononcierten Anti-EU-Politik (v.a. in der Migrationsfrage) innenpolitisch punkten konnte, sogar noch deutlicher aus.

Die Partei war von 1992 bis 2000 Mitglied der *Liberalen Internationale*, gegenwärtig ist sie Mitglied der *Europäischen Volkspartei* (EVP).

Politische Beobachter sehen Fidesz heute als national- oder rechtskonservative Partei. In den letzten Jahren lösten zahlreiche Maßnahmen der Regierung wegen des schleichenden Abbaus von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Presse- und Meinungsfreiheit heftige europäische Kritik aus. So etwa ließ der zunehmend autoritär auftretende Orbán die Kompetenzen des ungarischen Verfassungsgerichtshofes stark beschneiden und die Medienfreiheit einschränken. In gesellschaftlichen Fragen – etwa bei den Themen Familie, Religion oder ungarische Nation – vertritt Fidesz betont rechtskonservative und nationalistische Positionen. In sozialen Fragen gibt sich Fidesz neuerdings auch sozial-populistisch.

Fidesz' Verhältnis zum rechten Rand, insbesonders zur rechtsextremen *Jobbik*, ist nicht immer eindeutig. Einerseits wurden rechte Übergriffe bagatellisiert, wenn nicht sogar toleriert, andererseits ist die Regierung Orbán die erste ungarische Regierung, die – möglicherweise aus opportunistischen Gründen – eine Mitverantwortung des Landes am Holocaust eingestanden hat.

Internet:
Offizielle Website: http://www.fidesz.hu/ (FB, Ungarisch)

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Juhász, Attila; Krekó, Péter; Szabados, Krisztián (2015): *Fidesz und der Nationalpopulismus in Ungarn*. In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn, 96–106.

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Die FPÖ wurde am 7. April 1956 in Wien gegründet und ging aus dem *Verband der Unabhängigen* (VdU) hervor. Der *Verband der Unabhängigen* war 1949 von Herbert Alois Kraus und Viktor Reimann ins Leben gerufen worden, um früheren Mitgliedern der NSDAP, die 1945, bei der ersten Nationalratswahl nach dem Krieg, vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, eine „politische Heimat" zu bieten. Neben früheren Nationalsozialisten zog der VdU auch ehemalige „Großdeutsche" (Deutschnationale und Deutschliberale) und die in der Ersten Republik mit den Großdeutschen verbündeten Anhänger des *Landbundes* an, der v.a. unter der evangelischen Landbevölkerung verbreitet war. Ziel war die Etablierung eines „Dritten Lagers" neben den beiden großen Parteien der Sozialdemokraten (SPÖ) und der Christlich-Sozialen (ÖVP*).* In diesem Sinne war und ist die FPÖ eine Traditionspartei – oder, um in ihrer eigenen Diktion zu bleiben, eine „Altpartei". Die FPÖ steht demnach nicht nur in der Tradition der NSDAP-Mitglieder, sondern auch in der des wesentlich älteren deutsch-nationalen Lagers.

Bei den Nationalratswahlen 1949 kandidierte der VdU als *Wahlpartei der Unabhängigen* (WdU) und erreichte 11,7% der Stimmen und 16 Mandate. Nach mehreren Wahlniederlagen und internen Turbulenzen wurde der VdU 1956 aufgelöst und die FPÖ gegründet, die 1956 allerdings nur noch 6,5% und 6 Mandate erreichte. Erster FPÖ-Parteiobmann wurde ANTON REINTHALLER (1895–1958), der bereits im Ständestaat Mitglied der illegalen NSDAP in Österreich, 1938 Landwirtschaftsminister im Anschlusskabinett Seyß-Inquart und bis 1945 Reichstagsabgeordneter und ab 1940 Bauernführer in „Niederdonau" (Niederösterreich) war. 1950 wurde Reinthaller wegen seiner Verstrickung im nationalsozialistischen Regime zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die FPÖ entwickelte sich mit der Zeit zu einer deutschnationalen „Honoratiorenpartei", die im Schnitt zwischen 5,5% und 7% der Wählerstimmen auf sich vereinen konnte und lange Zeit von den beiden großen Parteien als Druckmittel und mögliches „Zünglein an der Waage" benützt wurde. Historisch berief sich die Partei gerne auf das deutsch-nationale und liberale Erbe der Revolution von 1848. 1970 unterstützte die FPÖ, damals unter Führung des ehe-

maligen Waffen-SS-Obersturmführers FRIEDRICH PETER (1921–2005, Parteiobmann von 1958 bis 1978) vorübergehend die SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky. Als Gegenleistung wurde ein neues Wahlrecht beschlossen, das kleinere Parteien weniger stark benachteiligte. Bei der vorgezogenen Nationalratswahl 1971 erreichte die SPÖ schließlich die absolute Mehrheit.

Lange Zeit kämpften zwei Gruppierungen innerhalb der FPÖ um die politische Vorherrschaft, ein radikal-nationalistischer und ein hauptsächlich dem Wirtschaftsliberalismus anhängender Flügel. Am Parteitag 1980 setzte sich in einer Kampfabstimmung der wirtschaftsliberale Flügel unter NORBERT STEGER (*1944) gegen den deutschnationalen ALEXANDER GÖTZ (1928–2018), Bürgermeister von Graz und Bundesparteiobmann seit 1978, durch. Nach den Nationalratswahlen 1983, bei denen die SPÖ ihre absolute Mehrheit verlor und die FPÖ mit nur 5% ihr schwächstes Ergebnis erreichte, bildeten die beiden Parteien eine Koalitionsregierung; die FPÖ war damit erstmals an einer österreichischen Regierung beteiligt.

Trotz des von Norbert Steger forcierten liberalen Kurses blieben weite Teile der Partei ihrem deutschnationalen Erbe verbunden, was nicht nur innerhalb der von Fred Sinowatz geführten Regierung häufig zu Irritationen, sondern auch innerparteilich zu immer stärkerem Widerstand der deutschnationalen Fraktion unter der Führung JÖRG HAIDERS (1950–2008) führte. Als der liberale Kurs der FPÖ durch die Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann nach einer Kampfabstimmung auf dem Parteitag in Innsbruck 1986 beendet wurde, zerbrach auch die Koalition.

Unter Jörg Haider kam es zu einer radikalen Neupositionierung der FPÖ als rechtspopulistische und demagogisch-aktionistische Protestpartei, die nun v.a. auch in traditionellen Arbeiterhochburgen neue Wählerschaften gewinnen konnte. Ab der Mitte der 1990er-Jahre kam es zum Übergang von einer eher diffusen Protestpolitik mit breit gefächerter Wählerkoalition zum artikulierten Rechtspopulismus mit einer elektoralen Schwerpunktsetzung in den unteren Sozial- und Bildungsschichten. Daneben pflegte Haider aber mit höchst umstrittenen Aussagen zum NS-Regime auch die traditionelle Klientel der Partei.

Aufgrund des von der FPÖ 1993 lancierten Volksbegehrens „Österreich zuerst“ kam es zur Abspaltung von fünf Abgeordneten um Heide Schmidt und zur Gründung des *Liberalen Forums*, das bis 1999 auch im Nationalrat vertreten war. Gleichzeitig verließ die FPÖ die *Liberale Internationale*.

Der seit Jörg Haiders Übernahme des Parteivorsitzes anhaltende Aufstieg der FPÖ (1986: 9,7%, 1990: 16,6%, 1994: 22,5%) erreichte bei den Nationalratswahlen 1999 seinen vorläufigen Höhepunkt, als die Partei mit 26,9% zweitstärkste Kraft des Landes (knapp vor der ÖVP) und die mit Abstand erfolgreichste rechtspopulistische Partei des Kontinents wurde

und zu Beginn des Jahres 2000 in eine Koalition mit der ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel eintrat. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ rief heftige Kritik hervor, die außenpolitisch in den Sanktionen der übrigen 14 EU-Staaten gegen die österreichische Bundesregierung gipfelten.

Wegen unüberbrückbarer Differenzen zwischen dem in der Regierung vertretenen „pragmatischen Flügel“ und den Anhängern Jörg Haiders, der kein Regierungsamt übernommen hatte, kam es im Herbst 2002 zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die FPÖ nur noch 10% der Stimmen erhielt und von 52 auf 18 Nationalratsmandate abstürzte. Großer Gewinner war die ÖVP, die die Koalition mit der deutlich geschwächten FPÖ (unter der Führung von Herbert Haupt) fortsetzte.

Den Spagat zwischen populistischer Protest- und staatstragender Regierungspartei konnte jedoch auch die neue Führungsriege nicht meistern. Durch ihre Regierungsbeteiligung verlor die FPÖ stark im Segment der „wohlfahrtsstaatlichen Chauvinisten“ und wurde schließlich auf ihr früheres Kernsegment der „systemverdrossenen Rechten“ reduziert. Der ökonomische Populismus („Kleine-Leute-Rhethorik“) fiel immer mehr den Realitäten der Regierungsbeteiligung zum Opfer.

Nach z.T. desaströsen Landtagswahlergebnissen und dem Absturz bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 (1999: 23,4%, 2004: 6,3%) wurde Herbert Haupt als Parteichef von Haiders Schwester Ursula Haubner abgelöst. Die nicht enden wollenden Flügelkämpfe führten am 4. April 2005 zum Übertritt der Parteispitze (inkl. Haiders) in eine neugegründete Partei namens *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ). Im Parlament waren nun erstmals 5 Parteien vertreten und die aus ÖVP und BZÖ bestehende Regierung war auf die Unterstützung der Rest-FPÖ angewiesen – ein in der Geschichte der österreichischen Demokratie einmaliger Vorgang. Programmatisch und auch personell war das BZÖ jedoch keine neue Partei, sondern die Fortsetzung der FPÖ unter neuer Etikette zur Weiterführung der Regierungsbeteiligung.

Im April 2005 wurde HEINZ-CHRISTIAN STRACHE (*1969) zum neuen FPÖ-Parteiobmann gewählt; Strache agiert zwar auch als Rechtspopulist, weist aber deutlich stärkere Bezüge zur deutschnationalen Szene auf, als seine Vorgänger. Im Kampf um die Aufteilung der Parteiorganisation behielt letztendlich die FPÖ die Oberhand. Einzig die Kärntner Partei wurde nahezu komplett Teil des neuen BZÖ.

Bei den steirischen Landtagswahlen im Oktober 2005 verfehlte die FPÖ den Wiedereinzug in den Landtag knapp. Die Steiermark war damit das einzige Bundesland, in dem weder FPÖ noch BZÖ im Landtag vertreten waren. Die Landtagswahl im Burgenland 2005 brachte eine Halbierung der Stimmen (und 2 statt bisher 4 Mandate); bei der Wiener Landtags- und

Gemeinderatswahl 2005 erhielt die FPÖ mit 14,9% wiederum deutlich mehr Stimmen, als erwartet, das BZÖ hingegen verfehlte den Einzug in den Landtag klar.

Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 erreichte die FPÖ einen Stimmenanteil von 11% – knapp weniger als die Grünen – und 21 Mandate. Das BZÖ schaffte – v.a. aufgrund seiner Position in Kärnten – 4,1% und 7 Mandate. Bei der vorgezogenen Nationalratswahl am 28. September 2008 profitierten beide Parteien vom massiven Unmut der Bevölkerung über die Performance der „Großen Koalition“: Die FPÖ wurde mit 18% wieder die mit Abstand drittstärkste Partei, das BZÖ mit Jörg Haider erreichte überraschende 11% und überholte die Grünen.[107] Bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl 2010 erhielt die FPÖ 26,2 % der Stimmen und wurde somit zur zweitstärksten Partei.

Unter dem Eindruck der weltweiten Krisenerscheinungen, v.a. der massiven Flüchtlingsströme seit dem Frühjahr 2015, konnte die FPÖ bei den in diesem Jahr abgehaltenen Landtagswahlen große Gewinne erzielen:
Burgenland (31.5.): 15% (+ 6%)
Steiermark (31.5.): 26,8% (+ 16,1%)
Oberösterreich (27.9.): 30,3% (+ 15%)
Wien (11.10.): 30,8% (+5%)

Als direktes Ergebnis dieser Wahlerfolge bildeten die SPÖ im Burgenland unter Landeshauptmann Niessl und die ÖVP in Oberösterreich unter Landeshauptmann Pühringer Regierungskoalitionen mit der FPÖ.

Der bis dato größte Erfolg gelang der FPÖ im Jahr 2016 mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer, der den ersten Wahlgang überraschend und auch überraschend deutlich mit 35% der Stimmen gewinnen konnte. Im zweiten Wahlgang, der vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) nach der Feststellung von Verstößen gegen das Wahlgesetz aufgehoben wurde und deshalb wiederholt werden musste, unterlag Hofer nur knapp dem von den *Grünen* unterstützten „unabhängigen Kandidaten“ Van der Bellen.

Ein Ergebnis von 26% bei der vorgezogenen Nationalratswahl 2017 verhalfen der FPÖ ein weiteres Mal zur Rolle als Regierungspartner der ÖVP und zu insgesamt sechs von vierzehn Ministerämtern. Trotz der Affäre um den Gebrauch eines antisemitischen Liederbuches rund um den niederösterreichischen Spitzenkandidaten Udo Landbauer konnte die Partei bei allen vier Landtagswahlen im Frühjahr 2018 weitere Stimmenzuwächse verzeichnen.

Die Partei verfügt über eine Reihe von Vorfeldorganisationen; als wichtigste wären der *Ring Freiheitlicher Jugend Österreich* (RFJ), dessen Vertreter immer wieder durch fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen auffallen, und der eher bedeutungslose *Ring Frei-*

[107] Zwei Wochen nach der Wahl kam Jörg Haider bei einem Autounfall ums Leben.

heitlicher Studenten (RFS) zu nennen. Das Verhältnis zu deutschnationalen Burschenschaften, die immer noch die wichtigste Rekrutierungsbasis der Partei darstellen, ist sehr eng.

Schon durch die Entstehungsgeschichte der FPÖ bestand (und besteht) ein Naheverhältnis der Partei zum Deutschnationalismus, in früherer Zeit – und in einigen Fällen bis heute – auch zum Nationalsozialismus. „Liberal“ – gerade in gesellschaftspolitischen Fragen – war die FPÖ eigentlich nie, und das „Freiheitlich“ in ihrem Namen bezeichnete ursprünglich die Distanz zum in Österreich herrschenden Katholizismus, und heute ihren antisozialistischen Reflex – wobei der „Sozialismusvorwurf“ sich immer wieder auch gegen die konservative ÖVP wendet. Verharmlosungen des und mangelnde Distanzierung vom NS-Regime sind keine Seltenheit, antisemitische Untertöne ebensowenig. Letztere bedienen sich gerne gewisser Kodes, wie z.B. der „Ostküste“, der süffisanten Nennung „typisch-jüdischer“ Namen („der Herr Greenberg“) oder der Polemik gegen die „sogenannte Wiedergutmachung". Im Weisenbericht, der nach dem Regierungseintritt der FPÖ im Jahr 2000 im Auftrag der „EU-14“ u.a. die „Entwicklung der politischen Natur der FPÖ“ untersuchte, wird festgestellt, dass es tatsächlich zu einem typischen Kennzeichen in der österreichischen Politik geworden zu sein scheint, dass Vertreter der FPÖ „äußerst missverständliche Formulierungen“ verwenden. So haben auch hohe Parteifunktionäre der FPÖ immer wieder Stellungnahmen abgegeben, die als fremdenfeindlich oder sogar als rassistisch verstanden werden können.

Es überrascht deshalb nicht, dass antisemitische Einstellungen unter den FPÖ-Anhängern doppelt so häufig anzutreffen sind wie im österreichischen Durchschnitt. So stimmten nach einer OGM-Umfrage im Auftrag der Zeitschrift *Format* (14/1999) 14% der ÖsterreicherInnen, aber 30% der FPÖ-Anhänger der Aussage zu, „es wäre für Österreich besser, keine Juden im Land zu haben". Und: 33% der ÖsterreicherInnen, aber 71% der FPÖ-Sympathisanten glauben, „dass man die meisten Juden an ihrem Aussehen erkennen kann".

In ihren deutschnationalen Wurzeln verkörperte die FPÖ lange Jahre die Absage an die Konvergenz von Staat und Nation; in ihrer „populistischen“ Orientierung ist die Partei allerdings betont österreichisch-patriotisch. Nachdem der klassische Deutschnationalismus in Österreich heute kaum noch eine Rolle spielt, setzt sich die Klientel der FPÖ vorwiegend aus Protestwählern und sogenannten „Modernisierungsverlierern“ zusammen, die besonders anfällig für rechtspopulistische Phrasen sind, v.a. bei den Themen Migration und EU. Die Partei ist insofern „postmodern“, als sie v.a. jene Menschen anspricht, die von der Modernisierung aus ihren traditionellen weltanschaulichen Bindungen freigesetzt wurden. Diese Entwicklung steht in direktem Zusammenhang mit der Proletarisierung einer historisch als „bürgerlich“ eingestuften Partei. Dieser Umstand erklärt auch die antieuropäische und antiinternationale Rhetorik der Partei, die sich gegen alles „Fremde“ wendet. Die FPÖ wurde seit 1990 in erheblichem Maße aus Motiven gewählt, die „xenophobe Konnotationen“

zulassen. Nach Plasser und Ulram wurde das Motiv „Ausländerfrage“ 1990 von 7% der FPÖ-Wählenden als wahlentscheidend genannt, 1994 und 1995 von 12% und 1999 von 14%.[108]

Auf der Links-Rechts-Achse wird die FPÖ eindeutig als eine „rechte“ Partei eingeordnet. Im Rahmen der von Plasser und Ulram entwickelten „gesellschaftspolitischen Typologie“ wird die FPÖ weit überproportional von „systemverdrossenen Rechten“ präferiert, was sie mit anderen rechtspopulistischen Parteien verbindet. Heinisch meint sogar, *the FPÖ can be considered a prototypical case of the right-wing populist protest parties*.[109] Von diesen unterscheidet sich die FPÖ allerdings durch zwei wesentliche Merkmale: Sie ist eine im österreichischen Parteiensystem traditionell verankerte Partei mit z.T. rechtsextremen Wurzeln – und nicht eine neue, in den 1980er-Jahren entstandene Protestpartei; und sie war unter den rechtspopulistischen Parteien Europas lange Zeit die mit Abstand erfolgreichste.

Der Aufstieg der FPÖ ist aber auch im Zusammenhang mit den Besonderheiten des österreichischen politischen Systems zu sehen. Dieses als „hyperstabil“ bezeichnete System – das gleichzeitig eine Art von „blockierter Demokratie“ war, weil es lange Zeit keine Alternative zur „Großen Koalition“ gab – hat in den letzten 20 bis 25 Jahren signifikante Veränderungen erfahren. Zunächst begann sich die Loyalität innerhalb der traditionellen politisch-weltanschaulichen Lager aufzulösen – der gemeinsame Stimmenanteil von SPÖ und ÖVP betrug 1979 noch 93,4% und sank seither kontinuierlich auf mittlerweile nur noch knapp über 50%; damit begann der Aufstieg der FPÖ von einer kleinen, um Respektabilität bemühten Honoratiorenpartei zu einer ihre Außenseiterrolle stets betonenden Protestpartei. Das heißt, die Erfolge der FPÖ sind eine Begleiterscheinung dieser Veränderungen – und weder deren Ursache, noch deren Auslöser. Oder, nach den Worten von Susanne Frölich-Steffen: *Der Aufschwung der FPÖ wurde von der Krise der Konkordanzdemokratie und dem sich europaweit neu etablierenden Spannungsfeld zwischen protektionistisch-nationalistischen Positionen einerseits und universalistisch-proeuropäischen sowie globalisierungsbefürwortenden Positionen andererseits begünstigt.*[110] Durch ihre Koalitionsunfähigkeit hat die FPÖ das von ihr so vehement bekämpfte System lange Zeit sogar stabilisiert – bzw. auch gelähmt.

Die FPÖ, die immer schon die österreichische Proporzdemokratie und die Parallelregierung der Sozialpartnerschaft, aus der sie weitgehend ausgeschlossen war, kritisiert hat, ist in besonderem Maß eine traditionelle Außenseiterpartei. Ihr Populismus hängt eng mit dieser Außenseiterrolle zusammen, weshalb die Partei sich nach 1986 problemlos als Sprachrohr derer „da unten“ profilieren konnte.

[108] Plasser / Ulram 2000.
[109] Heinisch 2013:49.
[110] Frölich-Steffen 2006:153.

Obwohl selbst „Altpartei“, artikuliert sie als „Outsider“-Partei den Protest gegen die Dominanz der beiden historisch größeren „Altparteien“. Als Partei des nach 1945 diskreditierten Deutschnationalismus hatte die FPÖ keinen direkten Anteil an der Stabilisierung des politischen Systems der Zweiten Republik. Diese Distanz zum politischen System kam der FPÖ in dem Moment zugute, als diese „Nachkriegsordnung“ als Resultat des gesellschaftlichen Wandels ins Wanken geriet. Obwohl bereits zwischen 1983 und 1986 Regierungspartei, konnte sich die FPÖ unter Jörg Haider ab 1986 als „Partei der Außenseiter“ positionieren. Gleichzeitig gelang es der Partei, sich mit dem Österreich-Patriotismus aussöhnen, der nach 1945 als Antithese zum diskreditierten Deutschnationalismus entstanden war. Die FPÖ entwickelte sogar einen gänzlich neuen Österreich-Patriotismus, ohne sich ganz von ihren deutschnationalen Wurzeln trennen zu müssen; parallel dazu erfolgte ein radikaler Kurswechsel in der EU-Politik und die aggressive Besetzung des Ausländerthemas.

Bei ihren Erfolgen kam der FPÖ zugute, dass sie einerseits auf ein kleines, aber intaktes „Milieu“ des deutschnationalen Lagers zurückgreifen konnte – auf die studentischen Verbindungen und die anderen Verbände des österreichischen Deutschnationalismus und seiner Medien – und es andererseits aber schaffte, die Rolle einer neuen, rechtspopulistischen Partei zu übernehmen – ein oft schwieriger, zeitweise aber höchst erfolgreicher Balance-Akt zwischen „Insider“- und „Outsider“-Rolle.[111]

Es zeigt sich, dass die FPÖ bei zwei sozialen Gruppen besonders erfolgreich ist: Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss (Pflichtschulabschluss, Lehre) und Menschen mit einem Arbeiterberuf. Die FPÖ spricht v.a. jüngere Männer ohne gewerkschaftliche oder kirchliche Bindung an, diejenigen also, die durch die Auflösung der traditionellen Bindungen an politisch-weltanschauliche Lager „politisch freigesetzt“ worden sind. Diese jüngeren, ideologisch ungebundenen Wähler blicken zumeist pessimistisch in die Zukunft und erwarten sich keine Hilfe vom Parteienstaat. Die FPÖ ist dadurch innerhalb von nur 15 Jahren zu einer proletarischen Mittelpartei geworden, weshalb ein Teil ihrer Protesthaltung durchaus auch als „linkspopulistisch“ zu qualifizieren ist. Betrug der Stimmenanteil der FPÖ unter Arbeitern 1986 noch 10%, so waren es 1990 bereits 21%, 1994 29%, 1995 34% und 1999 47%![112] Mittlerweile ist die FPÖ bei fast sämtlichen Wahlgängen die Partei mit den meisten Arbeiterstimmen.

Die FPÖ ist eine Partei „jenseits von Klasse und Nation und Religion“ geworden. Gleichzeitig versteht sie es aber, entlang bestimmter „cleavages“ zu mobilisieren – das „Proletariat“ der kleinen und tüchtigen Leute gegen „die da oben“, die Österreicher gegen „die Fremden“ und den Asylmissbrauch, die Christen gegen die „schleichende Islamisierung“ Österreichs. Der FPÖ ist es außerdem gelungen, den Protest gegen die Europäisierung und Inter-

[111] Siehe Gärtner 1996, Bailer-Galanda / Neugebauer 1997, Scharsach 2000.
[112] Plasser / Ulram 2000:232.

nationalisierung zu artikulieren: Die Opposition gegen Österreichs EU-Mitgliedschaft und gegen die Teilnahme des Landes an der Europäischen Währungsunion, den Protest gegen die Osterweiterung der EU und gegen einen möglichen EU-Beitritt der Türkei.

Im „Weisenbericht“ wurde die FPÖ als „rechtspopulistische Partei mit extremistischer Ausdrucksweise“ charakterisiert. Außerdem wurde die Strategie der FPÖ kritisiert, Kritiker vor Gericht zu zerren und schon allein durch die Klagsdrohung die Meinungsfreiheit einzuschränken.[113] Für Anton Pelinka lässt die Intensität, mit der die FPÖ die rechtspopulistische Rhethorik gebraucht, in Verbindung mit ihrer Natur als „Traditionspartei“ – eine Tradition, die auch die NSDAP-Vergangenheit miteinschließt – ihre Einordnung als zumindest *partiell rechtsextremistisch* zu.[114]

Die FPÖ pflegt intensive Kontakte zu anderen rechtspopulistischen Bewegungen, insbesondere zum *Vlaams Belang* sowie zur *Bürgerbewegung pro Köln* und gehörte im Europäischen Parlament der Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* an.

Der frühere EU-Parlamentarier und FPÖ-Funktionär Andreas Mölzer gibt seit 1997 die Wochenzeitung *Zur Zeit* heraus, die als publizistisches und „intellektuelles“ Sprachrohr der FPÖ gilt.

Ergebnisse bei Parlamentswahlen (in Klammer: Abgeordnete):

1949:	11,7%	(16)	[als W.d.U.]
1953:	10,9%	(14)	[als W.d.U.]
1956:	6,5%	(6)	
1959:	7,7%	(8)	
1962:	7,0%	(8)	
1966:	5,3%	(6)	
1970:	5,5%	(6)	
1971:	5,5%	(10)	
1975:	5,4%	(10)	
1979:	6,1%	(11)	
1983:	5,0%	(12)	
1986:	9,7%	(18)	
1990:	16,6%	(33)	
1994:	22,5%	(42)	
1995:	22,0%	(41)	
1999:	26,9%	(52)	
2002:	10,0%	(18)	
2006:	11,0%	(21)	[BZÖ: 4,1% (7)]
2008:	18,0%	(35)	[BZÖ: 11,0% (21)]
2013:	19,7%	(40)	
2017:	26,0%	(51)	

Internet:
Offizielle Website: http://www.fpoe.at/
H.C. Strache: http://www.hcstrache.at/
Ring Freiheitlicher Jugend: http://www.rfj.at/
Ring Freiheitlicher Studenten: http://www.rfs.at/
Zur Zeit, Wochenzeitung: http://zurzeit.at/

[113] Weisenbericht 2000:28.
[114] Pelinka 2005:92ff.

Weisenbericht: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/weisenbericht.pdf

Bündnis Zukunft Österreich: http://www.bzoe.at/

Ausgewählte Literatur:

Bailer-Galanda, Brigitte (1995): Haider wörtlich – Führer in die Dritte Republik, Wien.
Bailer-Galanda, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang (1997): Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin.
Czernin, Hubertus (Hrsg.) (2000): „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige." Haider, beim Wort genommen, Wien.
Ender, Berndt (2004): Der Jörg-Haider-Faktor und das Ende der Blauen, Wien.
Flecker, Jörg; Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Wien.
Gärtner, Reinhold (1996). Die ordentlichen Rechten. Die „Aula", die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus, Wien.
Geden, Oliver (2004): Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung, Opladen.
Hahn, Andreas (2002): Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider – Über den Erfolg einer rechtspopulistischen Partei und ihres Vorsitzenden, Berlin.
Haider, Jörg (1993): Die Freiheit, die ich meine, Wien.
Heinisch, Reinhard (2004): *Die FPÖ – Ein Phänomen im internationalen Vergleich*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, 247–262.
Heinisch, Reinhard (2013): *Austrian Right-wing Populism: A Sursprising Comeback under a New Leader.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 47–79.
Horaczek, Nina; Reiterer,Claudia (2009): HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde, Wien.
Höbelt, Lothar (1999): Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz.
Klammer, Carina (2013): Imaginationen des Untergangs. Zur Konstruktion antimuslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der FPÖ, Wien.
Kas, Onur (2014): Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ als Oppositions- und Regierungspartei, Hamburg.
Minich, Oliver (2003): Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik und innere Struktur, Blieskastel.
Obszerninks, Britta (1999): Nachbarn am rechten Rand: Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich, Münster.
Ottomeyer, Klaus (2000): Die Haider-Show – Zur Psychopolitik der FPÖ, Klagenfurt.
Ötsch, Walter (2000): Haider light – Handbuch für Demagogie, Wien.
Pelinka, Anton (2002): *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, 281–299.
Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (2000): *Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ.* In: Plasser, Fritz et al. (Hrsg.), Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 225–242.
Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (Hrsg.) (2000): Das österreichische Wahlverhalten, Wien.
Reinfeldt, Sebastian (2000): „Nicht wir" und „Die da". Studien zum rechten Populismus, Wien.
Rösslhumer, Maria (1999): Die FPÖ und die Frauen, Wien.
Scharsach, Hans-Henning (1992): Haiders Kampf, Wien.
Scharsach, Hans-Henning (Hrsg.) (2000): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek.
Scharsach, Hans-Henning (2012): Strache. Im braunen Sumpf, Wien.
Scharsach, Hans-Henning; Kuch, Kurt (2000): Haider: Schatten über Europa, Köln.
Schiedel, Heribert, Die FPÖ und der Antisemitismus – Ein lange verdrängter Aspekt. http://www.doew.at/cms/download/dhm5v/schiedel_fpoe.pdf
Ruth Wodak; Anton Pelinka (Hrsg.) (2002): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick.

Fremskridtspartiet (FRP)

1971 wurde der Millionär MOGENS GLISTRUP (1926–2008) mit seiner Ankündigung berühmt, in Zukunft keine Steuern mehr zu bezahlen. Da die Konservative Volkspartei seine Avancen ablehnte, gründete der „Steuerrebell“ 1972 die dänische Fortschrittspartei. Das Hauptanliegen der neuen Partei war die Begrenzung der Einkommenssteuer, der Abbau der staatlichen Bürokratie und der Kampf gegen den Missbrauch von Sozialleistungen. Mit diesem Programm wurde die Fortschrittspartei bei den Wahlen von 1973 mit 15,9% auf Anhieb zweitstärkste Fraktion im dänischen Parlament. Wahlentscheidend war auch die Auseinandersetzung um die EU-Mitgliedschaft des Landes, die quer durch alle etablierten Parteien ging.

Bis 1984 ging die Wählerschaft der Protestpartei auf 3,6% zurück. Als Glistrup Mitte der 1980er-Jahre wegen Steuerhinterziehung zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, trat PIA KJAERSGAARD 1985 die Nachfolge als Parteiführerin an. Ihre eher kompromissbereite Haltung führte zu innerparteilichen Konflikten zwischen Radikalen und Gemäßigten, u.a. auch mit dem Parteigründer, der 1990 sogar ausgeschlossen wurde.

Die Partei konzentrierte sich in der Folge v.a. auf drei Themen: neoliberale Wirtschaftsordnung, Immigrationskritik und „Law and Order“, und drang nun verstärkt in frühere sozialdemokratische Wählerschichten ein. 1988 schaffte sie 9%, 1990 6,4% und 1994 wiederum 6,4%.

Wegen interner Konflikte verließ Pia Kjaersgaard 1995 mit ihren Anhängern die Fortschrittspartei, die in der Folge rasch in der Bedeutungslosigkeit versank, und gründete die *Dansk Folkeparti*.

Fremskrittspartiet (FrP)

Die norwegische Fortschrittspartei wurde 1973 als Kopie der dänischen FRP gegründet und hieß ursprünglich *Anders Langes parti til sterk nedsettelse av skatter, avgifter og offentlige inngrep* (ALP, Anders Langes Partei für eine starke Senkung von Steuern, Abgaben und staatlichen Interventionen). Ihr Gründer ANDERS LANGE (1904–1974) war in den 1930er-Jahren als Bewunderer Hitlers und Mussolinis hervorgetreten, wandte sich nach 1945 gegen den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat und die keynesianistische Wirtschaftspolitik und galt als Anhänger des südafrikanischen Apartheidregimes. Anders Langes Partei erreichte 1973, noch wenige Monate vor seinem dänischen Vorbild Glistrup, 5%. Ihre anfänglichen Erfolge verdankten sich v.a. der Kritik am Wohlfahrtsstaat.

Nach Langes Tod im Jahr 1974 trat die Partei bei der nächsten Stortingwahl 1977 erstmals unter ihren heutigen Namen an. 1980 erreichte sie 13%, bei den Kommunalwahlen 1987 12,3%.

Nachdem die Sozialdemokratie in Norwegen ihre beherrschende Stellung durch ihre Zerstrittenheit in der EU-Frage verloren hatte, konnten die Rechtspopulisten von der Wachstumskrise und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit profitieren. Dabei erwies es sich als zunehmend lukrativer, auf das Feld der Gesellschaftspolitik (und hier v.a. auf die Ausländerfrage) auszuweichen und die Kritik am Wohlfahrtstaat mit der Einwanderung zu verknüpfen.

Der Aufstieg der FrP gelang 1989, als ihr Parteichef CARL IVAR HAGEN (*1944) heftig gegen Ausländer und Asylmissbrauch polemisierte. Der damit entfachte innerparteiliche Konflikt zwischen Neoliberalen und xenophoben Populisten endete mit dem Sieg Hagens und dem Austritt der Neoliberalen. Bei den Wahlen zum norwegischen Parlament erreichte die FrP 2001 14,6% der Stimmen. Da die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung unter Kjell Magne Bondevik (2001 bis 2005) auf die Unterstützung der Fortschrittspartei angewiesen war, erlangte Carl Ivar Hagen bald großen Einfluss in der norwegischen Politik und Öffentlichkeit.

Bei der Stortingwahl am 11. September 2005 profitierte die FrP vom massiven Einbruch der bisher regierenden Konservativen *(Hoyre)* und der Christlichen Volkspartei und avancierte mit 22,1% der Stimmen zur zweitgrößten Partei im norwegischen Parlament. Im Mai 2006

übernahm die bisherige Vize-Vorsitzende SIV JENSEN (*1969) den Vorsitz der Fortschrittspartei, die bei der Stortingwahl 2009 ihre Stimmen- und Mandatszahl noch einmal verbessern konnte (22,9% und 41).

Bei der Stortingswahl 2013 verlor die FrP stark und fiel hinter Arbeiterpartei und *Høyre* auf den dritten Platz zurück. Im Oktober 2013 einigten sich Konservative und FrP auf eine Koalitionsregierung unter Ministerpräsidentin Erna Solberg. In der neuen Regierung, die im Parlament mit Christdemokraten und liberaler *Venstre* zusammenarbeiten muss, besetzt die FrP sieben von 18 Kabinettsposten. 2017 verlor die FrP einen Prozentpunkt und zwei Mandate; Erna Solberg bildete eine Minderheitsregierung aus konservativer *Høyre*, liberaler *Venstre* und rechtspopulistischer FrP.

Ähnlich wie andere rechtspopulistische Parteien versucht die Fortschrittspartei den Spagat zwischen nationalistischer Fremdenfeindlichkeit (Begrenzung der Immigration, Ausweisung krimineller Ausländer), Wertkonservativismus (Bekenntnis zur christlich-abendländischen Tradition, Nein zu Homoehe und Abtreibung) und neoliberaler Politik (Eintreten für den Rückzug des Staates, für die Privatisierung staatlicher Unternehmen, aber auch des Bildungssystems, für Steuersenkungen und eine Vereinfachung des Steuersystems). Gleichzeitig punktet sie mit dem linkspopulistischen Versprechen, die umfangreichen Erdöleinnahmen, die derzeit in einen „Zukunftsfonds“ fließen, verstärkt „umzuverteilen“ und im „sozialen Bereich“ zu investieren.

Die Fortschrittspartei wird von Vertretern anderer politischer Richtungen oft als populistisch, nationalistisch, rassistisch und teilweise auch als neofaschistisch bezeichnet. Die ablehnende Haltung weiter Bevölkerungskreise gegenüber der FrP hat in den letzten Jahren allerdings deutlich abgenommen. *At least compared with ist Danish counterpart, the DR, the FrP is more liberal, less authoritarian and less nativist.*[115] Die Fortschrittspartei ist auf dem besten Weg, ein integraler Bestandteil des politischen Systems Norwegens zu werden. Und auf kommunaler Ebene gibt es mittlerweile auch einige Beispiele einer Zusammenarbeit mit der Linken. Für die Fortschrittspartei selbst stellt sich jedoch die Frage, ob sie die Kluft zwischen ihren kleinbürgerlichen Wählern und jenen aus der Arbeiterklasse überwinden und die Regierungsbeteiligung schadlos überstehen wird.

Ergebnisse bei Parlamentswahlen (in Klammer: Abgeordnete):

1973: 5,0% (4)
1977: 1,9% (–)
1981: 4,5% (4)
1985: 3,7% (2)
1989: 13,0% (22)
1993: 6,3% (10)
1997: 15,3% (25)
2001: 14,6% (26)

[115] Jupskås 2013:205.

2005: 22,1% (38)
2009: 22,9% (41)
2013: 16,3% (29)
2017: 15,2% (27)

Internet:
Offizielle Website: http://www.frp.no/ (Norwegisch)
https://www.frp.no/english (Englischsprachige Unterseite)
Interview mit dem Politikwissenschaftler und Verfasser einer Studie für die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz Jean-Yves Camus (September 2005):
http://www.trend.infopartisan.net/trd1005/t081005.html

Ausgewählte Literatur:
Bjorklund, Tor; Andersen, Jorgen Goul (2002): *Anti-Immigration Parties in Denmark and Norway: The Progress Parties and the Danish People's Party.* In: Schain, Martin; Zolberg, Aristide; Hossay, Patrick (Hrsg.), Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe, New York, 107–136.
Jupskås, Anders Ravik (2013): *The Progress Party: A Fairly Integrated Part of the Norwegian Party System?* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 205–236.

GERB
(„Граждани за европейско развитие на България“)

Die Gründungsversammlung der Partei GERB (Bürger für die europäische Entwicklung Bulgariens) fand am 3. Dezember 2006 statt. Da der Initiator der neuen Partei, der Sofioter Oberbürgermeister BOJKO BORISSOV (*1959), aufgrund einer gesetzlichen Bestimmung den Parteivorsitz nicht mit seinem Bürgermeisteramt vereinbaren durfte, wählten die Delegierten den damaligen stellvertretenden Bürgermeister der Hauptstadt, Zwetan Zwetanov, zum formellen Chef der Partei.

Borissov, der bis 1990 im Innenministerium tätig und daneben auch Trainer der bulgarischen Karate-Nationalmannschaft war, gründete 1991 eine Personenschutzfirma. 2001 wurde er zum Generalsekretär des Innenministeriums berufen. 2005 wurde Borissov für die Partei Nationale Bewegung Simeon der Zweite (NDSV) zum Abgeordneten des bulgarischen Parlaments gewählt, verließ jedoch das Parlament und kandidierte für das Bürgermeisteramt in Sofia, wo er im November 2005 in einer Stichwahl die Kandidatin der Sozialistischen Partei (BSP) besiegte.

Bereits kurz nach ihrer Gründung wiesen Meinungsumfragen die neue Partei als zweitstärkste politische Kraft des Landes nach der BSP aus. Bei den ersten Europawahlen im Mai 2007 wurde GERB mit 21,7% sogar knapp stärkste Kraft vor den Sozialisten mit 21,4% und

errang 5 der insgesamt 18 bulgarischen Abgeordnetenmandate im Europaparlament. Und bei den Kommunalwahlen im Oktober 2007 gewann GERB neben der Hauptstadt Sofia in weiteren 9 von insgesamt 27 Regionalstädten; in Plovdiv, der zweitgrößten Stadt des Landes, konnte der GERB-Kandidat das Rennen mit mehr als 55% der Stimmen für sich entscheiden; in der Schwarzmeerstadt Burgas kam es zu einer Stichwahl zwischen GERB und dem Kandidaten der rechtsextremen *Ataka*-Partei. Von den direkt gewählten Bürgermeistern der einzelnen Stadtbezirke in Sofia errang GERB 17 von insgesamt 24.

Nachdem GERB bei den Europawahlen 2009 abermals stärkste politische Kraft im Land geworden war, errang sie bei der Parlamentswahl 2009 41,5% der Stimmen und 116 von 240 Parlamentssitzen. Der neue Premierminister Bojko Borissov bildete eine Minderheitsregierung, die auf die Unterstützung zweier kleinerer rechter Parteien angewiesen war. Eine Koalition mit der rechtsextremen *Ataka* schloss Borissov allerdings aus. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2013 gewann GERB trotz großer Verluste 31% der Stimmen und wurde damit neuerlich stärkste Kraft in der Volksversammlung. Ähnlich gut (30%) schnitt die Partei bei der Europawahl 2014 ab. Bei den Wahlen 2017 konnte GERB seine Stellung trotz großer Gewinne der bulgarischen Sozialisten behaupten.

GERB verortet sich als „rechtszentristisch“ und setzte im Wahlkampf v.a. auf eine strikte Abgrenzung vom politischen Establishment. In ihrem Programm betont sie die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption, die Familienpolitik und die Unabhängigkeit des Landes von ausländischen Energielieferungen (d.h. von Russland). Außerdem tritt sie für radikale Steuersenkungen ein.

Viele der aktiven Mitglieder setzen sich aus ehemaligen Polizei- und Geheimdienstmitarbeitern zusammen.

Internet:
Offizielle Website: http://gerb-bg.com/ (Bulgarisch)

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Jobbik Magyarországért Mozgalom

Jobbik Magyarországért Mozgalom (Bewegung für ein besseres Ungarn), meist nur *Jobbik* genannt, wurde 2003 von einer Hochschulgemeinschaft antikommunistischer Studenten

gegründet. Der Name „Jobbik“ bedeutet im Ungarischen (ähnlich wie „richtig“, „recht“ und „rechts“ in anderen Sprachen) sowohl „die Besseren“ als auch „die Rechteren“.

Jobbik definiert sich selbst als werteorientierte, christliche, patriotische und konservative Partei, agiert aber überaus radikal. Die Partei knüpft dabei direkt und unverblümt an die faschistischen Pfeilkreuzler der 1940er-Jahre an, propagiert die Aufhebung des Vertrages von Trianon und damit die Wiederherstellung von „Großungarn“ – d.h. sie erhebt revisionistischen Anspruch auf Teile der Slowakei, Rumäniens, Serbiens und der Ukraine –, v.a. aber verfolgt sie einen ungeschminkten Antisemitismus und gewaltsamen Antiziganismus. Die Partei ist grundsätzlich prorussisch eingestellt und plädiert für eine stärkere Ostorientierung Ungarns („Turanismus“). Die Islamfeindlichkeit der meisten rechten Bewegungen in Europa teilt Jobbik nicht.

Jobbik besitzt eine paramilitärische Formation, die 2007 gegründete „Ungarische Garde“. Die schwarzen Uniformen der Truppe, die an jene der deutschen SS erinnern, tragen das Emblem der rot-weiß-gestreifen Arpad-Fahne der nationalsozialistischen Pfeilkreuzler. Der Parteivorsitzende GÁBOR VONA (*1978) war gleichzeitig auch Chef dieser Garde, die nach ihrer rechtskräftigen Auflösung durch das Budapester Stadtgericht am 2. Juli 2009 als „Neue Ungarische Garde“ wiederbegründet wurde. Nach außen hin dient die Garde der Partei als Saalschutz und Ordnerdienst bei Veranstaltungen. Darüber hinaus tritt sie allerdings verstärkt als ländliche Ordnungstruppe auf und veranstaltet regelmäßige Aufmärsche, besonders in von Roma bewohnten Ortschaften oder Stadtvierteln.

2006 trat die Partei im Wahlbündnis mit der rechtsradikalen MIÉP an, verpasste aber den Einzug in das ungarische Parlament klar. Trotz dieses Misserfolges konnte *Jobbik* bei den Kommunalwahlen im Oktober 2006 in einige Rathäuser einziehen, darunter auch in Debrecen, der drittgrößten Stadt des Landes. Bei den Europawahlen 2009 wurde *Jobbik* mit sensationellen 14,8% drittstärkste politische Kraft des Landes und beinahe so stark wie die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP). In einigen Komitaten Ost- und Südostungarns überholte sie die MSZP – mit Ergebnissen von bis zu 22,8%.

Bei den Parlamentswahlen 2010 wurde *Jobbik* mit insgesamt 47 Mandaten (12,18%) die drittstärkste Partei im neuen ungarischen Parlament, nur noch unwesentlich schwächer als die Sozialistische Partei. Trotz – oder vielleicht auch wegen – der politischen Hegemonie des nationalpopulistischen und rechtskonservativen Premiers Viktor Orbán gelang *Jobbik* bei den Parlamentswahlen 2014 mit 20,5% der Stimmen ein noch größerer Erfolg.

2018 konnte Jobbik zwar das Wahlziel, stärkste Oppositionskraft zu werden, erreichen, verlor aber leicht und fiel auf 19,5%. Parteichef Gábor Vona, der sich zuletzt bemüht hatte, die martialisch auftretende Partei stärker ins Zentrum zu rücken, erklärte seinen Rücktritt.

Nachfolger wurde der ebenfalls moderater auftretende TAMÁS SNEIDER (*1972). Der radikale Parteiflügel hat deshalb bereits die Gründung einer neuen Bewegung angekündigt.

Anders als bei anderen rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa weist ein großer Teil der Wählerschaft von *Jobbik* ein überdurchschnittliches Bildungsniveau auf. Laut einer repräsentativen Umfrage des Instituts Belvedere Meridionale ist *Jobbik* die mit Abstand beliebteste Partei unter den ungarischen Studenten.[116]

Internet:
Offizielle Website: http://jobbik.hu/ (Ungarisch)
Programm: http://www.jobbik.com/ (Englisch, mit französch-, deutsch- und russischsprachigen Unterseiten)

Ausgewählte Literatur:
Barlai, Melani; Hartleb, Florian (2010): *Rechtsextremismus als Posttransformationsphänomen – der Fall Ungarn.* In: Totalitarismus und Demokratie, 7/1, 83–104.
Bayer, József (2012): *Ist Rechtspopulismus gleich Rechtsextremismus? Der Aufstieg der ungarischen Partei Jobbik.* In: Pelinka, Anton; Haller, Birgitt (Hrsg.), Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie? Wien, 127–140.
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.
Nagy, András Bíró; Boros, Tamás; Varga, Áron (2012): Right-wing Extremism in Hungary, Berlin.

Kukiz'15

Kukiz'15, auch *Ruch Kukiza* (Kukiz-Bewegung) ist eine erst im Sommer 2015 vom polnischen Rockmusiker PAWEŁ KUKIZ (*1963) gegründete politische Bewegung, die bei den Parlamentswahlen am 25. Oktober 2015 erstmals antrat, auf Anhieb 8,8% der Stimmen erhielt und damit nach PiS und PO drittstärkste Kraft im polnischen Parlament wurde. Der frühere Bandleader hatte bereits bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2015 mit 21% der Stimmen überraschend den dritten Platz belegt.

Kukiz, der als Musiker eine gewisse Popularität erworben hatte, konnte v.a. das Protestpotenzial unzufriedener Jungwähler ansprechen. In der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren erreichte er bei der Präsidentenwahl beachtliche 42% der Stimmen. Als Politiker und Parteigründer vertritt Kukiz keine konsistente Ideologie, viele seiner Positionen sind populistisch (im Eigenverständnis „systemkritisch") und gegen „das Establishment" gerichtet, manche jedoch eindeutig rechtspopulistisch bis -radikal. So z.B. wendet er sich gegen die Möglichkeit der Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare und gegen Abtreibung. Wenn er die „Verteidigung der polnischen Industrie" fordert, schwingt neben der in Polen weitverbreiteten EU-Skepsis stets auch Deutschfeindlichkeit mit. Angesichts der

[116] http://derstandard.at/1360681747782/Ungarn-Rechtsradikale-Jobbik-unter-Studenten-beliebteste-Partei

anhaltenden Abwanderung junger Polen ins Ausland spricht Kukiz auch gerne von einer geplanten „Vernichtung des Polentums“. Kukiz’ typische One-Man-Show verzichtete bis dato bewusst auf die Registrierung seiner „Bewegung“ als politische Partei.

Internet:
Offizielle Website: https://ruchkukiza.pl/ (Polnisch)

Laikós Orthódoxos Synagermós (LAOS)

Die Orthodoxe Volksbewegung wurde am 14. September 2000 vom ehemaligen Radio- und Fernsehjournalisten GEORGIOS KARATZAFERIS (*1947) gegründet. Karatzaferis war von 1993 bis 2000 Mitglied der Fraktion der rechtskonservativen *Nea Dimokratia* im griechischen Parlament und wurde im Jahr 2000 aus der konservativen Partei ausgeschlossen, nachdem er eine angebliche homosexuelle Beziehung des Parteivorsitzenden Kostas Karamanlis mit seinem Stellvertreter öffentlich und diese für die Wahlniederlage der Partei verantwortlich gemacht hatte. Von 2004 bis 2007 war Karatzaferis Mitglied des Europäischen Parlaments und gehörte dort der Fraktion *Unabhängigkeit und Demokratie* an.

LAOS versteht sich als nationalkonservative Kraft; ihrer Ansicht nach sind die überkommenen Aufteilungen in „rechts“ und „links“ nach dem Niedergang des realexistierenden Sozialismus obsolet. Die tatsächlich wichtige Frage sei, ob eine Partei sich für oder gegen die Globalisierung ausspreche. LAOS tritt als strikter Globalisierungsgegner auf; außerdem wendet sich die Partei entschieden gegen einen EU-Beitritt der Türkei, die weder geografisch noch kulturell zu Europa gehöre, und tritt für einen harten Kurs gegenüber der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und gegenüber Immigranten, besonders Albanern, ein.

LAOS verbindet diese ultra-nationalistischen Positionen mit religiös-orthodoxen und befürwortet eine stärkere Rolle der griechisch-orthodoxen Kirche in der griechischen Politik.

Die Partei hat sich mit weiteren kleinen rechtsextremen Parteien wie der *Elliniko Metopo* (Griechische Front) zusammengeschlossen und damit auch eine Reihe von Funktionären in ihre Reihen aufgenommen, die sich in der Öffentlichkeit mehrfach rassistisch und antisemitisch geäußert haben. Auch Karatzaferis selbst hat sich immer wieder mit antisemitischen Äußerungen hervorgetan („Das Land wird von Juden beherrscht“) und die angebliche jüdische Abstammung mancher missliebiger Politiker öffentlich „entlarvt“.

Bei den Parlamentswahlen im März 2004 scheiterte LAOS noch knapp an der Dreiprozenthürde (2,2%); bei den Europawahlen im Juni 2004 konnte die Partei mit 3,2% einen Abgeordneten ins Europäische Parlament entsenden. Bei den Parlamentswahlen 2007 zog LAOS schließlich mit 3,8% und 10 Abgeordneten in das griechische Parlament ein; damit war dort seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 erstmals wieder eine rechtsradikale Partei vertreten. Bei den Europawahlen 2009 erhielt LAOS 7,1% und konnte damit zwei Abgeordnete nach Brüssel entsenden.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 2009 verbesserte sich LAOS auf 5,6% und 15 Abgeordnete. LAOS beteiligte sich im November 2011 an der Koalitionsregierung unter Loukas Papadimos und stellte vier Minister. Doch bereits im Februar 2012 entzog LAOS der Regierung die Unterstützung, da die Partei nicht länger bereit war, die drastischen Sparauflagen mitzutragen. Einige Abgeordnete traten daraufhin zur *Nea Dimokratia* über; bei den Parlamentswahlen im Mai 2012 erhielt LAOS nur noch 2,9% und verfehlte den Einzug ins Parlament. Bei der „Wiederholung" der Wahl im Juni 2012 fiel LAOS auf 1,6% zurück. Einer der großen Gewinner dieser beiden Wahlen war die rechtsextreme Partei *Chrysi Avgi* („Goldene Morgenröte") mit knapp 7%. Bei den Parlamentswahlen Im Januar 2015 erreichte LAOS nur noch 1% der Stimmen, bei den Neuwahlen im September trat die Partei nicht mehr an.

Internet:
Offizielle Website: http://www.laos.gr/ (Griechisch)

Lega Nord (LN)

Vorläufer der *Lega Nord* waren verschiedene, Anfang der 1980er-Jahre gegründete norditalienische Autonomiebewegungen, die für regionalistische Werte und Ziele und für eine Neuorganisation Italiens nach Schweizer Vorbild eintraten, wie die 1984 gegründete lombardische Autonomiebewegung *Lega Lombarda*, die 1987 erstmals größere Aufmerksamkeit erlangte, als ihr Vorsitzender UMBERTO BOSSI (*1941) bei den Parlamentswahlen in der Lombardei knapp 3% erzielte und in den italienischen Senat gewählt wurde, die *Liga Veneta*, das *Moviment Autonomista Piemontèis*, die *Uniun Ligure*, die *Lega Emiliano-Romagnola* und die *Alleanza Toscana*.

Bei den EU-Wahlen 1989 erreichte die *Lega Lombarda* 8%, bei den Regionalwahlen 1990 sensationelle 19%. 1991 schlossen sich die bis dahin unabhängigen Autonomiebewegun-

gen zur föderalistischen Regionalpartei *Lega Nord* unter dem Vorsitz Umberto Bossis zusammen. Die früheren Parteien bestanden als „nationale Sektionen“ innerhalb der *Lega Nord* fort *(Lega Nord – Liga Veneta* etc.). Im selben Jahr wurde Bossi Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Bei den italienischen Parlamentswahlen 1992 trat die *Lega Nord* erstmals in Norditalien als Partei an und gewann landesweit 8,7% der Stimmen. Die unbelastete *Lega Nord* profitierte damals auch vom Untergang des politischen Systems der „ersten italienischen Republik“.

Trotz z.T. spektakulärer Stimmengewinne bei den Regionalwahlen 1993 gelang es der LN kaum, ihre Bürgermeisterkandidaten gegen das Mitte-Links-Lager durchzubringen. Als Reaktion auf eine Wahlrechtsreform, die ein Antreten in Parteibündnissen erzwang, ging Bossi bei den vorgezogenen Neuwahlen von 1994 ein Bündnis mit der neugegründeten *Forza Italia* Silvio Berlusconis und der postfaschistischen *Alleanza Nazionale* Gianfranco Finis im *Polo delle Libertà* ein. Nach dem Wahlsieg des *Polo delle Libertà* trat die *Lega Nord* mit fünf Ministern in die erste Regierung Berlusconi ein. Durch das Bündnis mit der post-faschistischen AN, die den römischen Zentralismus und damit auch die vielkritisierte Parteienherrschaft *(partitocrazia)* verkörperte, geriet die LN allerdings in ein Glaubwürdig-keitsproblem und verlor in der Folge viele Wähler an Berlusconi.

Nach wenigen Monaten verließ die LN deshalb das Bündnis, dem sie sich erst 2000 wieder anschließen sollte, und brachte dadurch die erste Regierung Berlusconi zu Fall. Zwar verließ ein Drittel der Abgeordneten nach der Aufkündigung der Koalition die LN, das Wahlergebnis von 1996 – die LN kandidierte unabhängig von den beiden großen Wahlbündnissen und erreichte 10,1% und 87 Abgeordnete – gab Bossi allerdings Recht.

In den Jahren der Opposition von 1996 bis 2000 verstärkte die Lega ihre separatistischen Bestrebungen, die auf die Abspaltung Norditaliens vom wirtschaftlich schwächeren Süden und die Gründung eines unabhängigen norditalienischen Staates („Padanien“) abzielten und sogar die Einsetzung eines „padanischen Parlaments“ beinhalteten. 1997 organisierte die *Lega Nord* die ersten Wahlen für ein solches Parlament, an denen sich zwischen vier (unabhängige Schätzungen) und sechs (Parteiangaben) Millionen Norditaliener beteiligten.

Italien sollte, nach den Vorstellungen der Separatisten, in drei Makroregionen geteilt werden – Padanien im Norden, Etrurien im Zentrum und Ausonia im Süden. Als symbolischen Akt zur Geburt der neuen Nation füllte Bossi eine Phiole mit Quellwasser des Po und ließ sie wenige Tage später im Rahmen einer kultisch-patriotischen Festivität bei Venedig ins Meer schütten. Bei den Kommunalwahlen 1997 und den Europawahlen 1999 verlor die LN allerdings mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Die Reaktion darauf war ein zunehmend populistisches Parteiprogramm mit starker Betonung von Sozialprotektionismus, Fremden-

feindlichkeit und Kritik an der Europäischen Union – und die gleichzeitige „Proletarisierung“ ihrer Wählerschaft.

Im Jahr 2000 kehrte die *Lega Nord* in Berlusconis neues Mitte-Rechts-Bündnis *Casa delle Libertà* zurück. Nach dessen Wahlsieg 2001 – die *Lega* erhielt 30 Sitze im Abgeordnetenhaus (von 630) und 17 Senatoren (von 325) – wurde Bossi, neben zwei weiteren LN-Vertretern, Minister in der zweiten Regierung Berlusconi. Die Partei konzentrierte sich nun stärker auf die Verlagerung von Kompetenzen des italienischen Zentralstaates auf die Regionen („Devolution“, z.B. im Gesundheits- und Bildungswesen) und deren größere fiskalische Autonomie. Die letztlich gescheiterte Verfassungsreform hätte die LN ihrem Ziel einer stärkeren Föderalisierung des italienischen Staates einen großen Schritt näher gebracht. Bossi, der im März 2004 einen Herzinfarkt und einen Hirnschlag erlitt, wechselte nach seiner Genesung als Abgeordneter ins Europaparlament.

Bei der Parlamentswahl 2006 erreichte die Listenverbindung *Lega Nord* mit dem sizilianischen *Movimento per l'Autonomia* (MPA) einen Anteil von nur noch 4,6% der Stimmen. Nach der Wahlniederlage konzentrierte sich die *Lega* auf das Referendum zur Verfassungsreform, die jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Der Abgesang auf die LN war allerdings, wie die vorgezogenen Parlamentswahlen 2008 gezeigt haben, verfrüht. Nach dem überraschenden Erfolg seiner Partei (8,3%) wurde Bossi neben drei weiteren Parteifreunden erneut als Minister für institutionelle Reformen in das vierte Kabinett Berlusconi berufen.

Bei den Europawahlen 2009 erreichte die LN mit 10,2 % der Stimmen ihr bestes Ergebnis bei europäischen Wahlen und entsandte neun Abgeordnete nach Straßburg, die sich – gemeinsam mit der *United Kingdom Independence Party* und Vertretern kleinerer Parteien – der Fraktion *Europa der Freiheit und der Demokratie* anschlossen.

Im Jahr 2012 geriet die *Lega Nord* in schwere Turbulenzen, als bekannt wurde, dass die Mailänder Staatsanwaltschaft Untersuchungen gegen den Schatzmeister der Lega, Francesco Belsito, wegen des Verdachts auf Veruntreuung, Betrug, Geldwäsche und illegale Parteienfinanzierung eingeleitet hatte. Nachdem auch die der Partei nahestehende Gewerkschaft *Sindacato Padano* und die Söhne Bossis in die Affäre verwickelt waren, erklärte Bossi Anfang April 2012 seinen Rücktritt von der Führung der *Lega Nord.* Am 1. Juli 2012 wurde der ehemalige Innenminister ROBERTO MARONI (*1955) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Maroni steht, im Gegensatz zum „Charismatiker“ Bossi, für einen pragmatischeren Politikzugang.

Bei den Parlamentswahlen im Februar 2013 trat die LN gemeinsam mit Berlusconis *Popolo della Libertà* in der Mitte-Rechts-Koalition an; ihr Stimmenanteil (4,1%) halbierte sich gegenüber der Wahl von 2008. Allerdings gelang der Partei ein regionaler Erfolg in der

Lombardei, wo sie erstmals seit der Mitte der 1990er Jahre wieder den Regionalpräsidenten stellte.

Nach der Ankündigung Maronis, die Leitung der Partei abgeben zu wollen, wurde im Dezember 2013 MATTEO SALVINI (*1973) zum neuen Parteichef gewählt. Unter Salvini kam es zu einer stärkeren Annäherung der Lega an den französischen *Front National* und die niederländische *Partij voor de Vrijheid*. Der Fokus der politischen Agitation liegt nun auf der Ablehnung der Eurozone und des Euro *(Basta Euro)* sowie auf der Migrationspolitik. Bei der Europawahl 2014 reichte es dennoch nur für magere 6,2%.

Nach den Parlamentswahlen 2018, die einen Sieg der populistischen Fünf-Sterne-Bewegung (32,7%) und ein überraschend gutes Ergebnis für die *Lega* (17,3%, deutlich vor der *Forza Italia*) brachten, einigten sich diese beiden so konträren Parteien nach längerem Tauziehen auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung – mit Salvini als Innenminister!

Das Programm der *Lega Nord* stellt eine schwer fassbare Verbindung aus politischem Föderalismus und sezessionistischem Regionalismus dar und war lange Zeit sehr stark auf die Person Umberto Bossis zugeschnitten. *Die ideologische Anpassungsfähigkeit, die ein generelles Charakteristikum des Populismus darstellt, ist von der Lega bis auf die Spitze getrieben worden.*[117] Propagierte die LN zunächst die „Republik des Nordens“, setzte sie später auf eine föderalistische Integrationslösung und betonte ab Mitte der 1990er-Jahre wieder stärker den Sezessionismus. Nachdem das „unabhängige Padanien“ in weite Ferne gerückt ist, hat die *Lega Nord* in letzter Zeit intensive Kontakte zu weiteren – auch süditalienischen! – Autonomiebewegungen geknüpft, z.B. zum sizilianischen *Movimento per l'Autonomia*, mit dem die Lega 2006 bei den Parlamentswahlen unter der gemeinsamen Liste *Lega Nord-MPA* antrat, oder zum sardischen *Partito Sardo d'Azione*. Auch international leistet die LN „Entwicklungshilfe“ für regionalistisch-autonomistische Bewegungen und unterhält gute Kontakte zum belgischen *Vlaams Belang* oder zu den korsischen Separatisten.

Das Bekenntnis zum kulturellen Erbe Norditaliens richtet sich allerdings nicht nur gegen den römischen Zentralismus (in der historischen Reminiszenz des mittelalterlichen Lombardenbundes gegen die römisch-deutschen Kaiser!), sondern geht auch mit rassistischen Ressentiments gegenüber Süditalienern und Rückgriffen auf eine mystisch verklärte keltisch-norditalienische Kultur einher.

Bossi erkannte allerdings bald, dass er das „ethnische“ durch ein interessensbasiertes Konzept ersetzen musste, das die materiellen Aspekte des Regionalismus in den Vordergrund stellte. Es zeigte sich, dass bei den Wahlmotiven soziale und ökonomische Motive klar

[117] Decker 2004:47.

im Vordergrund standen, weshalb sich die LN bemühte, ihre soziale Basis wieder „nach oben“ zu erweitern.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik verfolgt die *Lega* v.a. wirtschaftsliberale Ziele, propagiert aber gleichzeitig die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. In der Finanzpolitik fordert die *Lega*, dass Steuern künftig ausschließlich auf regionaler Ebene erhoben werden und nicht mehr vom „diebischen Rom“ *(Roma ladrona)* im Zuge eines überregionalen Finanzausgleiches umverteilt und „verprasst“ werden sollen. Aufforderungen zum Steuerprotest blieben allerdings ohne größere Resonanz.

Im Bereich der Sicherheit befürwortet die Lega ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte gegenüber Kriminalität und illegaler Einwanderung. Ganz allgemein tritt die LN gegen jede weitere Zuwanderung – v.a. aus muslimischen und/oder afrikanischen Ländern – auf und unterstützt regionale Initiativen gegen Moscheebauten oder islamische Schulen. Dabei kam es in der Vergangenheit immer wieder zu zweifelhaften Aktionen und offen rassistischen Äußerungen (gegen „Bimbos“ und „Zigeuner“).

In gesellschaftspolitischen Streitfragen (Abtreibung, Homoehe, weiche Drogen etc.) nimmt die LN zumeist eine betont konservative Haltung ein. Im Bereich der Umwelt- und Landwirtschaftspolitik vertritt sie z.T. „grüne“ und ökologische Positionen.

In der EU-Politik profiliert sich die LN, die lange Zeit nicht EU-feindlich war, als scharfe Kritikerin des „europäischen Zentralismus“ und setzt dem die Idee eines „Europas der Regionen“ entgegen.

Schon aufgrund ihrer Herkunft und Entstehung existieren innerhalb der Lega die unterschiedlichsten politischen Strömungen – Linkspopulisten ebenso wie Liberale, Christdemokraten und Rechtskonservative. Die *Lega Nord* und ihre Wählerschaft sind auf dem Links-Rechts-Kontinuum deshalb nur schwer zu positionieren. Zwar kamen ihre Stimmen zunächst v.a. von der zerfallenen *Democrazia cristiana*. In weiterer Folge konnte die Lega ihre Stimmen allerdings aus allen politischen Milieus holen. Nach den Erfolgen Berlusconis, der der Lega einen großen Teil der Anfang der 1990er-Jahre gewonnenen Arbeiter wieder abgeworben hat, ist ihre größte Wählergruppe wieder im traditionellen Mittelstand beheimatet. Verbindungen zum Faschismus gibt es bei der „radikal rechts-libertären“, antirömischen und regionalistischen *Lega Nord* keine.

Aufgrund der zahlreichen Umwälzungen und Verwerfungen des politischen Systems Italiens ist die *Lega Nord* heute die älteste noch aktive Großpartei des Landes. Bis 2014 besaß die LN die Tageszeitung *La Padania.*

Internet:
Offizielle Website: http:/www.leganord.org (Italienisch)
La Padania: http://www.ilfattoquotidiano.it/tag/la-padania/ (Italienisch)

Ausgewählte Literatur:
Biorcio, Roberto (2001): *Separatistischer Regionalismus in einer reichen Region: die Lega Nord.* In: Loch, Dietmar; Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, 246–273.
Bulli, Giorgia; Tronconi, Filippo (2012): *Regionalism, Right-wing Extremism, Populism. The Elusive Nature of the Lega Nord.* In: Andrea Mammone; Emmanuel Godin; Brian Jenkins (Hrsg.), Mapping the Extreme Right in Contemporary Europe, London, 78–92.
Feldbauer, Gerhard (1996): Von Mussolini bis Fini: Die extreme Rechte in Italien, Berlin.

Liga Polskich Rodzin (LPR)

Die Liga Polnischer Familien wurde am 21. April 2001 gegründet; sie ging aus der Christnationalen Allianz der 1990er-Jahre hervor, die zeitweise an der Regierung der Wahlaktion Solidarnosc von 1997–2001 beteiligt war. Die LPR beruft sich auf die Tradition der 1897 gegründeten National-Demokratischen Partei (ND), die einen homogenen, katholischen Ein-Volk-Staat anstrebte; sie versammelt die Anhänger verschiedener nationalistischer und klerikaler Gruppierungen, die u.a. auch vehement gegen den Beitritt Polens zur EU agitierten.

Die LPR genoss lange Zeit die Unterstützung des katholisch-nationalistischen Radiosenders *Radio Maryja* und der Boulevardzeitung *Fakt*, die dem deutschen Axel-Springer-Verlag gehört; beides trug zum großen Erfolg der Partei in den Sejmwahlen 2001 (7,9%) bei.

Bei den Europawahlen 2004 erhielt die LPR 15,9% der Stimmen und errang zehn Sitze im Europäischen Parlament, wo sie bis März 2006 der europakritischen Fraktion *Unabhängigkeit und Demokratie* (Ind/DEM) angehörte.

Nach dem Wahlsieg der nationalkonservativen PiS im Herbst 2005 unterstützte die LPR zunächst die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Marcinkiewicz und schloss sich im Mai 2006 der Regierung Kaczyński an, die jedoch nach nur wenigen Monaten zerbrach.

Bei den Parlamentswahlen 2007 trat die LPR im Rahmen eines rechtskonservativen Wahlbündnisses an, das allerdings mit nur 1,3% der Wählerstimmen (2005: 8%) klar an der Fünfprozent-Klausel des Sejm scheiterte. Eine im selben Jahr angekündigte Fusion mit der *Samoobrona* Andrzej Leppers kam aufgrund personeller, aber auch programmatischer Diskrepanzen nicht zustande.

Die bekanntesten Persönlichkeiten in der Führung der LPR sind ROMAN GIERTYCH (*1971, 2006/07 stellvertretender Ministerpräsident, Minister für Volksbildung und Parteivorsitzender)

und sein Vater MACIEJ GIERTYCH (*1936, Sohn des ND-Politikers Jędrzej Giertych aus der Zwischen- und Nachkriegszeit), der von 2004 bis 2009 im Europaparlament saß und wiederholt durch nationalistische und antisemitische Äußerungen aufgefallen ist. Gegenwärtiger Parteivorsitzender ist seit Oktober 2009 WITOLD MIECZYSŁAW BAŁAŻAK (*1964).

Beliebte Feindbilder der LPR sind „die Deutschen“, aber auch „die Juden“ und „die Freimaurer“. Die Partei ist antieuropäisch, protektionistisch, steht für Staatsinterventionismus und vertritt äußerst restriktive Haltungen in gesellschaftspolitischen Fragen (Sexualmoral, Frauen). Als wertkonservative Bewegung agitiert die LPR regelmäßig gegen Schwule und Lesben, tritt offensiv gegen die gesetzliche Anerkennung homosexueller Paare und gegen jede Gesetzgebung auf, die im Widerspruch zur christlichen Ethik (z.B. Abtreibung) steht. Ethnische Minderheiten im Land sollen zwangsassimiliert, „nicht-assimilierbare“ Gruppen (Deutsche, Juden) durch Diskriminierung zur Auswanderung gedrängt werden. Die Jugendorganisation der LPR ist radikal und z.T. gewaltbereit.

Die LPR steht für ein „Europa der Nationen“ und gegen die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon.

Internet:
Offizielle Website: http://www.lpr.pl/ (Polnisch)

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Lijst Pim Fortuyn (LPF)

Das politische System der Niederlande war seit den 1920er-Jahren durch konkordanzdemokratische und korporatistische Strukturen geprägt und noch lange nach dem Zweiten Weltkrieg dominierten die konfessionellen Parteien die politische Landschaft. Seit den 1960er-Jahren nahm die Zufriedenheit der Niederländer mit diesem System langsam, aber stetig ab. 1994 ging die Periode der Stabilität zu Ende, als die sozialdemokratische PvdA, die Liberalen (VVD) und die linksliberalen *Demokraten 66* zum ersten Mal eine rein „säkulare“ Koalition ohne Christdemokraten bildeten. Allerdings setzte auch diese Regierung das sozialpartnerschaftliche „Polder-System“ fort. Der politische Schock trat erst zu Beginn des neuen Jahrtausends mit Pim Fortuyn und seiner LPF ein.

Die Ursprünge der LPF liegen in der im Juni 2001 als Partei gegründeten *Leefbaar Nederland* (LN, Lebenswerte Niederlande)-Bewegung, die einen Zusammenschluss lokaler und ursprünglich liberaler Kommunal- bzw. Stadtparteien und Bürgergruppen bildete. Anfangs ohne klares politisches Profil, wurde die LN v.a. durch den Protest gegen die etablierte

Politik, die „abgehobenen Berufspolitiker“ und die Forderung geeint, das Parteienkartell aufzubrechen und das politische Handeln wieder „in die Hände des Volkes“ zu legen. Eine der Hauptforderungen war deshalb die Direktwahl der Bürgermeister, aber auch der Volksvertreter und des Regierungschefs, und regelmäßige Volksabstimmungen über Gesetzesvorlagen. *Leefbaar Nederland* wollte nicht nur die Berufspolitiker, sondern auch die Bürokratie entmachten. Ihr Populismus blieb allerdings relativ brav und bescheiden.

Im Sommer 2001 stieß der charismatische Wilhelmus S.P. FORTUYN („Pim“) (1948–2002) zur LN und wurde auf dem Parteitag im November zum Spitzenkandidaten gewählt. Fortuyn war promovierter Soziologe, arbeitete von 1972 bis 1988 als Dozent an der Reichsuniversität Groningen, sympathisierte während dieser Zeit mit der Kommunistischen Partei und wurde später Mitglied der sozialdemokratischen PvdA. Von 1990 bis 1995 war er als außerordentlicher Professor an der Erasmus-Universität Rotterdam tätig, begann regelmäßig für die liberal-konservative Wochenzeitschrift *Elsevier* zu schreiben und trat als Kritiker des sozialliberalen Kabinetts und erklärter Gegner der multikulturellen Gesellschaft in den Niederlanden hervor. 1995 erschien sein Buch „Herrenlose Gesellschaft“, 1997 „Gegen die Islamisierung unserer Kultur“.

Fortuyn radikalisierte das Parteiprogramm der LN, stellte die Grundsätze des „Poldermodells“, der konsensorientierten niederländischen Form der Sozialpartnerschaft, radikal in Frage und wandte sich gegen altmodischen „Korporatismus“ und „paternalistische Intervention“ der Gewerkschaften. Im Vordergrund stand jedoch die Polemik gegen die niederländische Asyl- und Einwanderungspolitik; durch die mangelhafte Integration der Ausländer sei es in den Großstädten zu Unsicherheit, Überfremdung und Verwahrlosung gekommen. Wer diese tabuisierten Missstände anpragerte, werde von den politischen Eliten und ihren Medien mundtot gemacht.

Fortuyn bezeichnete den Islam einmal als eine „außerordentliche Bedrohung“, als eine „feindliche Gesellschaft", „eine zurückgebliebene Kultur“ und warb dafür, den ersten Artikel des niederländischen Grundgesetzes zu streichen („Niemand darf diskriminiert werden“), weil dieser die Freiheit der Meinungsäußerung einschränke. Als erklärter Republikaner unterstützte er auch die Abschaffung der Monarchie – eine Idee, die in der niederländischen Bevölkerung auf wenig Anklang stieß. Dennoch kamen seine ostentative Offenheit („Ich sage, was ich meine, und tue, was ich sage!”) bei vielen Menschen gut an.

Sein Auftreten hatte unverkennbar populistische Züge. Kritik am politischen Establishment und der Konsensdemokratie verbanden sich mit dem Eintreten für Liberalisierung und Privatisierung, gleichzeitig aber mit einer „Law & Order“-Politik, die vom Kokettieren mit der eigenen Homosexualität bisweilen konterkariert wurde. Auch seine extrem antiislamische Position sollte keine Fremdenfeindlichkeit per se ausdrücken – auf den Kandidatenlisten der

LPF fanden sich auch „farbige“ Zuwanderer – oder, wie der lebensfrohe Populist Fortuyn sich auszudrücken pflegte: *I do not hate them, I even sleep with them*. So gesehen unterschieden *sein Lebensstil, sein weltläufiges Gehabe (…) ihn wohltuend von den polternden Spießern, die den flämischen Vlaams Blok oder auch den französischen Front National prägen.*[118]

Während der belgische *Vlaams Belang* und der französische *Front National* eindeutig zum Typus der neuen Rechtsparteien gehören, der zugleich populistische und rechtsextreme Züge aufweist, stellte die Fortuyn-Bewegung die libertäre (oder „postmoderne“) Spielart des Rechtspopulismus dar. Und im Gegensatz zu den stigmatisierten *Centrumdemocraten*, die die Einwanderungsfrage – allerdings ohne nachhaltigen Erfolg! – erstmals zum Thema der nationalen Politik machten, wurde Fortuyn nicht als extremistisch empfunden. Fortuyn, dem es gelang, rechtspopulistische Forderungen mit aufklärerischem Habitus zu verbinden, indem er sich auf die universellen Werte der Aufklärung berief und auf ethnonationalistische Begründungen der niederländischen Identität verzichtete, hatte Erfolg, weil er die Defizite des niederländischen Systems offenlegte. Seine Multikulturalismuskritik kam ohne nationalistische (oder gar rassistische) Begründungen aus. Er attackierte den Islam als „Feind der freiheitlichen Gesellschaft“, auf die die Niederlande stolz waren und berief sich auf universelle und nicht auf kulturalistische Werte. Im Gegensatz zu anderen Rechtspopulisten erreichte Fortuyn auch fast gleich viele weibliche Wählerinnen, mobilisierte viele ehemalige Nichtwähler und sprach frühere Wähler von VVD und PvdA gleichermaßen an.

Ende November 2001 lag die Partei in den Umfragen bei fünf, zwei Monate später bei fast fünfzehn Prozent. Fortuyn überwarf sich jedoch bald mit dem Parteivorstand der LN, gründete am 11. Februar 2002 seine eigene Partei *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) und veröffentlichte im April sein insgesamt elftes Buch, „Der Scherbenhaufen von acht Jahren violettem Kabinett", das zugleich auch als Wahlprogramm diente. Schon bei den Kommunalwahlen im März 2002 wurde die von seinen Anhängern übernommene *Leefbaar Rotterdam* auf Anhieb stärkste Partei der Stadt.

Am 6. Mai 2002, wenige Tage vor den Parlamentswahlen, wurde Fortuyn beim Verlassen eines Radiostudios auf offener Straße von einem „weißen Niederländer" und Umweltschutzaktivisten erschossen – ein Ereignis, das das Land zutiefst schockierte. Die Wahlen fanden wie geplant am 15. Mai 2002 statt und die LPF, die mit Fortuyn als „postumen“ Spitzenkandidaten antrat, erreichte auf Anhieb 17% und gewann 26 Sitze (VVD 24, PvdA 23) – das historisch gesehen mit Abstand beste Ergebnis einer neuen Partei in den Niederlanden. Die LN hingegen konnte nur zwei Sitze erringen.

[118] Jungwirth 2002:10.

Auf den außergewöhnlichen Wahlerfolg der LPF folgte die Regierungsbeteiligung. Im Kabinett Balkenende I., einer Koalition aus Christdemokraten (CDA), der rechtsliberalen *Volkspartij Voor Vrijheid En Democratie* (VVD) und der LPF erhielt diese vier Ministerposten und fünf Staatssekretäre.

Die politische Unerfahrenheit der meisten LPF-Parlamentarier und persönlich motivierte Konflikte führten nach nur 87 Tagen im Oktober 2002 zum Sturz des Kabinetts. Bei der Neuwahl im Januar 2003 sank die Zustimmung der Wähler drastisch und die LPF erhielt nur noch 8 Mandate; bei den Parlamentswahlen vom November 2006 verschwand die LPF aus dem Parlament (0,21%) und löste sich am 1. Januar 2008 schließlich als landesweite Organisation auf. Die LN, die ihre beiden Mandate 2003 bereits verloren hatte, beteiligte sich 2006 nicht mehr an den Wahlen.

Es entstanden mehrere Nachfolgeparteien, von denen jedoch nur die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders seit 2006 im Parlament vertreten ist.

Ausgewählte Literatur:

Cuperus, René (2004): *Vom Poldermodell zum postmodernen Populismus. Die Fortuyn-Revolte in den Niederlanden.* In: Zentrum für Niederlande-Studien (Hrsg.), Jahrbuch 14 (2003), 43–63.
Eckardt, Frank (2003): Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung, Marburg.
Morgenthaler, Jonas (2002): Rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen in den Niederlanden 1945 – heute, München.
Papez, Anika (2003): Rechtspopulismus in Europa am Beispiel der niederländischen Partei List Pim Fortuyn, München.

Magyar Igazság és Élet Pártja (MIÉP)

Die Partei für ungarisches Recht und Leben wurde 1993 vom Journalisten und Autor ISTVÁN CSURKA (1934–2012) gegründet. Csurka gehörte bis dahin als stellvertretender Vorsitzender dem bürgerlich-konservativen „Ungarischen Demokratischen Forum“ (MDF) von Ministerpräsident József Antall an, fiel jedoch immer wieder durch verbalen Antisemitismus auf und unterlag Antall schließlich im Kampf um den Parteivorsitz und um eine stärkere Betonung rechtsradikaler Inhalte im Parteiprogramm. Csurka, der sich gerne als Volkstribun und uneingeschränkter Führer gerierte, sah sich selbst als Vertreter jener rund drei Millionen Ungarn, die durch den Friedensvertrag von Trianon (1920) vom ungarischen Staat abgetrennt wurden und forderte die Wiedererrichtung eines großungarischen Staates, der auch Siebenbürgen sowie Teile der Slowakei, Serbiens (Vojvodina) und Kroatiens umfassen sollte.

Bei den Parlamentswahlen 1994 erhielt die MIÉP 1,6% der Wählerstimmen; 1998 waren es bereits 5,5%, was den Einzug ins Parlament bedeutete. Bei den Wahlen des Jahres 2002 schaffte die MIÉP mit 4,4% den Einzug allerdings nicht mehr. 2006 kandidierte sie bei den Parlamentswahlen zusammen mit der rechtsradikalen Partei *Jobbik* im Wahlbündnis Dritter Weg *(Harmadik út)*, scheiterte mit 2,9% jedoch an der Fünfprozenthürde.

Die MIÉP definierte sich selbst als „radikal national-konservativ"; in- und ausländische Beobachter ordneten sie hingegen dem Rechtsextremismus zu. Die Partei war entschieden nationalistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch, wobei die „jüdische Verschwörung" vielgestaltig in Form der Kommunisten, der Kapitalisten, des Währungsfonds, der NATO oder der EU auftrat. Beliebtes Feindbild der ungarischen Rechten, die sich durch extreme Gewalttätigkeit auszeichnet, wie die von schweren Ausschreitungen begleiteten Demonstrationen gegen die Regierung im Herbst 2006 gezeigt haben, sind neben den Roma auch die Homosexuellen. So störten mehrere hundert Skinheads und Rechtsextremisten im Juli 2007 die Homosexuellenparade in Budapest. Dennoch kam es in der Vergangenheit im ungarischen Parlament immer wieder zur Zusammenarbeit mit der Mitte-Rechts-Partei der Jungen Demokraten *(Fidesz)* unter Ministerpräsident Viktor Orbán.

Durch den großen Erfolg von *Jobbik* wurde MIÉP mittlerweile bedeutungslos.

Ausgewählte Literatur:

Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Movimento Sociale Fiamma Tricolore (MSFT)

Die Soziale Bewegung Fiamma Tricolore wurde 1995 vom Journalisten PINO RAUTI (1926–2012) gegründet und versammelte Anhänger des faschistischen *Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale* (MSI), die sich der von Gianfranco Fini in die Wege geleiteten Umwandlung der Partei in die gemäßigt rechte und demokratische *Alleanza Nazionale* (AN) verweigert hatten. Seit 2002 wird die bekennend neofaschistische Partei vom Universitätsdozenten LUCA ROMAGNOLI (*1961) geführt. Rauti wurde 2004 aus der Partei ausgeschlossen und gründete in der Folge das *Movimento Idea Sociale*.

Ideologisch wendet sich die *Fiamma Tricolore* „gegen Materialismus und Nihilismus", betont die nationale, soziale und kulturelle Identität, bekennt sich zur traditionellen Familie und

deren Werten, zu einem starken Europa, das aus einer Völkerunion, und nicht aus einer „ökonomischen Interessen untergeordneten Gemeinschaft“ bestehe und zu „Recht und Ordnung“ (Kampf gegen Kriminalität und Drogenkonsum, chemische Kastration von Pädophilen). Im Programm finden sich auch fremden- sowie islamkritische (bis -feindliche) Passagen und ein klares Nein zum EU-Beitritt der Türkei. Auf der Regierungsebene werden die Einführung einer Präsidialdemokratie und eine radikale Kürzung der „unnötigen“ Regional- und Kommunalparlamente gefordert.

Bei Wahlen blieb die *Fiamma Tricolore* ohne großen Erfolg. 1996 erhielt sie 0,9% (Abgeordnetenkammer) und 2,3% (Senat), was ihr einen Senatssitz brachte. 2001 fiel sie auf 0,4% bzw. 1% zurück, was wiederum für einen Senatssitz reichte. Bei den Wahlen zum Europaparlament schaffte sie 1999 1,6% (und einen Sitz), 2004 nur 0,7% (ein Sitz, Romagnoli). Nach diesen mäßigen Erfolgen entschloss sich die Partei, bei den Regionalwahlen 2005 mit der *Alternativa Sociale* von Alessandra Mussolini zu kooperieren. Es reichte dennoch nur für 1,1% im Landesschnitt.

Die Partei betonte zwar stets ihre Unabhängigkeit im italienischen Blocksystem, arbeitete aber bei Bedarf mit dem rechten Parteienbündnis von Silvio Berlusconi zusammen. 2006 trat sie der *Casa delle Libertà* bei, erreichte in Abgeordnetenkammer und Senat allerdings jeweils nur 0,7%.

Nach dem Scheitern der Regierung Prodi und der Parteineugründung *La Destra* des AN-Renegaten Francesco Storace einigten sich Romagnoli und Storace darauf, bei den Neuwahlen im April 2008 gemeinsam als *La Destra – Fiamma Tricolore* anzutreten (2,4%). 2013 verschwand die nunmehrige *Fiamma Tricolore* mit nur noch 0,13% der Stimmen in der völligen Bedeutungslosigkeit.

Internet:
Offizielle Website: http://www.fiammatricolore.com/ (Italienisch)

Movimento Sociale Italiano (MSI)

Der *Movimento Sociale Italiano* („Italienische Sozialbewegung“) wurde im Dezember 1946 von GIORGIO ALMIRANTE (1914–1988), faschistischer Kulturminister und späterer Abgeordneter des Europarlaments, und anderen prominenten Veteranen der sogenannten „Sozialrepublik Italien“ (Republik von Salò, 1943–1945) gegründet. Ihr Parteisymbol war die *fiamma*

tricolore, die Flamme in den italienischen Nationalfarben. Der MSI war jahrelang die einzige längerfristig erfolgreiche rechtsextreme Partei Westeuropas.

Die deklariert neofaschistische Partei trat im Jahre 1948 zum ersten Mal bei nationalen Wahlen an und erhielt 2% der Stimmen bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus und 0,8% bei den Senatswahlen. Der MSI war seit 1948 durchgängig im italienischen Parlament vertreten; damit stellte diese in der Tradition Mussolinis stehende Partei europaweit eine Ausnahme dar. Besondere Unterstützung erhielt die Partei im Süden des Landes, wo sie von den Großgrundbesitzern als Reaktion auf die Besetzungen ihrer Ländereien gefördert wurde. In einigen Regionen – Neapel, Lecce, Catania und Reggio Calabria – erhielt der MSI bis zu 15% und bildete Koalitionen mit den Monarchisten.

Bei den Parlamentswahlen 1953 erhielt der MSI 5,8% der Stimmen und unterstützte in der Folge die christdemokratische Minderheitsregierung. In den 1960er-Jahren kam es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit linken Aktivisten, die auch mehrere Tote forderten. In weiterer Folge wurde der als außerhalb des „Verfassungsbogens“ *(arco constituzionale)* stehende MSI, der seinen Namen in *Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale* („Italienische Sozialbewegung – Nationale Rechte“) änderte, von den übrigen demokratischen Parteien gemieden. Bei Parlamentswahlen erzielte der MSI zwischen 1958 und 1968 regelmäßig zwischen 4,5 und 5%. Seine Hochburgen lagen weiterhin im Süden des Landes: Bei den Kommunalwahlen 1971 erhielt die Partei in Catania 23% und in Reggio 21%. Im darauffolgenden Jahr erzielte der MSI (gemeinsam mit den Monarchisten) bei den Parlamentswahlen 8,7% der Stimmen.

Seit den 1950er-Jahren gingen aus der MSI mehrere Abspaltungen hervor, so 1954 die militanten *Ordine Nuovo* und 1959 die *Avanguardia Nazionale*. Diese kleinen, radikal-faschistischen Gruppen spalteten sich aus Protest gegen die parlamentarische Politik des MSI von diesem ab und bekämpften ihn vehement. Die Radikalisierung seiner Mitglieder am äußerst rechten Rand setzte sich in den turbulenten 1970er-Jahren fort. Trotz der zahllosen Skandale, in die die regierende *Democrazia Cristiana* und ihre Verbündeten verwickelt waren, konnte der MSI stimmenmäßig nicht profitieren. Bei den Wahlen von 1987 erhielt er nur noch 5,9% der Stimmen, 1992 5,4%.

Als politisch isolierte Antisystempartei blieb der MSI nach dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems in den frühen 1990er-Jahren allerdings weitgehend intakt – die Partei war in keine Bestechungsaffären verstrickt und konnte sich nun als glaubwürdige Alternative präsentieren. Personell als auch ideologisch kam es deshalb zu einer kompletten Neupositionierung, die v.a. mit dem Namen GIANFRANCO FINI verbunden ist, der die Partei von Ende 1987 bis Anfang 1990 und dann wieder seit Juli 1991 führte. Durch den Zusammenbruch des alten politischen Systems erreichte der „Instabilitätsindex“ (das

potenzielle Minimum der Wechselwähler) 1994 die Rekordmarke von 37,5%. Tatsächlich wählten 1994 über 50% der Wähler eine andere Partei als 1992. Fini, der zunächst das Konzept einer *grande destra* verfolgte, 1991 noch den „Faschismus des Jahres 2000“ zu verwirklichen versprach und die Kandidatur der Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini förderte, vollzog nach den Wahlen 1994, als der MSI 13,5% der Stimmen erreicht hatte, und dem darauffolgenden Regierungseintritt seiner Partei – der ersten Regierungsbeteiligung von Rechtsextremen im Nachkriegseuropa (!) – einen politischen Kurswechsel, der Anfang 1995 im sogenannten „Umschwung von Fiuggi" *(Svolta di Fiuggi)* gipfelte, als die Partei sich bei ihrem Kongress in der Kleinstadt Fiuggi (Latium) von ihrer postfaschistischen Vergangenheit distanzierte und sich ein neues Profil und einen neuen Namen – *Alleanza Nazionale* – gab.

Pino Rauti, der Führer des rechtsradikalen Parteiflügels, der diesen Wechsel nicht mittragen wollte, gründete daraufhin eine neue politische Partei namens *Fiamma tricolore*, die an die neofaschistische Tradition der MSI anknüpft.

Narodowe Odrodzenie Polski (NOP)

Die Nationale Wiedergeburt Polen“ wurde 1981 gegründet und war bis 1989 eine illegale antikommunistische Organisation, die seit 1983 das Untergrundmagazin *Jestem Polakiem* („Ich bin Pole“) herausgab. 1992 wurde die Bewegung als politische Partei registriert. Gründer und Vorsitzender der NOP ist ADAM GMURCZYK.

Trotz ihres legalen Parteienstatus’ durchlief NOP in den 1990er Jahren eine starke Radikalisierung und stand bald im Ruf, eine der radikalsten rechtsextremen Gruppen Europas zu sein. Ihre Anhänger – überwiegend junge Männer – rekrutiert NOP in der Skinheadszene, aber auch unter gewaltbereiten Fußballfans.

NOP wendet sich strikt gegen die EU-Mitgliedschaft Polens, tritt für politische Dezentralisierung ein, ist antikapitalistisch ebenso wie antikommunistisch, offen und militant antisemitisch *(Antisemitismus ist diejenige Tugend, die wir besonders aufmerksam pflegen müssen. Denn Antisemitismus ist der unbefleckte Glaube, Antisemitismus ist Ehrlichkeit und Gerechtigkeit, Antisemitismus ist die Liebe zur Schönheit der Welt, Antisemitismus, das ist die Treue gegenüber Grundsätzen und Tradition)*, agitiert gegen das politische Establishment, „falsche Demokratie“ und moralischen Verfall. NOP propagiert die Notwendigkeit einer „nationalen

Revolution“ zur kompletten Erneuerung des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens in Übereinstimmung mit den „ewigen Werten der christlichen Zivilisation“.

NOP galt lange Zeit als „polnische Sektion“ der *Europäischen Nationalen Front* (ENF), eines Bündnisses europäischer neofaschistischer Organisationen, und arbeitete eng mit der neofaschistischen spanischen *Frente Espanol* und der rechtsextremen italienischen *Forza Nuova* zusammen, unterhielt aber auch Kontakte zur deutschen NPD, wodurch ihre „Glaubwürdigkeit“ in den ultranationalistischen Kreisen Polens zwischenzeitlich deutlich gelitten hat. Nach Konflikten mit der NPD verließ NOP die ENF.

Internet:
Offizielle Website: http://www.nop.org.pl/ (Polnisch)

Literatur:
Pankowski, Rafal (2012), Right Wing Extremism in Poland, Berlin.
ders. (2013), Rechtsextremismus in Polen – Gruppierungen, Narrationen, Gegenbewegungen, http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen131.pdf

Nacionālā apvienība „Visu Latvijai!“– „Tēvzemei un Brīvībai / LNNK“

Die Nationale Vereinigung „Alles für Lettland“ – „Für Vaterland und Freiheit / Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung“ (VL-TB/LNNK) entstand 2011 aus der Vereinigung von zwei Vorgängerparteien, der rechten *Visu Latvijai!* (Alles für Lettland!) und der nationalkonservativen *Tēvzemei un Brīvībai / LNNK* (Für Vaterland und Freiheit / Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung), die 2010 erstmals in einem Wahlbündnis zu den lettischen Parlamentswahlen angetreten waren.

Visu Latvijai! wurde im Jahr 2000 als nationalistische Jugendbewegung gegründet und Anfang 2006 als politische Partei konstituiert. Im selben Jahr erhielt sie bei den Parlamentswahlen 1,5% der Wählerstimmen. 2010 kam das Wahlbündnis von *Visu Latvijai!* und der in den 1990er Jahren gegründeten rechtskonservativen *Tēvzemei un Brīvībai / LNNK* (Für Vaterland und Freiheit / Lettische Nationale Unabhängigkeitsbewegung) auf 7,7% und 8 Parlamentssitze, wobei die Mehrzahl auf Vertreter der radikaleren *Visu Latvijai!* entfielen. Nach der Vereinigung der beiden Parteien erhielt die neue Bewegung bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im selben Jahr knappe 14% der Stimmen und 14 Mandate, 2014 fast 17% und ebensoviele Mandate. Die Partei ist seit 2011 als Koalitionspartner in den wechselnden Mitte-Rechts-Regierungen des Landes vertreten und hält drei Ministerposten.

Hauptinhalt ihrer politischen Agitation ist eine betont antirussische Politik und die Ablehnung der Einführung des Russischen (immerhin Muttersprache von mehr als einem Viertel der Bevölkerung) als zweite Amtssprache. Darüber hinaus fielen Vertreter der Partei in der Vergangenheit durch ihre Teilnahme an Gedenkveranstaltungen für die Mitglieder der Lettischen Legion der Waffen-SS auf.

Internet:
Offizielle Website: nacionalaapvieniba.lv (Lettisch)

Ausgewählte Literatur:
Auers, Daunis; Kasekamp, Andres (2013): *Comparing Radical-Right Populism in Estonia and Latvia.* In: Wodak, Ruth; KhosraviNik, Majid; Mral, Brigitte (Hrsg.), Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London, 235–248.
Dehmel, Niels; Reetz Axel (2011): *Extremismus in Lettland.* In: Jesse, Eckhard; Thieme, Tom (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, 213–228.
http://www.infobalt.de/reetz/114-Extremismus%20in%20Lettland.pdf

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die NPD wurde 1964 gegründet und ging im wesentlichen aus der von 1950 bis 1965 bestehenden *Deutschen Reichspartei* (DRP) hervor, die sich als Sammlungsbewegung für ehemalige NSDAP-Mitglieder und Interessenvertretung von Wehrmachtsveteranen verstand und bis 1953 sogar im Deutschen Bundestag vertreten war. Erster Bundesvorsitzender der NPD war der frühere Bremer CDU-Politiker FRIEDRICH-GEORG THIELEN (1916–1993).

Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die Partei 2%; ein Jahr später gelang ihr der Einzug in die Landesparlamente von Hessen und Bayern. 1967 zog sie in die Landtage von Bremen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ein. Die damaligen Erfolge waren v.a. eine Folge der gesellschaftspolitischen Polarisierung der 1960er-Jahre und der Radikalisierung eines Teils der konservativen Wählerschichten.

1967 trat Thielen von seinem Amt als Bundesvorsitzender zurück und gleichzeitig auch aus der Partei aus. Sein Nachfolger wurde der Herausgeber ADOLF VON THADDEN (1921–1996). 1968 gelang es der NPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl mit 9,8% in den Landtag einzuziehen – der bis dahin größte Erfolg bei einer überregionalen Wahl. Beim erhofften Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 1969 scheiterte die Partei mit 4,3% nur knapp. Interne Streitigkeiten und Flügelkämpfe machten die damaligen Erfolge allerdings bald zunichte.

1971 übernahm der Rechtsanwalt MARTIN MUSSGNUG (1936–1997) den Parteivorsitz. Die NPD schaffte in der Folge in keinem Landtag mehr den Wiedereinzug bzw. trat z.T. gar nicht mehr zur Wahl an. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 erhielt sie nur noch 0,6% der Stimmen. Nach der Gründung der rechtsextremen *Deutschen Volksunion* (DVU) des Verlegers Gerhard Frey im Jahr 1987 ging die NPD fortan Wahlbündnisse mit der DVU ein.

Nach Mußgnugs Rücktritt im Jahr 1991 wurde der Oberstudienrat GÜNTER DECKERT (*1940) neuer Bundesvorsitzender der NPD. Deckert unternahm eine inhaltliche und strategische Neupositionierung der Partei, indem er offen nationalsozialistische Elemente in der NPD verankerte und den Holocaust öffentlich leugnete. Allerdings gelang es der NPD nicht, die Hegemonie der *Republikaner* und der DVU im rechten Spektrum zu durchbrechen. Deckert wurde 1992 wegen Volksverhetzung verurteilt und war von 1995 bis 2000 inhaftiert.

Sein Nachfolger wurde der Politikwissenschaftler UDO VOIGT (*1952). Trotz persönlicher Gegnerschaft zu seinem Vorgänger setzte er dessen neonazistischen Kurs fort.

Die NPD besitzt eine eigene militante Jugendorganisation (*Junge Nationaldemokraten*, JN), einen Hochschulverband (*Nationaldemokratischer Hochschulbund*, NHB) und seit 2006 mit dem *Nationalen Frauenring* sogar eine bundesweite Frauenorganisation. Die NPD arbeitet außerdem mit rechtsextremen Burschenschaften zusammen und gilt somit als Bindeglied zur ultrarechten Szene. Sie unterhält eigene Bildungszentren und vertreibt eigene Publikationen, wie die *Deutsche Stimme*, die seit 1976 erscheint und eine monatliche Auflage von 10.000 Exemplaren aufweist. Das frühere Presseorgan der NPD, die *Deutsche Wochen-Zeitung* (DWZ), wurde 1986 vom Verleger und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey aufgekauft und in *Deutsche Wochen-Zeitung – Deutscher Anzeiger* umbenannt; 1999 wurde sie mit der ebenfalls von Frey herausgegeben *National Zeitung* zusammengelegt.

Die NPD ist extrem deutschnationalistisch, autoritär, verfassungsfeindlich (gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung), antiparlamentarisch, antisemitisch, fremdenfeindlich und rassistisch. Deutlich erkennbar sind eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und das Bekenntnis zum völkischen Kollektivismus. Die NPD möchte nicht nur bestimmte politische Ziele durchsetzen, sondern das herrschende System des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates beseitigen. Sie sieht sich selbst als die „einzige wahre Opposition“ und ihre politische Arbeit als „revolutionär“. Ihr 1997 beschlossenes Strategiepapier, das „Drei-Säulen-Konzept“, ruft zu einem ideologischen „Kampf um die Köpfe“, einem „Kampf um die Straße“ (wobei sie hier vor Allianzen mit rechtsextremistischen Gewalttätern, insbesondere Skinheads, nicht zurückschreckt) und einem „Kampf um die Parlamente“ auf.

Inhaltlich setzt die NPD auf so unterschiedliche Themen wie „Antiimperialismus“, „Globalisierung“, „Irak-Krieg“ und Hartz IV. Dabei kokettiert sie z.T. mit linkspopulistischen

Reflexen (Kapitalismus als Hauptfeind aller freien Völker und volksbezogener Sozialismus), die bereits im Nationalsozialismus eine gewisse Rolle spielten. Die Formulierungen im Parteiprogramm fallen neuerdings deutlich gemäßigter aus, als in der Straßenagitation. Man gibt sich sogar „ethnopluralistisch“. Dennoch bleiben offen revisionistische und biologistisch-rassistische Positionen klar erkennbar.

Die NPD wendet sich gegen Deutschlands Mitgliedschaft in EU und NATO, spricht sich gleichzeitig aber gegen den EU-Beitritt der Türkei aus. Sie plädiert für die Abschaffung des Asylrechts, für die Ausweisung der nichtdeutschen Bevölkerung und für die Wiedereinführung der Todesstrafe. Sie fordert ferner eine Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937 und eine Revision der Geschichtsschreibung über die Zeit des Nationalsozialismus.

Die NPD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und als „rechtsextrem und verfassungsfeindlich“ eingeschätzt. Im Verfassungsschutzbericht 2003 heißt es, die NPD halte *unverändert an ihrer offenen, aggressiv-kämpferischen Feindschaft gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung fest* und strebe außerdem eine *Wiederherstellung des Deutschen Reiches* an. Besonders gefährlich sei auch die immer offenere Kooperation mit der Neonazi- und rechtsextremen Skinhead-Szene.

Während die NPD bei Landtagswahlen in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre die Fünfprozenthürde teilweise überspringen konnte und für jeweils eine Legislaturperiode in bis zu sieben westdeutschen Landesparlamenten vertreten war, blieb sie danach lange Zeit eine parlamentarisch unbedeutende Splitterpartei. Seit der deutschen Wiedervereinigung nahm ihre Verankerung – insbesondere in einigen wirtschaftlich schlechter gestellten Gebieten, und hier v.a. in den neuen Bundesländern im Osten Deutschlands – wieder zu, was sich im Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen 2004 (Einzug in den sächsischen Landtag mit 9,2% und mit ursprünglich 12 Sitzen) und der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 (7,3% und 6 Sitze) widerspiegelte. In einigen kleineren Ortschaften Ostsachsens erreichte die NPD bis zu 20% der abgegebenen Stimmen. Aber auch bei der Landtagswahl im Saarland 2004 erreichte die NPD 4%, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen 2005 hingegen nur 1,9% bzw. 0,9%

Auf kommunaler Ebene war die NPD in mehreren Ländern vertreten, so v.a. in Hessen, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, im Saarland und seit 2006 sogar in Niedersachsen.

Die NPD war bisher noch auf keiner politischen Ebene an einer Regierung beteiligt.

Ein von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat angestrengtes Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte im Jahr 2003 aufgrund verfahrensrechtlicher Fehler. Das Verfahrenshindernis lag nach Sichtweise der Sperrminorität der Verfassungs-

richter in der Durchdringung der NPD durch V-Leute des Verfassungsschutzes. Das Verfahren wurde schließlich eingestellt; die Verfahrenseinstellung aus den genannten formellen Gründen bescheinigte der Partei allerdings keine Verfassungstreue und schloss ein späteres Verbotsverfahren nicht aus.

Ende April 2009 wurde NPD-Chef Voigt vom Berliner Kammergericht wegen Volksverhetzung und rassistischer Beleidigung eines schwarzen Fußballprofis zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Im Mai 2009 erhielt die NPD vom Berliner Verwaltungsgericht wegen eines falschen Rechenschaftsberichtes eine Strafzahlung in Höhe von 1,27 Millionen Euro. Die Partei befand sich damit in einer existenzbedrohenden Finanzkrise. Über einen neuen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht herrschte indes in der bundesdeutschen Politik keine Einigkeit.

Bei den sächsischen Landtagswahlen 2009 musste die NPD Stimmenverluste hinnehmen, übersprang aber erneut die für den Einzug in den Landtag erforderliche Fünfprozenthürde. In Thüringen und Brandenburg hingegen scheiterte die Partei trotz Stimmgewinnen an der Fünfprozenthürde. In Mecklenburg-Vorpommern schaffte die NPD im Jahr 2011 mit 6% den Wiedereinzug in den Landtag.

Am 1. Januar 2011 fusionierte die NPD mit der DVU; die neue Partei trägt den Namen *NPD – Die Volksunion*. Im November 2011 wurde der Vorsitzende der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag HOLGER APFEL (*1970) neuer Bundesvorsitzender der NPD. Nach dessen überraschendem Rücktritt im Dezember 2013 (infolge von Vorwürfen eines homosexuellen „Übergriffs“) übernahm UDO PASTÖRS (*1952), seit 2006 Abgeordneter des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, vorübergehend den Parteivorsitz.

Bei der Europawahl 2014 profitierte die NPD von der wenige Monate zuvor erfolgten Aufhebung der Dreiprozenthürde im deutschen Europawahlrecht durch das Bundesverfassungsgericht und errang mit 1% ein Abgeordnetenmandat.

Auf dem Bundesparteitag am 1. November 2014 wurde FRANK FRANZ (*1978) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Im Jahr 2017 wurde ein von den deutschen Bundesländern (ohne Unterstützung durch die Bundesregierung) angestrengtes neuerliches Verbotsverfahren gegen die NPD vonseiten des Bundesverfassungsgerichtes als unbegründet eingestellt. Die NPD sei zwar *ideologisch eindeutig verfassungswidrig*, aber politisch zu unbedeutend, um sie verbieten zu können. Eine Entscheidung, die durchaus auch auf Kritik stieß.

Internet:
Offizielle Website: http://www.npd.de/
Deutsche Stimme: http://www.deutsche-stimme.de/

Verfassungsschutzbericht Berlin 2010 (PDF-Dokument):
http://www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/vs_bericht_2010_deutsch.pdf?start&ts=1310032941&file=vs_bericht_2010_deutsch.pdf
Verfassungsschutzbericht Hessen 2011 (PDF-Dokument):
http://www.verfassungsschutz.hessen.de/irj/servlet/prt/portal/prtroot/slimp.CMReader/HMdI_15/LfV_Internet/med/863/86330b18-deb1-7931-f012-f312b417c0cf,22222222-2222-2222-2222-222222222222
Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2014 (PDF-Dokument):
http://www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz_prod/Verfassungsschutz/content_downloads/Verfassungsschutzberichte/Verfassungsschutzbericht_2014.pdf
Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzberichte 2011–2015:
https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen/verfassungsschutzberichte

Ausgewählte Literatur:
Ackermann, Robert (2012): Warum die NPD keinen Erfolg haben kann – Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen.
Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.) (2007): Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden.
Brandstetter, Marc (2012): Die „neue“ NPD: Zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade, Bonn. http://www.kas.de/wf/doc/kas_30034-544-1-30.pdf?120213132509
Hoffmann, Uwe (1999): Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main.
Philippsberg, Robert (2009): Die Strategie der NPD: Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden.

Noua Dreaptă (ND)

Die rumänische ultranationalistische Neue Rechte wurde anlässlich des 100. Geburtstages von Corneliu Zelea Codreanu (1899–1938) am 13. September 1999 gegründet; sie beruft sich unverblümt auf den Führer der faschistischen und antisemitischen Eisernen Garde *(Garda de Fier)* Codreanu, der von seinen Anhängern als *Căpitanul* (Kapitän) bezeichnet und wie ein Heiliger verehrt wurde und immer noch wird.

In ihrer Ideologie verbinden sich – wie bereits beim rumänischen Faschismus der 1920er- und 30er-Jahre – militanter Antisemitismus und Nationalismus mit dem Bekenntnis zur rumänischen Orthodoxie.

Die Neue Rechte kämpft – ihren eigenen Angaben zufolge – gegen die Roma-Minderheit und die starke Volksgruppe der Ungarn, gegen Schwule und Abtreibungsbefürworter, gegen Kommunisten, aber auch gegen EU, NATO und Globalisierung.

Eines der erklärten Ziele der Neuen Rechten ist die Wiederherstellung „Großrumäniens“ (in den Grenzen vor 1938). Während sich einige Mitglieder als Monarchisten, andere als Anhänger eines autoritären „Führerstaates“ deklarieren, verbindet sie die gemeinsame Ablehnung der repräsentativen Demokratie.

Die Neue Rechte ist erst seit 2015 als politische Partei registriert. Vorsitzender der ND ist TUDOR IONESCU.

Wiederholt kam es zu gewaltsamen Übergriffen von Anhängern der ND gegen Schwule, Mitglieder ethnischer Minderheiten und Andersgläubige. Im Juni 2007 organisierte *Noua Dreapta*, unterstützt von Orthodoxer Kirche, nationalistischen Verbänden und rechten Populisten unter dem Slogan „Rumänien ist kein Sodom. Gegen Homosexualität, für Normalität“ eine Großdemonstration gegen das alljährliche Homosexuellenfest.

ND war Mitglied der neofaschistischen *Europäischen Nationalen Front*[119] (weitere Mitglieder waren die italienische *Forza Nuova*, die spanische *La Falange*[120], die deutsche NPD, der französische *Renouveau Français*[121] und die griechische *Symmaxia*) und unterhält enge Kontakte zu neofaschistischen Gruppierungen in Bulgarien, Serbien, Polen, der Slowakei etc.

Internet:
Offizielle Website: http://www.nouadreapta.org/ (Rumänisch)

Ny Demokrati (NyD)

Die Neue Demokratie wurde im Frühjahr 1991 vom schwedischen Industriellen IAN MELCHER SHERING WACHTMEISTER (*1932) und dem Geschäftsmann BERT WILLIS KARLSSON (*1945) gegründet. Bei den Parlamentswahlen im Herbst desselben Jahres erzielte die neue Partei, die v.a. mit ökonomischen Reformen (Liberalisierung und Förderung des Unternehmertums) und einer restriktiven Einwanderungspolitik warb, einen unerwarteten Erfolg. Schon während ihrer unorthodoxen Wahlkampagne hatten Meinungsumfragen der Neuen Demokratie bis zu 10% der Stimmen vorhergesagt. Schließlich wurden es 6,7% und 25 Mandate.

Die Neue Demokratie war zwischen 1991 und 1994 im schwedischen Reichstag vertreten. Von Vertretern der etablierten Parteien, aber auch von kritischen Medien, wurde der Neuen Demokratie Populismus und Fremdenfeindlichkeit vorgeworfen – vielfach sogar das Schüren

[119] Die *Europäische Nationale Front* war ein 2004 begründeter Zusammenschluss mehrerer ultranationalistischer und neofaschistischer Parteien und Organisationen, die auf elektoraler Ebene praktisch bedeutungslos sind.
[120] Die 1999 gegründete *La Falange* beruft sich auf die Ideen des spanischen Faschistenführers und „Märtyrers” José Antonio Primo de Rivera.
[121] Der *Renouveau Français* ist eine rechtsextreme, ultranationalistische und katholische Splittergruppe ohne elektorale Bedeutung.

von Rassismus. Im Gegenzug bezeichneten die Vertreter der Neuen Demokratie die Politiker des „Systems" als „Krokodile", die nur Mäuler, aber keine Ohren besäßen.

Im Reichstag stimmte die Neue Demokratie häufig mit der Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Carl Bildt und spielte eine Zeit lang als Zünglein an der Waage zwischen den beiden großen Blöcken eine gewisse Rolle. Allerdings stellte der parlamentarische Alltag die beiden Parteigründer vor nicht erwartete Probleme – und überdies war ihre Partei nach dem erfolgten Machtwechsel im Grunde überflüssig geworden.

Aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten verließen die beiden Gründer schließlich die Partei, die bei den Wahlen des Jahres 1994 nur noch 1,4% erreichte. *Ny Demokrati* existierte formal noch bis zu ihrem finanziellen Bankrott im Jahr 2000. Eine weitere Parteigründung Wachtmeisters *(Det Nya Partiet,* Die Neue Partei, 1998) blieb ebenfalls erfolglos.

PARTEI RECHTSSTAATLICHER OFFENSIVE

Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO)

Drakonische Urteile hatten den ehemaligen Strafrichter am Hamburger Amtsgericht RONALD B. SCHILL (*1958) in der Öffentlichkeit und in den Medien bekannt gemacht – „Richter Gnadenlos" lautete sein Markenname. Im Jahr 2000 wagte Schill den Einstieg in die Politik und gründete seine eigene Partei – die *Partei Rechtsstaatlicher Offensive*, meist unter ihrem Kürzel „Schill-Partei" bekannt. Im September 2001 konnte Schill, der seine Auftritte stets mit *Kommen Sie gut nach Hause und lassen Sie sich nicht überfallen!* beendete, bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen 19,4% der Wählerstimmen gewinnen – ein in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin einmaliger Vorgang.

Schill trat in der Folge in eine Koalition mit CDU und FDP unter Führung des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust (CDU) ein und stellte drei Senatoren; Schill selbst fungierte als Innensenator und Zweiter Bürgermeister. Schon in den Koalitionsverhandlungen wurde Schill weitgehend entzaubert und musste sich vom Großteil seiner vollmundigen Wahlversprechen verabschieden. Überdies scheiterten die übereilten Expansionspläne der „Schill-Partei", die sich der Dynamik einer Ausbreitung in andere Bundesländer nicht entziehen konnte. Bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt (2002) verfehlte die Partei mit 4,5% den Einzug in den Landtag zwar nur knapp, allerdings bedeutete dies einen empfindlichen Dämpfer für die angestrebte Bundestagswahlkampagne. Bald darauf wurden die ersten

internen Schwierigkeiten sichtbar und Schill sprach in aller Öffentlichkeit von einem innerparteilichen „Querulantenproblem“.

Obwohl sich Parteiführer und Parteispitze ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatten, beschloss die Partei auf ihrem Parteitag am 22. Juni 2002 in Hamburg, zur Bundestagswahl anzutreten. Die organisatorisch und personell völlig überforderte Partei erreichte bei der Bundestagswahl nur 0,8% der Zweitstimmen und wurde damit auf den Status einer Splitterpartei reduziert. Da nützte auch der Achtungserfolg bei der Landtagswahl in Bremen (4,3%, in Bremerhaven sogar 4,8%) nichts mehr. Weitere Landtagswahlen endeten enttäuschend: In Mecklenburg-Vorpommern erzielte die „Schill-Partei“ 1,7%, in Hessen (2003) 0,5%, in Niedersachsen (2003) 1%.

Die Zusammenarbeit in Hamburg war nicht von langer Dauer. Schills „Saubermann-Image“ wurde durch Affären und Pannen bald nachhaltig beschädigt. Am 19. August 2003 gab Bürgermeister Ole von Beust die Entlassung Schills bekannt, weil er durch Erpressungsversuche seines Innensenators bloßgestellt worden sei. Infolge der daraufhin ausgebrochenen Machtkämpfe innerhalb der „Schill-Partei“ erklärte von Beust die Koalition am 9. Dezember 2003 für beendet und rief Neuwahlen aus, bei denen sowohl die „alte“ „Schill-Partei“ (ohne ihren Namensgeber) als auch die neue Ronald-Schill-Fraktion den Einzug verfehlten. *Pro-DM / Schill* kam auf 3,1%, die *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* lediglich auf 0,4%. Schill und seine (früheren) Anhänger waren damit endgültig gescheitert.

Die *Partei Rechtsstaatlicher Offensive* war von Anfang an eine „One-issue-Partei“, die ausschließlich auf das Thema „Sicherheit“ und die charismatische Persönlichkeit Schills ausgerichtet war. Der versprochene Kampf gegen die Kriminalität wurde zum Wahlkampfthema schlechthin und zur Basis des kurzfristigen Erfolgs, zumal sowohl die regierende SPD als auch die oppositionelle CDU (das „Kartell des Versagens der etablierten Parteien“) die Sprengkraft der Thematik – Hamburg stand im Ruf der „Hauptstadt des Verbrechens“ – völlig unterschätzt hatten. Später gelang der Partei jedoch die programmatische Ausdehnung nicht; für eine bundesweite Kandidatur war die Ausrichtung der Partei zu monothematisch, und die von den Bürgern erwartete Kompetenz in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit oder Rentensystem konnte nicht einmal ansatzweise erworben werden.

An der Person Schill lässt sich rückblickend beinahe idealtypisch festmachen, wie schnell der Glanz einer charismatischen Führungspersönlichkeit durch Fehlverhalten verblassen kann[122], noch dazu, wo der Quereinsteiger seine Popularität in hohem Maße der Mithilfe der Hamburger Springer-Presse verdankte. Gerade bei Parteien vom Zuschnitt der „Schill-Partei“, die *ihrem Wesen nach (…) negatorisch und oppositionell* sind, lässt die Entzaube-

[122] Hartleb 2005:4.

rung durch die Einbindung in die Regierungsverantwortlichkeit in der Regel nicht lange auf sich warten.[123]

Ausgewählte Literatur:

Baumann, Birgit (2002): *Ronald B. Schill. Ein gnadenloser Scharfmacher*. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten, Graz, 62–73.
Decker, Frank (2003): *Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Schill-Partei*. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.), Populismus, Opladen, 223–242.
Hartleb, Florian (2005): Rechtspopulistische Parteien. Fallbeispiel des deutschen Rechtspopulismus: Schill-Partei, Sankt Augustin.
Schmitz, Michael (2002): Die „Schill-Partei" – Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive" nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt, St. Augustin.

Partido Nacional Renovador (PNR)

Der PNR ist eine portugiesische nationalistische Partei, die sich die Bekämpfung der Kriminalität und der Zuwanderung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die Partei geht auf den 1985 gegründeten *Partido Renovador Democrático* (PRD) zurück, der mit dem Anspruch antrat, das politische Leben in Portugal zu „moralisieren" und nach den Wahlen von 1985 die rechtsgerichtete Minderheitsregierung der Sozialdemokratischen Partei unterstützte. Bei den Wahlen von 1987 verlor die Partei jedoch nahezu alle ihre Sitze und führte in den folgenden Jahren nur noch ein Schattendasein. 1999 wurde die Partei schließlich von ehemaligen Mitgliedern des extrem rechten *Movimento de Acção Nacional* (Bewegung der Nationalen Aktion) übernommen und in *Partido Nacional Renovador* umbenannt.

Die Partei orientierte sich lange Zeit am französischen *Front National*; sie ist extrem nationalistisch, fremdenfeindlich und homophob; einer ihrer Slogans lautet „Portugal den Portugiesen". Die Partei ist gegen die EU-Integration und gegen einen EU-Beitritt der Türkei. Sie befürwortet eine stärkere Betonung (und verfassungsmäßige Verankerung) der Familie und tritt gegen den Schwangerschaftsabbruch auf.

Bei Parlamentswahlen erhielt die Partei in den Jahren 2005 und 2009 jeweils 0,2% der Stimmen, 2011 0,3%. Geführt wird die Partei seit 2005 von JOSÉ PINTO-COELHO (*1960).

Internet:
Offizielle Website: http://www.pnr.pt/ (Portugiesisch)

[123] Hartleb 2005:48.

Partidul România Mare (PRM)

Die Großrumänien-Partei wurde 1991 von CORNELIU VADIM TUDOR (1949–2015) gegründet – ein Jahr, nachdem Tudor ein Wochenmagazin gleichen Namens lanciert hatte – und hing ursprünglich einer „national-kommunistischen“ Ideologie an. Der Name bezieht sich auf die historische Forderung, alle Rumänen – also auch die in Moldawien lebenden – in einem Staat zu vereinen. Von 1993 bis 1995 gehörte die PRM, die bei den Wahlen knapp 4% und 22 Sitze gewonnen hatte, der linken Regierung von Nicolae Văcăroiu (1992–1996) an. Nach 1996 – die PRM gewann knapp 5% und 27 Sitze – änderte sich der Parteikurs in Richtung Ultranationalismus.

Parteichef war bis Juli 2013 der frühere Journalist und Autor Corneliu Vadim Tudor. Bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen 2000 erhielt Tudor 28,3% und wurde damit Zweiter. In der Stichwahl unterlag er dem Kandidaten der Sozialdemokraten Ion Iliescu jedoch klar (33,2%). Bei den Parlamentswahlen 2000 wurde die PRM mit 19,5% und 84 Sitzen zweitstärkste Partei.

Im Jahr 2004 vollzog Tudor einen weiteren vielbeachteten Schwenk, entschuldigte sich öffentlich für frühere antisemitische Äußerungen, bekannte sich zum EU-Beitritt seines Landes und zu „christlich-demokratischen“ Werten. Für die Präsidentenwahl 2004, bei der Tudor mit 11% allerdings nur Dritter wurde, heuerte seine Partei sogar eine israelische PR-Agentur an.

Nach einem kurzen Intermezzo im Jahr 2005 kehrte Tudor als Führer der PRM zurück; da die „neue Parteilinie“ alte Anhänger abgeschreckt und kaum neue angezogen hatte, wandte sich auch seine Partei wieder ihrer alten Ideologie zu. Ein Teil der Anhänger verließ daraufhin die PRM und gründete die kurzlebige *Partidul Popular* (Volkspartei), die mittlerweile in der *Partidul Noua Generaţie – Creştin Democrat* (PNGCD, Neue Generation – Christdemokraten) aufgegangen ist (2004: 2,2%).

Bei den Parlamentswahlen 2004 wurde die PRM mit 13% und 48 Sitzen drittstärkste Gruppierung im rumänischen Abgeordnetenhaus.

Anfang 2007 beschloss die PRM, ihre fünf Europa-Abgeordneten der neuen Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* anzuschließen. Wegen Rumänien-feindlicher Äußerungen der italienischen Abgeordneten Alessandra Mussolini *(Alternativa Sociale)* infolge der Ermordung einer Italienerin durch einen Rumänen, zerbrach die rechtsextreme Fraktion allerdings bereits im November 2007.

Bei den Parlamentswahlen im Herbst 2008 scheiterte die PRM erstmals seit dem Fall des Kommunismus an der Fünfprozenthürde. Bei den Europawahlen 2009 war die Partei mit 8,7% wieder erfolgreicher; 2014 scheiterte sie mit nur noch 2,7%.

Die Politik der PRM ist stark nationalistisch, xenophob, antisemitisch, homophob und betont antiungarisch und romafeindlich; in der Vergangenheit forderte Tudor sogar die „Liquidierung von Zigeunern“, die Errichtung von Lagern für die ungarische Minderheit und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Die PRM gilt als die rechtsextremste der größeren Parteien des Landes. In der jüngeren Vergangenheit profitierte sie auch von den zahlreichen Korruptionsskandalen des Landes.

Internet:
Offizielle Website: http://prm-central.ro/ (Rumänisch)

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg.) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Partij voor de Vrijheid (PVV)

2004 gründete GEERT WILDERS (*1963), der zuvor Assistent des rechtsliberalen Politikers und späteren EU-Kommissars Frederik (Frits) Bolkestein war und der rechtsliberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* angehörte, die *Groep Wilders* (Gruppe Wilders); 2006 wurde sie in *Partij voor de Vrijheid* (Partei für die Freiheit) umbenannt. Bei den niederländischen Parlamentswahlen am 22. November 2006 erreichte die PVV auf Anhieb 5,9% und neun Sitze im Parlament.

Das Programm der PVV stellt eine Mischung aus typisch rechtspopulistischen, konservativen und nationalistischen Elementen dar und enthält folgende Hauptforderungen:

Steuersenkungen, die durch „weniger Geld an Brüssel“ sowie durch die Kürzung der Entwicklungshilfe und Streichung von Subventionen finanziert werden sollen. Im Detail sollen die Einkommensteuern für geringe Einkommen 20%, für hohe Einkommen 35% betragen.

Einen generellen Einwanderungsstopp, verbunden mit der Abschaffung doppelter Staatsbürgerschaften, dem Verbot von *Burka* und Kopftuch, der Schließung von „radikalen Moscheen“ und einem Verbot der Errichtung weiterer Moscheen und Koranschulen.

Weiters: Ein klares Nein zum EU-Beitritt der Türkei; Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung (weniger Beamte); Abschaffung des Tempolimits auf niederländischen Autobahnen.

Der Parteivorsitzende Wilders ist bereits des öfteren durch rüde Attacken auf den Islam aufgefallen und steht deshalb seit Jahren unter Personenschutz. 2007 forderte er sogar ein Verbot des Korans, dem er „faschistische Grundzüge“ vorwarf, in den Niederlanden. Ende 2007 kündigte Wilders die Veröffentlichung eines kritischen Kurzfilms über den Koran mit dem arabischen Titel *Fitna* („Das Böse“) an. Der Film wurde am 27. März 2008 in zwei Sprachversionen (Niederländisch und Englisch) im Internet veröffentlicht.

Die Wählerschaft der PVV ist eher säkular ausgerichtet, vorwiegend jung, männlich, urban und etwas weniger gebildet, als der Durchschnitt. Sie repräsentiert jene Bevölkerungsgruppen, die mit dem politischen System und den Parteien am wenigsten zufrieden und „der Politik“ gegenüber eher ablehnend bis zynisch eingestellt sind. So wie bei vielen anderen rechtspopulistischen Bewegungen steht der Großteil der Wähler in sozialen Fragen eher links.[124]

Bei den Europawahlen 2009 erzielte die PVV, die im Wahlkampf mit islamfeindlichen Parolen angetreten war, einen großen Wahlerfolg und wurde bei ihrem ersten Antreten bei einer EU-Wahl mit 17% der Stimmen zur zweitstärksten Kraft nach den regierenden Christdemokraten (CDA) von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende.

Bei den Kommunalwahlen 2010 trat die PVV nur in zwei Städten an, erreichte dort aber hervorragende Ergebnisse. In Almere, der siebtgrößten Stadt des Landes, erhielt die PVV mit 21,6% den größten Stimmenanteil aller Parteien, in Den Haag wurde sie zweitstärkste Partei (16,9%).

Bei den Parlamentswahlen 2010 wurde die PVV mit 15,5% und 24 Parlamentssitzen drittstärkste Kraft hinter den Rechtsliberalen (VVD) und den Sozialdemokraten (PvdA). Nach langen Verhandlungen einigten sich die VVD und die Christdemokraten (CDA) auf eine Minderheitsregierung unter Duldung der PVV. Die Parlamentsmehrheit war mit 76 von 150 Abgeordneten denkbar knapp.

Nach dem Austritt eines PVV-Abgeordneten im Frühjahr 2012 verlor die Regierung von Mark Rutte ihre Parlamentsmehrheit, was letztendlich zum Bruch zwischen VVD, CDA und PVV führte. Nach langen Debatten um den neuen Haushalt kündigte Wilders schließlich im April 2012 die Zusammenarbeit auf und erzwang Neuwahlen. Bei diesen errang die PVV nur noch 10% der Stimmen und 15 Mandate.

[124] Lucardie / Voerman 2013:190f.

Nach den niederländischen Gemeindewahlen im März 2013 hetzte Wilders während seiner Wahlparty mit der rhetorischen Frage *Wollt ihr in dieser Stadt mehr oder weniger Marokkaner?* gegen Ausländer, was in den darauf folgenden Tagen zum Parteiaustritt mehrerer PVV-Abgeordneter führte. Ein harter Schlag für Wilders, der gerade an einem europaweiten Bündnis rechter Parteien bastelte. Bei der Europawahl 2014 blieb Wilders mit 13,2% weit unter seinen hochgesteckten Zielen.

Bei den Parlamentswahlen 2017 verzeichnete Wilders PVV zwar leichte Zugewinne (13% und 20 Sitze) und wurde damit zweitstärkste Partei – in den Umfragen war sie allerdings lange Zeit klar in Führung gelegen. Wilders konnte damit sein Ziel einer Regierungsbeteiligung nicht verwirklichen, da der VVD von Ministerpräsident Mark Rutte jede Koalition mit der PVV kategorisch ausgeschlossen hatte.

Internet:
Offizielle Website: http://www.pvv.nl/ (Niederländisch)
Fitna (Film): http://www.youtube.com/watch?v=W9GYx3vyzWc

Ausgewählte Literatur:
Lucardie, Paul; Voerman, Gerrit (2013): *Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands: A Political Entrepreneur in the Polder*. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 187–203.

Perussuomalaiset (PS)

Die Partei der Wahren Finnen ging 1995 – dem Jahr des finnischen EU-Beitritts – aus der Finnischen Bauernpartei (SMP) hervor. Die Bauernpartei selbst war eine agrarpopulistische Abspaltung des 1906 gegründeten Landbundes (ML), der sich 1965 ein neues Programm und seinen heutigen Namen Zentrumspartei (KESK) gab.

Perussuomalaiset ist EU-skeptisch, zuwanderungskritisch und vertritt in den meisten Sachfragen wertkonservative Standpunkte (z.B. gegen die Homoehe). Außerdem versteht sie sich als eine gegen das herrschende politische Establishment auftretende Kraft, die die Interessen der „gewöhnlichen Bevölkerung“ vertritt. In sozialen und wirtschaftlichen Fragen nimmt PS deshalb auch durchaus linkspopulistische Positionen ein, so etwa bei der Forderung nach einer Erhöhung der Steuer auf Kapitalgewinne (von 28% auf 30% in der höchsten Steuerklasse) und zur Einführung einer Vermögenssteuer.

Bei den Parlamentswahlen 2003 gewann die Partei drei Sitze, bei den Parlamentswahlen 2007 erreichte sie 4,1% (+ 2,5%) und 5 Mandate. Ihr Vorsitzender TIMO SOINI (*1962) war

auch Kandidat der Wahren Finnen bei den Präsidentschaftswahlen 2006 und wurde mit 3,4% der Stimmen fünfter von acht Kandidaten. Bei Kommunal- und EU-Wahlen blieb die Partei lange Zeit weit unter ihren Erwartungen (KW 2000: 0,7%, 2004: 0,9%, EU-Wahl 1999: 0,8%, 2004: 0,9%). Nach starken Stimmenzuwächsen bei den Kommunalwahlen im Herbst 2008 erzielten die rechten Euroskeptiker, die gemeinsam mit den Christdemokraten als KD-PS angetreten waren, bei den Europawahlen 2009 sensationelle 14% der Stimmen. Noch größer fiel ihr Erfolg bei den Parlamentswahlen im April 2011 aus. Die Wahren Finnen konnten sich nahezu verfünffachen (19%) und landeten nur knapp hinter der konservativen Sammlungspartei (20,4%) und den Sozialdemokraten (19,1%) an dritter Stelle.

2015 erzielte die PS bei den Parlamentswahlen 17,7%, ein Erfolg, der in einer Koalition mit der liberal-konservativen Sammlungspartei sowie der liberalen Zentrumspartei mündete. Die Wahl des besonders einwanderungskritischen JUSSI HALLA-AHO (*1971) zum Parteivorsitzenden im Juni 2017 besiegelte allerdings das Ende der Regierungsbeteiligung der PS und hatte deren Spaltung zur Folge. Zwanzig ihrer ehemaligen Abgeordneten gründeten daraufhin die Partei „Blaue Zukunft“, welche die Rolle der PS als Koalitionspartnerin übernahm.

Rekrutierten sich die Wähler der Wahren Finnen anfangs v.a. aus den Reihen der „Modernisierungsverlierer“, so gelang der Partei in den letzten Jahren der Einbruch in die Wählerschaften der traditionellen Parteien, selbst in den ländlichen Regionen des Landes. Seither haben einige der etablierten Parteien unter dem Druck der Umfragen und der Wahlergebnisse ihre Haltung, z.B. gegenüber Europa, deutlich zugespitzt.

Ergebnisse bei Parlamentswahlen (in Klammer: Abgeordnete):

1999:	1,0%	(1)
2003:	1,6%	(3)
2007:	4,1%	(5)
2011:	19,0%	(39)
2015:	17,7%	(38)

Internet:
Offizielle Website: http://www.perussuomalaiset.fi/ (Finnisch)
http://www.perussuomalaiset.fi/kielisivu/in-english/ (Englischsprachige Unterseite)

Ausgewählte Literatur: Raunio, Tapio (2013): *The Finns: Filling a Gap in the Party System*. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 133–160.

Prawo i Sprawiedliwość (PiS)

Die Partei Recht und Gerechtigkeit wurde im Jahr 2001 vom ehemaligen Justizminister LECH KACZYŃSKI (1949–2010) und dessen Zwillingsbruder JAROSŁAW KACZYŃSKI (*1949) gegründet. Personal und Wählerschaft der PiS rekrutierten sich vorwiegend aus Anhängern der Wahlaktion Solidarność (*Akcja Wyborcza Solidarność*, AWS), einem Post-Solidarność-Bündnis, und der streng katholischen und nationalkonservativen Bewegung für den Wiederaufbau Polens (*Ruch Odbudowy Polski*, ROP).

Bei den Parlamentswahlen 2005 wurde PiS mit knapp 27% stärkste Partei; wenig später gewann Lech Kaczyński die Präsidentschaftswahlen gegen den favorisierten Donald Tusk. Nachdem eine Koalition mit der liberal-konservativen Bürgerplattform *(Platforma Obywatelska*, PO) nicht zustande kam, bildete der weitgehend unbekannte Finanzexperte Kazimierz Marcinkiewicz eine Minderheitsregierung, die auf die parlamentarische Unterstützung der klerikal-nationalistischen Liga Polnischer Familien (LPR) und der populistischen *Samoobrona* angewiesen war. Beide Parteien schlossen sich wenige Monate später offiziell der Regierung an. Erst jetzt übernahm Jarosław Kaczyński das Amt des Ministerpräsidenten und wurde von seinem Zwillingsbruder angelobt – ein in den europäischen Demokratien wohl einzigartiger Vorgang. Eines der erklärten Hauptziele der neuen Koalition war die Bekämpfung der „korrupten Eliten." Die PiS-Koalitionsregierung hielt allerdings nur kurz. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2007 verlor die PiS – trotz Stimmengewinnen – ihre Führungsrolle in der rechten Mitte gegen die liberal-konservative PO von Donald Tusk. 2011 erzielte sie mit 29,9% wiederum ein beachtliches Ergebnis, blieb aber in Opposition.

Am 10. April 2010 kamen Staatspräsident Lech Kaczyński und seine Ehefrau sowie zahlreiche Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Offiziere und hochrangige Kirchenvertreter beim Absturz einer Regierungsmaschine bei Smolensk ums Leben.

Bei der Europawahl 2014 lag PiS wieder in etwa gleichauf mit der regierenden PO, deren Stern, trotz wirtschaftlicher Erfolge, aufgrund diverser Skandale und wegen des Wechsels von Regierungschef Donald Tusk auf den Posten des EU-Ratspräsidenten, zu sinken begann. Im Frühjahr 2015 wurde der PiS-Kandidat Andrzej Duda zum neuen polnischen Präsidenten gewählt und bei der Parlamentswahl im Oktober 2015 gelang der PiS ein

eindrucksvolles Comeback. Die Partei erzielte 37,6% und erhielt mit 235 der 460 Mandate im Sejm (und auch im Senat) die absolute Mehrheit. Neue Ministerpräsidentin Polens wurde die PiS-Abgeordnete Beata Szydło. Seither betreibt die Regierung, v.a. in der Medien- und Justizpolitik, aber auch in anderen sensiblen gesellschaftspolitischen Bereichen, einen massiven Umbau des polnischen Staates. Nach dem Rücktritt von Beata Szydło übernahm 2017 ihr Parteikollege Mateusz Morawiecki, ein weiterer enger Vertrauter des PiS-Parteivorsitzenden und eigentlichen „starken Mannes" in der polnischen Führung Jaroslaw Kaczynski, das Amt des Ministerpäsidenten.

In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt PiS rechtskonservative, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wohlfahrtsstaatliche, z.T. sogar sozialpopulistische Positionen. Die Partei ist EU-skeptisch und steht neben Rußland auch Deutschland kritisch bis ablehnend gegenüber. Bei der Kriminalitätsbekämpfung setzt PiS auf die Verschärfung der Strafgesetze (bis hin zur Forderung nach einer Wiedereinführung der Todesstrafe). In der Vergangenheit wurde PiS vom ultrakatholischen Sender *Radio Maryja* massiv unterstützt.

Rafal Pankowski beschreibt den sukzessiven Rechtsschwenk der PiS folgendermaßen: *By purging itself of the few remaining ‚liberals', the PiS has moved further to the right. The party, once considered centrist, established itself firmly at the far right end of the spectrum (…). While not an extreme-right party in itself, the PiS has absored the right-extremist surge through ist radical, populist appeal to illeberal democracy*.[125]

Olga Wysocka meint, *The label ‚populist' can be applied to the party because of two elements in its rhetoric, strategy and, later, ideology: its concept of the people and of their relation to those in power*.[126] Gefährlich werde es spätestens dann, wenn der populistische Furor gegen „die da oben" sich gegen die Institutionen der liberalen Demokratie, gegen Presse- und Meinungsfreiheit, gegen die unabhängige Justiz, gegen Intellektuelle und Künstler wende – so wie bereits in den Jahren 2005 bis 2007. Und: *The Polish case shows that the populists are not able to govern successfully.*[127]

Auf europäischer Ebene war die PiS bis zur Europawahl 2009 Mitglied der national-konservativen Europapartei *Allianz für ein Europa der Nationen* (AEN) und der EU-Parlamentsfraktion *Union für ein Europa der Nationen*. Danach beteiligte sie sich an der Gründung der neuen europaskeptischen Fraktion *Europäische Konservative und Reformisten* (ECR) sowie der Partei *Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten* (AECR).

Internet:
Offizielle Website: http://pis.org.pl/

[125] Pankowski 2012:8.
[126] Wysocka 2013:293.
[127] Wysocka 2013:314.

Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Polen
http://www.bpb.de/internationales/europa/polen/216736/die-neue-pis-regierung-in-polen-01-12-2015

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.
Wysocka, Olga (2013): *Polish Populism: Time for Settlement.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 293–321.

pro-„Bürgerbewegungen“

Die *Bürgerbewegung pro Köln* wurde 1996 von ehemaligen Mitgliedern der *Republikaner* und der NPD als Ableger der rechtsextremen *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DLVH), gegründet, die von 1991 bis 1993 im Kölner Stadtrat vertreten war. 1999 trat die Gruppierung erstmals zur Oberbürgermeisterwahl in Köln an (0,3%).

Als die Stadtverwaltung 2002 ein geeignetes Grundstück für die Errichtung einer Moschee suchte, organisierte *pro Köln* eine Unterschriftensammlung gegen dieses Bauvorhaben. Nachdem weitere, alternative Standorte zur Diskussion gestellt worden waren, wurde die Kampagne schließlich auf ganz Köln ausgedehnt. Kurz vor der Kommunalwahl 2004 legte der Verein dem Beschwerdeausschuss des Rates der Stadt Köln 28.000 Unterschriften gegen den geplanten Moscheebau vor.

Bei ihrem erstmaligen Antreten bei Kommunalwahlen im Jahr 2004 erreichte *pro Köln* 4,7% der Stimmen und zog damit mit eigener Fraktion in den Stadtrat von Köln ein. Darüber hinaus errang *pro Köln* Sitze in allen neun Bezirksvertretungen.

Vorsitzender des Vereins war bis 2014 MARKUS BEISICHT (*1963), der anschließend zum später verfeindeten *pro-NRW* wechselte. *pro Köln* wurde unter dem Verdacht rechts-extremistischer Bestrebungen im Verfassungsschutzbericht des Landes *Nordrhein-Westfalen* aufgeführt und vom Verfassungsdienst beobachtet. Mehrere gerichtliche Klagen von *pro Köln* gegen die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht wurden mittlerweile abgewiesen. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf stellte in seinem Urteil fest, dass bei der *Bürger-bewegung pro Köln* hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung vorlägen.

Anfang 2005 gründeten Mitglieder der *Bürgerbewegung pro Köln*, zusammen mit ehemaligen Anhängern anderer nonkonformer Vereinigungen, die *Bürgerbewegung pro Deutschland*,

deren Vorsitzender MANFRED ROUHS (*1965) ist. Die neue Plattform will, nach eigener Darstellung, *demokratischen Patrioten überall in Deutschland die Möglichkeit an die Hand geben, bei sich vor Ort ähnliche Erfolge wie den Einzug von pro Köln in den Rat der Domstadt in Fraktionsstärke im vergangenen Jahr möglich zu machen.*

2007 ging aus der *Bürgerbewegung pro Köln* schließlich die *Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen* (*pro NRW*) hervor. Auch sie wird seit 2009 unter dem Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen beobachtet und im NRW-Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Der Bericht wirft beiden Gruppierungen vor, *mit ihren Aussagen und Forderungen weiterhin die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot* zu missachten. Ein Schwerpunkt der Kampagnen sei es, *Ängste vor Muslimen zu schüren*. Insgesamt gäbe es *tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen* durch eine Vielzahl von Äußerungen und Kontakten *zu anderen, teilweise rechtsextremistischen, zumindest aber ausländerfeindlichen Organisationen im In- und Ausland*.

2007 initiierte *pro Köln* eine „Anwohnerinitative“ gegen die Erweiterung des bestehenden moslemischen Gebetshauses in Köln-Ehrenfeld zur DITIB-Zentralmoschee Köln. Bei einer Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau wurden 23.000 Unterschriften gesammelt, von denen allerdings mehr als 7.000 ungültig waren, weshalb das Bürgerbegehren bereits am erforderlichen Quorum scheiterte.

Im Jahr 2006 startete der Verein eine „Jugendoffensive“, die mit dem Verteilen von Flugblättern mit der Aufschrift *Deutsch ist geil!* im März begann. Am 14. August 2006 wurde von *pro Köln* erstmals die Schüler- und Jugendzeitung *Objektiv* vor mehreren Kölner Schulen verteilt.

In den Jahren 2008/2009 organisierte *pro Köln* monatlich sogenannte Mahnwachen in der Kölner Innenstadt. Themen dieser Demonstrationen waren „Aktiv pro Menschenrechte – gegen die Unterdrückung der Frau im Islam“, „Gegen Türkisierung und Islamisierung – Köln darf nicht Istanbul werden“, „Nein zu türkischem Nationalismus und Chauvinismus – Das Schicksal der Armenier mahnt!“, „Gegen Großmoscheen, Hassprediger, Minarette, Muezzinruf und Parallelgesellschaften“ und „Nein zur Kölner Großmoschee – Für das Grundgesetz statt Minarett und Scharia.“ Außerdem produzierte *pro Köln*, nach dem Vorbild des niederländischen Politikers Geert Wilders, zwei islamkritische Filme.

Im September 2008 organisierte *pro Köln* einen „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln, zu dem Spitzenpolitiker der europäischen extremen Rechten, vom belgischen *Vlaams Belang* über den französischen *Front National* bis zur österreichischen FPÖ eingeladen waren. Aufgrund des beherzten bürgerschaftlichen Protests vieler Kölner geriet der Kongress allerdings zum peinlichen Fiasko.

Bei der Kommunalwahl 2009 erreichte *pro Köln* 5,3% der Stimmen (5 Mandate).

pro Köln sprach sich in ihrem Programm gegen die angebliche „Islamisierung“ Kölns und insbesondere gegen den Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld aus. Zudem vertrat sie ein hartes Durchgreifen „gegen jugendliche Gewalttäter“, die nach Ansicht von *pro Köln* überwiegend „einen Zuwanderungshintergrund“ besäßen. „Abgelehnte Asylbewerber“ sollten nach dem Willen von *pro Köln* „unverzüglich abgeschoben“, Beratungsstellen für sogenannte „Illegale“ abgeschafft werden, das Asylrecht ein „Ende haben“. Ebenso sollten „für unsinnige Projekte“ im Sozial- und Kulturbereich sowie für „Randgruppen“ keine Steuergelder mehr ausgegeben werden.

pro Köln arbeitete z.T. mit Personen aus dem rechtsextremen Spektrum zusammen und war in der internationalen Szene rechter bzw. rechtsextremer Parteien gut vernetzt.

Ganz ähnlich *pro NRW*: Hauptthema der Partei ist die Ablehnung der angeblichen „Islamisierung“ sowie der „Überfremdung“ Deutschlands durch muslimische Migranten. *pro NRW* plant verschiedene Initiativen gegen den Bau von Moscheen und Minaretten und orientiert sich dabei am Vorbild des von der schweizerischen SVP initiierten Volksbegehrens. Ziel ist eine europäische Bürgerinitiative und ein europaweites Minarettverbot.

Darüber hinaus fordert *pro NRW* einen vollständigen Zuwanderungsstopp von Ausländern und die Abschiebung von ausländischen Straftätern. Weitere Themen aus dem Programm „7 Punkte pro NRW“ umfassen eine Nulltoleranzstrategie in sogenannten „ethnischen und sozialen Brennpunktvierteln“, ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen, die Abschiebung von sogenannten „Hasspredigern“ und die Bekämpfung von „islamischen Parallelgesellschaften“. Auch dürften keine weiteren Anreize für eine „Einwanderung ins soziale Netz der Bundesrepublik“ geschaffen werden. Im Bildungsbereich vertritt die Gruppierung deutlich rechtskonservative Positionen (dreigliedriges Bildungssystem, „Elitenförderung“, Ethik, „Staatsbürgerkunde“ und Geschichte zur „christlich-abendländisch geprägten Wertevermittlung“ als Pflichtfächer). In der Kulturpolitik propagiert sie die Förderung der „Hochkultur“ und wendet sich gegen die Unterstützung „avantgardistischer Projekte“, die nach Auffassung von *pro NRW* für „den Normalbürger nicht von Interesse“ seien. Im Gegenzug fordert *pro NRW* mehr „direkte Demokratie“ durch Volksabstimmungen.

Ähnlich wie bei der FPÖ ist auch bei *pro NRW* zu beobachten, dass, obwohl etliche Funktionäre der Partei sich aus dem rechtsextremen Lager rekrutierten, die Bewegung mittlerweile auch in (klein-)bürgerlichen Kreisen reüssiert.

pro NRW trat bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2009 erstmals in sieben der insgesamt 54 kreisfreien Städte und Kreise an. *pro NRW* und *pro Köln* erzielten zusammen landesweit zwar nur 0,6 % der Stimmen, wobei knapp die Hälfte davon auf *pro Köln* entfiel. *pro NRW* zog damit allerdings in vier Kreistage sowie in die Parlamente von vier kreisfreien

und von fünf kreisangehörigen Städten ein. In Köln (5,4%), Gelsenkirchen (4,3%) und Leverkusen (4%) erreichte die Gruppierung Fraktionsstärke. Bei der Landtagswahl 2010 verfehlte *pro NRW* mit 1,4% der Stimmen die Fünfprozenthürde klar.

Insgesamt sind bei den verschiedenen *pro*-Parteien – lokale Ableger wurden mittlerweile auch in Berlin, München, Baden-Württemberg, Sachsen und anderen Orten gegründet – immer stärkere rechtsextreme Verbindungen und Tendenzen zu beobachten. Der Erfolg der „gemäßigteren" AfD wird diesen Prozess der Radikalisierung wahrscheinlich noch verstärken bzw. mittelfristig zur Auflösung der *pro*-Bewegungen führen. Tatsächlich kam es nach parteiinternen Konflikten und persönlichen Rivalitäten im Jahr 2018 zur Vereinsauflösung der *Bürgerbewegung pro Köln*. Im Gegensatz dazu ist *pro NRW* weiterhin aktiv und in geringer Zahl auf Kommunalebene vertreten.

Internet:
pro Köln: http://www.pro-koeln-online.de
Pro NRW: www.pro-nrw.net
Pro Berlin: http://www.pro-berlin.net/
Städte gegen Islamisierung: http://www.stedentegenislamisering.be/De/

Ausgewählte Literatur:
Busch, Christoph (2008): *Rheinischer Rechtsradikalismus*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2008, 17–20.
Edathy, Sebastian; Sommer, Bernd (2009): *Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen, Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten.* In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, 45–57.
Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung", Düsseldorf 2010. http://www.forena.de/wp-content/uploads/2011/11/93_Expertise_ArbeitsstelleNeonazismus23032010.pdf
Überall, Frank (2010): „Ich bin die Strafe …" – Rechtspopulismus der „Pro-Bewegung" am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat. Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen, Köln. http://www.laga-nrw.de/data/laga_ueberall_broschura5_endfassung.pdf
Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012: http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/aktuell.pdf

Rassemblement National (RN)

Frankreich verfügt über eine lange rechtsextreme Tradition, die wegen der Unterstützung des Vichy-Regimes bis in die 1970er-Jahre diskreditiert war und vom Gaullismus weitgehend absorbiert wurde. Der Aufstieg des bereits im Oktober 1972 aus dem Zusammenschluss mehrerer kleinerer nationalkonservativer Gruppierungen als Sammlungsbewegung entstandenen *Front National* (FN) begann mit dem Sieg François Mitterrands im Jahr 1981. Der

Mitbegründer des FN und langjährige Vorsitzende JEAN-MARIE LE PEN (*1928) war bereits Abgeordneter der 1955 von Pierre Poujade gegründeten Anti-Steuer-Bewegung *Union de défense des commerçants et artisans* (UDCA, Union zur Verteidigung der Händler und Handwerker) in der französischen Nationalversammlung. Die „Poujadisten“ hatten bei den Parlamentswahlen 1956 11,6% erzielt. Mit der Rückkehr De Gaulles zwei Jahre später wurde die populistische Bewegung der Kleingewerbetreibenden allerdings bedeutungslos.

Ähnlich wie in anderen rechten Bewegungen kämpften auch im FN seit seiner Gründung zwei weltanschauliche Lager um Macht und Einfluss. In der Anfangszeit, den frühen 1970er-Jahren, stand der FN stark unter dem Einfluss des rechtsradikalen Milieus aus ehemaligen Vichy-Anhängern und Neonazis. Gegen Ende des Jahrzehnts wurde die Partei zum Sammelbecken von katholischen Traditionalisten. In den späten 1980er-Jahren geriet der *Front National* wieder stärker unter die Kontrolle der Anhänger der „Nouvelle Droite“ um Bruno Mégret. Und nach dem Bruch zwischen Le Pen und Mégret bekamen die Traditionalisten um Bruno Gollnisch wieder stärkeren Aufwind.[128]

Der FN machte von Anfang an mit fremdenfeindlichen Äußerungen und Parolen auf sich aufmerksam.[129] Aufgrund seiner integrationsfeindlichen Haltung und seines latenten Antisemitismus und Autoritarismus blieb die Partei in der französischen Politik lange Zeit isoliert.[130] Durch den Verzicht der Rechtskonservativen auf eine Zusammenarbeit mit den Rechtsradikalen konnten sich bei den in Frankreich üblichen Stichwahlen häufig linke Kandidaten durchsetzen.

Allmählich gelang es Le Pen, viele der kleinen rechten Splittergruppen unter dem Dach des FN zu vereinen. Der eigentliche Durchbruch erfolgte bei den Europawahlen 1984, als der FN auf Anhieb sensationelle 11,1% und 10 Abgeordnete erhielt, und bei den Parlamentswahlen 1986, als fast 10% der Wähler dem FN ihre Stimme gaben. Die wirtschaftlichen Probleme, die ungeliebte *Cohabitation* (1986–1988) und eine Reihe von Skandalen trieben dem FN die Wähler zu. Die Partei profitierte aber auch von der Neigung der französischen Bevölkerung zur „Sanktionswahl“, von der zeitweiligen Hegemonie der Linken, die zur Radikalisierung der rechten Opposition führte, und nicht zuletzt vom Niedergang des populistischen Neogaullismus, der sich immer mehr dem wirtschaftlichen Liberalismus zuwandte. Außerdem gelang es dem Charismatiker Le Pen, eine starke organisatorische Struktur (Mitglieder, Presse, Jugend-, Frauen- und andere berufsständische Gruppen) aufzubauen. Bei den Europawahlen 1989 erreichte der FN 11,7%, bei den Parlamentswahlen 1993 12,6% – und war damit als „vierte Kraft“ etabliert. Bis 1997 konnte der Stimmenanteil kontinuierlich auf

[128] Balent 2013.
[129] Le Pen wurde seit 1960 in mehr als 20 Fällen, u.a. wegen Beleidigung, Morddrohungen, rassistischer sowie negationistischer Erklärungen und wegen Körperverletzung rechtskräftig verurteilt.
[130] 1983 hatten RPR und UDF bei den Kommunalwahlen in Drieux ein Wahlbündnis mit dem FN geschlossen, sich in der Folge, als Le Pen die Vernichtung der Juden als „Detail der Geschichte“ bezeichnet hatte, jedoch scharf von ihm distanziert.

über 15% gesteigert werden. Allerdings verhinderte das französische Mehrheitswahlsystem eine dem Stimmenanteil adäquate Repräsentation des FN im Parlament; nur 1986, als nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurde, konnte die Partei 34 Mandate erringen.

Im Dezember 1998 spaltete sich der frühere Funktionär Bruno Mégret, der Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien befürwortete und zwischen klassischem Liberalismus und moderatem Nationalismus oszilliert, mit zahlreichen Mitgliedern von der Partei ab und gründete den *Mouvement National Républicain* (MNR, Nationale Republikanische Bewegung), wovon aber in erster Linie die europakritische bürgerliche Rechte um Pasqua und de Villiers profitierte. Der Austritt Bruno Mégrets und die Abspaltung des MNR waren weniger ideologisch begründet, als vielmehr Höhepunkt eines parteiinternen Machtkampfes um die richtige Strategie. Im selben Jahr wurde Le Pen wegen Körperverletzung an einer sozialistischen Bürgermeisterin zu drei Monaten Gefängnis auf Bewährung und einem Jahr Unwählbarkeit verurteilt. Der FN schien am Ende.

Bei den Europawahlen 1999 erhielt der FN nur noch 5,7%, der neue *Mouvement National Républicain* 3,3%. Dennoch setzte sich im internen Wettstreit schlussendlich der FN durch. Bei den Parlamentswahlen 2002 erreichte der FN wiederum 11,3%, der MNR nur noch 1,1%.

Noch erfolgreicher war Jean-Marie Le Pen bei den Präsidentenwahlen: 1988 kam er auf 14,4%, 1993 auf 15%, 2002 auf 16,9% – und erhielt damit mehr als der Kandidat der Sozialisten (PS) Lionel Jospin, was Le Pen sogar in den zweiten Wahlgang brachte, wo er gegen den amtierenden Präsidenten Jacques Chirac auf 17,8% kam. Im Präsidentschaftswahlkampf 2007 konnten Le Pen und der FN diesen Erfolg jedoch nicht wiederholen und verloren zugunsten des populistischen „bürgerlichen“ Kandidaten Nicolas Sarkozy deutlich an Wählerstimmen.

Anfang 2011 übernahm Jean-Marie Le Pens Tochter MARINE LE PEN (*1968) den Parteivorsitz. Im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen im April 2012 erhielt sie mit 17,9% der gültigen Stimmen mehr, als ihr Vater jemals erreicht hatte. Bei den darauf folgenden Parlamentswahlen errang der FN zwei Abgeordnetenmandate, von denen eines an Jean-Marie Le Pens Enkelin MARION MARÉCHAL-LE PEN (*1989) ging.

Bei der Europawahl 2014 gelang dem FN ein in diesem Ausmaß nicht vorhersehbarer Triumph. Die Partei erzielte mehr als 25% und wurde damit erstmals – und mit großem Abstand auf die bürgerliche UMP – stärkste Partei des Landes. Bei den Départementswahlen im März 2015 konnte der FN zwar zahlreiche Ratsposten, aber – entgegen seinen hochgesteckten Erwartungen – kein Département gewinnen.

Im Frühjahr 2015 eskalierte der schon länger schwelende Konflikt zwischen der Parteivorsitzenden Marine Le Pen und ihrem Vater. Anlass waren einmal mehr dessen umstrittene Bemerkungen zum Holocaust. Im Mai suspendierte das Exekutivbüro der Partei

seine Mitgliedschaft, und am 20. August 2015 wurde Jean-Marie Le Pen wegen „schwerer Verfehlungen“ sogar aus „seiner Partei“ ausgeschlossen.

Obwohl Marine Le Pen für die Präsidentschaftswahlen 2017 lange Zeit als Favoritin gegolten hatte, wurde sie im ersten Wahlgang mit 21,3% der Stimmen nur zweite hinter dem Shootingstar Emmanuel Macron. In der Stichwahl erhielt sie mit 33,9% deutlich weniger als erhofft. In der kurz darauf folgenden Wahl zur Nationalversammlung konnte der FN mit 13,2 % der Stimmen 8 Mandate erringen, mehr als bei den vorherigen Wahlen, aber viel zu wenig, um im Parlament eine Rolle spielen zu können..

Im März 2018 kündigte Marine Le Pen die Umbenennung der Partei in *Rassemblement National* an, ein Schritt, der im Juni 2018 von einer großen Mehrheit der Mitglieder per Urabstimmung bestätigt wurde. Der neue Parteiname geht auf die in den 1980er Jahren unter Jean-Marie Le Pen bestehende Parlamentsgruppe *Front National – Rassemblement National* zurück.

Die Partei beschreibt sich selbst als „patriotisch“ und „national“, und kann v.a. durch die zeitweilige Monopolisierung der Themen Migration und Sicherheit punkten. Eine ihrer wichtigsten Forderungen ist die Beschränkung der Zuwanderung, insbesonders jener aus außereuropäischen und muslimischen Ländern. Illegale Einwanderer sollten unverzüglich ausgewiesen werden.

Die ideologischen Positionen des *Front National* waren stets bis zur Systemfeindlichkeit zugespitzt. Das Parteiprogramm war nationalistisch, autoritär, ethnozentristisch, systemfeindlich und latent bis offen antisemitisch. Affinitäten zum Neofaschismus waren nicht zu übersehen. Predigte man zunächst einen wirtschaftlichen Neoliberalismus, so erfolgte mit dem Strukturwandel der Wählerschaft eine Hinwendung zum Linkspopulismus. Neoliberale Prinzipien galten nur noch soweit, als sie den „Interessen der Volksgemeinschaft“ nützten. Wohlfahrtschauvinismus, Protektionismus und freier Markt verbanden sich, um sowohl für Arbeiter als auch für Kleinbürger wählbar zu sein.

Der FN forderte die Bevorzugung der Franzosen im Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie bei der Sozialversicherung. Diese *Préférence nationale* sollte u.a. mithelfen, soziale Klassengegensätze zugunsten einer „sozialen Volksgemeinschaft“ – *Social parce que national* („Sozial weil national“) lautete ein Slogan – zu überwinden, d.h. die Partei betonte das korporatistische Thema der Solidarität, die nicht auf sozialen Klassen, sondern auf einer nationalen Gesinnung basiert. Außerdem verfolgte der FN eine betonte „Law & Order“-Politik und verlangte die Rückführung straffällig gewordener Einwanderer und die Wiedereinführung der Todesstrafe. Gleichzeitig verband er den „modernen Rechtsextremismus“ mit neokonservativen Vorstellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (weniger Staat, weniger Steuern, Einschränkung des gewerkschaftlichen Einflusses).

Weitere programmatische Schwerpunkte der Partei sind die größere Unabhängigkeit Frankreichs von der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen, der Schutz der einheimischen Landwirtschaft und Industrie sowie die Rückbesinnung auf traditionelle Werte (Bedeutung der Familie, Verbot der Abtreibung, Ablehnung von Homosexualität und „entarteter Kunst“ etc.). Der *Front National* bezog auch immer wieder offen antiamerikanische und Anti-EU-Positionen, die nicht selten auch mit antisemitischen Untertönen einhergingen. Diese regelmäßigen verbalen Entgleisungen waren dabei als bewusste Provokationen zu verstehen, die mediale Aufmerksamkeit erzeugten, ein Außenseiterimage schafften, die selbstgewählte Isolierung verstärkten und gleichzeitig die politisch „unkorrekten“ Botschaften allmählich banalisieren sollten. *Der spezifische Opportunismus (…)* – Allain Rollat spricht von *ideologischer Rumpelkammer – macht das eigentliche Erfolgsgeheimnis des FN aus.*[131]

War die Kernwählerschaft des FN zunächst v.a. unter den kleinen Selbständigen zu finden, so veränderte sich die Zusammensetzung der Wählerschaft im Laufe der Jahre stark. In den 1990er-Jahren gelang es dem FN, in die traditionellen Wählerschichten der Linken, v.a. der bis dahin führenden Kommunistischen Partei (KPF), einzudringen und zu einer der stärksten Arbeiterparteien des Landes zu werden. Die Partei profitierte dabei vom Strukturwandel und der hohen Arbeitslosigkeit in den Industrierevieren, aber auch in den *Banlieus* der großen Städte, wo die sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen aufeinandertrafen und die daraus resultierenden Spannungen sich in Kriminalität und Rassismus entluden. Ihre Wähler sind heute vorwiegend im verstädterten und industrialisierten Ostteil des Landes zu finden, im Elsass, bis heute eine der Hochburgen der Partei, im Großraum Paris, aber auch an der Côte d'Azur und dem Rhône-Gebiet; sie sind überwiegend männlich – wobei das Geschlechterverhältnis in den letzten Jahren etwas ausgeglichener wurde – und stehen der Kirche vielfach distanzierter gegenüber, als der Durchschnitt der Franzosen. Zu den früheren Wählern der Linken und jenen der traditionellen französischen Rechten gesellen sich außerdem noch traditionalistische Katholiken und Vichy-Anhänger. *The FN has become a cross-class party capable of winning support from all social milieux and all political backgrounds.*[132]

Umfragen belegen, dass es in der französischen Bevölkerung eine Unterstützung für manche Themen und Ziele der Partei gibt, die mit 20% bis 25% weit über das tatsächliche Elektorat hinausreichen. Dem französischen Rechtsextremismus ist es demnach gelungen, Wurzeln zu schlagen und die Wählerschaft ideologisch zu infiltrieren. Aufgrund des französischen Mehrheitswahlrechts konnte Erfolg des FN allerdings weniger in direkten

[131] Decker 2004:65.
[132] Balent 2013:178.

Wahlerfolgen und parlamentarischer Repräsentation gemessen werden, sondern eher am indirekten Einfluss auf die französische Politik.

Die Wähler der Partei verorten sich selbst nur teilweise als „rechts“. Etwa 10% bezeichnen sich als „weit rechts stehend“, 20% als „eher rechts“ und rund 30% als „weder rechts noch links“. In manchen gesellschaftspolitischen und sozialen Fragen sind sie sogar weit weniger „rechts“, als die Anhänger der konservativen Parteien. Bei den Themen Recht und Ordnung, Nationalismus und Minderheiten unterscheiden sie sich allerdings deutlich. Sie sind mit ihrem Leben überwiegend unzufrieden, wenden sich gegen Gewerkschaften (75%), kritisieren die Justiz (62%) und die Verwaltung (56%) und schimpfen gleichermaßen auf Medien und Politik (je 54%). Die eigene und die Zukunft des Staates werden äußerst skeptisch bewertet (43% bzw. 62%).[133]

Bei den Präsidentschaftswahlen 1995 betrug der Anteil der Arbeiter unter den FN-Wählern 27% (Jospin: 13%), jener der Erwerbslosen 34%; 18% hatten keinen, weitere 18% nur einen Grundschulabschluss, lediglich 7% das Abitur. Es zeigte sich auch, dass die Wähler Le Pens das geringste Vertrauen in staatliche Institutionen (Ausnahme: Armee) aufwiesen und vielfach auch persönlich isoliert wirkten.[134]

Der *Front*, jetzt *Rassemblemernt National*, ist einerseits „Bewegung“, andererseits aber eine starke Mitgliederpartei und verfügt über ein weitverzweigtes Netz von Vereinen und publizistischen Zirkeln.

Im Januar 2007 schlossen sich die Abgeordneten des *Front National* im Europaparlament mit Abgeordneten anderer rechter Parteien zur neuen Fraktion *Identität, Tradition, Souveränität* zusammen. Fraktionsvorsitzender war der FN-Politiker Bruno Gollnisch. Politische Grundlage der kurzlebigen ITS-Fraktion war die „Wiener Erklärung der europäischen patriotischen und nationalen Parteien und Bewegungen.“

Nach der Übernahme der Parteiführung durch Marine Le Pen hielt die Partei einen gewissen Abstand zu offen rechtsextremen Gruppierungen wie der britischen BNP oder der deutschen NPD und versuchte, sich als respektable und der Demokratie verpflichtete Kraft der rechten Mitte zu positionieren. *The attitude and policy choices of Marine Le Pen bear witness to the ‚adaptation strategy’ (…) This strategy ‚consists of getting involved in an explicit process ofintegration into the political scene’ by adopting a more restrained and respectable rhetoric that adheres more closely to the expectations of the electorate and that is more in line with the issues of the day.*[135] Im Zentrum der politischen Agitation standen weiterhin die Islamkritik und die Warnung vor einer „Islamisierung“ Frankreichs. Die Präsidentschaft François Hollandes und die Installation einer linken Regierung verschaffte dem FN darüber

[133] Falkenberg 1997.
[134] Mayer 1996.
[135] Balent 2013:168.

hinaus ein reiches Betätigungsfeld in umstrittenen gesellschaftspolitischen Fragen, wie z.B. der gleichgeschlechtlichen Ehe. Nach dem Wahlsieg Macrons und den nach der neuerlichen Niederlage folgenden innerparteilichen Turbulenzen tritt die Partei gegenwärtig nur wenig in Erscheinung.

Ausgewählte Wahlergebnisse:

1984: 11,0% (EU-Wahlen)
1986: 9,8% (Parlament)
1986: 9,6% (Regionalwahlen)
1988: 9,7% (Parlament), 14,4% (Präsidentschaftswahlen, Le Pen)
1989: 11,7% (EU-Wahlen)
1992: 13,8% (Regionalwahlen)
1993: 12,7% (Parlament)
1994: 10,5% (EU-Wahlen)
1995: 15,3% (Präsidentschaftswahlen, Le Pen)
1997: 14,9% (Parlament)
1998: 15,0% (Regionalwahlen)
1999: 5,7% (EU-Wahlen) [3,3% MNR]
2002: 16,9% (Präsidentschaftswahlen, Le Pen) [2,3% Megret]
11,3% (Parlament) [1,1% MNR],
2004: 9,8% (EU-Wahlen) [0,3% MNR]
16,6% (Regionalwahlen) [1,2% MNR]
2007: 4,3% (Parlament)
2009: 6,3% (EU-Wahlen)
2012: 17,9% (Präsidentschaftswahlen, Marine Le Pen)
2014: 25% (EU-Wahlen)
2017: 21,3% (Präsidentschaftswahlen, Marine Le Pen)
13,2% (Parlament)

Internet:
Offizielle Website: http://www.frontnational.com/ (Französisch)
Marine Le Pen: http://www.marinelepen.fr/ (Französisch)
Bundeszentrale für politische Bildung:
http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/184221/wie-marine-le-pen-den-front-national-modernisierte

MNR: http://www.m-n-r.net/ (Französisch)

Ausgewählte Literatur:
Balent, Magali (2013):*The French National Front from Jean-Marie to Marine Le Pen: Between Change and Continuity.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 161–186.
Camus, Jean-Yves (1998): Front national. Eine Gefahr für die französische Demokratie? Bonn.
Heimberger, Daniela (2001): Der Front National im Elsaß. Rechtsextremismus in Frankreich – eine regionale Wahlanalyse, Wiesbaden.
Ivaldi, Gilles (2005): *Les formations d'extrème-droite: Front national et Mouvement national républicain.* In: Bréchon, Pierre (Hrsg.), Les partis politiques français, Paris, 15–44.
Lampe, Thomas (1992): Der Aufstieg der „Front National" in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts, Frankfurt am Main.
Schmid, Bernhard (1998): Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National, Berlin.
Tristan, Anne (1988): Von innen. Als Mitglied der Front National in der Hochburg Le Pens, Köln.

Die Republikaner (REP)

Die Partei wurde 1983 von enttäuschten CSU-Mitgliedern um FRANZ HANDLOS (1939–2013) gegründet, die die deutschen Ostkredite ablehnten und die von Helmut Kohl bei der Regierungsübernahme angekündigte „geistig-moralische Wende“ vermissten. Nach internen Richtungskämpfen wurde 1985 der Journalist FRANZ SCHÖNHUBER (1923–2005) als Nachfolger von Handlos zum Parteivorsitzenden gewählt. Unter ihm vollzog die Partei nach dem Vorbild des französischen *Front National* einen deutlichen Rechtsschwenk *(Siegburger Manifest).*

Ab Mitte der 1980er-Jahre konnten die *Republikaner* einige überraschende Achtungserfolge erzielen, so etwa 1986 bei der Landtagswahl in Bayern mit 3% der Stimmen. Ministerpräsident Franz Josef Strauß kommentierte den Wahlerfolg der REP damals mit den Worten: *Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben!*

Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 errangen die *Republikaner* 7,5%, bei der Europawahl am 18. Juni desselben Jahres 7,1% der Stimmen und zogen mit 6 Abgeordneten, darunter auch Schönhuber, ins Europaparlament ein. Ihr bestes Ergebnis erzielten sie dabei in Bayern mit 14,6%. Nach internen Diskussionen beschloss das Bundespräsidium der CDU, Koalitionen mit den *Republikanern* generell auszuschließen. Bei den folgenden Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg konnte die Partei in einige Kommunalparlamente einziehen – z.T. mit mehr als zehn Prozent der Stimmen. Die Landtagswahlen des Jahres 1990 verliefen hingegen enttäuschend und in der Partei setzte eine Diskussion über eine mögliche Zusammenarbeit mit der DVU und der NPD ein.

Interne Streitigkeiten veranlassten Schönhuber im Jahr 1990, seinen Posten als Parteivorsitzender vorübergehend aufzugeben. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 kamen die *Republikaner* über ein Ergebnis von 2,1% nicht hinaus.

Von 1992 bis 2001 waren die REP auch im Landtag von Baden-Württemberg vertreten, nachdem sie 1992 dort überraschend 10,9% erzielt hatten. Kurz darauf beschlossen der Bundesinnenminister und die Innenminister der Länder einstimmig, die *Republikaner* von den Verfassungsschutzbehörden überwachen zu lassen.

Bei der Europawahl 1994 scheiterte die Partei an der Fünfprozenthürde. Franz Schönhuber wurde wegen seiner Kontakte zum DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey wegen parteischädigenden Verhaltens seines Amtes enthoben. Der von ihm favorisierte Nachfolge-

kandidat Rudolf Krause unterlag dem Anführer der „Putschisten“, dem Arzt und Anwalt ROLF SCHLIERER (*1955), weshalb Schönhuber die Partei 1995 verließ.

Unter Schlierer, der von 1989 bis 1992 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates, von 1992 bis 2001 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und seit 2004 neuerlich Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates war, versuchte sich die Partei als „respektable“ Kraft zu präsentieren, distanzierte sich von rechtsextremen Tendenzen und verlor in der Folge gegenüber Parteien wie der NPD oder der DVU an Bedeutung. Nachdem die *Republikaner* im Jahr 2001 in Baden-Württemberg mit 4,4% der Stimmen an der Fünfprozenthürde gescheitert waren, sind sie derzeit in keinem Landesparlament, sondern nur noch in kommunalen Parlamenten vertreten. Bei den Kommunalwahlen 2004 in Rheinland-Pfalz konnten sie ihre Mandatszahl sogar deutlich steigern.

Innerparteiliche Gegner und Aktivisten der rechten Szene werfen Schlierer seit Jahren vor, er versuche die Partei als „Koalitionspartner der Mitte" zu positionieren. Bei der Bundestagswahl 2005 hielten die *Republikaner* mit 0,6% ihr Ergebnis von 2002 und überwanden damit die 0,5%-Hürde zur staatlichen Parteienfinanzierung. Gleichzeitig lagen sie zum ersten Mal deutlich hinter der NPD. 2009 sank ihr Anteil auf 0,4%.

Seit dem enttäuschenden Abschneiden bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2010 (0,3 %) – bei der *pro NRW* mit 1,4 % deutlich besser abschnitt – kommt es zu einer verstärkten Zusammenarbeit der REP mit der Pro-Bewegung.

Die *Republikaner* sind, so wie zahlreiche andere rechte Gruppierungen auch, regelmäßig vom „Spaltpilz“ betroffen. Interne Streitigkeiten, Austritte und Abspaltungen sind an der Tagesordnung. Bekannteste Abspaltungen sind: *Freiheitliche Volkspartei* (FVP), 1985; *Demokratische Republikaner Deutschlands* (DRD), 1989; *Bund der Deutschen Demokraten* / *Die Deutschen Demokraten*, 1989; *Deutsche Liga für Volk und Heimat* / *Deutsche Allianz – Vereinigte* Rechte, 1991.

Die *Republikaner* bezeichnen sich selbst als „konservativ, sozial, ökologisch und patriotisch" und werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz seit 2005 nicht mehr als „rechtsextrem“ eingestuft.

Das 2002 verabschiedete aktuelle Bundesparteiprogramm trägt den Titel „Die Republikaner / sozial – patriotisch – ökologisch“ und bekennt sich zur Nation als Grundlage der Demokratie. Das Bekenntnis zur „deutschen Kulturnation“ dient der deutlichen Abgrenzung von der „multikulturellen Gesellschaft“, die für die *Republikaner* „eine Konfliktgesellschaft“ ist und als deren Auswüchse massenhafte Zuwanderung, ökonomische Globalisierung, die „totalitäre“ Herrschaft multinationaler Konzerne und die Medien-Indoktrination der Bevölkerung gesehen werden. Das Programm fordert ein „Europa der Vaterländer“, also der gleichberechtigten und souveränen Nationalstaaten, und sagt „Nein zu dieser EU“. Das Bekenntnis zu den Werten

des „christlichen Abendlandes“ geht einher mit der Ablehnung des Islam, der als „spalterischer Fremdkörper“ bezeichnet wird. Folgerichtig werden der EU-Beitritt der Türkei grundsätzlich und der EU-Beitritt der ost- und südosteuropäischen Staaten unter den derzeitigen Bedingungen abgelehnt. In den Beziehungen zu Polen und der Tschechischen Republik dominieren geschichtsrevisionistische Reflexe (Infragestellung der Oder-Neiße-Grenze, Aufhebung der Beneš- und Bierut-Dekrete).

Die *Republikaner* fordern einen Ausbau der plebiszitären Demokratie, die Reduktion der Abgeordnetenzahl entsprechend der Wahlbeteiligung und die Beseitigung von Sperrklauseln wie der Fünfprozenthürde. Als „Partei für Recht und Ordnung“ fordern sie schärfere Drogengesetze, strengere Regelungen zur Abtreibung und eine Rückkehr zu konservativen Ehe- und Familienwerten (und damit die Aufhebung der Lebenspartnerschaft für Homosexuelle). Besonders großen Raum nimmt die Ausländerpolitik ein. Die *Republikaner* warnen vor „Überfremdung“ und „Masseneinwanderung“ und fordern die Streichung des Grundrechts auf Asyl aus dem Grundgesetz, ein deutlich beschleunigtes Asylverfahren, die „Abschiebung krimineller Asylbewerber auch vor Abschluss des Verfahrens“ und die sofortige Ausweisung von schwer straffälligen oder „integrationsunwilligen“ Ausländern.

Als „ökologische“ Partei lehnen die *Republikaner* den weiteren Ausbau der Kernenergie ebenso ab wie die Gentechnologie; die geforderte Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz impliziert auch ein Verbot des rituellen Schächtens. Weitere wertkonservative Forderungen sind: die Abschaffung der bestehenden Gesamtschulen, die Einführung von Schuluniformen oder die Aufhebung der deutschen Rechtschreibreform von 1996.

Die Parteimitglieder der *Republikaner* rekrutieren sich vorwiegend aus dem konservativen bildungsbürgerlichen Lager, ihre Anhängerschaft besteht allerdings auch aus ehemaligen SPD-Wählern.

Die *Republikaner* waren noch auf keiner politischen Ebene an einer Regierung beteiligt. Der Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit liegt auf der kommunalen Ebene.

Auf Landesebene wurden die REP bisher zwei Mal in Landesparlamente gewählt: Bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg 1992 erhielten sie 10,9% der Stimmen und zogen mit 15 Abgeordneten ins Parlament ein. 1996 gelang ihnen hier der Wiedereinzug mit 9,1% der Stimmen (14 Abgeordnete). Bei der Landtagswahl 2001 scheiterten sie an der Fünfprozenthürde. In Berlin gelang den REP 1989, der letzten Wahl in Westberlin, mit 7,5% (11 Mandate) der Einzug in das Abgeordnetenhaus. 1990, anläßlich der ersten Wahl in Gesamtberlin, scheiterten sie an der Fünfprozenthürde.

1989 schafften die *Republikaner* mit 7,1% und 6 Abgeordneten den Sprung ins Europäische Parlament. Zusammen mit den 10 Abgeordneten des französischen *Front National* und dem einen des belgischen *Vlaams Blok* bildeten die REP die *Technische Fraktion der Euro-*

päischen Rechten (Technical Group of the European Right). Fünf Jahre später verfehlten sie mit 3,9% den Wiedereinzug.

Im deutschen Bundestag waren die *Republikaner* durch Fraktionsübertritte mit insgesamt 3 Abgeordneten zeitweise vertreten, obwohl sie bei allen Bundestagswahlen erfolglos blieben. Auf kommunaler Ebene besitzen die *Republikaner* v.a. in Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Mandate (2005 insgesamt 180 Mandatsträger in 95 Städten und Landkreisen). In Norddeutschland, aber auch in den neuen Bundesländern, mit Ausnahme Sachsens und Thüringens, sind die REP so gut wie nicht vertreten.

Das sechs Mal jährlich mit einer Auflage von 10.000 Stück erscheinende Presseorgan der *Republikaner* heißt seit Januar 2004 *Zeit für Protest!* (vormals: *Der Republikaner*, davor: *Republikanischer Anzeiger).*

International unterhalten die *Republikaner* enge Kontakte zum französischen *Front National*, zum belgischen *Vlaams Belang* und zur österreichischen FPÖ.

Generell können die *Republikaner*, deren Führungsriege sich stets vom rechten Rand abzugrenzen versucht hat, nicht als „rechtsextrem“, sondern eher als rechtskonservativ bis rechtspopulistisch bezeichnet werden. Die Partei distanzierte sich wiederholt vom Rassismus und Antisemitismus der „alten Rechten“ und knüpft an die Ideen der „neuen Rechten“ an, die allen Kulturen einen eigenständigen Wert zusprechen, in „Entwurzelung und Vermischung“ allerdings die Quelle gesellschaftlicher und individueller Probleme sehen. Die *Republikaner* pflegen einen „Extremismus (und Rassismus und Sexismus) der Mitte“[136] und bilden innerhalb des rechten Parteienspektrums in Deutschland die (abgesehen von der CSU) moderateste Partei. Allerdings war die Partei stets von Flügelkämpfen zwischen Rechtskonservativen und Rechtsextremen geprägt und in Teilen der Partei besteht durchaus die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen.

Die auf eine überwiegend (klein)bürgerliche Wählerschicht hin orientierten *Republikaner* haben in den letzten Jahren auch auf kommunaler Ebene den Großteil ihrer Sitze verloren; selbst in ihrem Stammland Bayern verfügt die Partei nach den Kommunalwahlen 2014 nur noch über 25 Mandate in Kreisen und kreisfreien Städten. Bei der Landtageswahl in Baden-Württemberg scheiterten Die Republikaner 2016 mit einem Ergebnis von 0,3% an den Anforderungen staatlicher Parteienfinanzierung. Das Amt des Bundesvorsitzenden ging im selben Jahr an Kevin Krieger über.

Internet:
Offizielle Website: http://www.rep.de/

[136] Scharenberg 2006:83ff.

Ausgewählte Literatur:
Guggemos, Peter (2000): Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Das Angebot der Partei und die politische Nachfrage, Würzburg.
Jaschke, Hans-Gerd (1994): Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn.
Leggewie, Claus (Hrsg.) (1990): Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin.
Neubacher, Bernd (2001): Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechts-extremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei? Dissertation Universität Stuttgart.
http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2002/1139/pdf/Dissertation_Bernd_Neubacher.pdf

Ruch Narodowy (RN)

Ende 2012 schlossen sich mehrere rechtsextreme Klein- und Splittergruppen, darunter die Allpolnische Jugend und das National-Radikale Lager (ONR) zur Nationalen Bewegung zusammen. Ein wichtiges Element der RN-Ideologie ist die direkte Anknüpfung an die ultranationalistischen Bewegungen der 1920er Jahre, z.B. an die militant antisemitische und antikommunistische *Obóz Narodowo-Radykalny* (Nationalradikales Lager).

Kristallisationspunkt der Nationalen Bewegung war von Anbeginn an der seit 2010 stattfindende „Marsch der Unabhängigkeit“ zum polnischen Unabhängigkeitstag am 11. November. Erklärtes Vorbild und wichtigster internationaler Partner ist die ungarische *Jobbik*, mit der sogar ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnet wurde. Angelehnt an das Vorbild der „Ungarischen Garde“ hat die RN ebenfalls eine paramilitärische Organisation (*Straz Narodowa*, Nationale Wache) aufgebaut.

Ruch Narodowy (RN) ist als Sammelbecken für alle „national denkenden Polen“ gedacht und soll zur Keimzelle einer neuen politischen Kraft werden, die nach dem faktischen Zerfall von *Samoobrona* sowie der Liga Polnischer Familien bis weit in die konservativ-katholische Mitte der polnischen Gesellschaft reicht.

RN bedient nicht nur die weit verbreiteten antisemitischen Ressentiments, sondern versucht durch radikale EU-Kritik die wachsende EU-Skepsis im Land für sich zu nützen und mit sozialpopulistischen Forderungen in Wirtschaftsfragen auch bei den unteren Mittelschichten zu punkten.

Bei den Europawahlen 2014 erhielt die Nationale Bewegung fast 100.000 Stimmen oder 1,4%. Bei den Parlamentswahlen 2015 stellte die RN aufgrund geringer Erfolgsaussichten

ihre Parteiinfrastrukturen der aufstrebenden nationalistischen Bewegung *Kukiz'15* zur Verfügung und durfte im Gegenzug mit einigen Kandidaten auf deren Liste antreten.

Literatur:
Pankowski, Rafal (2012), Right Wing Extremism in Poland, Berlin;
ders. (2013), Rechtsextremismus in Polen – Gruppierungen, Narrationen, Gegenbewegungen, http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen131.pdf

Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej

Die *Samoobrona* (Selbstverteidigung der Republik Polen) wurde 1992 von ANDRZEJ LEPPER (1954–2011) gegründet und vertritt v.a. die Interessen der polnischen Landwirte. Lepper war in der Regierung Kaczynski von 2006 bis 2007 Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident.

Lepper und die Abgeordneten der *Samoobrona* fielen des öfteren durch aktionistische und nicht selten auch aggressive Handlungen des „zivilen Ungehorsams" auf. Lepper selbst wurde mehrfach wegen Beleidigung, Körperverletzung, Verleumdung und ungebührlichen Verhaltens (u.a. bei Demonstrationen, Straßenblockaden) angeklagt und 2001 sogar zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Bei den Parlamentswahlen 2001 erreichte die bis dahin völlig unbedeutende *Samoobrona* sensationelle 10,2% der Stimmen und stellte im Sejm mit 53 Abgeordneten die drittgrößte Fraktion. Nach den Wahlen 2005 (11,4%) unterstützte sie zunächst die Minderheitsregierung der PiS und wurde schließlich Mitglied der rechten Regierungskoalition.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 scheiterte *Samoobrona* mit 1,5% klar an der Fünfprozenthürde. Ein geplantes Bündnis mit der rechtsextremen Liga Polnischer Familien kam wegen programmatischer Differenzen nicht zustande. Auch bei der Europawahl 2009 blieb die Partei erfolglos, und nach dem Tod Leppers verschwand sie bei den Parlamentswahlen 2011 in der Bedeutungslosigkeit.

Wirtschaftspolitisch vertrat die *Samoobrona* linkspopulistische und protektionistische Positionen, gesellschaftspolitisch jedoch katholisch-konservative Werte. Das (idealisierte) Landleben und der polnische Bauernstand müssten gegen „ausländische Kapitalisten" verteidigt werden. Als „catch-all-Partei" hat es *Samoobrona* jedoch oft unterlassen, sich zu Fragen der öffentlichen Moral zu äußern. Sie zeichnete sich durch einen betont antieuropäischen Kurs aus und trat für den Ausbau der Beziehungen mit Russland, Weißrussland und der Ukraine ein.

Obwohl Lepper, der gerne als „Rächer der Entrechteten“ auftrat, in Wahrheit in erster Linie die Interessen der vermögenderen Bauern vertrat, die von Zinszahlungen und Preisverfall bedroht sind, konnte die Partei ihre Wählerbasis anfangs stark verbreitern. Waren die Wähler der *Samoobrona* ursprünglich v.a. Landwirte oder schlecht ausgebildete ältere, vielfach auch arbeitslose Menschen aus ländlichen Regionen, so fischte Lepper später im Reservoir aller Deklassierten, immer öfter auch unter den Bewohnern der vernachlässigten Viertel am Rande der Großstädte, unter Kleinunternehmern und Händlern.

Internet:
Offizielle Website: http://www.samoobrona.org.pl/, Polnisch
http://www.samoobrona.org.pl/pages/20.english/, Englischsprachige Unterseite

Ausgewählte Literatur:
Bachmann, Klaus (2002): *Andrzej Lepper. Das blau geschlagene Auge der Demokratie*. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), Haider, Le Pen und Co., Graz, 238–257.
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Die *Schweizerische Volkspartei* (SVP, franz. *Union démocratique du centre*, UDC; ital. *Unione Democratica del Centro*, UDC; rätoroman. *Partida populara Svizra*, PPS) geht auf die 1936 als gesamtschweizerische Partei gegründete *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* (BGB) mit Zentrum Bern und die 1942 gegründete *Demokratische Partei* (DP), einem Zusammenschluss mehrerer kantonaler Parteien, die ebenfalls Bauern, Kleingewerbetreibende und Vertreter freier Berufe vertrat und v.a. in den Kantonen Graubünden und Glarus vertreten war, zurück.

1971 schlossen sich die DP-Kantonalsektionen Glarus und Graubünden mit der BGB zur *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) zusammen. Die SVP verstand sich als Mittepartei mit sozial-liberalen Elementen und kam in den 1980er-Jahren auf einen regelmäßigen Wähleranteil von 10 bis 12%. Mit dem Erstarken nationalkonservativer Kräfte innerhalb der Partei setzte in den frühen 1990er-Jahren ein kontinuierlicher Aufschwung ein. Es war v.a. der Wortführer der SVP, der Unternehmer und damalige Zürcher Kantonalpräsident CHRISTOPH BLOCHER (*1940), der die behäbige Mittelstandspartei in eine schlagkräftige rechte Partei verwandelte.[137]

[137] Der Rechtspopulismus hat in der Schweiz eine lange Tradition. Bereits 1961 wurde die *Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat* (NA) gegründet; 1967 beteiligte sich die Partei zum ersten Mal an den

Zu diesem Zeitpunkt existierten in der Schweiz bereits zwei rechtspopulistische Parteien, die *Autopartei* (ab 1994 *Freiheitspartei*, FPS) und die *Lega dei Ticinesi*. Die *Autopartei* war 1985 vom Zürcher Rechtsanwalt Michael Dreher gegründet worden und mobilisierte viele ehemalige Freisinnige (FdP). Bei den Nationalratswahlen 1987 erzielte sie 2,6%, in der Ostschweiz erreichte sie bei Kantonal- und Kommunalwahlen z.T. 10%. Trotz interner Querelen konnte sie bei den folgenden Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil noch etwas steigern (1991: 5,1%, 1995: 4%), was zweifellos auch mit der programmatischen Erweiterung (Drogen und Ausländer) einherging. Nachdem die SVP jedoch das rechte Protestpotential absorbiert hatte, fiel die *Freiheitspartei* 1999 auf das Niveau einer Splitterpartei zurück.

1991 erreichte die kurz zuvor vom Bauunternehmer Guiliano Bignasca und dem Journalisten Flavio Maspoli gegründete *Lega dei Ticinesi* im Tessin 23,6%. Die Namensgleichheit mit der italienschen *Lega Nord* war wohl kein Zufall, auch wenn die Schweiz ja bereits föderalisiert und die Ziele demzufolge andere waren. Allerdings musste die Partei bereits 1995 und 1999 Verluste hinnehmen und erlebte bei den Kantonalwahlen 2003 ihren Absturz in die Bedeutungslosigkeit.

Der populistische Protest wurde mehr und mehr von der SVP monopolisiert, die nach der 1959 fixierten sogenannten „Zauberformel“ ja an allen Regierungen beteiligt war, die sich aus je zwei Mitgliedern der FdP, der christlichdemokratischen CVP, der Sozialdemokraten (SPS) und einem Vertreter der SVP zusammensetzten. *The SVP represents one of the rare cases of a party remaining within the governing coalition while maintaining a populist style.*[138] 1992 wandte sich die SVP als einzige Regierungspartei innerhalb der Schweizer Konkordanzregierung gegen den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). In einer Volksabstimmung mit Rekordbeteiligung brachte die Partei eine knappe Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter sich, was für Blocher einen enormen Prestigeerfolg bedeutete. Durch ihre prononcierten Positionen in Fragen des Asylrechts und der Kriminalitätsbekämpfung wurde die SVP für bisherige Wähler der FdP und für konservative CVP-Wähler interessant, die sich durch ihre Parteien nicht mehr vertreten fühlten.

Die SVP, die 1995 noch 14,9% der Stimmen erreicht hatte, erzielte bei den Nationalratswahlen 1999 mit 22,5% einen überzeugenden Sieg und konnte ihre Mandatszahl im Nationalrat von 29 auf 44 erhöhen. Bereits damals stellte Blocher die „Zauberformel“ in

---

Nationalratswahlen und errang mit James Schwarzenbach (1911–1994) einen Sitz. 1969 lancierte die NA die nach ihrem Parteivorsitzenden benannte „Schwarzenbach-Initiative“, die eine Begrenzung des Ausländeranteils auf maximal 10% zum Ziel hatte. Die Volksinitiative wurde 1970 zwar abgelehnt, erzielte aber mit einem Anteil von 46% Ja-Stimmen einen in dieser Höhe unerwarteten Erfolg. Eine weitere Volksinitiative ähnlichen Inhalts scheiterte 1974 deutlich. 1990 kam es zur Vereinigung der NA mit der *Republikanischen Bewegung*, die sich unter Schwarzenbach vorübergehend von der NA abgespalten hatte. Die neue Partei änderte ihren Namen in *Schweizer Demokraten* (SD) und erreichte 1991 bei den Nationalratswahlen erstmals Fraktionsstärke. Mit dem Aufstieg der *Schweizerischen Volkspartei* wurden die *Schweizer Demokraten* allerdings bedeutungslos.

[138] Mazzoleni 2013:243.

Frage und forderte die Bildung einer Mitte-Rechts-Regierung. Bei den Nationalratswahlen von 2003 ging die SVP erstmals als stärkste Partei hervor (26,7%, 55 von 200 Mandaten im Nationalrat, 8 von 46 Sitzen im Ständerat) und konnte in der Folge zulasten der CVP ihren Anspruch auf einen zweiten Sitz in der siebenköpfigen Schweizer Regierung (Bundesrat) durchsetzen. Die damit verbundene Abwahl eines amtierenden Bundesrats war ein Novum und bedeutete eigentlich das Ende der Schweizer Konkordanzregierung. Die SVP scheute sich auch nicht, vom Kollegialitätsprinzip der Regierung abzuweichen, v.a. bei Volksinitiativen und Referenden, spielte erfolgreich Opposition innerhalb der Regierung und verstand es auch als Regierungspartei, die direktdemokratischen Beteiligungsinstrumente für ihre eigenen Interessen zu missbrauchen.

Ihr bis dato bestes Wahlergebnis auf nationaler Ebene erzielte die SVP 2007 (29%); sie stellte mit 62 Nationalräten die mit Abstand größte Fraktion im Parlament. Dieser Erfolg war auch auf Zugewinne in den nicht-deutschsprachigen Landesteilen zurückzuführen. Bei der Wahl der Bundesräte, der Schweizer Proporzregierung, wurde Blocher allerdings nicht mehr in den Bundesrat gewählt; die Wahl fiel auf seine Parteikollegin Eveline Widmer-Schlumpf. Die SVP schloss daraufhin ihre beiden gewählten Bundesräte (Samuel Schmid und Eveline Widmer-Schlumpf) aus der Fraktion, nicht jedoch aus der Partei, aus und erklärte, von nun an als Oppositionspartei agieren zu wollen.

Da die SVP laut Statut kein Mitglied einer Kantonalpartei ausschließen kann, wurde Widmer-Schlumpf aufgefordert, die Partei und den Bundesrat freiwillig zu verlassen. Nach ihrer Weigerung beschloss der Zentralvorstand der SVP die Eröffnung eines formellen Ausschlussverfahrens gegen die Graubündner Kantonalpartei. Diese löste sich im Sommer 2008 durch Namenswechsel von der Mutterpartei und trat nunmehr als *Bürgerlich-Demokratische Partei* (BDP) *Graubünden* auf. Daraufhin spalteten sich einige Graubündner Kreis- und Ortsparteien ab und gründeten ihrerseits eine neue *SVP Graubünden*. Ähnliche Spaltungsprozesse folgten in Bern und Glarus. Die drei neuen BDP-Kantonalparteien strebten nun den Aufbau einer gesamtschweizerischen BDP mit eigener Bundesratsfraktion an. Obwohl sich parteiintern der Blocher-treue „Zürcher-Flügel“ gegen den moderateren „Berner-Flügel“ durchgesetzt zu haben schien, verlor die SVP infolge dieser Ereignisse etwa ein Fünftel ihrer Wählerschaft. Bei den Parlamentswahlen 2011 musste die SVP erstmals Verluste einstecken und büßte acht Sitze im Nationalrat und zwei Sitze im Ständerat ein.

Die ehemalige Mittelstandspartei SVP positioniert sich heute eindeutig rechts. Mazzoleni beschreibt sie als *a mainstream party that went through a profound radicalisation*.[139] Trotz jahrelanger offizieller Regierungsbeteiligung und obwohl die Bedingungen für populistische Bewegungen in der Schweiz an sich schlecht sind, weil sich Protest regelmäßig bei Volks-

[139] Mazzoleni 2013:237.

abstimmungen entladen kann, punktet sie mit einem harten Oppositionskurs und einer rechtspopulistischen Rhetorik, die ihr im In- und Ausland bereits mehrfach den Vorwurf des Extremismus eingetragen hat.

Die SVP vertritt einerseits nationalkonservative, andererseits radikal-liberale und wohlfahrtsstaatskritische Positionen. Sie bekämpft die Einbindung der Schweiz in supranationale Strukturen (UNO, EWR, EU, Schengen-Abkommen) und tritt stattdessen für eine strikte Auslegung der Neutralität und Paktfreiheit des Landes ein.

Kernstück der SVP-Politik ist die Einwanderungs- und Asylpolitik, v.a. nachdem die Schweiz Mitte der 1990er-Jahre wegen ihrer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg in die Kritik geraten und die Ausländer- und Asylfrage durch den hohen Ausländeranteil wegen geringer Einbürgerung zu einem hochemotionalisierten innenpolitischen Thema geworden war. Hier setzt die Partei sich für eine Verschärfung des Asylrechts und für die Eindämmung der Zuwanderung ein. Zahlreiche SVP-Exponenten engagieren sich auch in lokalen Kampagnen für ein Verbot der Errichtung von Minaretten.

Ein weiteres Kernanliegen der SVP ist die Stärkung der plebiszitären Demokratie. Hier zeigt sich, dass die SVP – ähnlich wie andere rechtspopulistische Parteien – „antimoderne Reflexe“ und „Hyperdemokratismus“ problemlos verbinden kann. So etwa fordert die SVP das Festhalten an Abstimmungen über die Einbürgerung von Ausländern, obwohl diese in vielen Gemeinden geübte Praxis bereits vom Bundesgericht wegen der fehlenden Begründungsmöglichkeit solcher Entscheide als verfassungswidrig beurteilt worden ist. Im Interesse der Meinungsäußerungsfreiheit sollten außerdem die Rassismusstrafnorm und die Rassismuskommission abgeschafft werden.

In Wirtschaftsfragen vertritt die SVP wirtschaftsliberale und antietatistische Positionen (Sparkurs, Senkungen der Staatsausgaben „auf das Wesentliche“, Steuersenkungen); Ausnahme bildet hier die Landwirtschaftspolitik, da die Bauern weiterhin eine wichtige Wählergruppe darstellen. Ökonomisch steht die SVP also für Marktwirtschaft und Neoliberalismus, in der Agrarpolitik jedoch für Staatsinterventionismus.

In gesellschaftspolitischen Fragen gibt sich die SVP dagegen strikt wertkonservativ, betont die traditionelle Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter und spricht sich gegen einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und staatliche Kinderkrippen aus.

In der Öffentlichkeitsarbeit, die den Charakter eines Dauerwahlkampfes trägt, fällt die SVP durch ihren aggressiven, plakativ-populistischen Stil auf. Politische Gegner werden als „Linke und Nette“ oder „Weichsinnige“ diffamiert, unliebsame Gruppen als „Scheininvalide“ oder „schwarze Schafe“ dargestellt.

Blocher, der ähnlich wie Berlusconi ein erfolgreicher Selfmade-Unternehmer ist, zeichnet sich im Gegensatz zu diesem durch einen betont bescheidenen Lebensstil aus, der auch keine Konzessionen an den Zeitgeist kennt. Im Zuge ihrer Erfolgswelle konnte die SVP als selbsternannter „Anwalt der Bürger“ gegen die politische Klasse ihre Wählerschaft nicht nur auf alle Landesteile, sondern auch auf alle sozialen Schichten erweitern; es gelang ihr, in die unteren Schichten, gleichzeitig aber auch tief in die bürgerlichen Wählerschichten der FdP und CVP einzudringen und damit Modernisierungsverlierer und -gewinner, Unterschicht- und Mittelschichtwähler zu vereinen.

Gefahr droht der SVP durch die innerparteiliche Spaltung, die sich im Widerstand einiger Kantonalsparteien gegen den fundamental-oppositionellen Kurs der Zürcher Zentrale bereits seit längerem abgezeichnet hat.

2014 erzielte die SVP mit der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ einen in dieser Form nicht erwarteten Erfolg. Die Volksinitiative beauftragt den Gesetzgeber, die Zuwanderung von Ausländern durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente, die sich nach den gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz richten, zu begrenzen. Dazu ist auch eine folgenschwere Änderung bestehender Staatsverträge, namentlich der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, welche die „Personenfreizügigkeit“ vorsehen, nötig.

Obwohl die Volksinitiative nur durch die SVP unterstützt wurde und alle übrigen Parteien sowie die Mehrheiten des Nationalrates, des Ständerates und des Bundesrates ihre Ablehnung empfohlen haben, nahmen Volk und Stände die Initiative an. Bei einer überdurchschnittlich hohen Stimmbeteiligung erzielte das Begehren ein Volksmehr von 50,3% und ein Ständemehr von 12 $^{5}/_{2}$ zu 8 ½ Ständen.

Bei den Nationalratswahlen 2015 wurde die SVP mit fast 30% (+ 2,8%) wieder stärkste Partei. Präsident der *Schweizerischen Volkspartei* ist seit April 2016 der Unternehmer ALBERT RÖSTI (*1967).

Internet:
Offizielle Website: http://www.svp.ch/ (Deutsch),

Ausgewählte Literatur:
Geden, Oliver (2005): *Identitätsdiskurs und politische Macht. Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP.* In: Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (Hrsg.), Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien, 69–83.
Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden.
Hartmann, Hans; Horvath, Franz (1995): Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP, Zürich.
Hennecke, Hans-Jörg (2003): *Das Salz in den Wunden der Konkordanz. Christoph Blocher und die Schweizer Politik.* In: Werz, Nikolaus (Hrsg.), Populismus, Opladen, 145–162.
Mazzoleni, Oscar (2013): *Between Opposition and Government: The Swiss People's Party.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 237–259.

Slovenska nacionalna stranka (SNS)

Die Slowenische Nationale Partei wurde 1991 gegründet. Ihr jetziger Vorsitzender ZMAGO JELINČIČ (*1948) war bereits an der Gründung der Partei beteiligt und war Abgeordneter des slowenischen Parlaments.

Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung, 1992, gelang der SNS der Einzug in das slowenische Parlament (9 Mandate), wo sie bis 2011 ohne Unterbrechung vertreten war – zwischen 1996 und 2004 mit 4 Abgeordneten, seit der Parlamentswahl im Herbst 2004, bei der die SNS mehr als 8% der Stimmen gewann, mit 6 Abgeordneten. 2007 erreichte der SNS-Führer Jelinčič im ersten Durchgang der slowenischen Präsidentschaftswahl mit überraschenden 19,2% den 3. Platz. Bei der Parlamentswahl im Herbst 2008 verlor die SNS geringfügig und erreichte 5,5% und 5 Mandate. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2011 verfehlte die Partei mit nur noch 1,8% den Einzug ins Parlament allerdings klar.

Nachdem es bereits 1993 zur Abspaltung der *Slovenska Nacionalna Desnica* (Slowenische Nationale Rechte) gekommen war, traten Anfang 2008 wiederum drei der sechs Abgeordneten aus der Partei aus und gründeten eine eigene Parlamentsfraktion mit dem Namen *Lipa* (Linde). Die Dissidenten warfen dem SNS-Parteichef Jelinčič vor, mit der Regierung „gepackelt" zu haben. Zum Obmann der neuen Partei wurde der frühere Vizechef der SNS Sašo Peče gewählt. *Lipa* erreichte bei den Parlamentswahlen im Herbst 2008 1,8 %, bei den Europawahlen 2009 2,9%.

Nach Jahren der völligen Bedeutungslosigkeit gelang es der SNS 2018, 4,2% der Stimmen und 4 der 90 Abgeordnetensitze im slowenischen Parlament zu gewinnen.

Die SNS ist ausländerfeindlich und rassistisch (z.B. gegenüber den in Slowenien lebenden Roma) und vertritt einen eigenständig slowenischen Nationalismus mit gewissen panslawistischen Tendenzen, von denen allerdings die Kroaten, die – auch wegen der Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden jungen Staaten – ein beliebtes Feindbild darstellen, ausgenommen werden. Eine geschichtsrevisionistische Glorifizierung des Nationalsozialismus und seiner slowenischen Kollaborateure *(Slovensko domobranstvo)* ist jedoch nicht festzustellen.

Jelinčič trat gegen den Beitritt Kroatiens zur EU und auch gegen einen Minderheitenstatus für die insgesamt 200.000 in Slowenien lebenden Serben, Kroaten und Bosniaken ein. Von der national-konservativ-klerikal ausgerichteten slowenischen Rechten trennt Jelinčič v.a.

seine kritische Haltung zur katholischen Kirche. Er selbst positioniert sich und seine Partei folgendermaßen: *Was den Zweiten Weltkrieg und das Verhältnis zur katholischen Kirche betrifft, so sind wir absolut links; in der Frage der wirtschaftlichen Entwicklung sind wir liberal; in der Sozialpolitik würde ich uns als Sozialkonservative beschreiben; doch schwierig ist es, uns in dem Augenblick zu positionieren.*

2006 forderte die SNS vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte übrigens ein Verbot des BZÖ, da dieses die Rechte der Kärntner Slowenen missachte.

Internet:
Offizielle Website: http://www.sns.si/ (Slowenisch)

Ausgewählte Literatur:
Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Slovenská národná strana (SNS)

Die Slowakische Nationalpartei wurde nach der Wende von 1989 (neu) gegründet; ihre Wurzeln reichen jedoch bis in das Jahr 1871 zurück. Schon nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Oktober 1918 gehörte sie zu den Kräften, die sich vehement für eine Autonomie der Slowakei einsetzten. 1932 bildete sie gemeinsam mit der Volkspartei unter Andrej Hlinka den Autonomistischen Block, der nach der Münchner Konferenz im September 1938 eine autonome Slowakei erkämpfen konnte, die 1939 als (erste) Slowakische Republik ein Satellitenstaat des Dritten Reiches wurde.

Der langjährige Vorsitzende der SNS, JÁN SLOTA (*1953), von Beruf Bergbautechniker, war von 1990 bis 2006 Bürgermeister der nordslowakischen Stadt Žilina (Sillein) und bereits zwischen 1994 und 1999 Vorsitzender der SNS. Er gehörte auch dem ersten föderalen Parlament nach 1989 als Abgeordneter der Slowakischen Nationalpartei an. Wegen innerparteilicher Konflikte verließ er die SNS und gründete 2001 eine nationalistische Partei mit dem Namen *Pravá Slovenská národná strana* (Die Wahre Slowakische Nationalpartei). Nachdem beide Parteien bei den Parlamentswahlen 2002 schlecht abgeschnitten hatten, kam es zur Wiedervereinigung unter dem Vorsitz Slotas.

Bei den Parlamentswahlen 2006 erzielte die SNS 11,7% der Stimmen und konnte mit 20 Mandaten in das Parlament einziehen. Die Slowakische Nationalpartei bildete mit der linkspopulistischen SMER und der HZDS des früheren Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar eine Koalitionsregierung (ohne Slota). Bei den Europawahlen 2009 schnitten die

mitregierenden Nationalisten erstaunlich schwach ab und kamen auf nur 5,5%. Bei den Parlamentswahlen 2010 verlor die SNS beträchtliche Teile ihrer traditionellen Wähler und erreichte nur noch 5,1% der Stimmen und 9 Mandate; sie entging damit nur knapp dem Schicksal ihres Koalitionspartners HZDS, der nur 4,3% der Stimmen bekam und erstmals nicht mehr in das slowakische Parlament einziehen konnte. Hauptnutznießer des schlechten Abschneidens der SNS war die „sozialdemokratische" nationalpopulistische *Smer*, die es schaffte, zahlreiche SNS-Wähler abzuwerben.

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl im März 2012 scheiterte die SNS schließlich mit 4,6% knapp an der Fünfprozenthürde. Neuer Parteivorsitzender wurde ANDREJ DANKO (*1974).

Im Jahr 2013 wurde der langjährige Vorsitzende Jan Slota wegen Unregelmäßigkeiten im Umgang mit dem Parteivermögen aus der SNS ausgeschlossen.

Bei den Europawahlen 2014 verpasste SNS mit nur 3,6% den Einzug ins Europaparlament. Die SNS, die sich unter ihrem neuen Vorsitzenden Andrej Danko deutlich gemäßigter gab, schaffte bei Parlamentswahl 2016 mit 8,6 % den Wiedereinzug, errang 15 der 150 Sitze und ist seitdem an der Regierung beteiligt.

Die SNS begreift die heutige slowakische Republik als einen Nationalstaat der ethnischen Slowaken und propagiert ein Konzept der Assimilation der in der Slowakei lebenden Minderheiten. Die SNS zeichnet sich durch eine besondere Ungarn-Feindlichkeit aus; ihr Ziel ist es, die ungarische Minderheit der Slowakei aus dem Erziehungswesen, der öffentlichen Verwaltung und dem Wirtschaftsleben zu drängen. Auf Antrag der SNS erklärte das slowakische Parlament die Beneš-Dekrete, in denen auch die Konfiszierung ungarischen Eigentums verfügt wurde, für „unantastbar".

Zu den Feindbildern der SNS zählen darüber hinaus auch Roma und Homosexuelle. In Žilina ließ Slota im Jahr 2000 für den wegen NS-Verbrechen verurteilten und 1947 hingerichteten Präsidenten des Slowakischen Staates Jozef Tiso eine Gedenktafel errichten. Gegen Slota selbst wurden des öfteren auch Vorwürfe krimineller Handlungen (Überfälle, Autodiebstahl) laut.

Internet:
Offizielle Website: http://www.sns.sk/ (Slowakisch)

Ausgewählte Literatur:
Mesežnikov, Grigorij; Gyárfášová, Oľga (2013): *The Slovak National Party: A Fading Comet? On the Ups and Downs of Right-wing and National Populism in Slovakia.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 323–350.

Sverigedemokraterna (SD)

Die Schwedendemokraten gingen 1988 aus der Schwedischen Partei hervor, die 1986 selbst aus einer Fusion der Schwedischen Fortschrittspartei mit der BBS (Haltet Schweden schwedisch) entstanden war. Seit 2005 ist PER JIMMIE ÅKESSON (*1979) ihr Parteivorsitzender.

Die Schwedendemokraten sehen die traditionelle schwedische Kultur durch Einwanderung, aber auch durch die Globalisierung und den wachsenden Einfluss der USA bedroht. Der Europäischen Union stehen sie eher ablehnend gegenüber und befürworten stattdessen zwischenstaatliche Kooperationen, v.a. zwischen den „Nordischen Ländern".

Die Partei tritt für Steuersenkungen (mit dem populistischen Argument, „Kosten, die das multikulturelle Gesellschaftsexperiment verschlingt", für Steuersenkungen zu nutzen) und einen geringeren Einfluss der Politik auf die Wirtschaft ein.

In gesellschaftspolitischen Fragen geben sich die Schwedendemokraten betont wertkonservativ und setzen sich für die Abschaffung der Homoehe sowie gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare ein. Die bisherige Einwanderungs- und Integrationspolitik habe, nach Ansicht der „Schwedendemokraten", zahlreiche soziale und ökonomische Probleme sowie hohe Kosten verursacht und sei deshalb gescheitert. Die Schwedendemokraten propagieren deshalb eine „homogene Gesellschaft" und treten für restriktive Einwanderungsbestimmungen und für die Heimführung von Ausländern, v.a. von Asylsuchenden, ein.

Die Partei beschreibt sich selbst als „national", lehnt aber offiziell jede Form von Rassismus ab. In der schwedischen Öffentlichkeit wird sie jedoch durchaus als ausländer- und einwanderungsfeindlich wahrgenommen. Wegen ihrer Verbindungen zu rechtsextremen und neonazistischen Organisationen tragen die Schwedendemokraten weiterhin das Stigma einer faschistischen Herkunft, und einige schwedische Medien weigern sich deshalb, Anzeigen der Schwedendemokraten zu schalten.

Die Schwedendemokraten erleben gerade unter Arbeitslosen und Jugendlichen einen starken Zuspruch. In den letzten Jahren versuchte die Partei durch ein neues Programm und ein gemäßigteres Auftreten auch Wähler aus dem bürgerlichen Lager anzusprechen. Wählerstromanalysen zufolge konnten die Schwedendemokraten allerdings nicht viele

frühere Wähler anderer Parteien anziehen, sondern viel eher ehemalige Nichtwähler mobilisieren.[140]

Konnten die Schwedendemokraten bei den Wahlen des Jahres 1994 nur in drei Gemeinderäten Mandate erreichen, so waren es 2002 bereits 30 Gemeinden. Bei den Wahlen zum schwedischen Reichstag 2002 bekamen sie 1,4% der Stimmen, etwa vier Mal so viel wie bei den Wahlen davor. Bei den Reichstagswahlen 2006 erreichten sie 2,9% der Stimmen und verfehlten damit die Vierprozenthürde für den Einzug ins schwedische Parlament relativ klar. Ihr bislang bestes Ergebnis erzielte die Partei bei den Gemeinderatswahlen 2006 in der südschwedischen Gemeinde Landskrona, wo sie mit 22,2% drittstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten und fast gleichauf mit der Liberalen Volkspartei (FP) wurde. Im September 2010 gelang den Schwedendemokraten mit 5,7% erstmals der Einzug in den Reichstag; dieser Erfolg kostete dem konservativen Regierungsbündnis des amtierenden Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt im übrigen die absolute Mehrheit. Anders als in Dänemark verweigern die übrigen Parteien allerdings jede Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten.

2014 erreichte die Schwedendemokraten bei den Wahlen zum Europaparlament 9,7%. Bei der Reichstagswahl im September desselben Jahres waren es sogar 12,9 % der Wählerstimmen und 49 Abgeordnete im Reichstag, wo die SD damit die drittstärkste Fraktion stellen!

Internet:
Offizielle Website: http://www.sverigedemokraterna.se/ (Schwedisch, Englisch- und deutschsprachige Unterseiten)

Ausgewählte Literatur:
Bauer, Werner T. (2010): Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten, Berlin.
Klein, Andreas M. (2013): *The End of Solidarity? On the Development of Right-wing Populist Parties in Denmark and Sweden.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 105–131.

United Kingdom Independence Party (UKIP)

Die EU-skeptische und rechtspopulistische *United Kingdom Independence Party* (UKIP) wurde 1993 gegründet. Ihr Hauptziel war von Anfang an der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union. Parteivorsitzender der UKIP war bis zum

[140] Klein 2013:119.

Sommer 2016 der Mitbegründer NIGEL FARAGE (*1964), der ursprünglich der Konservativen Partei angehörte, diese jedoch verließ, nachdem die konservative Regierung unter John Major 1992 den Vertrag von Maastricht unterzeichnet hatte.

Bei den Europawahlen 2004 erzielte die UKIP 16,8% der Wählerstimmen und 12 Sitze im Europäischen Parlament. 11 UKIP-Mitglieder schlossen sich der europakritischen Fraktion *Unabhängigkeit und Demokratie* (Ind/DEM) an.

Bei der Europawahl 2009 wurde UKIP mit 16,5% zweitstärkste Partei. Ihre 13 Abgeordneten schlossen sich zunächst der neu gegründeten Fraktion *Europa der Freiheit und der Demokratie* (EFD) an. Nach Konflikten mit der Fraktionsführung wurden 4 Mitglieder aus der Fraktion ausgeschlossen.

Bei den Unterhauswahlen im Jahr 2005 erreichte UKIP 2,3% der Stimmen; 2010 waren es 3,1%, was erneut für keinen Sitz im Unterhaus reichte.

Einiges Aufsehen erregte das gute Abschneiden der UKIP bei den Regionalwahlen in England und Wales im Mai 2013, wo sie 147 der insgesamt 2.362 zur Wahl stehenden Gemeinderatssitze gewinnen konnte, was einem Plus von 139 Sitzen und einem Anteil von immerhin 6,2% entsprach. Die meisten UKIP-Wähler waren – so wie Farage – enttäuschte Konservative. Wahlanalysen zeigten allerdings, dass immerhin etwa 30% der UKIP-Wähler von der Labour übergelaufen waren, und 15% von den Liberaldemokraten.

Ein Aufsehen erregender Sieg gelang der UKIP bei den Europawahlen 2014: Die Partei wurde mit 28% stärkste Kraft des Landes. Bei den Unterhauswahlen im Mai 2015 konnte die UKIP zwar 12,6% der Stimmen erreichen, wegen des Mehrheitswahlrechts reichte es allerdings nur für ein Mandat.

Neben dem Austritt aus der Europäischen Union setzte sich die Partei auch für eine Reform des britischen Mehrheitswahlrechts, für die Einführung verbindlicher Referenden, für eine *flat tax*, für die Begrenzung der Sozialleistungen auf Menschen, die seit mindestens fünf Jahren in Großbritannien leben, für eine streng kontrollierte Zuwanderung sowie für drastische Verschärfungen im Strafrecht ein. „Multikulturalismus“ und „politische Korrektheit“ werden dezidiert abgelehnt, die muslimische Ganzkörperverschleierung *(Burka* und *Niqab)* soll im öffentlichen Bereich verboten werden.

Nach dem knappen Sieg der „Brexit“-Befürworter im Juni 2016 trat Farage, der seine „Mission“ damit als erfüllt ansah, vom Parteivorsitz zurück. Auf Farage folgte kurzzeitig Diane James, die ihr Amt als Parteivorsitzende aufgrund mangelnden Rückhalts wenig später wieder niederlegte. Ihr Nachfolger wurde Paul Nuttall, der wiederum im April 2018 von Gerard Batten (*1954) abgelöst wurde.

Bei der Unterhauswahl 2017 warb die UKIP damit, den Brexit-Prozess ohne Zahlungen an die EU abzuschließen und die Einwanderung nach Großbritannien innerhalb von fünf Jahren auf Null zu reduzieren. Sie erreichte allerdings weniger als 2% der Stimmen und ist seitdem nicht mehr im Unterhaus vertreten.

Internet:
Offizielle Website: http://www.ukip.org/

Vlaams Belang (VB)

1977 gründete der flämische Nationalist KAREL DILLEN (1925–2007) die rechte *Vlaams Nationale Partij* (Flämische Nationalpartei), die sich 1979 mit der *Vlaamse Volkspartij* (Flämische Volkspartei) zusammenschloss. Gründer und langjähriger Vorsitzender (bis 1996) des durch diesen Zusammenschluss entstandenen *Vlaams Blok* (Der Flämische Block) war wiederum Dillen, der die Rehabilitation von belgischen Nazikollaborateuren und Angehörigen der flämischen Waffen-SS aktiv unterstützte.

Der *Vlaams Blok* propagiert die Unabhängigkeit der flämischsprachigen Region Belgiens (Flandern) gegenüber des der Korruption und der Misswirtschaft beschuldigten frankophonen Wallonien. Sein Motto lautet: *Eigen volk eerst* („Das eigene Volk zuerst") und *België barst* („Belgien soll zerbersten“).

Der *Vlaams Blok* erzielte bereits in den 1990er-Jahren große Wahlerfolge, v.a. in seiner Hochburg Antwerpen. Seine nicht nur flämisch-nationalistische und separatistische, sondern zunehmend gegen Einwanderer gerichtete, ausländerfeindliche Politik führte dazu, dass die etablierten Parteien des Landes seit 1989 eine Zusammenarbeit mit dem *Vlaams Blok* einhellig ablehnen *(cordon sanitaire).* Allerdings ermöglichte gerade dies dem VB, sich als die „einzig wahre Opposition“ darstellen. Außerdem ist die Partei in einigen Kommunen bereits so stark, dass sie in Entscheidungen eingebunden werden muss.

Infolge einer gerichtlichen Verurteilung wegen systematischer Verstöße gegen Antirassismusregelungen, die am 9. November 2004 vom belgischen Kassationshof bestätigt wurde, löste sich der *Vlaams Blok* am 14. November 2004 auf einem Parteitag auf, um möglichen negativen Konsequenzen für die Finanzierung der Partei durch staatliche Beihilfen zu entgehen und gründete sich sogleich unter dem Namen *Vlaams Belang* (Flämisches Interesse) mit einem etwas überarbeiteten Parteiprogramm neu. Der Namens-

wechsel von *Vlaams Blok* zu *Vlaams Belang* muss als Versuch angesehen werden, den *cordon sanitaire* zu durchbrechen. Das Programm ist zwar eine Fortführung des alten, allerdings in sprachlich entschärfter Version. Im neuen Programm des *Vlaams Belang* wird aus strategischen Gründen die „vollständige Assimilierung" der Migranten als Alternative zur Rückkehr angesehen. Die Leistungen des Wohlfahrtsstaates sollen allerdings auch weiterhin in erster Linie den Einheimischen zugute kommen.

Vorsitzender des *Vlaams Belang* war seit der Parteineugründung FRANK VANHECKE (*1959), der seit 1996 auch Vorsitzender des *Vlaams Blok* und Mitglied des EU-Parlaments war. Anfang 2008 erklärte er, nach zwölf Jahren nicht mehr für den Vorsitz kandidieren zu wollen. Zu seinem Nachfolger wurde BRUNO VALKENIERS (*1955) bestimmt. Eines der prominentesten Mitglieder des *Vlaams Belang* ist der flämische Abgeordnete FILIP DEWINTER (*1962), Gemeinderatsmitglied in Antwerpen und Fraktionsvorsitzender der Partei im Flämischen Parlament, wo der *Vlaams Belang* von 2004 bis 2007 mit 32 Abgeordneten die größte Fraktion stellte.

Hochburg des *Vlaams Belang* ist die Stadt Antwerpen; bei den Kommunalwahlen 2006 errang die Partei hier 33,5% und 20 von 55 Abgeordneten und lag damit nur knapp hinter den Sozialdemokraten (35,3%, 22 Mandate).

Vlaams Belang vertritt eine krude Mischung aus chauvinistischem Separatismus (Auflösung des „historischen Irrtums" Belgien und Unabhängigkeit Flanderns), rassistischer Fremdenfeindlichkeit (ethnisch homogenes Flandern durch Beschränkung der Zuwanderung, Ausweisung aller straffälligen Ausländer, höheres Kindergeld für Einheimische, eigenes Gesundheits- und Sozialversicherungssystem für Nicht-Flamen, Abschaffung des Ausländerwahlrechts, kein EU-Beitritt der Türkei), Wertkonservativismus (Aufhebung des liberalen belgischen Abtreibungs- und Euthanasiegesetzes, strenge Drogenpolitik), Marktliberalismus (freie Marktwirtschaft, Umstellung des Rentensystems vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren, Einführung der *flat tax*, Privatisierung von Staatsbetrieben) und Wohlstandschauvinismus (gegen Umverteilungsmaßnahmen zugunsten Walloniens). Die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des *Vlaams Belang* sind stark vom autoritären „Solidarismus" der 1930er-Jahre beeinflusst. Die alte Achse „Kapital versus Arbeit" soll durch eine neue „multikulturelle versus nationale Identität" ersetzt werden. In der EU-Frage ist die Position des Vlaams Belang uneinheitlich – gegen die Brüsseler „Eurokratie", aber für ein starkes Europa.

Wegen seiner fremdenfeindlichen Parolen wird der *Vlaams Belang* heftig kritisiert. Ihm werden Hassparolen gegen Ausländer und manchen seiner Mitglieder auch offener Rechtsextremismus vorgeworfen.

Obwohl die Partei ihren stärksten Zuspruch weiterhin von sozial unterprivilegierten Wählern erhält, konnte sie seit Ende der 1990er-Jahre durch ihre Versuche, „salonfähig“ zu werden, auch verstärkt in bürgerlichen Schichten punkten – ein Prozess, der umgekehrt zur „Proletarisierung“ der meisten übrigen europäischen Rechtsparteien verlief. Außerdem stieg die „Behaltequote“ der Partei von Wahl zu Wahl und lag zwischenzeitlich bei erstaunlichen 90%. Damit war der *Vlaams Belang*, ähnlich wie der *Front National*, nicht mehr auf „Protestwähler“ angewiesen.

Bei den Europawahlen 2009 gehörte der *Vlaams Belang*, der fünf Jahre zuvor in Flandern noch zweitstärkste Partei geworden war, mit einem Anteil von nur noch 10,2% (2004: 14,3%) zu den Wahlverlierern. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2010 erlitt der *Vlaams Belang* eine weitere empfindliche Niederlage. Die Partei verlor mehr als ein Drittel ihrer Wähler und erreichte nur noch 7,7% und 12 Mandate. Stärkste Partei wurde die konservative flämische Nationalistenpartei *Nieuw-Vlaamse Alliantie* (N-VA) mit über 17% der Stimmen und 27 Parlamentssitzen. Der wichtigste Grund für den seit damals anhaltenden Niedergang des *Vlaams Belang* liegt mit Sicherheit im Auftreten dieser pragmatischen und weniger radikalen Protestalternative. Auch wirkten die aus dem Misserfolg resultierenden innerparteilichen Streitigkeiten abschreckend auf mögliche Wähler. Bei den Europawahlen 2014 erreichte der *Vlaams Belang* nur noch 4,1%, bei den am selben Tag abgehaltenen belgischen Parlamentswahlen waren es gar nur 3,7% und 3 Mandate. Auch im Flämischen Parlament ist der VB seit 2014 nur noch mit 6 Abgeordneten vertreten. Für einen Nachruf auf den *Vlaams Belang*, meint Teun Pauwels, sei es allerdings, auch angesichts des Wiedererstarkens des ebenfalls bereits totgesagten FN in Frankreich, noch viel zu früh.[141]

Der *Vlaams Belang* unterhält enge Kontakte zum französischen, aber auch zum (früheren) wallonischen *Front National* (siehe: *Démocratie Nationale)*, zu den deutschen *Republikanern* und zur österreichischen FPÖ. Im Rahmen ihres „Kampfes gegen die Islamisierung Europas“ bestehen auch enge Beziehungen zu fremdenfeindlichen und islamkritischen Bürgerbewegungen, u.a. auch in Deutschland (z.B. *Pro Köln).*

Ergebnisse bei Parlamentswahlen (in Klammer: Mandate):

1985:	1,4%	(1)
1987:	1,9%	(2)
1991:	6,6%	(12)
1995:	7,8%	(11)
1999:	9,9%	(15)
2003:	11,7%	(18)
2007:	12,0%	(17)
2010:	7,7%	(12)
2014:	3,7%	(3)

Internet:
Offizielle Website: www.vlaamsbelang.org (Flämisch)

[141] Pauwels 2013:100f.

Filip Dewinter: http://www.filipdewinter.be/ (Flämisch)

Ausgewählte Literatur:

Ivaldi, Gilles; Swyngedouw, Marc (2006): *Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok*. In: Frank Decker, Populismus, Wiesbaden, 121–143.
http://halshs.archives-ouvertes.fr/docs/00/09/02/32/PDF/Ivaldi_Swyngedouw2006_German.pdf
Pauwels, Teun (2013): *Belgium: Decline of National Populism?* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 81–104.
Swyngedouw, Marc (2000): *Belgium: Explaining the Vlaams Blok – City of Antwerp Relationship*. In: Hainsworth, Paul (Hrsg.), The Politics of the Extreme Right, London/New York, 121–143.

Europawahl 2014

Zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 fanden in den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die mittlerweile achten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Die Wahlbeteiligung betrug 43,1% und lag damit knapp über der Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2009 (42,9%).

Signifikant höher war die Wahlbeteiligung, mit Ausnahme Belgiens und Luxemburgs, wo Wahlpflicht herrscht, auf Malta (74,8%) und in Italien (60%); besonders niedrig war sie in der Tschechischen Republik (19,5%) und in der Slowakei (13%).

Die großen Fraktionen (Christlichsoziale/Volksparteien, Sozialdemokraten, Liberale und Grüne) traten bei dieser Wahl erstmals mit europaweiten SpitzenkandidatInnen an. Die Fraktion der *Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten* (EVP-ED), die bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode die größte Fraktion im Europäischen Parlament stellte, musste zwar Einbußen hinnehmen, konnte ihren ersten Platz gegenüber den linken und sozialdemokratischen Parteien allerdings verteidigen (28,5% : 25,2%).

War das Abschneiden der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien 2004 noch relativ uneinheitlich gewesen – erfolgreich waren die niederländische PVV, die neofaschistische *Jobbik*, die Dänische Volkspartei, die italienische *Lega Nord* und die Wahren Finnen, unter ihren Erwartungen waren die FPÖ, der französische *Front National* und auch der belgische *Vlaams Belang* geblieben – so trat 2014 der von vielen erwartete Triumph der rechtspopulistischen und europakritischen (bis rechtsextremen und europafeindlichen) Parteien in vielen Ländern tatsächlich ein.

Der Sieg des französischen *Front National* (25%, gegenüber 14% für die regierenden Sozialisten) kam einem politischen Erdbeben gleich. In Großbritannien (UKIP: 28%) und Dänemark (*Dansk Folkeparti*: 26,6%) wurden Rechtspopulisten und EU-Kritiker ebenfalls zur (mit Abstand!) stärksten Kraft. Auch die Wahren Finnen (12,9%) und – mit Abstrichen – die Schwedendemokraten (9,7%) konnten mit ihrem Ergebnis durchaus zufrieden sein.

Die österreichische FPÖ blieb mit 19,7% zwar etwas unter ihren eigenen Erwartungen, konnte ihren Rang als eine der stärksten rechtsextremen Kräfte in Europa allerdings verteidigen. Besorgniserregend waren auch die Resultate der neofaschistischen ungarischen *Jobbik* (14,7%, zweiter Platz) und der griechischen *Chrysi Avgi* (9,4%, dritter Platz).

In Deutschland gelang der EU-kritischen AfD mit 7% ebenfalls der Einzug ins Europaparlament. Von den hoch gehandelten westeuropäischen Rechtspopulisten blieb nur die niederländische PVV mit 13,2% weit unter den Erwartungen.

Anders stellte sich die Situation in Osteuropa dar, wo, mit Ausnahme Ungarns, den rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien keine Aufsehen erregenden Erfolge gelangen. Für die bulgarische *Ataka* (3%) endete die Europawahl ebenso enttäuschend wie für die Großrumänien-Partei (PRM, 2,7%), die Slowakische Nationalpartei (3,6%) oder die slowenische SNS (4,4%). Nur in Polen schaffte der neoliberale und EU-feindliche Kongress der Neuen Rechten (*Kongres Nowej Prawicy*, KNP) mit 7,2% der Stimmen den Einzug ins EU-Parlament.

Literatur

Ackermann, Robert (2012): Warum die NPD keinen Erfolg haben kann – Organisation, Programm und Kommunikation einer rechtsextremen Partei, Opladen.

Angenendt, Steffen (2003): *Einwanderung und Rechtspopulismus. Eine Analyse im europäischen Vergleich.* In: Internationale Politik, 58/4, 3–12.

Auers, Daunis; Kasekamp, Andres (2013): *Comparing Radical-Right Populism in Estonia and Latvia.* In: Wodak, Ruth; KhosraviNik, Majid; Mral, Brigitte (Hrsg.), Right-Wing Populism in Europe. Politics and Discourse, London, 235–248.

Bachmann, Klaus (2002): *Andrzej Lepper. Das blau geschlagene Auge der Demokratie*. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), Haider, Le Pen und Co., Graz, 238–257.

Bachmann, Klaus (2006): *Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 216–232.

Backes, Uwe (1991): *Nationalpopulistische Protestparteien in Europa. Vergleichende Betrachtungen zur phänomenologischen und demokratietheoretischen Einordnung*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 1, 7–17.

Backes, Uwe; Steglich, Henrik (Hrsg.) (2007): Die NPD: Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden.

Bailer-Galanda, Brigitte (1995): Haider wörtlich – Führer in die Dritte Republik, Wien.

Bailer-Galanda, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang (1997): Haider und die Freiheitlichen in Österreich, Berlin.

Balent, Magali (2013): *The French National Front from Jean-Marie to Marine Le Pen: Between Change and Continuity.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 161–186.

Barlai, Melani; Hartleb, Florian (2010): *Rechtsextremismus als Posttransformationsphänomen – der Fall Ungarn.* In: Totalitarismus und Demokratie 7/1, 83–104.

Bathke, Peter; Spindler, Susanne (Hrsg.) (2006): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte_29.pdf

Bauer, Werner T. (2010): Rechtspopulismus in Europa – vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?, Berlin.

Bauer, Werner T. (2010): Willkommen in der Normalität? Anmerkungen zum Wahlerfolg der rechten Schwedendemokraten, Berlin.

Bauer Werner T. (2012): *Rechtspopulismus in Europa – unter besonderer Berücksichtigung von Ost- und Südosteuropa.* In: Südosteuropa Mitteilungen, Heft 4, 58–69.

Baumann, Birgit (2002): *Ronald B. Schill. Ein gnadenloser Scharfmacher*. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co., Graz, 62–73.

Bayer, József (2002): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2), 265–280.

Bayer, József (2012): *Ist Rechtspopulismus gleich Rechtsextremismus? Der Aufstieg der ungarischen Partei Jobbik.* In: Pelinka, Anton; Haller, Birgitt (Hrsg.), Populismus. Herausforderung oder Gefahr für die Demokratie?, Wien, 127–140.

Bebnowski, David (2015): Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei, Wiesbaden.

Betz, Hans-Georg (1994): Radical Right-Wing Populism in Western Europe, London.

Betz, Hans-Georg (1996): *Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa*. In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft 27, 363–375.

Beyme, Klaus von (1996): *Rechtsextremismus in Osteuropa*. In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, 423–442.

Biorcio, Roberto (2001): *Separatistischer Regionalismus in einer reichen Region: Die Lega Nord.* In: Loch, Dietmar; Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, 246–273.

Bjorklund, Tor; Andersen, Jorgen Goul (2002): *Anti-Immigration Parties in Denmark and Norway: The Progress Parties and the Danish People's Party*. In: Schain, Martin; Zolberg, Aristide; Hossay, Patrick (Hrsg.), Shadows over Europe: The Development and Impact of the Extreme Right in Western Europe, New York, 107–136.

Brandstetter, Marc (2012): Die „neue" NPD: Zwischen Systemfeindschaft und bürgerlicher Fassade, Bonn.
http://www.kas.de/wf/doc/kas_30034-544-1-30.pdf?120213132509

Bulli, Giorgia; Tronconi, Filippo (2012): *Regionalism, Right-wing Extremism, Populism. The Elusive Nature of the Lega Nord.* In: Mammone, Andrea; Godin, Emmanuel; Jenkins, Brian (Hrsg.), Mapping the extreme right in contemporary Europe, London, 78–92.

Bundschuh, Stephan (2001): Rassismus und Rechtsextremismus in Europa, unter besonderer Berücksichtigung der Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, Vortrag. http://www.idaev.de/cms/upload/PDF/Publikationen/RassismusundRechtsextremismusinEuropa.pdf

Busch, Christoph (2008): *Rheinischer Rechtsradikalismus*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2008, 17–20.

Christoph Butterwegge (2006): *Globalisierung, Neoliberalismus und Rechtsextremismus.* In: Peter Bathke; Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin, 15–33.

Camus, Jean-Yves (1998): Front national. Eine Gefahr für die französische Demokratie? Bonn.

Camus, Jean-Yves (2002): *Die radikale Rechte in Westeuropa. Vom nostalgischen Aktionismus zum fremdenfeindlichen Populismus*. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 40–55.

Cippitelli, Claudia; Schwanebeck, Axel (Hrsg.) (2004): Die neuen Verführer? Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in den Medien, Dokumentation der 22. Tutzinger Medientage 2003, München.

Copsey, Nigel (2004): Contemporary British Fascism: The British National Party and its Quest for Legitimacy, New York.

Cuperus, René (2004): *Vom Poldermodell zum postmodernen Populismus. Die Fortuyn-Revolte in den Niederlanden.* In: Zentrum für Niederlande-Studien (Hrsg.), Jahrbuch 14, 43–63.

Czernin, Hubertus (Hrsg.) (2000): „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige." Haider, beim Wort genommen. Wien.

Decker, Frank (2003): Rechtspopulismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Schill-Partei. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.), Populismus, Opladen, 223–242.

Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen.

Decker, Frank (Hrsg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden.

Decker, Frank (2006): *Die populistische Herausforderung. Theoretische und länder-vergleichende Perspektiven*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 9–32.

Decker, Frank (2015): *Alternative für Deutschland und Pegida: Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*. In: Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobsen, Kjetil (Hrsg.), Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Baden-Baden, 75–90.

Decker, Frank (2015): *Zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2013: Überwindung der koalitionspolitischen Segmentierung*. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, 151–154.

Decker, Frank; Hartleb, Florian (2005): *Das Scheitern der Schill-Partei als regionaler Machtfaktor: Typisch für Rechtspopulismus in Deutschland?* In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 105–119.

Decker, Frank; Hartleb, Florian (2006): *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik.* In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 191–215.

Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobsen, Kjetil (Hrsg.) (2015): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden.

Dehmel, Niels; Reetz Axel (2011): *Extremismus in Lettland.* In: Jesse, Eckhard; Thieme, Tom (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, 213–228.

Eckardt, Frank (2003), Pim Fortuyn und die Niederlande. Populismus als Reaktion auf die Globalisierung, Marburg.

Edathy, Sebastian; Sommer, Bernd (2009): *Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen, Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten.* In: Braun, Stephan; Geisler, Alexander; Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, 45–57.

Eismann, Wolfgang (Hrsg.) (2002): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien.

Ender, Berndt (2004): Der Jörg-Haider-Faktor und das Ende der Blauen, Wien.

Falkenberg, Susanne (1997): Populismus und Populistischer Moment im Vergleich zwischen Frankreich, Italien und Österreich. Elektronische Dissertationen der Universitätsbibliothek Duisburg.
http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5116/diss9705.pdf

Falter, Jürgen W.; Jaschke, Hans-Gerd; Winkler, Jürgen R. (Hrsg.) (1996): Rechts-extremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen.

Feldbauer, Gerhard (1996): Von Mussolini bis Fini – Die extreme Rechte in Italien, Berlin.
http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/owl/books-einzel/feldbauer-download/1feldbauer.pdf

Flecker, Jörg; Kirschenhofer, Sabine (2007): Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs, Berlin.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006): Neue Entwicklung des Rechtsextremismus: Inter-nationalisierung und Entdeckung der sozialen Frage. Konferenz der FES, 9.12.2005, Berlin.
http://library.fes.de/pdf-files/bueros/berlin/03632.pdf

Frölich-Steffen, Susanne (2006): *Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanz-demokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 144–164.

Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (Hrsg.) (2005): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien.

Frölich-Steffen, Susanne; Rensmann, Lars (2005): *Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung*. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 3–34.

Gärtner, Reinhold (1996): Die ordentlichen Rechten. Die „Aula“, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus, Wien.

Geden, Oliver (2004): Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs. Eine qualitativ-empirische Untersuchung, Opladen.

Geden, Oliver (2005): *Identitätsdiskurs und politische Macht. Die rechtspopulistische Mobilisierung von Ethnozentrismus im Spannungsfeld von Oppositionspolitik und Regierung am Beispiel von FPÖ und SVP.* In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht. Wien, 69–83.

Geden, Oliver (2006): Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung, Wiesbaden.

Geden, Oliver (2007): Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.

Goodwin, Matthew (2011): Right Response. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe.
https://www.chathamhouse.org/sites/files/chathamhouse/r0911_goodwin.pdf

Goodwyn, Lawrence (1978): The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America, Oxford.

Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.) (2013): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin.

Greven, Thomas; Grumke, Thomas (Hrsg.) (2006): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden.

Griffin, Roger (2002): *„No Racism, Thanks, we're British“. Manifestationen von Rechtspopulismus im zeitgenössischen Großbritannien.* In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 90–111.

Grossalber, Tanja (2012): Rechtspopulismus in der Sprache von H.C. Strache – eine sprachwissenschaftliche Analyse, Wien.

Grumke, Thomas; Klärner, Andreas (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik – Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin.
http://www.rechtsextremismusforschung.de/Grumke-Klaerner_Rechtsextremismus_D-GB.pdf

Guggemos, Peter (2000): Politische Einstellungen von Republikaner-WählerInnen: Das Angebot der Partei und die politische Nachfrage, Würzburg.

Hahn, Andreas (2002): Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider – Über den Erfolg einer rechtspopulistischen Partei und ihres Vorsitzenden, Berlin.

Haider, Jörg (1993): Die Freiheit, die ich meine, Wien.

Hartleb, Florian (2005), Rechtspopulistische Parteien. Konrad-Adenauer-Stiftung, Arbeitspapier / Dokumentation Nr. 143, Sankt Augustin.

Hartleb, Florian (2013): *Populism in Western and Eastern Europe Compared*. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 353–372.

Hartleb, Florian (2017): Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Frankfurt am Main.

Hartmann, Hans; Horvath, Franz (1995): Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP, Zürich.

Häusler, Alexander (2010) (Hrsg.): Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“, Düsseldorf.
http://www.forena.de/wp-content/uploads/2011/11/93_Expertise_ArbeitsstelleNeonazismus23032010.pdf

Häusler, Alexander (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung. Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Häusler, Alexander (2015): *Zerfall oder Etablierung? Die Alternative für Deutschland (AfD) als Partei des Rechtspopulismus.* In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 63, 741–758.

Häusler, Alexander (2016): *Die AfD – eine rechtspopulistische „Bewegungspartei“?* In: Häusler, Alexander; Virchow, Fabian, Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste. Abstieg der Mitte. Ressentiments – Eine Flugschrift, Hamburg.

Häusler, Alexander; Roeser, Rainer (2015): Die rechten ‚Mut'-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der „Alternative für Deutschland“, Hamburg.

Havlík, Vlastimil; Pinková, Aneta et al. (Hrsg) (2012): Populist Political Parties in East-Central Europa, Brno.

Heimberger, Daniela (2001): Der Front National im Elsaß. Rechtsextremismus in Frankreich – eine regionale Wahlanalyse, Wiesbaden.

Heinisch, Reinhard (2004): *Die FPÖ – Ein Phänomen im internationalen Vergleich*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, 247–262.

Heinisch, Reinhard (2013): *Austrian Right-wing Populism: A Sursprising Comeback under a New Leader.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 47–79.

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg (Hrsg.) (2012): Rechtspopulismus in Ostmitteleuropa. Demokratien im Umbruch?
https://www.researchgate.net/publication/278785316_Rechtspopulismus_in_Ostmitteleuropa_Demokratien_im_Umbruch

Hennecke, Hans-Jörg (2003): *Das Salz in den Wunden der Konkordanz. Christoph Blocher und die Schweizer Politik.* In: Werz, Nikolaus (Hrsg.), Populismus, Opladen, 145–162.

Hillebrand, Ernst (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn.

Hoffmann, Uwe (1999): Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur, Frankfurt am Main.

Holtmann, Everhard (2001): Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts, Opladen.

Horaczek, Nina; Reiterer,Claudia (2009): HC Strache: Sein Aufstieg, seine Hintermänner, seine Feinde, Wien.

Höbelt, Lothar (1999): Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU, Graz.

Höhne, Roland (2008): *Der Sieg der Demokratie. Die Transformation der neofaschistischen italienischen Sozialbewegung MSI in die rechtsnationale Alleanza Nazionale*. In: Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 19. Jg., Baden-Baden, 89–114.

Ivaldi, Gilles (2005): *Les formations d'extrème-droite: Front national et Mouvement national républicain.* In: Bréchon, Pierre (Hrsg.), Les partis politiques français, Paris, 15–44.

Ivaldi, Gilles; Swyngedouw, Marc (2006): *Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok.* In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 121–143. http://halshs.archives-ouvertes.fr/docs/00/09/02/32/PDF/Ivaldi_Swyngedouw2006_German.pdf

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Die Republikaner. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn.

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Wiesbaden.

Juhász, Attila; Krekó, Péter; Szabados, Krisztián (2015): *Fidesz und der Nationalpopulismus in Ungarn*. In: Hillebrand, Ernst (Hrsg.), Rechtspopulismus in Europa: Gefahr für die Demokratie?, Bonn, 96–106.

Jungwirth, Michael (Hrsg.) (2002): Haider, Le Pen & Co. Europas Rechtspopulisten, Graz.

Jungwirth, Michael (2002): *Rebellen und Rattenfänger*. In: Jungwirth, Michael (Hrsg.), Haider, Le Pen & Co., Graz, 7–23.

Jupskås, Anders Ravik (2013): *The Progress Party: A Fairly Integrated Part of the Norwegian Party System?* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 205–236.

Christina Kaindl (2006): *Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?* In: Peter Bathke; Susanne Spindler (Hrsg.), Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin, 60–75.

Kas, Onur (2014): Rechtspopulismus in Österreich: Die FPÖ als Oppositions- und Regierungspartei, Hamburg.

Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion: Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e. V., Münster.

Klammer, Carina (2013): Imaginationen des Untergangs. Zur Konstruktion antimuslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der FPÖ, Wien.

Klein, Andreas M. (2013): *The End of Solidarity? On the Development of Right-wing Populist Parties in Denmark and Sweden.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 105–131.

Kleinlercher, Daniel (2010): Komplizenschaft zweier Systeme. Medien und Rechtspopulismus, Innsbruck.

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.) (2015): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden.

Kostrzebski, Karol (2005): *Die Mobilisierung von Euroskepsis: Basis des Populismus in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens*. In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 209–225.

Langenbacher, Nora (Hrsg.) (2011): Ist Europa auf dem „rechten" Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin.

Lampe, Thomas (1992): Der Aufstieg der „Front National“ in Frankreich. Extremismus und Populismus von rechts. Frankfurt am Main.

Larch, Johannes (2011): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Ein Dreiländervergleich über die Gründe für den Erfolg, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Politikgestaltung in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, Innsbruck.

Leggewie, Claus (Hrsg.) (1990): Die Republikaner. Ein Phantom nimmt Gestalt an, Berlin.

Leggewie, Claus (1992): *„Nationalpopulismus“ – der neue Rechtspopulismus*. In: Schiller, Theo (Hrsg.), Parteien und Gesellschaft, Stuttgart, 61–70.

Lewandowsky, Marcel (2015): *Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte*. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 25 /1, 119–134.

Linke, Annette (1994): Der Multimillionär Frey und die DVU. Daten, Fakten, Hintergründe, Essen.

Loch, Dietmar; Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2001): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt am Main.

Lucardie, Paul; Voerman, Gerrit (2013): *Geert Wilders and the Party for Freedom in the Netherlands: A Political Entrepreneur in the Polder*. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 187–203.

Mareš, Miroslav (2012): Right-Wing Extremism in the Czech Republic, FES Berlin.

Mazzoleni, Oscar (2013): *Between Opposition and Government: The Swiss People's Party.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 237–259.

Mayer, Nonna (1996): *Rechtsextremismus in Frankreich: Die Wähler des Front National*. In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen, 388–405.

Melzer, Ralf; Serafin, Sebastian (Hrsg.) (2013): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Berlin.

Mény, Yves; Surel, Yves (Hrsg.) (2002): Populism in Western Democracy, Oxford.

Merkel, Wolfgang (1996): *Rechtsextremismus in Italien: Von der neofaschistischen Systemopposition zur postfaschistischen Regierungspartei: Der Aufstieg der Alleanza Nazionale.* In: Falter, Jürgen W. et al. (Hrsg.), Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 27, Opladen, 406–422.

Mesežnikov, Grigorij; Gyárfášová, Oľga (2013): *The Slovak National Party: A Fading Comet? On the Ups and Downs of Right-wing and National Populism in Slovakia*. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 323–350.

Meyer, Thomas (2006): *Populismus und Medien.* In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 81–96.

Meznik, Michael (2011): *Extremismus in Bulgarien*. In: Jesse, Eckhard; Thieme, Tom (Hrsg.), Extremismus in den EU-Staaten, Wiesbaden, 51–64.

Minich, Oliver (2003): Die Freiheitliche Partei Österreichs als Oppositionspartei in der Ära Haider – Strategie, Programmatik und innere Struktur, Blieskastel.

Minkenberg, Michael (1998): *Die Erneuerung der radikalen Rechten in westlichen Demokratien*. In: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut (Hrsg.), Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, Opladen, 253–279.

Mišković, Eduard (2010): Rechtspopulismus in Konkordanzdemokratien: Österreich, Schweiz und die Niederlande im Vergleich, Innsbruck.

Morgenthaler, Jonas (2002): Rechtspopulistische und rechtsextreme Bewegungen in den Niederlanden 1945 – heute, München.

Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: Government and Opposition 39 (4), 541–563. http://www.blackwell-synergy.com/doi/pdf/10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x?cookieSet=1

Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristobal Rovira (2017): Populism. A Very Short Introduction, Oxford.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin.

Nagy, András Bíró; Boros, Tamás; Varga, Áron (2012): Right-wing Extremism in Hungary, Berlin.

Nauenburg, Ricarda (2005): Globalisierung und rechtspopulistische Wahlerfolge, WZB, Berlin. http://skylla.wzb.eu/pdf/2005/i05-201.pdf

Neubacher, Bernd (2001): Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei? Dissertation Universität Stuttgart. http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2002/1139/pdf/Dissertation_Bernd_Neubacher.pdf

Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard; Haas, Melanie (Hrsg.) (2006): Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden.

Obszerninks, Britta (1999): Nachbarn am rechten Rand: Republikaner und Freiheitliche Partei Österreichs im Vergleich, Münster.

Ottomeyer, Klaus (2000): Die Haider-Show – Zur Psychopolitik der FPÖ, Klagenfurt.

Ötsch, Walter (2000): Haider Light – Handbuch für Demagogie, Wien.

Painter, Anthony (2013): Democratic Stress, the Populist Signal and Extremist Threat, London.

Pallaver, Günther; Gärtner, Reinhold (2006): *Populistische Parteien an der Regierung – zum Scheitern verdammt? Italien und Österreich im Vergleich*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 99–120.

Pankowski, Rafal (2012), Right Wing Extremism in Poland, FES Berlin.

Pankowski, Rafal (2013), Rechtsextremismus in Polen – Gruppierungen, Narrationen, Gegenbewegungen.
http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen131.pdf

Papez, Anika (2003): Rechtspopulismus in Europa am Beispiel der niederländischen Partei List Pim Fortuyn, München.

Pauwels, Teun (2013): *Belgium: Decline of National Populism?* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 81–104.

Pelinka, Anton (2002): Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus. conflict & communication online, Vol. 1, No. 1.
http://www.cco.regener-online.de/2002_1/pdf_2002_1/pelinka.pdf

Pelinka, Anton (2002): *Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs*. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3, 281–299.

Pelinka, Anton (2005): *Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition.* In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 87–104.

Pelinka, Anton (2015): *Extremisten gegen Europa: Die Europäische Union als „Defining Other“*, EurActiv.de.
http://www.euractiv.de/sections/eu-innenpolitik/extremisten-gegen-europa-die-europaeische-union-als-defining-other-315256

Pelinka, Anton; Wodak, Ruth (2002): Dreck am Stecken. Politik der Ausgrenzung, Wien.

Pfahl-Traughber, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn.

Pfahl-Traughber, Armin (2006): *Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen.* In: Greven, Thomas et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 30–51.

Philippsberg, Robert (2009): Die Strategie der NPD: Regionale Umsetzung in Ost- und Westdeutschland, Baden-Baden.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (2000): *Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ.* In: Plasser, Fritz et al. (Hrsg.), Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 225–242.

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz (Hrsg.) (2000): Das österreichische Wahlverhalten, Wien.

Policy Network and Barrow Cadbury Trust project
http://www.barrowcadbury.org.uk/migration-case-studies/populism-and-the-party-of-the-future/

Psarras, Dimitris (2013): Neonazistische Mobilmachung im Zeichen der Krise – Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland, Berlin.
http://www.bayern.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Neonazistische_Mobilmachung.pdf

Purtscheller, Wolfgang (1993): Aufbruch der Völkischen: Das braune Netzwerk, Wien.

Purtscheller, Wolfgang (Hrsg.) (1995): Die Ordnung, die sie meinen: „Neue Rechte“ in Österreich, Wien.

Raunio, Tapio (2013): *The Finns: Filling a Gap in the Party System*. In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 133–160.

Reinfeldt, Sebastian (2000): Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien.

Reisigl, Martin (2005): *Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhethorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie.* In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 51–68.

Rensmann, Lars (2006): *Populismus und Ideologie*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 59–80.

Rosenberger, Sieglinde Katharina (2005): *Rechtspopulismus: Kurzfristige Mobilisierung der vox populi oder anhaltende Herausforderung der repräsentativen Demokratie?* In: Frölich-Steffen, Susanne et al. (Hrsg.), Populisten an der Macht, Wien, 35–49.

Rösslhumer, Maria (1999): Die FPÖ und die Frauen, Wien.

Rydgren, Jens (2006): *Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 165–190.

Scharenberg, Albert (2006): *Brücke zum Mainstream – Mainstream als Brücke. Europäische Rechtsparteien und ihre Politik gegen Einwanderung.* In: Greven, Thomas et al. (Hrsg.), Globalisierter Rechtsextremismus?, Wiesbaden, 70–111.

Scharsach, Hans-Henning (1992): Haiders Kampf, Wien.

Scharsach, Hans-Henning (Hrsg.) (2000): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek.

Scharsach, Hans-Henning (2012): Strache. Im braunen Sumpf, Wien.

Scharsach, Hans-Henning; Kuch, Kurt (2000): Haider: Schatten über Europa, Köln.

Scheuch, Erwin K.; Klingemann, Hans Dieter (1967): *Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften.* In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik 12, 11–29.

Schiedel, Heribert (2001): Die FPÖ und der Antisemitismus – Ein lange verdrängter Aspekt, Wien.
http://www.doew.at/cms/download/dhm5v/schiedel_fpoe.pdf

Schmid, Bernhard (1998): Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National, Berlin.

Schmidt, Volker (2013): Aufstand der Pfennigfuchser. Das vorprogrammierte Scheitern der „Alternative für Deutschland“, Frankfurt am Main.

Schmitz, Michael (2002): Die „Schill-Partei“ – Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt, St. Augustin.

Spier, Tim (2006): *Populismus und Modernisierung*. In: Decker, Frank, Populismus, Wiesbaden, 33–58.

Stöss, Richard (2006): *Rechtsextreme Parteien in Westeuropa*. In: Niedermayer, Oskar et al. (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden, 521–563.

Swyngedouw, Marc (2000): *Belgium: Explaining the Vlaams Blok – City of Antwerp Relationship.* In: Hainsworth, Paul (Hrsg.), The Politics of the Extreme Right, London/New York, 121–143.

Sykes, Alan (2005): The Radical Right in Britain: From Social Imperialism to the British National Party, New York.

Taggart, Paul (2000): Populism, Philadelphia.

Todorov, Antoniy (2013): The Extreme Right Wing in Bulgaria, FES Berlin.

Tristan, Anne (1988): Von innen. Als Mitglied der Front National in der Hochburg Le Pens. Köln.

Überall, Frank (2010): „Ich bin die Strafe …“ – Rechtspopulismus der „Pro-Bewegung“ am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat. Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen, Köln.

Vigenin, Kristian (2011): *Die radikale Rechte in Bulgarien: ATAKA – Aufstieg, Fall und Nachspiel*. In: Langenbacher, Nora; Schellenberg, Britta (Hrsg.): Europa auf dem „rechten“ Weg?. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, FES Berlin, 209–215.

Werz, Nikolaus (Hrsg.) (2003): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen.

Wirries, Clemens (2015): *Populismus und Pragmatismus. Genese und Etablierung der Dänischen Volkspartei*. In: Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Jakobsen, Kjetil (Hrsg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien, Baden-Baden, 129–146.

Wodak, Ruth; Pelinka, Anton (Hrsg.) (2002): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick.

Woschitz, Tanja Maria (2011): Die Rhetorik des Rechtspopulismus – mit besonderem Augenmerk auf die Sprache Jörg Haiders, Wien.

Wysocka, Olga (2013): *Polish Populism: Time for Settlement.* In: Grabow, Karsten; Hartleb, Florian (Hrsg.), Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe, Berlin, 293–321.

Zilian, Hans Georg (2002): *Der „Populismus“ und das Ende der Gleichheit*. In: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 56–73.

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung

Die "Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung" (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten kostenlos auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

Der Autor der Studie

Dr. Werner T. Bauer
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Kontakt: werner.bauer@politikberatung.or.at